Peter Freimark / Franklin Kopitzsch (Hg.)

SPUREN DER VERGANGENHEIT SICHTBAR MACHEN

Beiträge zur Geschichte der Juden in Hamburg

Digitized by Project Zikaron
Touro University-NY Libraries
www.zikaron.tourolib.org
2025

Landeszentrale für politische Bildung, Hamburg,
in Verbindung mit dem Institut
für die Geschichte der deutschen Juden, Hamburg

Die Herausgeber:

Prof. Dr. phil. Peter Freimark, geboren 1934 in Halberstadt, Studium der Semitistik und der Judaistik an den Universitäten Münster i.W. und Jerusalem, Promotion 1967 in Münster, von 1972 bis 1992 Direktor des Instituts für die Geschichte der deutschen Juden in Hamburg. Veröffentlichungen aus den Gebieten Hebraistik, rabbinisches Judentum, deutsch-jüdische Geschichte, Herausgeber der „Hamburger Beiträge zur Geschichte der deutschen Juden".

Priv.-Doz. Dr. phil. Franklin Kopitsch, geboren 1947 in Neustadt (Orla), Studium der Mittleren und Neueren Geschichte, Politischen Wissenschaft und Literaturwissenschaft an der Universität Hamburg, Promotion 1978, Habilitation 1993, Professor für Geschichte der frühen Neuzeit an der Universität Bremen; Honorarprofessor an der Universität Hamburg. Veröffentlichungen zur Geschichte der Frühen Neuzeit, Hamburgs, Lübecks, Schleswig-Holsteins sowie zu Gotthold Ephraim Lessing und Matthias Claudius.

VORWORT ZUR 3. AUFLAGE

Die hiermit in dritter Auflage vorgelegten „Beiträge zur Geschichte der Juden in Hamburg" wollen der Schule und der politischen Bildungsarbeit Materialien und Bausteine zur Verfügung stellen. Anstelle einer Gesamtgeschichte der Juden in Hamburg, die es nicht gibt und die bei der Fülle des Materials pauschal und vage bleiben müßte, sind die ausgewählten Beiträge zu einem Reader zusammengestellt worden. Auf diese Weise werden einzelne Aspekte vertiefend untersucht und aus unterschiedlichem Blickwinkel behandelt.

Die rege Nachfrage nach den „Beiträgen zur Geschichte der Juden in Hamburg" hat gezeigt, daß die von den Herausgebern zusammengestellten „Materialien" und „Bausteine" in der Schule und in der politischen Bildungsarbeit genutzt werden können.

Die Herausgeber hoffen, daß auch die 3. Auflage gute Resonanz findet.

Hamburg, Mai 2000 Peter Freimark/Franklin Kopitzsch

Peter Freimark / Franklin Kopitzsch (Hg.)
Spuren der Vergangenheit sichtbar machen

Die **Landeszentrale für politische Bildung** ist ein Amt der Senatskanzlei der Freien und Hansestadt Hamburg. Sie arbeitet auf überparteilicher Grundlage und mit verschiedenen Bildungseinrichtungen zusammen. Die Veranstaltungen dieser Bildungsgesellschaften stehen grundsätzlich allen Hamburgerinnen und Hamburgern offen.

Jede Hamburger Bürgerin und jeder Hamburger Bürger kann sich bei der Landeszentrale kostenlos Informationen holen; seien es Veröffentlichungen der Bundeszen-trale, z.B. zur Parteiendemokratie, zu Frieden und Sicherheit, Gesellschaft/Wirtschaft und Umwelt, zur Geschichte der Bundesrepublik Deutschland – oder auch die mehr wissenschaftlichen Beiträge in der „Beilage zum Parlament"; man kann aber auch Eigenveröffentlichungen der Landeszentrale bekommen. Eigenveröffentlichungen der letzten Jahre sind erschienen z.B. zu Fragen der Hamburger Geschichte; es gibt aber auch Material beispielsweise zur EU und zu weiteren Themen.

Die Geschäftsstelle der Landeszentrale befindet sich in der Straße

Große Bleichen 23 · 20354 Hamburg

III. Stock

Tel. 4 28 31 - 21 43

Die Öffnungszeiten sind:

montags bis mittwochs	11.00 bis 13.00 und 15.00 bis 16.00 Uhr
donnerstags und freitags	11.00 bis 13.00 und 14.30 bis 15.30 Uhr

Digitized by Project Zikaron
Touro University-NY Libraries
www.zikaron.tourolib.org
2025

Umschlagfoto:
Ansicht des neuen Israelitischen Tempels in der Poolstraße, kurz nach seiner Erbauung 1844, Lithographie, sign. RD.

Herausgeber: Peter Freimark, Franklin Kopitzsch

Veröffentlichung der Landeszentrale für politische Bildung, Hamburg, in Zusammenarbeit mit dem Institut für die Geschichte der deutschen Juden, Hamburg, 1991

Herstellung: Verlag Otto Heinevetter, Hamburg 76 – 10/1991

2. Auflage 1997

ISBN-Nr.: 3-87474-853-7

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort 7

Quellentexte

Q1 *Heinrich Würzer:*
Über den Zustand unserer Judenschaft 9

Q2 *Peter Freimark:*
Zum Verhältnis von Juden und Christen in Altona im 17./18. Jahrhundert . . 25

Q3 *Johann Hermann Stoever:*
Über die Juden in Altona 41

Q4 *Garlieb Helwig Merkel:*
Über Juden in Hamburg 43

Q5 *Eduard Cohn:*
Rückblick auf jüdische Zustände. Das Jahr 5602 [1841/42]. Hamburg . . . 45

Q6 *Mariam Gillis-Carlebach:*
Die drei Kleinen – Briefe der Schwestern 47

Darstellungen

D1 *Erich Lüth:*
Aus der Geschichte der Hamburger Juden 51

D2 *Peter Freimark:*
Die Dreigemeinde Hamburg-Altona-Wandsbek im 18. Jahrhundert als jüdisches Zentrum in Deutschland 59

D3 *Peter Freimark:*
Innerhalb des deutschen Judentums hatten die Hamburger Juden ein eigenes Profil 71

D4 *Baruch Z. Ophir:*
Zur Geschichte der Hamburger Juden 1919–1939 75

D5 *Matthias Heyl:*
Fragmente zum Schicksal der Juden von Harburg-Wilhelmsburg 1933–1945 85

D6 *Franklin Kopitzsch:*
Die jüdischen Schüler des Christianeums im Zeitalter der Aufklärung – Ein Kapitel aus der Geschichte der Juden in Altona 93

D7 *Peter Freimark:*
Juden auf dem Johanneum 101

D8 *Peter Freimark:*
Die Aufnahme jüdischer Lehrer in die „Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens" 109

VORWORT ZUR 2. AUFLAGE

Die hiermit als korrigierter Nachdruck vorgelegten „Beiträge zur Geschichte der Juden in Hamburg" wollen der Schule und der politischen Bildungsarbeit Materialien und Bausteine zur Verfügung stellen. Anstelle einer Gesamtgeschichte der Juden in Hamburg, die es nicht gibt und die bei der Fülle des Materials pauschal und vage bleiben müßte, sind die ausgewählten Beiträge zu einem Reader zusammengestellt worden. Auf diese Weise werden einzelne Aspekte vertiefend untersucht und aus unterschiedlichem Blickwinkel behandelt.

Die Beiträge werden in zwei Abteilungen vorgestellt. Die Abteilung Q (= Quellentexte) enthält farbige und aufschlußreiche zeitgenössische Aussagen zu unterschiedlichen Themen. Sie beginnen mit einem Überblick über die Situation der Juden in Hamburg zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Die neuere Forschung hat ergeben, daß der Text mit guten Gründen dem Hamburger und Altonaer Aufklärer Heinrich Würzer zugeschrieben werden kann. Dementsprechend wurde der Vorspann zum ersten Quellentext verändert. Bei 2 Texten (Q 2 und Q 6) handelt es sich um edierte Quellen.

Die 2. Abteilung D (= Darstellungen) beginnt mit einem Generalüberblick von Erich Lüth (1902–1989), dem langjährigen Leiter der Staatlichen Pressestelle der Freien und Hansestadt Hamburg. Er ist einer breiten Öffentlichkeit vor allem durch seinen Kampf gegen Veit Harlan, den Regisseur des antisemitischen Films "Jud Süß" (1940) in den späten vierziger und fünfziger Jahren und durch seine „Friedensbitte an Israel" (1951) bekannt geworden. Anders als die stark personengeschichtlich eingefärbte Darstellung bei Lüth wollen die drei folgenden Beiträge Übersichtsdarstellungen für das 18. (D 2), das 19. Jahrhundert (D 3) und den Zeitraum von 1919–1939 (D 4) geben. Der letztgenannte Beitrag entstammt der Feder des israelischen Historikers Baruch Z. Ophir, einem gebürtigen Hamburger, der 1933 seine Vaterstadt verlassen mußte. D 5 behandelt die Situation im „Dritten Reich" in Harburg-Wilhelmsburg. Die letzten drei Beiträge bilden einen Block: Sie behandeln Probleme der Schulgeschichte und des ältesten deutschen Lehrervereins, der „Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens", gegründet 1805 durch Johann Carl Daniel Curio. Damit schließt sich der Kreis, ist doch Curio vermutlich der Herausgeber des ersten Quellentextes.

Die vorgestellten Texte stellen in jeder Hinsicht eine Auswahl dar. Wer weitere Quellen und Literatur zur Geschichte der Juden in Hamburg sucht, kann inzwischen auf die von Michael Studemund-Halévy erarbeitete „Bibliographie zur Geschichte der Juden in Hamburg" (München u.a.: K.G. Saur 1994 = Bibliographien zur deutsch-jüdischen Geschichte, Band 5) zurückgreifen. Hinzuweisen ist noch auf die vom Institut für die Geschichte der deutschen Juden herausgegebene Reihe „Hamburger Beiträge zur Geschichte der deutschen Juden", in der etliche Hamburg-relevante Titel erschienen sind.

Über den Zeitraum von 400 Jahren waren Juden sowohl ein integrativer Teil der Geschichte Hamburgs wie auch ein wesentliches Element im Kontext einer jüdischen Geschichte. Die Texte bilden ein historisches Lehrstück für den Umgang mit einer religiösen und sozialen Minderheit – ein Thema, das heute noch so aktuell ist wie vor 400 oder 200 Jahren.

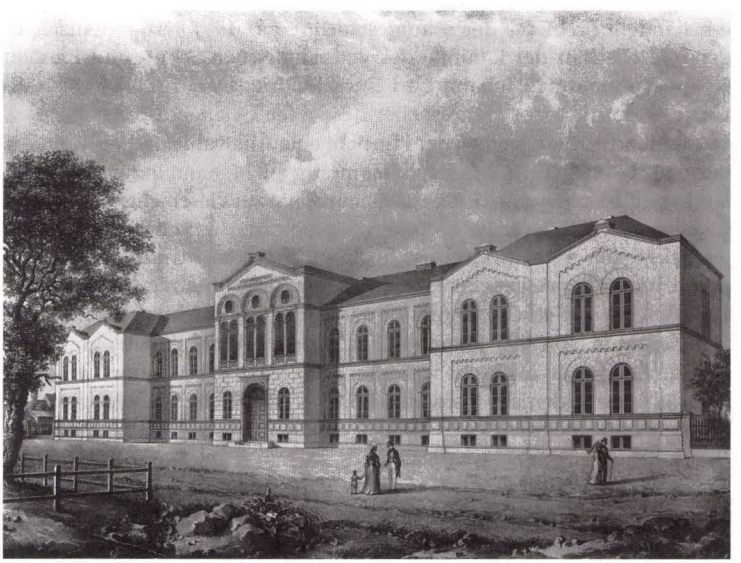
Die rege Nachfrage nach den „Beiträgen zur Geschichte der Juden in Hamburg" hat gezeigt, daß die von den Herausgebern zusammengestellten „Materialien" und „Bausteine" in der Schule und in der politischen Bildungsarbeit genutzt werden können.

Die Herausgeber hoffen, daß auch die 2. Auflage gute Resonanz findet.

Hamburg, Januar 1997 — Peter Freimark/Franklin Kopitzsch



Synagoge in der Elbstraße, erbaut um 1760
(MHG)



Krankenhaus der deutsch-israelitischen Gemeinde,
Künstler: Christoph Wilhelm Wohlien, Kreidelithographie (MHG)

Q1 Über den Zustand unserer Judenschaft

Heinrich Würzer (geb. 1751 in Hamburg, gest. 1835 in Berlin) war nach dem Studium der Philosophie und der Rechtswissenschaft in Göttingen als Lehrer und Schriftsteller in Göttingen, Hamburg, Berlin und Altona tätig. Den folgenden Beitrag, den der Historiker Hans-Werner Engels, der demnächst eine Auswahl von Würzers Schriften veröffentlichen wird, mit guten Gründen dem Aufklärer und Publizisten zuschreibt, publizierte Würzer in der Zeitschrift „Hamburg und Altona", als deren Herausgeber Johann Carl Daniel Curio (1754–1815) gilt. Curio wirkte nach dem Studium der Theologie und Philologie an der Universität Helmstedt als Lehrer in Braunschweig und Hamburg. 1805 gründete er die „Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens" in Hamburg, den ältesten deutschen Lehrerverein.

Der abgedruckte Beitrag aus „Hamburg und Altona" findet sich im Jahrgang 1804, 2. Bd., S. 291–308; 3. Bd. 129–142. Die mit „D.V." („Der Verfasser") gezeichneten Anmerkungen stammen von Würzer, die mit „D.H." unterschriebenen vom Herausgeber.

Die Hamburgische und Altonaische Judenschaft bestehet, wie bekannt, theils aus sogenannten hochdeutschen, theils aus portugisischen Juden; die Leztern aber können in Ansehung der Anzahl, die sehr gering ist, mit der sehr zahlreichen Gemeine der Erstern gar nicht verglichen werden. Die portugisischen Juden, welche ihrem eignen Ritus folgen, stehen auch nicht unter der Gerichtsbarkeit des Altonaer Oberrabbiners; doch, wenn die Partheien sich darüber vereinigen können und besonders, wenn der Fall von der Art ist, daß er nach dem jüdischen Gesez entschieden oder behandelt werden muß, geschieht es wohl, daß sie die Entscheidung eines Rechtshandels dem hochdeutschen jüdischen Gericht unterwerfen. Uebrigens muß man diesen beiden, von einander abweichenden Partheien zum Ruhme nachsagen, daß sie friedlich und ohne Haß neben einander leben; und ist der Erfahrungssaz, daß die am nächsten verwandten Sekten sich gewöhnlich am meisten anfeinden, auf unsre Judenschaft nicht anzuwenden.

Die hochdeutschen Judengemeinen, welche in Altona und Hamburg zusammen sich vielleicht auf 9000 Köpfe belaufen mögen, stehen, so wie die gegenwärtig ziemlich geschwächte Wandsbecker hochdeutsche jüdische Gemeine und alle in den deutschen Staaten des Königs von Dänemark befindlichen hochdeutschen Juden,[1)] sowohl unter der geistlichen als weltlichen Gerichtsbarkeit des Altonaer Oberrabbiners, der bei dem jüdischen Gericht, das aus einem Sekretär,[2)] so das Protokoll führt, den drei Aeltesten der Gemeine und drei Beisitzern bestehet, präsidirt. Dieses Gericht wird in dem Hause des Oberrabbiners wöchentlich zweimal, am Donnerstage und Sonntage Vormittags gehalten; und man kann sagen, daß es allgemein genommen, unsern christlichen Gerichtsstellen sehr zum Muster empfohlen werden könnte, sowohl in Ansehung der geringen Gerichts- und Prozeßkosten, als auch wegen der kurzen Dauer der Prozesse, die hier nicht durch gewinnsüchtige Advokaten verschleppt, sondern in der kürzesten Frist, nach dem Buchstaben des Gesetzes entschieden, nicht selten durch gütlichen Vergleich geendigt werden. Wo ich nicht irre, kostet ein gewöhnlicher Auftritt nicht mehr, als – 1 Sch. Es giebt zwar auch einige Männer, die eine Art Advokaten vorstellen, die aber zu einer, für das allgemeine Wohl sehr nothwendigen Ordnung angehalten werden. Diese eigene Gerichtsbarkeit der Juden besteht schon seit 163 Jahren und ist ihnen von Christian IV. ertheilt und späterhin noch erweitert worden. Von dem jüdischen Gericht findet keine andere Appellation als nach Kopenhagen an die höchste Instanz Statt; und

auch hier werden dessen Sprüche, in so fern sie erweislich mit dem Buchstaben des jüdischen Gesetzes übereinstimmen, gewöhnlich ohne Abänderung bestätigt.

Wenn man die Judengemeinen der beiden Städte Hamburg und Altona, mit einander, in Ansehung ihres bürgerlichen und Privatzustandes, vergleicht: so erhält man abermals einen auffallenden Beweis, wie sehr eine Sache, wenn man sie in der Nähe betrachtet, oft ganz anders erscheint, als man sich selbige in der Ferne nach seiner Logik abstrahirt. Wer sich Hamburg als den Siz der Freiheit, ja, als einen Staat denkt, bei dessen wirklich einzigen Verfassung Freiheit und vernünftige Gleichheit nirgend so sehr wahres Eigenthum des Bürgers, als hier ist; wer dabei erwägt, daß es Hamburg als Handelsplaz, der mit allen Völkern der Erde in Handelsverbindungen stehet, schon wegen dieses Verkehrs und wegen seines Interesses von jeher nothwendig war, sich eine große Toleranz gegen fremde Religionsverwandte zum Grundsatze zu machen; endlich, wer die Lobeserhebungen hört und lieset, die den Hamburgern mündlich und in Zeitungen und Journälen wegen der wirklichen Ausübung dieser schon mit ihrem Vortheil so eng verbundenen und dem aufgeklärten Menschen natürlich anklebenden Toleranz beigelegt werden; wer sich das denkt und das erwägt und das hört und lieset, sag' ich, der wird, wenn von dem Zustande der genannten beiden jüdischen Gemeinden die Rede ist, unmöglich anders urtheilen, als daß in Vergleichung mit den Altonaer Juden, die in einer, einer monarchischen Regierung unterworfenen Stadt leben, in einer Stadt, die man hier einer sehr strengen Orthodoxie beschuldigt und deren Einwohner man so gern eine gewisse kleinstädtische Denkart und einen nur geringen Grad von Aufklärung zur Last legt, die Hamburger Judenschaft in Ansehung ihres bürgerlichen und ihres Privatzustandes einen großen Vorzug vor dem Ersten haben müsse. Und doch – – still so lange, ich bitte! – ich werde es beweisen durch am Tage liegende Thatsachen; – ist es anders – umgekehrt! – Eine Parallele wird mir meinen Beweis am leichtesten machen und denselben dem Auge am frapantesten darstellen.

In Hamburg kann kein Jude das Bürgerrecht erwerben, und sind die jüdischen Bewohner nur Schüzlinge; auch hat es auf keine Weise den Anschein, daß es ihnen je gelingen mögte, zu Bürgern aufgenommen zu werden, obschon man diesen Vorzug jedem Christen, er gehöre zu welcher Sekte er wolle, einräumt.

In Altona sind die Juden zwar auch nicht Bürger dem Namen nach; jedoch genießen sie alle Vortheile und Rechte anderer Bürger, die nicht zu der herrschenden Religion des Landes gehören: und man kann sogar als sicher annehmen, daß, da die Kopenhagner Juden das Bürgerrecht erwerben können, es in Ansehung der Altonaer Judenschaft nur an deren Gleichgültigkeit gegen den Vorzug, Bürger zu heissen, liege, wenn derselbe ihr nicht schon längst von der Regierung bewilliget wurde.

In Hamburg sind die jüdischen Bewohner auf gewisse Theile der Stadt beschränkt; und in andern ist ihnen dagegen zu wohnen verboten; wodurch, beiläufig erwähnt, von Zeit zu Zeit der Schooß der christlichen Kirche mit einigen Proselyten bereichert wird, die gewöhnlich im Herzen Juden bleiben und sich herzlich freuen, daß sie um den wohlfeilen Preis, sich den Kopf ein wenig benetzen zu lassen, der Chikane entgehen können, welcher der Buchstabe des Gesetzes sie bei übelgesinnten Nachbarn unterwirft.

In Altona haben die jüdischen Einwohner ohne alle Ausnahme Freiheit zu wohnen, wo sie wollen.

In Hamburg kann kein Jude ein Haus oder Grundstük unter seinem Namen besitzen; sondern er muß allezeit einen Bürger haben, der ihm den seinigen leihet.

In Altona hingegen, wird dem Juden, eben so wie dem Christen, ein von ihm erkauftes Haus auf seinem Namen zugeschrieben.

Der schäzbarste Vorzug der Altonaer Judenschaft ist aber das wichtige, von Däne-

marks toleranten und aufgeklärt denkenden Regierung ihr ertheilte Privilegium der eignen Gerichtsbarkeit. Wäre Hamburg seiner weit zahlreichern Judengemeine mit einem ähnlichen Privilegium entgegengekommen, wie es um so nothwendiger gewesen wäre, da die jüdischen bürgerlichen Gesetze mit der Religion so eng vereint und in dieselbe gleichsam so verwebt sind, daß sie mit selbiger ein fast unzertrennliches Ganzes ausmachen; so würde Hamburg sich nicht in dem etwas sonderbaren Falle befinden, einen Theil seiner Untergehörigen einer, in einem fremden Staate existirenden Gerichtsbarkeit sich unterwerfen zu sehen.

Wie wenig Unterschied man überhaupt in Altona von Seiten des Staats zwischen christlichen und jüdischen Bewohnern macht, beweiset unter andern auch, daß es, als die Bürgerwachen noch in Aktivität waren, den Juden frei stand, persönlich mit aufzuziehen, welche Freiheit die Aermern zu ihrer Erleichterung auch benuzten. – Eben so wenig ist es einem Zweifel unterworfen, daß die wohlthätige, von der Regierung so begünstigte Absicht, die Juden zu Erlernung von Handwerken und Professionen zu ermuntern, auch hier mit der Zeit sich thätig erweisen und so schöne Früchte, wie bereits in Kopenhagen, tragen werde. In Hamburg wird sich eine solche Aussicht aber wohl nie eröfnen; wenigstens nicht eher, als bis eine große Veränderung in der dortigen Stimmung vorgegangen ist.

Wenn aus dem hier Angeführten erhellet, daß in Ansehung ihres bürgerlichen Zustandes, die Altonaer Judenschaft manchen Vortheil genießt, den die Hamburger Juden entbehren; und daß diese hingegen keinen Einzigen vor ihren Altonaer Glaubensgenossen voraus haben: so ist es nicht minder wahr und leicht zu erweisen, daß auch im Privatleben die Leztern weit weniger Ursach haben, über Intoleranz und daraus entstehende Ausschließung, Zurüksetzung und Verachtung zu klagen, als die jüdischen Einwohner Hamburgs – Ich sehe mich nach Beweisen um und finde sie leicht.

Ich will hier nicht vom gemeinen – d.h. im echt republikanischen Sinne: von dem ärmern und gewöhnlich ungebildeten – Manne sprechen, obschon sich auch vielleicht in Ansehung desselben etwas für meinen Zwek Passendes sagen ließe; denn der gemeine Mann im Durchschnitt genommen, ist überall gemeiner Mann, handelt und denkt überall wie dieser; und man muß es in vielen Stükken nicht so genau mit ihm nehmen; wenigstens muß man nicht von demselben fordern, daß er sich in seiner Handlungsweise, die sich nicht nach festen Grundsätzen, sondern nach Zufälligkeiten bestimmt, gleich bleibe. Um in dem vorliegenden Falle Etwas zu beweisen, muß man seinen Blik auf die gebildeten Stände richten und auf Diejenigen, welche schon einen gewissen Grad der Bildung haben, so wie nicht minder auf die, welche sich blos selbst unter diese Klassen zählen, weil man in Ansehung der Leztern fordern kann, daß der, welcher sich selbst auf einen Posten stellt, denselben durch die That behaupte. Da muß ich denn aber mit Leidwesen bekennen, daß ich unter den genannten Klassen in der Regel eine entschiedene Antipathie gegen die Juden wahrnehme; eine Geringschätzung gegen dieses Volk, die man nicht einmal zu verbergen, der man auch nicht im geringsten einen mildernden Anstrich zu geben sucht. Es ist, als wenn die Annäherung eines Juden den Leuten Vapeurs verursachet; als wenn die Gegenwart eines Juden ihnen den Dunstkreis verunreiniget; als wenn dieses morgenländische Volk, das, als unsre Ur-Vorfahren vielleicht noch armselige Barbaren waren, schon eine für jene Zeit sehr kultivirte Nation war, zu einer geringschätzigern Abart des Menschengeschlechts gehörte. Ueberall Ausweichung vor demselben; überall Zurükstoßung der Juden; überall Ausschließung derselben aus seinem Kreise! – Ob es in Altona anders sey? fragt man. Allerdings! und so eben will ich es auf dem vorher gewählten bequemen Wege der Vergleichung beweisen.

In Hamburg giebt es kein Kaffeehaus und ausser der Stadt keinen Vergnügungsort,

wo die sogenannte schöne und vornehme Welt frequentirt, da Juden gelitten würden. Ein Nachlassen des Wirthes von dieser intoleranten Strenge, die in Ansehung so manches sehr gebildeten und schäzbaren Juden, empörend wird, bringt sogleich die ganze feine und hohe Gesellschaft in Aufruhr; und wehe der Nahrung des Wirthes, wenn er anstehet, die Ehre seines gesunden Menschenverstandes dem Vortheil seines Beutels aufzuopfern! – Man denke an die Heußische Geschichte, die auch im Auslande auf die Hamburgische Aufklärung einen Flekken geworfen hat, der noch nicht ausgewischt ist! – Diejenigen Wirthe, es sey nun auf Kaffeehäusern oder Gärten, bei welchen jüdische Individuen verkehren, müssen auf die Ehre Verzicht thun, die vornehmere Welt bei sich zu bewirthen. Gewöhnlich lassen diese Herren eine solche Herabwürdigung ihrer Wirthschaften sich auch in keinem andern Falle zu Schulden kommen, als in dem, daß es ihnen an hinreichenden und anständigen christlichen Besuchen mangelt; und da ein solcher Makel unauslöschlich ist, so sind sie genöthiget, sich mit ihren jüdischen Kunden auf immer zu behelfen; und sehen höchstens nur solche Christen bei sich, die nicht fein genug denken, um das Unanständige, sich in jüdischer Gesellschaft zu befinden, zu fühlen. – Ein Glük für diese Wirthe ist es, daß man nicht auch gegen das jüdische Geld Antipathie hat, sondern daß für dasselbe alle die Güter des Lebens feil sind, die der Wirth von H – – vermittelst des, von den superfeinen Herrschaften erworbnen Geldes sich verschaft....

In Altona hingegen kenne ich keinen öffentlichen Ort, der nicht für die jüdische Nation so gut offen wäre, als für die Christen; und selbst bei der neuen, auf Rainvill's Garten getroffenen Einrichtung, hat der Geist der Altonaer Toleranz nicht zugelassen, die jüdischen Menschen auszuschließen. Ob wohl der neue Wirth der Rolandsburg es wagen sollte, troz jenes Geistes, die Juden nicht zuzulassen, wie solches auf der, bei weitem nicht von lauter Standespersonen besuchten Wirthschaft, welcher er bisher auf dem Hamburgischen vorstand, der Fall war? –

Da man in Hamburg schon an öffentlichen Oertern das Verbannungsurtheil gegen die Juden ausgesprochen hat: so kann man sich leicht von selbst denken, daß man in allen Zusammenkünften, die als geschlossene Gesellschaft anzusehen sind, es noch weit strenger nimmt. Wenn es darauf ankäme, aus zwei Individuen ein Mitglied ballottiren zu müssen, wovon das eine ein Christ mit allen erdenklichen moralischen Defekten, daß andre aber ein Jude wäre, der ausser einem gewissen, durch eine religiöse Operation verursachten Mangel, Alles besäße, was nur irgend unter die Bestandtheile gezählt werden kann, die zu einem braven und schäzbaren Christen erfordert werden: so könnte man darauf rechnen, daß man die schwarzen Kugeln nur auf des Juden Seite finden würde. – –

Die Altonaer gebildete Welt giebt hingegen den lautsprechendsten Beweis ihrer toleranten und aufgeklärten Denkart dadurch, daß sie in ihrer geschlossenen Versammlung, die den Namen des Museums führt, die jüdische Nation keinesweges excludirt hat; sie hält nur schlechte und ungesittete Menschen von sich entfernt. Diese Gesellschaft, die die ersten Männer der Stadt unter ihre Mitglieder zählt und die, so wie in diesem, auch in allen andern Stükken der Hamburger Harmonie gewiß nicht im Geringsten nachstehet, hat es gar nicht unter ihrer Würde gehalten, ihre jüdischen Mitbürger an ihrer freundschaftlichen Verbindung zum Genusse geselliger Freude, Theil nehmen zu lassen. Freilich muß diese wakre Gesellschaft dafür es sich gefallen lassen, wenn die Hamburger distinguirte Welt ihr nicht die Art von feinem Geschmak zugestehet, die nach ihrer Meinung Männer haben müßten, welche einen Rang oder eine anderweitige Wichtigkeit im Staate besitzen, wie sehr viele Mitglieder des Museums haben.

Wenn indeß die Hamburger sich nur noch blos darauf einschränkten, die Juden von ihren Gesellschaften, von ihren, dem Vergnügen gewidmeten Versammlungen auszu-

schließen: so ließen sich noch einige – obzwar immer sehr schwache, seichte, ihre Toleranz auf keine Weise ehrende – Gründe dafür anführen; wenigstens ließen sich noch nicht gradezu feindselige Gesinnungen gegen die jüdischen Einwohner daraus folgern. Man könnte die Sache aus einer Art übeln Stolzes herleiten, der – unter uns gesagt – in unserm Hamburg sehr eingewurzelt ist, so viel Recht man auch zu haben glaubt, den in monarchischen Staaten einheimischen Adelstolz zu persifliren; oder, man könnte auch annehmen, daß gewisse Eigenheiten, von welchen so mancher Jude sich noch nicht losmachen kann oder will, den fein feinen Geschmak zu sehr rebütiren, als daß man sich mit jüdischen Gesellschaftern vertragen könne. Allein, man zeigt offenbare Feindschaft und Mißgunst gegen dieses Volk; und Particüliers machen sogar alle mögliche Versuche, ihm noch hier und da eine Quelle zu verstopfen, die der Staat ihm zu seinem Broderwerb offen gelassen hat. Einen offenbaren Beweis, daß ich hier nicht verläumde, haben wir neuerlich gesehen, da christliche Makler mit jüdischen Maklern nicht Auktionen halten wollten und die Sache so weit trieben, daß die Obrigkeit zum Besten der Juden ins Mittel treten und diese in ihren hergebrachten Gerechtsamen schützen mußte. – Das Etablissement der Börsenhalle liefert eine Art Seitenstük zu dem eben angeführten Trait. Kaufleute schließen Kaufleute wegen der, mit Handel und Wandel gar nichts gemein habenden Zufälligkeit, daß dieselben aus, von Jugend auf eingesogenen Grundsätzen, das höchste Wesen auf eine abweichende Art verehren, von einem Versammlungsorte aus, der dem ersten – jezt, wie es scheint, schon etwas veränderten – Plane[3] nach, den kaufmännischen Geschäften bestimmt war. Ich sehe in dieser Maaßregel eine Feindseligkeit gegen die Judenschaft, die sich zu Anfange des neunzehnten Jahrhunderts mit Nichts entschuldigen läßt, vermischt mit einem Stolze, der zu der Forderung berechtiget, die Wirklichkeit des so großen Vorzuges, den man sich einräumt, durch wirkliches Besserseyn zu beweisen ....

Wenn in Altona das Benehmen eines Theils der Christen gegen die Juden auch noch nicht allezeit und in aller Art so ist, wie es seyn sollte: so erlaubt man sich hier doch nicht solche frappante Aeusserungen des Hasses und der Mißgunst gegen diese adoptirten Kinder des Staats. Weinigstens weiß ich mich nicht zu erinnern, von dergleichen hier je gehört zu haben. Wenn ein kleinlicher, auf ein armseliches Nichts gegründeter Stolz auch manchmal in Altona in Ansehnung der Juden sichtbar wird: so wird derselbe sicher nicht von der Mehrheit gebilligt; und oft ist es der Fall, daß er, wenn er eben im Begriff ist, sich zu äussern, aus Furcht vor den zahlreichen, schon aufgehobenen Geisseln, in seine Schlupfwinkel zurükkriecht.

Gelegentlich muß ich noch mit Bedauern bemerken, daß neuerlich auch Einer der Verfasser unsers Journals, mit dem Geiste desselben gar nicht übereinstimmend, bei Erwähnung des Einzuges des gegenwärtigen Oberrabbiners, sich einige witzelnde Aeusserungen erlaubt hat, die in Ansehnung eines Schriftstellers, der übrigens so mancherlei schäzbare Kenntnisse verräth und der, statt des Saamens der Zwietracht noch mehr auszustreuen, lieber dahin zu wirken bemüht seyn sollte, eine, unser Zeitalter entehrende Antipathie gegen ein anders glaubendes Volk auszurotten, eine sehr üble Pläsanterie genannt zu werden verdient. – Besonders ist diesem Verfasser der Ausdruk Residenz sehr auffallend und es scheint, daß er es ganz unzulässig findet, den Wohnsiz eines jüdischen Oberrabbiners eine Residenz zu nennen: aber aus welchem hinreichenden Grunde? – – Es ist wahr, daß der Sprachgebrauch dem Worte Residenz, das im Grunde nichts mehr als einen festen Wohnsiz bezeichnet, eine Nebenbedeutung beigefügt hat, und das man heutiges Tages unter Residenz gemeiniglich den Aufenthaltsort eines großen Herrn oder doch eines Mannes von vorzüglicher Bedeutung verstehet. Allein, ein Altonaer Oberrabbiner ist auch ein Mann von vorzüglicher Bedeutung; ist mit einer ziemlich

ausgedehnten Gewalt in geistlichen und weltlichen Dingen das Oberhaupt aller, in einer großen Provinz und in der angrenzenden Reichsstadt Hamburg befindlichen Individuen seiner Glaubensparthei; und sein Amt giebt an Wichtigkeit gewiß demjenigen manches Bischofs der römischen Kirche, dem man ja doch eine Residenz zugestehet, im Geringsten nichts nach. Wenn also ein Jude gegen den gedachten Verfasser geäussert hat, daß sein Oberrabbiner seinen Einzug in seine neue Residenz gehalten habe; so finde ich in diesem Ausdrukke nichts Unzulässiges, man nehme ihn nun in seinem ursprünglichen oder in seinem adoptirten Sinne. Allein jener Verfasser scheint darauf gar nicht geachtet zu haben: oder, der jüdische Oberrabbiner schwindet auch blos deswegen in seiner Vorstellung zu einem so kleinen Lichtchen herab, weil er nur das Oberhaupt von Juden ist; ein Grund, der freilich ziemlich Grattenauerische Principia verrathen würde. Ein Mann von humanen Grundsätzen, vermeidet sorgfältig dergleichen Ausfälle, die ganz und gar keinen Nutzen haben und nur dazu dienen, auf der einen Seite neuen Stof zu beleidigenden Nekkereien und auf der andern, Anlaß zu einem fortdauernden Mißtrauen gegen die Christen zu geben. In Ansehnung des gegenwärtigen Oberrabbiners ist der gerügte Ausfall um so tadelnswerther, da derselbe von einem solchen Charakter ist, der schon jeden, einigermaßen gutdenkenden Mann abhalten sollte, sich Aeusserungen zu erlauben, die demselben wenigstens nicht angenehm seyn können. Er ist in der That ein schäzbarer Mann, der bei aller, bei seinem Amte und bei seinen Verhältnissen notwendigen Strenge gegen sich selbst in Beobachtung der jüdischen Gesetze, gegen Andre eine sehr löbliche Toleranz und Nachsicht beweist; und der keinesweges ein Ignorant auch ausser der Grenze seines Faches ist. Noch ist seine Wohltätigkeit gegen Arme ein schöner Zug seines Charakters. Von Allem, was er einnimmt, gehört der Zehend den Dürftigen; und das ist bei ihm so feste Regel, daß er jedesmal, wenn er Geld einnimmt, sogleich dasselbe zählt, um allezeit den zehenden Schilling für die Armen zurükzulegen, für die Wahrheit dieser Anführung kann ich mich verbürgen, da mein Gewährsmann sehr sicher und glaubwürdig ist. – Doch wieder in mein Gleis! –

Da man, um gerecht zu seyn, beide Partheien hören muß, ehe man verurtheilt, so will ich doch einmal die Gründe beleuchten, die die Gegner der Juden für die Rechtmäßigkeit ihrer Antipathie anführen.

Von den Orthodoxen, und selbst von denjenigen gemäßigten Orthodoxen, die es mit andern, von ihrer Religionsparthei abweichenden christlichen Seiten nicht mehr so genau nehmen, wird offenbar der Jude wegen seines Glaubens gehaßt. Sie können es den heutigen Israeliten noch nicht verzeihen, daß ihre Vorfahren, von welchen sie doch schon um einige und funfzig Generationen entfernt sind, den Stifter der christlichen Religion hingerichtet haben und daß sie, wie sie es nennen, immerfort so verstokt sind, bei ihrem Mosaischen Glaubenssystem zu verharren, welches ihnen ein Greuel ist und dessen Kult in ihren Augen viel Lächerliches hat. Es ist allerdings einem Christen nicht zu verdenken, wenn er Unwillen gegen diejenigen empfindet, die den vortreflichen Stifter ihres Glaubens, den schuldlosen Lehrer einer bessern Moral, so grausam, so ungerecht behandelten. Allein, kann dieser Unwille mit Billigkeit das ganze jüdische Volk treffen, da wie bekannt, die Verfolgung gegen Christum und dessen Hinrichtung ein Werk der Pharisäer war, die Christus eben so sehr durch seine Freimüthigkeit, als durch seine, von der ihrigen so abweichende Lehre aufgebracht hatte? Allen Juden der damaligen Zeit diesen Justizmord zur Last zu legen, wäre eben so unbillig, als wenn man die Robertspierreschen Mordtthaten auf die Rechnung der ganzen französischen Nation setzen wollte; und nähme ich auch an, daß alle, zu Christi Zeiten lebende Juden zu dessen Hinrichtung beigetragen, oder doch dieselbe wenigstens mit Beifall und Wohlgefallen bemerkt hätten: so ist das der heutigen Juden Schuld ja eben so wenig, als die heutigen Franzosen wegen

der Pariser Bluthochzeit, oder die heutigen Engländer wegen der unter Maria's Regierung hingerichteten Protestanten, unsre Vorwürfe verdienen. – Daß die Juden bis auf unsre Zeit sich noch nicht zur christlichen Religion gewendet haben, ist auch kein Grund sie zu hassen, weil der Glaube keine willkührliche Sache ist, sondern von der Ueberzeugung abhängt; weil der Juden Beständigkeit in ihrer Religion also nicht Folge der Hartnäkkigkeit und der Verstoktheit ist, sondern des Mangels der bessern Ueberzeugung und des Mangels der Kenntniß derjenigen Gründe, die diese Ueberzeugung bewirken müßten; Gründe, die das Beispiel der Christen von jeher nicht sonderlich unterstüzte! Was endlich das israelitische Glaubenssystem selbst betrift, so sollte dasselbe den Christen keinesweges so anstößig seyn, da es – einige Zusätze der Rabbiner ausgenommen – in einem Theile unsrer heiligen Bücher, nemlich im alten Testamente, welches, wie die Christen selbst glauben, unmittelbar von Gott inspirirt worden, gegründet ist. Aus eben dieser Ursach sollte man auch ihr religiöses Ceremoniel nicht lächerlich finden, weil ja dasselbe zu seiner Zeit von Gott selbst angeordnet wurde und uns das nicht lächerlich seyn soll, was Gott zu einer Zeit anzuordnen für gut fand. – Zudem giebt es noch so viele christliche Dogmen und Ceremonien, welche die Juden mit eben so vielem Rechte lächerlich und unsinnig finden könnten, als wir zu haben glauben, über manche der Ihrigen zu lachen.

– Gesezt aber auch, daß es gerecht wäre, unsern heutigen Juden den Märtyrertod Christi zuzurechnen; gesezt, daß sie wirklich nur aus Hartnäkkigkeit und Verstoktheit Nichtchristen blieben; gesezt, daß bei den so veränderten Zeiten und Umständen wirklich ein Theil ihres religiösen Ceremoniels eine lächerliche Seite erhielte: so mangelt immer noch der Grund, der den Haß gegen die Juden rechtfertigt; und am allerwenigsten ziemet ein solcher Haß den Orthodoxen, welchen als Rechtgläubigen jede Vorschrift Christi um so heiliger und deren Befolgung eine um so unverbrüchlichere Pflicht seyn müßte; und Christus Liebe und Duldsamkeit gegen alle Menschen, ja sogar Liebe gegen Feinde und Widersacher empfohlen und befohlen hat. Was sollen die Juden von der Ueberzeugung der Christen in Ansehnung ihrer Glaubenslehren denken, wenn sie sehen, daß selbst die Rechtgläubigsten die heiligsten derselben so wenig achten und befolgen? – So Etwas läßt sich der rechtgläubige Israelit nicht zu Schulden kommen. Sein Glaube ist immer die Richtschnur seines Thuns; und was derselbe ihm zur Pflicht macht, bringt er in Ausübung, welche Aufopferung seines Lebensgenusses, seines Vortheils, seiner Bequemlichkeit und selbst, in gewisser Hinsicht, seiner Gesundheit, auch damit verbunden seyn mag....

Andre Gegner der Juden erklären sich deswegen wider dieselben, weil sie ihre Moral sehr tadelhaft finden. In ihren Augen ist der Jude ein betrügerisches, feiges, jeder Niederträchtigkeit fähiges Geschöpf, das mit bitterm Haß gegen jeden Nichtjuden erfüllt ist. Harte Beschuldigungen, die, wenn sie Wahrheit enthielten, allerdings dazu berechtigten, jedes jüdische Individuum zu verabscheuen. Allein – und der Menschenfreund freuet sich darüber – jene Beschuldigungen sind baare Verleumdungen – Ich will so viel zugeben, daß in ältern Zeiten, da die Juden überall unter dem drükkendsten Sclavenjoche seufzten, dieselben, wie alle Sclaven, bis auf einen ziemlichen Grad niederträchtig geworden waren. Ich mag auch nicht läugnen: daß es noch jezt viele betrügerische, schlecht und niederträchtig denkende Juden gebe. Allein, auf der andern Seite ist es absichtliche und bösliche Verleumdung, wenn man behauptet, daß die Juden, nachdem unsre Regierungen gerechter gegen sie geworden sind und ihre Ketten größtentheils zerbrochen haben, immer noch die herabgewürdigten Menschen geblieben wären, die sie in großer Menge in der Vorzeit waren. Wer nicht aus Hartnäckigkeit darauf besteht, nicht sehen zu wollen; und wer nicht mit geflissentlicher Ungerechtigkeit den jüdischen Pöbel für das jüdische Volk annimmt, der muß bemerken, wie sehr dieses Volk an moralischer

Verbesserung und an Kultur überhaupt gewonnen habe; und zwar an wahrer Kultur, indeß in den neuern Zeiten bei unsern Christen immer mehr Afterkultur angetroffen wird. – Was die schlechtdenkenden und schlechthandelnden Juden anbetrift, die man auch heutiges Tages noch unter diesem Volke findet: so können dieselben nur dann dasselbe graviren, wenn wir darzuthun vermögen, daß es unter uns keine, oder verhältnißmäßig, doch nur wenige schlechtdenkende und schlechthandelnde Christen gebe; unter uns, die wir vorzugsweise eine so vortrefliche, wahrlich einzige Moral zu unsrer Nachachtung vor Augen haben! – Ich wage – weil ich streng gerecht seyn muß, so wehe es mir als Christen auch thut – sogar zu behaupten, daß nicht nur das moralische Betragen des bessern Theils der Judenschaft, das moralische Betragen der Christen unsrer Tage, zu beschämen anfängt; ja, daß es bald dahin kommen werde, vielleicht schon so weit ist, daß es verhältnismäßig weit weniger schlechtdenkende und schlechthandelnde Juden als schlechtdenkende und sehr schlechthandelnde Christen giebt. Wer einen unpartheiischen Blik auf unsre Gegenwart wirft, wird finden, daß ich kein partheiischer Vertheidiger bin. Man nennt die Juden Betrüger. Allerdings giebt es Betrüger unter ihnen, und zwar vornehme und geringe, und mitunter recht abgefeimte. Allein, liebe Christen! die Hand in euren Busen! Ihr Krämer, die ihr die Waaren verfälschet; ihr Makler, die ihr mit jedem Fluche eine Lüge sagt; ihr Höker, die ihr vier und zwanzig Loth für ein Pfund verkauft und die Leute mit falschem Maaße betrügt; ihr Herren, die ihr das Bankrottmachen nach einem festen System betreibt; ihr Handwerker, die ihr schlechte Zuthat und schlechte Arbeit für aufs höchste gestiegene Preise gebt; ihr Männer im Amte und die ihr öffentliche Funktionen habt, die ihr mit euren Befugnissen einen schändlichen Wucher treibet, ihr eleganten Herren, die ihr eure Schulden zu bezahlen für ganz unnöthig haltet; seyd ihr nicht alle Betrüger? nicht eben solche Betrüger, als der Jude, welcher kurze Ellen für lange mißt oder den Leuten beschädigte Waare für gute in die Hand zu stekken weiß? – oder – haltet ihr euch für Betrüger besserer Art, weil ihr christliche Betrüger seyd? Ich nicht; vielmehr sind in meinen Augen die schlechten Streiche eines Christen noch sträflicher als die eines Israeliten, der sich in seinen Nahrungszweigen so beschränkt, sich gewöhnlich die seinigen nur von bitterer Noth gedrungen, erlaubt; ihr aber größtentheils zum Behuf eines übertriebenen Luxus den Weg der Ehrlichkeit verlaßt.

Man beschuldigt zunächst die Juden, zum Theil, um seinen eignen Haß gegen dieselben zu rechtfertigen, eines eingewurzelten, bittern Hasses gegen die Christen. Ich mag mich hier keinesweges mit den Grattenauerianern in einen Streit darüber einlassen, in wie weit die Grundsätze des Mosaism einen solchen Haß veranlassen und befördern; Einmal, weil der Raum eines Aufsatzes in einem Journal eine so weitläuftige Diskussion nicht verstattet und eigentlich dieselbe hierher auch gar nicht gehört; und zweitens, weil ich mich gänzlich abgeneigt fühle, mich mit Enragés zu befassen, die ihre Sache mehr durch Schreien und Sarkasmen, als durch Gründe zu führen gewohnt sind. – Ueberhaupt läßt sich aus den Prinzipien, welche aus der Religion der Menschen hervorgehen, nicht allezeit mit Sicherheit schließen, was die im praktischen Leben sind. Das lehrt die Erfahrung selbst in der christlichen Kirche. Nach dem Ausspruch der Bibel, z. B. sind alle Nichtchristen – was auch diejenigen Aufgeklärten, die die Unbilligkeit und Ungerechtigkeit eines solchen Verdammungs-Urtheils fühlen, die aber die Autorität der Schrift noch nicht anzutasten wagen, dagegen anführen mögen; – Kinder der Verdammniß; und dennoch beobachtet selbst der orthodoxe, übrigens aber gutdenkende Christ, gegen seine ungetauften Nebenmenschen ein Betragen, das zur Ehre seines Herzens, jene Lehre der Bibel verleugnet. Ein solches Andershandeln und Andersglauben ist gewöhnlich der Fall, wenn religiöse Prinzipien gewissen mächtigen Grundtrieben der, durch fremdartige

Leidenschaften nicht alterirten menschlichen Natur schnurstraks entgegen sind. Wenn aber der Mosaism wirklich Feindschaft gegen alle Nichtjuden predigte: so ließe sich in Hinsicht auf jenen Erfahrungssaz, immer noch nicht behaupten, daß die Israeliten im Durchschnitt wirklich eine solche Feindschaft hegen müssen; und zwar, weil dieselbe gegen einen sehr mächtigen Grundtrieb der menschlichen Natur, gegen das Wohlwollen nemlich streitet, welches dem Menschen gegen die Geschöpfe seiner Gattung angeerbt ist; weil gemeiniglich das Herz seine ihm angestammte Herrschaft über solche von dem Verstande aufgenommene Grundsätze behauptet, welche seinen Empfindungen heterogen sind. Daß übrigens die alten Juden Feindschaft gegen alle andre Völker hegten, so lange sie noch Bürger eines eigenen Staats waren, dessen Grundlage, wie bekannt, im National-Egoism bestand, beweiset eben so wenig für die Existenz des Hasses unsrer heutigen Juden gegen die Christen, weil dieselben gegenwärtig unter ganz verschiedenen Verhältnissen und in ganz veränderten Zeiten leben; und weil, durch die beständige Reibung der mancherlei Berührungspunkte beider Partheien, die der Geist des Zeitalters und das Bedürfnis noch täglich vermehren, eine Scheidewand nach der andern abgearbeitet worden ist.

Ich will indeß nicht behaupten, daß nicht ein großer Theil Juden und besonders von den ältern, wirklich noch jezt es mit den Christen im Ganzen nicht sonderlich gut meinen; allein, ich glaube auch dagegen, wenn man auf den wahren Grund geht, daß an dieser Abneigung mehr das Betragen der Christen Schuld sey, als ein politisches oder religiöses Prinzip der Juden. Wie können wir mit Recht prätendiren, daß Menschen uns lieben sollen, die seit Jahrhunderten in den Staaten, in welchen sie ein Freistatt suchten, gemißhandelt, durch erniedrigende Auszeichnungen und durch Anlegung drükkender Sklavenfesseln erbittert wurden, so, daß nie ein Fünkchen Patriotism in ihnen anglimmen konnte; und die noch dann, nachdem in neueren Zeiten die Regierungen größtentheils billigere und tolerantere Grundsätze in Ansehung ihrer angenommenen und ihre bürgerlichen Lage verbessert hatten, im Privatleben fortdauernd von einer großen Menge Christen verächtlich und selbst so feindselig behandelt wurden, daß es völlig das Ansehen hatte, man sey der Meinung, gegen einen Juden könne man ohne Verletzung seines Gewissens, sich Alles erlauben. Wenn das wohlthätige Licht, daß die Philosophie angezündet hat und das in seinem Streite mit der alten Finsterniß immer siegreicher hervorgehet, einen immer weiteren Kreis erleuchtet, in den neuesten Zeiten auch dieser Privatplakkereien immer weniger machte; so haben dieselben doch noch lange nicht gänzlich aufgehört, wie ich oben nur zu klar durch angeführte Thatsachen bewiesen habe. Allein, wäre Lezteres auch hier und da der Fall, wie er es wohl seyn mag, so kann man doch nicht fordern, daß der tiefe Eindruck des so häufig erlittenen Unrechts so schnell sich gänzlicher verwischen, daß ein gerechtes, so lang verwurzeltes Mißtrauen sogleich ausgerottet, oder gar in Vertrauen umgeschaffen werden solle. Das ist einer Zukunft vorbehalten, die die Stimmung der zureifenden Generation unsrer Juden auf einer, und die mit jedem Tage zunehmende und weiter sich ausbreitende Toleranz der Christen auf der andern Seite, in nicht weiter Entfernung von der Gegenwart zeigen.

Aber auch diese unter den Juden noch hier und da existirende, aus dem eben angeführten Grunde sehr zu entschuldigende Abneigung gegen die Christen, ist keinesweges eine blinde, unbedingte Antipathie; und sie verschwindet gewiß da, wo der Christ durch ein pflichtmäßiges Betragen das gegen ihn herrschende Vorurtheil besiegt. Hat er das einmal bewirkt: so wird er gewiß nicht Ursach finden, sich im Durchschnitt über den Juden zu beklagen; nur hält es freilich ein wenig schwer, dessen Zutrauen zu gewinnen; und das kann demselben, bei den vielen Gründen zum Mißtrauen, welche ihm in der Geschichte seines Volkes vor Augen liegen und die die jezt lebenden ältern Juden noch

aus eigner Erfahrung sammelten, nicht so sehr zur Last gelegt werden. Je weniger man solcher Gründe in der Gegenwart auffinden wird, und in dem Maaße, als das, durch keine neuern Veranlassungen erwekte Andenken an die ältern Bedrükkungen und Beleitungen verlöschen wird, wird auch jenes Mißtrauen sich vermindern und endlich verschwinden. Wie wahr alles das sey, beweist unter andern die Anhänglichkeit unsrer Juden an diejenigen ihrer Regierungen, die sie mit Schonung und gerechter Milde behandeln; an diesen bemerkt man einen wahren Patriotism; und wer das bezweifeln wollte, sammle z.B. Erfahrungen in den dänischen Staaten! –

Nicht ganz so ungegründet, als die bisher angeführten Klagen gegen das jüdische Volk, sind diejenigen, welche die sogenannte feine Welt wider das äussere Betragen und einen Theil der Sitten der Juden anbringt. Allerdings läßt man sich auch in dieser Hinsicht viel Ungerechtigkeit zu Schulden kommen; allein, ganz unwahr ist jene Rüge nicht, wie die Zustimmung derjenigen beweiset, die man mit ganzem Rechte fein gesittete Leute und Leute von gutem Geschmak nennt. Wahr ist es, daß noch viele Juden und selbst solche, die in Ansehung ihrer Glüksumstände, ihrer ganzen Lage und ihrer Ansprüche, sich weit über dem gemeinen Mann erheben, noch zu sehr an gewissen altjüdischen, von dem Gesetze independenten Gebräuchen und Sitten hängen, die dem bessern herrschenden Geschmak allerdings anstößig sind; wahr ist es besonders, daß die bei weitem größte Anzahl der Juden und selbst Viele unter ihnen, die im Uebrigen recht gebildete Leute sind, durch ihre, sogar dem daran gewöhnten Ohre äusserst auffallende Mundart, den guten Geschmak immer noch beleidigen und daher es sich selbst zuschreiben müssen, wenn sie zuweilen den Spott des Ungebildeten – der wirklich Gebildete enthält sich dessen! – erleiden. Ich bin zu billig, um zu verläugnen, daß der Jude aus Gefälligkeit und aus Achtung gegen den herrschenden Geschmak diejenigen Vorschriften überschreiten solle, die nach seinem Glauben, ihm von Gott selbst gegeben wurden; allein, das glaub' ich mit Recht rügen zu dürfen, daß er in so manchen anderen Stükken, in welchen weder ein göttlicher Befehl noch ein göttliches Verbot ihn einschränkt, es sich so wenig angelegen seyn läßt, dem herrschenden Geschmak und der Landessitte die schuldige Achtung dadurch zu erweisen, daß er sich, so viel ihm erlaubt ist, nach denselben richtet und ihnen alles Anstößige und Mißfällige aufopfert, was blos von verjährtem Gebrauch und von Gewohnheit herrührt. Diese Achtung für den Geschmak und die Sitten des Volks, unter welchem man lebt, ist eine Pflicht, die Jedem obliegt, die, um mancher Unannehmlichkeit auszuweichen, die Klugheit Jedem vorschreibt; und deren Verbindlichkeit nur da aufhört, wo Verletzung einer höhern Pflicht und seines Gewissens und eines höhern Interesses das Gegentheil gebietet. Von jeder Seite betrachtet, ist es mir in der That unbegreiflich warum unsre Juden in der bei weitem grössern Zahl, noch immer so fest dabei beharren, die Sprache des Landes, in welchem sie einheimisch geworden sind, die für sie Muttersprache geworden ist, verstümmelt, und zwar für das Ohr äußerst unangenehm verstümmelt, zu sprechen; und selbst, wenn sie dieselbe auch ohne fremde Beimischung und rein sprechen, es in einem Ton thun, der abermals so unangenehm als die Verstümmlung der Sprache selbst ist, und den man gemeiniglich den jüdischen Dialekt nennt. Es ist sehr zu billigen, daß sie die Kenntniß ihrer Nationalsprache, die Sprache, in welcher ihre heiligen Bücher abgefaßt sind, zu erhalten suchen; allein, was hat jener Jargon, das sogenannte Jüdischdeutsch, mit der echt hebräischen Sprache für Gemeinschaft? Und welchen Nutzen kann der Gebrauch dieses Jargons haben? – Keinen! ich wenigstens, sehe keinen dabei; aber gewiß manches Nachtheilige für ihre Privatverhältnisse. In unsern Zeiten, da man im Durchschnitt wirklich nur noch sehr wenig aus der Verschiedenheit der Religion macht, ist in der That jene, auf eine so unangenehme Art sich auszeichnende Sprache eine der Hauptfriedenstöhrerinnen. Nicht

nur das Ohr des Deutschen, nein, das Ohr jedes andern Nichtjuden empfindet das außerordentlich Mißtönende derselben; und das ist ein Beweis, das sie es wirklich sey und daß sie dem allgemeinen, das heißt ja wohl so viel als, dem wahren guten Geschmak anstößig seyn müsse; und der beleidigte Geschmak ist unversöhnlich; er rächt sich unausbleiblich durch Spott und Lächerlichmachen. Wie ganz ungefällig das Jüdisch-deutsch seyn müsse, erhellet unter andern auch daraus, daß es selbst, wie es doch bei jeder andern und selbst bei der rauhesten Sprache der Fall ist, in dem Munde des schönsten Frauenzimmers nicht nur Nichts gewinnt, sondern vielmehr der reitzendsten Jüdin in dem Augenblik durchaus alle Grazie raubt, da sie den schönen Mund durch dieselbe entweiht.[4)] Außer daß es übrigens nicht höflich ist, wenn nach dem sehr allgemein eingeführten Gebrauch jüdische Individuen sich in Gegenwart eines Christen dieses Jargons bedienen: so ist es auch noch das Mittel, in argwöhnischen Gemüthern Mißtrauen und den Verdacht zu erregen, daß man etwas Uebeles gegen sie im Sinne habe, oder etwas Nachtheiliges von ihnen sage, und das ist gewiß abermals eine Inconvenienz, die nicht unwichtig ist, und die dünkt mir, Beherzigung verdient.

Ich habe zuweilen mit vernünftigen Israeliten über diesen Uebelstand gesprochen: und sie haben mir ganz unverstellt den Wunsch geäußert, daß der unter ihrem Volke eingeführte Jargon abgeschaft werden mögte; haben sich aber auf eine mit der Muttermilch eingesogene Gewohnheit berufen, die es ihnen unmöglich mache, sich davon zu befreien. Ich glaube allerdings, daß es einem, bei seiner Mundart alt gewordenen Menschen schwer fällt, dieselbe zu verändern; aber ich kann es nicht für unmöglich halten. Der Jude muß aber nur die Bemühung, sich darin zu verbessern, nicht blos auf die Zeit einschränken, die er mit Christen umgehet; er muß den Anfang dazu in seinem Hause und in dem Umgange mit den Individuen seines Volkes selbst machen. Und warum wollte man denn von Seiten der Juden auf diesen alten Mißbrauch seiner Sprachwerkzeuge bestehen, da doch die Religion hierin freie Hand läßt? – Ich halte es, wie ich schon gesagt habe, sogar für eine Pflicht derselben, in diesem Stükke den Christen einen Beweis von Nachgiebigkeit und Achtung zu geben. Sicher würden die Leztern, die über die Unterlassung dieser Pflicht sich mit Recht beklagen, ihnen die darauf verwandte Mühe vergelten. –

Wenn indeß in Ansehung des eben berührten Gegenstandes einiges Unrecht auf Seiten der Juden ist; so befindet es sich aber auch auf Seiten der Christen. Diese übersehen und verkennen noch gar oft absichtlich, welche Fortschritte ein nicht unbeträchtlicher Theil unsrer Judenschaft auch in der äussern Politur gemacht hat; und begehen folglich auch hierin die Ungerechtigkeit, daß sie, ohne selbst zu untersuchen und zu sehen, in ihrer sich so willkührlich gemachten Vorstellung Juden mit Juden verwechseln und in diesem Stükke nicht minder wie in andern, jüdischen Pöbel und jüdisches Volk für ein synonimes Ding annehmen und lassen sich darin eine große Unbilligkeit und eine eben so große Inconsequenz zu Schulden kommen, indem unverkennbar in neuern Zeiten jeder Jude, der sich über den gemeinen Mann erhebt, – und der gemeine Mann selbst, in einem ihm angemessenen Grade – eine weit feinere und gebildetere Aussenseite hat, als es in entferntern Zeiten der Fall war. Ja es giebt jezt schon unter der jüdischen Nation so viele Individuen und ganze Familien, die wirklich auch an feiner äusserer Politur keinem Christen von der Art, Etwas nachgeben, daß sie nicht mehr blos unter die Ausnahmen zu zählen sind. Aber ist man von Seiten mancher Christen wohl so billig, dies anzuerkennen und auf sein Betragen gegen dieselben wirken zu lassen? – – Selbst die gegründeteste Klage, die, gegen die jüdische Mundart, wird in Ansehnung einer großen Menge Juden gleichfalls schon ungerecht, und wird es mit jeder künftig zureifenden Generation noch mehr werden, indem fast jeder jüdische Vater, der die pecünären

Kräfte dazu hat, jezt darauf mit Ernst denkt, seine Kinder reines Deutsch lernen zu lassen; ja Viele gehen darin schon so weit, daß sie durchaus nicht leiden, daß ihre Kinder – wenn auch aus Gewohnheit die Eltern sich nicht ganz davon losmachen können, wie sie es wünschen – je den alten Jargon sprechen. – Doch – die Grenze meines Raums! – sie zwingt mich, diesen gelegentlich aufgenommenen Faden fallen zu lassen. –

Noch eine Beschuldigung, welche sehr häufig von denjenigen gegen die Juden angebracht wird, die sich angelegen seyn lassen, hinreichende Gründe für ihre Antipathie gegen dieselben anzugeben, darf ich indeß nicht unterlassen, mit einigen Worten zu berühren. Die jüdische Nation soll nemlich in einem hervorstechenden Grade süffisant und vom Dünkel eingenommen seyn. Wenn ich auch zugäbe, daß die genannten Fehler diesem Volke wirklich auf eine besondre Art eigen wären: so würde ich immer noch sehr das Recht bezweifeln müssen, das wir haben, ihm jene Fehler vorzuwerfen, da – billig angenommen – bei weitem die Mehrheit unsrer lieben Christenheit in dem gegenwärtigen egoistischen Zeitalter gar sehr in dem Falle ist, den Splitter zu rügen und ihren eigenen Balken unbemerkt zu lassen. Allein – es ist baare Verläumdung, wenn man die genannten Fehler für National-Eigenheit des jüdischen Volks ausgiebt. Was an der Sache wahr ist, besteht darin, daß die Juden in Ansehung dieser Charakterflekken eben nicht als Ausnahmen zu betrachten sind; und vielleicht, – man sieht wie unpartheiisch ich bin, – daß ihr Dünkel und ihre Süffisanz hin und wieder noch weniger Realität zum Grunde hat, als im Durchschnitt bei unsern Thoren der Art. Indem ich dieses nachgebe, muß ich aber sogleich – und zwar ebenfalls zur Rettung meiner Unpartheilichkeit – zu ihrer Entschuldigung anführen, daß das Leztere sehr natürlich sey, da selbst der gebildete Theil der jüdischen Nation im Durchschnitt nicht nur noch nicht auf einer so hohen Staffel der Kultur stehet, als die ist, auf der wir uns befinden, sondern die Juden überhaupt auch noch weniger allgemein kultivirt sind als die Christen; und da die Seltenheit den Dingen in den Augen der Menschen einen Werth beilegt, der ihnen bei weitem nicht zukommt. Wenn die Juden bei weiterem Fortschreiten in der Kultur mehr in den Stand gesezt werden, die grenzenlose Ausdehnung des zu kultivirenden Feldes zu überschauen und das, was sie geleistet, nach dem, was zu leisten ihnen noch übrig ist, richtig zu würdigen; so steht zu erwarten, daß sie von ihrem Wissen auch eine bescheidnere Meinung annehmen werden...

Ausser dem mancherlei Guten, was ich bei Gelegenheit dieser, durch Unbilligkeit und eingewurzeltes Vorurtheil veranlaßten Vertheidigung der Juden gegen die so lieblosen und größtentheils ungerechten Beschuldigungen so mancher – und besonders Hamburger – Christen schon angeführt habe, findet man in ihrem Charakter, in ihrer Denkart und in ihrem praktischen Leben noch so Manches, das sehr unser Lob, zum Theil gar sehr unsre Nachahmung verdient und ihre Widersacher billig mit Schaam erfüllen müßte.

Die Wohltätigkeit gegen Leidende und Dürftige, ist z.B. ein schöner Nationalzug des jüdischen Volks. Diejenigen, die nur immer von dessen schmutzigem und gefühllosen Geitze sprechen, den sie für ein Hauptingredienz in der Mischung seines Charakters ausgeben, werden es nimmer glauben, was die Juden im Durchschnitt es sich kosten lassen, ihre Armen zu ernähren; und zwar nicht etwan zu ernähren, wie so manche christliche Armenanstalt die Ihrigen, die genug gethan zu haben glaubt, wenn man ihr nur nicht nachsagen kann, daß die elenden Menschen, mit deren quasi Erhaltung so viel Parade gemacht wird, Hungers verstorben sind; übrigens aber nicht darnach fragt, ob die Armen wegen zu schlechten und kärglichen Unterhalts langsam den Entkräftungstod sterben. Bei den Juden wird für Alles gesorgt; und man könnte von ihnen vielmehr sagen und es tadeln, daß sie für ihre Dürftigen eher zu viel als zu wenig thun, indem durch die zu große Leichtigkeit, an der Wohltätigkeit der Bemittelten Theil nehmen

zu können, der Müßiggang sehr befördert wird und Mancher sich aus Faulheit als Armer ernähren läßt, der es gar wohl durch Arbeit selbst könnte. Diese Wohlthätigkeit gegen die Armen erstrekt sich nicht allein auf die Einheimischen, sondern auch über die Fremden, welche dieselbe wirklich sehr häufig auf eine unglaubliche Art mißbrauchen. Selbst der Christ spricht nicht unerhört an einer jüdischen Thüre um ein Almosen an; es wird ihm gewiß bei Wenigen versagt. In die Kasse der christlichen Armenanstalten fließt mancher Mark aus jüdischen Händen. In Altona, z.B. haben die bemittelten Juden bei dem lezten Umgang der Armendeputation, um die Einwohner zur Erhöhung ihrer Subscription im Armenbuche zu bewegen, sich fast durchgängig willig dazu finden lassen, sie, die gar nicht nöthig haben, zur Unterhaltung der christlichen Armen beizutragen. Noch neulich hatte ich bei Gelegenheit des Umganges der Altonaer Waisenkinder das rührende Vergnügen, zu bemerken, wie entgegenkommend die hiesigen jüdischen Einwohner ihre Gabe in die ihnen dargereichten Armenbüchsen und nicht minder in die ausgestrekten Hände der Kinder legten. – Dergleichen Züge lassen Nichts von einem bittern eingewurzelten Hasse gegen die Christen wittern!

Noch zeichnet sich der Jude durch manche bürgerliche Tugend aus. Er ist ein guter, ruhiger, friedfertiger Einwohner und ein gehorsamer Unterthan. Er duldet, was nur zu dulden ist; und es wird ein hoher Grad von Bedrükkung und Mißhandlung erfordert, um ihn zum Murren zu bringen, welches doch selten laut wird. Ueberdies kann man sagen, daß Keiner im Staate seine Abgaben so willig und so ohne Klagen entrichtet als er; er, der doch den Druk einer doppelten Last trägt, nemlich der, als Unterthan eines christlichen Staates und als Glied seiner Gemeinde, die zu allerlei Zwekken großer Summen bedarf.

In keinem Stükke ist aber der Jude den Christen – und besonders den Christen unsrer Tage – mehr als Beispiel aufzustellen, als in Ansehung seiner Sittlichkeit. Ich finde das Meiste, was sich darüber – und zwar mit größter Wahrheit – sagen läßt, in folgender Stelle aus dem travestirten Nathan der Weise,[5] die ich deswegen hier mit anführe.

(Nathan.)
„Und sieht der Herr wohl so viel schofle Sitten
Bei uns, als bei den übrigen Nationen?
Trunk, Spiel, Ueppigkeit und Unzucht, he?
Und sieht die Eltern so geehrt
Von ihren Kindern wo, als bei den Juden?
Und sieht der Herr wo auch viel vestst're Ehen
Und mehr Bevölk'rung, mehr Bevölk'rung, ja,
Als bei den Juden? Und er ist gesund
Und wird auch alt und zieht die Kinder auf
Nach der Levit'schen Gesetzes Weisung – – –"

Doch, die Grenze einer Skitze, die diese Apologie der Juden nur seyn soll und darf; und noch mehr, die Grenze einer Episode, die streng genommen, dieselbe wirklich ist, mahnet mich endlich so ernstlich an, davon abzugehen, daß ich mich für verbunden halte, das Uebrige, was ich noch in der Art sagen könnte, zu unterdrükken, um noch einmal zu meinem eigentlichen Süjet zurük zu kehren; und da find' ich, daß ich noch einige Worte über den Zustand unsrer hiesigen Judengemeinden in Ansehung ihrer Kultur und ihrer Aufklärung hinzuzufügen habe.

Die allgemeine Meinung ist die, daß die Hamburgischen Juden in beiden den Rang über die Altonaer Gemeinde behaupten; und es ist in der That sehr richtig, daß – selbst

mit der Zahl beider Gemeinden verhältnismäßig – es in Hamburg mehr gebildete und aufgeklärte Israeliten giebt als in Altona. Aber dennoch ist der Nachtheil auf Seiten der jüdischen Einwohner der lezten Stadt in dieser Hinsicht nur scheinbar, weil, um gerecht zu seyn, man in Anschlag bringen muß, daß in der Komposition der Altonaer Gemeinde sich mehr geringe und Mittelstandsleute befinden, als unter der Hamburger; und daß es unter dieser verhältnismäßig im Gegentheil mehrere Reiche gebe, welche die weitere Ausdehnung des Geschäftskreises dahin zieht. Nun ist es aber eine bekannte erfahrungsmäßige und auf guten Gründen beruhende Wahrheit, daß die Gebildetesten und Aufgeklärtesten eines Volks oder einer Gemeinde, nur unter den Vornehmern, das heißt hier, unter den Reichern, keinesweges aber unter den nur wenig oder ganz Unbemittelten aufgesucht werden dürfe; daher ist es natürlich, daß die kultivirte und aufgeklärte Klasse der Altonaer Juden weit weniger zahlreich als in Hamburg seyn müsse; und daß es so seyn könne, ohne daß deswegen eine nachtheilige Folgerung für Erstere daraus zu ziehen sey. – Ob indeß die in Hamburg herrschende Kultur der Juden vermittelst der Anstekkung nicht hier und da mehr als in Altona in Afterkultur ausgeartet sey; und ob alle Köpfe in der erstgenannten Stadt, die in andern oder in ihren eignen Augen für aufgeklärt gelten, von dem Lichte der wahren Aufklärung erleuchtet sind; und ob in Manchem nicht blos ein neumodisches Irrlicht flakkert: das scheint mir noch nicht so ganz ausgemacht zu seyn. – In Ansehung der Orthodoxie, halten unsre hiesigen Judengemeinden die Mittelstraße zwischen der Strenge der polnischen und der Lauigkeit der Berliner Juden; und die Mittelstraße soll, wie das Sprüchwort behauptet, ja immer die Beste seyn!

Ehe ich die Feder niederlege, kann ich mir nicht versagen, noch einen Beweis zu geben, wie wenig ich den Vorrath von Thatsachen erschöpft habe, wodurch ich in diesem Aufsatze die feindselige Stimmung der Hamburger Christen gegen ihre jüdischen Miteinwohner bewies. Ich habe nemlich einen sehr wichtigen, vielleicht einen der wichtigsten vergessen, da er aus der Mitte einer Gesellschaft hervorgehet, in welche nach ihren Gesetzen, nur die Bessern und Weisern aufgenommen werden. Die Sache ist nemlich die, daß die Hamburger Maurerlogen, die doch alle der echten brittischen Maurerei zugethan sind, welche nicht erlaubt, daß man der Religion halber unter den Menschen einen Unterschied mache, die Juden weder aufnehmen noch als Gäste zu ihren Logen zulassen; und daß daher die jüdische Nation genöthiget ist, ihre eigne besondre Loge zu bilden.

Schließlich muß ich auch noch einen, zu Anfange dieses Aufsatzes begangenen Irthum berichtigen. Ich habe nemlich gesagt, daß das jüdische Gericht ausser dem präsidirenden Oberrabiner und dem Sekretär aus drei Aeltesten und drei Beisitzern bestehe. Dieses ist unrichtig. Es giebt überhaupt acht Assessoren, wovon abwechselnd jedesmal vier im Gericht sitzen.

Anmerkungen

[1] Mit Ausschluß der Glückstädter. D.V.

[2] Gegenwärtig ein Sohn des Oberrabbiners. D.V.

[3] Man sagt – und ich bitte nicht zu vergessen, daß ich hier nur anführe, was man sagt, und daher blos Referent bin, der auf keine Weise verantwortlich seyn will – also, m a n s a g t, daß es schon jezt der Versammlung in der Börsenhalle nicht sehr anzusehen sey, daß sie sich hier einfinde, um die wichtigern Handelsangelegenheiten mit mehrerer Bequemlichkeit und Ruhe abmachen zu können; sondern, da die Börsenhalle mehr Aehnlichkeit mit einem eleganten Spielzimmer habe, in welchem zahlreiche Gäste sich versammeln, um einige unausgefüllte Stunden mit der Karte in der Hand zu tödten. Dieselben Leute sagen, daß die Makler seit der Existenz dieses – wie man ebenfalls sagt – zur Unzeit entstandnen Prachtgebäudes, unglaubliche Mühe mit Hin- und Herlaufen von der Börse nach der Halle und von der Halle nach der Börse haben; und daß es ihnen oft noch viele Schwierigkeiten verursache, sich das Ohr der am Spieltische vertieften Herren geneigt zu machen. Die Ausschließung der jüdischen Kaufleute von der Börsenhalle, fügt man hinzu, erschwere den Maklern ihr Geschäft noch mehr, weil dieselben einen so großen Theil des Wechselhandels in Händen haben, und weil die mit Gelde versehenen Juden in so mancher Angelegenheit einer beträchtlichen Anzahl der christlichen Kaufleute unentbehrlich geworden sind. – Man will auch bemerkt haben, daß wir seit der Existenz der Börsenhalle eine immer spätere Börsenzeit bekommen; und man meint, das käme daher, daß die Spielparthien sich oft sehr in die Länge ziehen. Das wäre nun allerdings keine vortheilhafte Folge der Börsenhallen-Versammlung für das Publikum! – Die Leute, die all' das Angeführte zu sagen belieben, und die freilich nun nicht unter die Lobpreiser dieses Etablissements gehören, wollen auch noch überdies demselben keine lange Dauer prophezeihen und meinen dazu ihre guten Gründe zu haben, die sie, wie sie äussern, aus ihrer, auf Erfahrung gegründeten Kenntniß von dem Geiste des Hamburger Publikums schöpfen. D.H.

[4] Ist denn der Uebelklang des jüdisch-deutschen Dialekts wirklich so erwiesen, wie es der Verfasser annimmt? Gewohnheit entscheidet über die Aussprache. D.H.

[5] Ich wünschte, der würdige Verfasser theilte mit mir die widrigen Empfindungen gegen alle Travestirungen und hätte hier eine edlere Stelle aus dem wirklichen Nathan angeführt. D.H.



Die Gemeindesynagoge am Bornplatz, eingeweiht 1906 (MHG)



Abbruch der Bornplatzsynagoge, 1939/40 (Hamburger Tagesblatt 14.7.1939)

Peter Freimark

Q2 Zum Verhältnis von Juden und Christen in Altona im 17./18. Jahrhundert*)

Aus: Theokratia, Jahrbuch des Institutum Judaicum Delitzschianum 2 (1970–1972), S. 253–272, E.J. Brill, Leiden 1973.

An Hand von bisher noch nicht veröffentlichten Texten, die sämtlich dem Material der Deutschen Kanzlei in Kopenhagen entnommen sind (Landesarchiv Schleswig-Holstein, Schleswig, Schloß Gottorf) sollen im folgenden Untersuchungen zum Verhältnis von Juden und Christen in Altona an der Wende des 17./18. Jahrhunderts angestellt werden. Der wissenschaftliche Wert der behandelten Texte liegt nicht so sehr darin, neue grundsätzliche Erkenntnisse für die Geschichte der Juden in Altona in dem genannten Zeitraum zu liefern. Er besteht vielmehr darin, für die Beziehungen der beiden Bevölkerungsgruppen untereinander und für die Stellung der dänischen Obrigkeit sozialgeschichtlich interessante Hinweise und bezeichnende Schlaglichter abzugeben. Gegenstand der Texte sind alltägliche Geschehnisse und Begebenheiten in einem eng begrenzten lokalen Rahmen. Aus ihnen ist zu ersehen, wie stark zum einen die Anfeindungen von christlicher Seite aus waren, wie aber auch zum anderen die jüdische Seite mutig und selbstbewußt die Beachtung der gegebenen Zusicherungen und Verpflichtungen verlangte. Sie zeigen endlich, daß die dänische (christliche) Obrigkeit fast immer loyal und korrekt zu den den Juden gewährten Privilegien stand und deren Einhaltung durchzusetzen bemüht war.

Die historischen Tatsachen, der Hintergrund also, vor dem die Texte zu sehen sind, sind bekannt. Altona war am 23. August 1664 durch Friedrich III. zur Stadt erhoben worden und erfreute sich in den folgenden Jahrzehnten der besonderen Wertschätzung der dänischen Regierung, sollte doch mit ihr vor den Toren Hamburgs ein neues Handelszentrum und eine Konkurrenz zu der reichsfreien Stadt entstehen.[1)] Die Stadt erhielt mannigfaltige Handels-Privilegien und Freiheiten und veränderte auch äußerlich durch die Errichtung von Gebäuden und Straßen ihr Bild. Von 1664 bis 1710 wuchs sie von 3000 auf 12000 Einwohner, im Jahre 1710 war sie damit nach Kopenhagen die größte Stadt im Königreich Dänemark.[2)] Handel und Wandel erlebten einen bedeutenden Aufschwung, der erst durch den Brand vom 2./3. November 1711 und vor allem durch die Einäscherung der Stadt durch die Schweden am 8./9. Januar 1713 einen gewissen, zeitweiligen Rückschlag erleiden sollte.

An diesem Aufschwung hatten die in Altona ansässigen Juden Anteil, die mit den Privilegien vom 1. August 1641 durch Christian IV. (Erlaubnis, ihren Gottesdienst in einer Synagoge abzuhalten, ihre Toten nach ihrem Gebrauch zu bestatten, ehrlichen Handel zu treiben und zu schlachten) und vom 15. Juli 1664 durch Friedrich III. (eigene Jurisdiktion für innere und Zeremonialangelegenheiten)[3)] eine relativ gesicherte Position in der jungen Stadt einnahmen. Sie besaßen seit 1611 einen eigenen Friedhof an der Königstraße[4)] und wurden 1666 durch Bezahlung Miteigentümer des Friedhofs in Ottensen.[5)] Seit den vierziger Jahren amtierte in Altona ein Rabbiner (David ben Menachem Ha-Kohen)[6)] der das örtliche Rabbinats-Gericht leitete. Während sich in den sechziger Jahren die Hamburger und Wandsbecker Juden dem Altonauer Oberrabbiner Meir ben Benjamin Wolf Aschkenasi[7)] in Angelegenheiten der jüdischen Jurisdiktion freiwillig unterstellten, kam es durch den Zusammenschluß der drei Gemeinden Altona, Hamburg

und Wandsbeck 1669 bzw. 1671 zu einem förmlichen Gemeindeverband, dem der Altonauer Oberrabbiner bzw. das Rabbinats-Gericht als höchste juristische Instanz vorstanden.[8)]

Die Größe der hochdeutschen jüdischen Altonaer Gemeinde betrug um 1664 etwa 70 Familien, von denen sich ein Teil allerdings in Hamburg aufhielt.[9)] Sie dürfte in der Folgezeit noch gestiegen sein. Der Lebensunterhalt wurde vor allem durch Handeln und Hausieren bestritten. Hierbei war das Privileg Friedrichs III. vom 4. Oktober 1667 eine große Hilfe, in dem den in Altona wohnhaften Juden zugestanden wurde, versehen mit vom Altonaer Präsidenten ausgestellten Attesten ohne Spezialpaß in den königlichen Ländern Handel treiben zu können.[10)]

Ausgewählt wurden für diesen Aufsatz vier Vorgänge, bei denen es zwischen Juden und Christen zu Streitigkeiten gekommen war und in welche die dänische Regierung zwecks Schlichtung eingriff. Im Mittelpunkt stehen Klagen der Juden wegen Belästigungen und Störungen ihres Gottesdienstes. Die mehrfach belegten Auseinandersetzungen zwischen jüdischen und christlichen Schlachtern wurden bewußt nicht in die Auswahl einbezogen, da sie einen Sonderfall darstellen und nur für einen Berufsstand symptomatisch sind. Die methodische Nötigung, nur negative Bespiele für das Verhältnis von Juden und Christen vorlegen zu können, wird dadurch aufgewogen, daß durch diese Beispiele und die Art ihrer Behandlung von seiten der Beteiligten grundsätzlichere Aussagen und Wertungen erreicht werden können. Insofern sind die Texte selbst bezeichnende und beredte Zeugnisse, die einen allgemeineren Einblick in die damaligen Verhältnisse ermöglichen; sie stehen aus diesem Grunde im Mittelpunkt der Darstellung.

Die Vorgänge, die sich in Form von Abschriften und Aktennotizen bei der Deutschen Kanzlei befinden, sind leider nicht immer lückenlos, geben aber in allen Fällen ein ausreichend vollständiges Bild von der betreffenden Sachlage ab. Die Texte werden jeweils in der letztgültigen Fassung wiedergegeben, auch bei Straffung und stilistischen Verbesserungen ist die letzte Fassung angeführt worden.[11)] Soweit wie möglich wurden die entsprechenden Unterlagen aus dem Bestand Jüdischer Gemeinden (Staatsarchiv Hamburg) und aus den Senatsakten (Staatsarchiv Hamburg) herangezogen und mit ausgewertet.

I

Klage der Ältesten der Altonaer Juden vom 30.9.1687 wegen der Unruhen, die nach der Hinrichtung des Hamburger Judenmörders ausgebrochen sind.

Königlicher Erlaß vom 5.10.1687 mit der Aufforderung an den Magistrat, für den Schutz der Juden Sorge zu tragen.

Ü: Schles. Holst. L.A., Dt. Kanzlei, Abt. 65 (A XVII), 1693, Fol. 106–107

An die zu Dennemarck Norwegen etc. Königl. Maytt
Allerunterthänigstes Suchen
Der gesambten Juden in Altona
Umb Schütz wieder den muthwilligen Pöbel daselbst.

Allerdurchleuchtigster Großmachtigster König etc.
Allergnädigster Herr

Ew: Königl: Maytt: haben die in dero Stadt Altona befindliche Juden aus höchstdringender Noht klagend zuvernehmen geben müßen, wie das der Pöbel der erwehnten Stadt Altona, wegen der an dem Juden Mörder aus Hamburg, näuligst volstreckten Justiz,[12)]

Gelegenheit nehme, dieselben nebenst Weibern, Kindern und Gesinde nicht allein auf öffentlicher Gaßen mit Schlägen Steinen, und Hertzschmertzlichsten Scheltworten anzufallen, so das fast niemand von den Juden mehr offenbahr gehen darff: Besondern auch Sich gelüsten laßen, des Nachts derselben Häuser anzugreiffen, die Fenster einzuwerffen, und Sie in ihrem Gottesdienste und Synagoge[13] zubeunruhigen, so das Sie auch in derselben, ohne einer ordentlichen Wache nicht mehr sicher sind.

Wan aber Allergnädigster König und Herr, die Juden an der an dem Mörder vollzogenen Justiz gantz unschuldig, der H. Praesident[14] Bürgermeister[15] und Raht der Stadt, desfals bey einer unparteilichen Juristen-Facultät, Rahts gepflogen, darauf die Urtheil gesprochen, und die Excecution über den Sündern ergehen laßen; die Juden insgesambt auch der allerunterhänigsten Hoffnung leben, das Ew: Königl: Mayt: von allen diesen wieder die Juden verübten insolentien und Thäthlichkeiten nichtes wissen, als die sonsten Krafft des Ihnen alle Zeit gehaltenen allergnädigsten Schutzes solches gehörig bestraffen laßen: So haben zu Ew: Königl: Maytt: weltgepriesenen Güte Sie abermahlen ihre Zuflucht nehmen, und dero gerechtesten Trohn allerungterthänigst anflehen müßen, dieselbe wollen allergnädigst geruhen, Sie vermöge der ihnen ertheilten protection, wieder obbesagten Frevel, Unrecht und Gewalt zu beschirmen, und durch ein öffentlich zu Altona affgigirtes Mandat, einen jeden bey willkührlicher, auch nach Befindung Leib und Leben Straffe anzubefehlen, das Sie die Juden, deren Weiber, Kinder und Gesinde weder mit Worten noch werken beleidigen, noch Sich an dieselbe, deren Häuser, Persohnen und Gühter vergreifen sollen: Auch dabaneben an H. Praesidenten, Bürgermeister und Raht zu Altona allergnädigst zu rescribiren, das sie oberwehntes Mandat festiglich halten, und nach selben die Juden nebenst deren Gottes Dienst wieder alle Gewalt schützen sollen und müßen.

Suppl. Jetzehoe, den 30. Sept. 1687
Ew: Königl: Maytt:
allerunterhängste
Die ältesten der Judenschaft in Altona[16]

C 5[17]

An Praesident, Bürgermeister und Raht zu Altona

Wir geben Euch ab dem anschluß mit mehrern zu vernehmen weßen sich bey unß die Schutzverwandten Juden in Altona über den Pöbell daßelbst allerunterthänigst beschweret, undt waß Sie dabeneben zu vorkommung als fernern Frevels allergehorsambst gebeten.

Wan nun mehr excessen billig nicht zu gedulden, so befehlen wir Euch hiermit allergnädigst, daß Ihr, mittelst affigirung eines öffentl. Mandats in unserem Nahmen hoher Leib und Lebens straffe verbietet, daß sich niemandt, wer der auch sey, unterstehen solle, die impetranten deren Weiber, Kinder und Gesinde es sey mit worten oder wercken zu beleidigen und sich an deren Haußer undt Güter zu vergreiffen; Gestalt Ihr dan dießelbe gegen alle vergewaltigung obrigkeitl. zu schützen undt die contravenanten dießes unseres Befehls soforth in gefängl. Hafft zu ziehen, auch mit behoriger straffe zu belegen habt. Wornach (Ihr Euch zu achten und wir bleiben Euch in Königlichen Gnaden wohl gewogen).
(ohne Datum)

Itzehoe, 5. October 1687

An
den Magistrat zu Altona
ein Mandat affigiren Zulaßen, daß Niemand bey Leib und Lebensstraffe sich Unterstehen soll die Juden oder Ihre Weiber und Kinder mit Worten oder wercken Zubeleidigen, und sich an Ihren Häusern und Gütern Zuvergreifen.[18)]

II

Schreiben des Propstes Richertz vom 14.8.1703 wegen der von den Judenältesten erhobenen Anschuldigungen, ein Judenkind unberechtigt getauft zu haben.
Ü: Schles. Holst. L.A., Dt. Kanzlei, Abt. 65 (A XVII), 1693, Fol. 123–125

Allerdurchlauchtigster, Großmächtigster König,
Allergnädigster Erb-König und Herr,[19)]

[20)]Als ich von den hiesigen Juden Älstisten erfahren, daß sie oder einer ihres Mittels Salomon Mentz[21)] eines von Jüdischen Eltern gezeugt – und gebohrenen, von mir aber getaufften Kindes halber an Ew. Königl. Maytt. allerunterthänigst suppliciret, habe ich nicht umbhin gekōnt Amts und auch Gewißens halber Ew. Königl. Maytt, in tiefstschuldigster Demuth der Sachen wahre Bewandtniß zu referieren, wie daß eine hiesige Weh-Muter Ilsabe Leven, etwa drey Wochen vor Pfingsten zu mir gekōmen und berichtet, sie hätte ein unehelich jüdisches Kind geholet, ob ich auch an Gebühr etwas davon praetendirte. Da ich nun die Frage mit nein beantwortet, ist es mir zugleich bedenklich vorgekōmen, was es hiermit vor eine Bewandtniß haben müste, weil in 32 à 33 Jahren meines Hieseyns dergleichen Frage weder an mich noch an meinen Antecessorem[22)] geschehen, umb so viel mehr, weil das Kind der Zeit schon 11 Tage alt und doch nicht beschnitten gewesen, unerachtet die Juden mit großem Ernst und Eiffer nicht allein auff die Beschneidung, sondern auch den 8ten Tag dringen, bevorab bey gesunden Kindern und da sie in loco leben, wo sie die Beschneidung täglich exerciren kōnen, bin also auf die Gedanken gerathen, es mögte vielleicht ein Theil der Eltern Christl. seyn, dahero sich die Juden der Beschneidung nicht sicherlich annehmen dürffen, oder auch/: weil die Wehemutter gesagt, es wäre der Vater und zugleich Bräutigamb zu Amsterdam, würde aber in Kurtzem zur Consummation hier seyn:/ es sey dieses alles ein bloßer praetext,/: wie denn gewöhnlich ist, daß unzüchtige Weiber vorgeben, der Vater sey zur See oder im Kriege abwesend;/ oder daß es ein Kind sey, davon die Mutter hernach für Jungfer hingehen wolle. Als ich nun ferner vernōmen, daß das Kind gesund und bey guten Leuten zum Säugen verdungen,[23)] habe ich ihr bloß dieses injungiret, dahin zu sehen, daß es nicht heiml. an die Seite gebracht würde, welches ich dan̄ etwa über 8 Tage, da sie ein Christl. Kind zur Tauffe bey mir bestellet, wiederholet. Immittelst ist bald darauff die Wehemutter selbst ins Kindbette gekōmen, darüber ich ferner von diesem Kinde nichts vernommen, biß den dritten Pfingsttag gegen den Abend hiesiger Präsident der Herr Etâts-Rath Jessen[24)] den Gerichts-Diener zu mir geschikket und meine Meinung von diesem Kinde vernehmen laßen, als ich Ihm nun meine obige praesumtiones berichtet und der Diener hinzugethan, es wären auch dieses eben des Herrn Etats-Raths Gedanken und hätte man die Wehemutter auff einem fahlen Pferde gefunden,[25)] ist er weggegangen, aber bald wieder gekommen und von d. Herrn Etât-Rath mir als Pastori angedeutet, ich mögte das Kind folgenden Tages tauffen, welches auch im Nahmen des Drey Einigen Gottes gewöhnlichermaßen geschehen. Auß welchen allen Ew. Königl. Maytt. Allergnädigst ermäßen können, daß mir dieserwegen nichts imputiret werden möge, weil ich 1. mich in dieser Sache nicht übereilet, ich 2. auff die Taufe dieses

Kindes nicht gedrungen, wie ich jedoch wol hätte thun könen, 3. ich mich für meine Persohn dazu nicht angenöthiget, sondern 4. von wolgemeldten Herrn Praesidenten ohne mein Ansuchhen mir committiret worden, der dann nicht allein vor dem Pfingstfest mit der Juden Ältisten Salomon Salomons[26] von der Sache geredet, sondern auch die Wehemutter ernstl. befraget, so viel aber vernom̄en hat, daß das Kind nicht den Juden, sondern den Christen zugehören müste.

Da nun die Juden verlangen, daß das Kind ihnen extradiret werden mögte, umb daßelbe zu beschneiden und nach ihrer Weise zu erziehen, hoffe ich allerunterthänigst, Ew. Königl. Maytt. als ein Christlicher König und Gesalbter Gottes dieselbe abweisen werde, in Betrachtung es 1. nicht ohne Schändung der Heil. Tauffe, 2. nicht ohne Lästerung des DreyEinigen Gottes geschehen kön̄e, deßen Allerheiligster Nahme über dies Kind angeruffen, darin̄en es auch getauft und seinem Gnaden-Bunde einverleibet ist, 3. würde es ja unwiedersprechlich aus dem Stande der Gnaden und Seeligkeit in den Standt des Göttl. Zorns und Verdamniß gesetzet. 4. Da es den Mennonisten[27] als ein verdamlicher Irrthum verworffen und bey eräugten Fällen hart gestraffet wird, wen̄ sie jemanden, der in seiner Kindheit getaufft ist, wieder tauffen und geschiehet es doch noch im Nahmen des DreyEinigen Gottes, wieviel weniger kan̄ dan̄ ein also getauftes Kind den ungläubigen Juden, die Tauffe nicht allein als eine nichtige Handlung zu annulieren ultro übergeben, und dieselbe ihnen hiemit zur Spottfreude, und männigl. unter Christen, welches Glaubensbekäntnißes dieselbe auch sind, zu unleidlichen großen Ärgerniß prostituiert werden. Hierwieder wenden die Juden 1. ein, es sey wieder ihe privilegia. Es hat aber gemeldeter Jude Salomon Salomons sowol gegen den Herrn Etâts-Rath als auch mich auf mehrmahliges Befragen gestanden, sie wüsten nicht daß es ein Juden Kind sey, kön̄en sich also des Eingriffs in ihe privilegia nicht beschwehren, die Tauffe aber länger aufzuschieben, war nach 4 wochentlichen Verlauff von der Geburth her ob periculum casus subitanei et mortiferi nicht rathsahm, noch weniger den Juden, denen in diesen Fall wol wenig zu trauen, zu anderen Intriguen Zeit und Raum zu laßen, ein vielleicht Christen-Kind unter einen falschen praetext an sich zu ziehen. 2. Es sey wieder der Eltern Willen getaufft, welches dan̄ wieder unsere selbsteigne Ehre lieffe, den ungläubigen ihre Kinder mit Gewalt nicht zu nehmen und zum Christenthum zu nöthigen; Allein es ist der Vater nicht hier sondern zu Amsterdam gewesen, und hat die Mutter sowenig als die Großmutter, die ihrer Tochter in der Geburth assistiret, sich einst nach dem Kinde umbgesehen, nachdem es durch die Wehemutter einer christl. Säuge-Mutter übergeben, und da als es als ein ganz verlaßenes Kind zu consideriren, hat ein christl. Magistrat und Predig Amt sich dessen Amts und Gewißen halber annehmen müßen.

Der einzige punct ist nun übrig, woher das Kind künftig solle alimentieret werden. Weil dan̄ in allen Rechten fundieret ist, daß dieses onus der Vater in Entstehung aber deßen die Mutter, oder ihre beyderseits Großeltern de portione liberorum haereditaria tragen müßen, dieser Tochter aber von ihren Elten über 2000 Reichstaler pro dote sollen verschrieben seyn, ist es selbst der natürl. Billigkeit, daß daher das Kind alimentiret werde, weil doch der dos ad ferenda onera matrimonii, dazu vornehml. Frau und Kinder gehören conferiret wird, post sponsalia autem die Schwängerung in der Braut Eltern Hause erfolget und sie des passirten selbst in culpa sind, indem die Eltern den Bräutigam ein viertheil Jahr bey sich im Hause gehabt und ohne Consummation wegziehen laßen, die Tochter auch der Schwängerung gegen niemand gedacht; So ist auch Rechtens ut ferant hoc modo delictum suum, nec Ecclesia sive pauperes inde graventur.

Flehe demnach Ew. Königl. Maytt. allerunterthänigst an, hieher Allergnädigst zu rescribiren, von dem mütterl. Großvater Salomon Mentz ein zulängliches quantum des Stipulirten dotis zu erfordern und auff Zinsen zu belegen, davon das Kind nicht allein gegenwär-

tig könne alimentiret, sondern auch nachdem es erwachsen fortgeholffen werden, auff den frühezeitigen Sterbefall aber dieses Capital an die Mutter oder deren Eltern wieder zurükke zu geben, Gott stärke und erhalte Ew. Maytt. Gehieligte Persohn, gesegne und befestige Dero Königl. Hauß und Herrschaften auf die stäte Nachkom̄en, mache mich aber so glükkselig daß ich mich lebenslang nen̄en möge.[28)]
Ew. Königl. Maytt.
Herzlichen Fürbitter bey Gott
u.
allerunterthänigsten Knecht
Georg Richertz Pr.[29)]

Altona, d. 14. Augusti
A°. 1703

III

Vier Schreiben (bzw. Entwürfe) an den Magistrat der Stadt Altona aus dem Jahre 1708 betreffend Störung des jüdischen Gottesdienstes durch Musik und Lärm aus der Krugwirtschaft des Schusters Paul Mandyck. Die Juden werden zunächst aufgefordert, das Haus des Mandyck zu kaufen. Da sie den Vorschlag ablehnen, und auch ein Kompromiß-Vorschlag keinen Erfolg bringt, wird bei hoher Geldstrafe dem Paul Mandyck befohlen, während des Gottesdienstes für Ruhe zu sorgen.
Ü: Schles. Holst. L.A., Dt.Kanzlei, Abt. 65 (A XVII), 1693, Fol. 131–133

Copenhagen 11. Febr. 1708

An
den Magistrat der Stadt Altona

Auf Ihre verantwortung auf des Schusters Paul Mandycken Klage wieder Sie und die dortigen Juden daß weilen die Juden in Ihren Gottes-Dienst durch das Trommeln und Trompeten im Schuster Krug verhindert werden, der Magistrat die Juden dazu zu vermögen, dem Mandyck seyn Hauß[30)] abzukaufen, in Entstehung dessen aber, soll der Magistrat Vorschläge thun, wie den Juden bey Ihrem ruhigen Gottesdienst Inhalts Ihrer privilegien gelaßen werden können.

An Magistrat der Stadt Altona
F. 4.[31)]

Wir haben Unß aus Eurer Relation, vom 24sten Januarii jüngsthin, umbständlich und geziemend vortragen laßen, waß Ihr auf des dortigen Schusters Paul Mandycken wieder Euch und die Altonaische Schutzverwandten Juden vor einiger Zeit eingesandten und Euch bey unserem allergnädigsten Rescripto an Euch vom 7ten dito communicirte Klage zu Eurer Verantwortung allerunterthänigst vorgestellet.

Gleich nun so wohl aus dem jenigen, so Ihr gegen solche Klage angeführet,als aus der an Unß immediaté von den Eltesten und Sämbtlichen Judenschaft eingesandten hierbey angeschloßenen allerunterthänigster Gegen-Remonstration sattsahm erhellet, daß durch das im Schusters- und Schmiede-Krug zu Zeiten vorgehende Trommeln und Trompeten, und Tumultuiren, die Schutzverwandte Juden, wieder dem Inhalt der von Unßeren in Gott Glorwürdigst Ruhenden Königl. Herrn Vorfahren, Ihnen gegönnten und von Unß Selbst allergnädigst confirmirten Privilegien in dem exercitio Religions

turbiret und gehindert werden, dergleichen Umwesen aber billig gesteuret, und allem ferneren daraus besorgenden unglück und Handtgemenge zwischen den Schuster- und Schmiede Gesellen, und den Juden ernstlich vorgekehret werden muß: Also wollen Wir allergnädigst, daß Ihr Euch angelegen seyn laßet, die Schutzverwandten Juden, so viel thunlich, dahin zu disponiren, daß sie dem Paul Mandyck sein Hauß und Krug vor ein billiges und was es höchstens wehrt geschätzt werden kann, abzukaufen und also dadurch Selbst die bißherige Hindernus und turbation der übung Ihres Gottes Dienstes in Ihrer Synagoge aus dem wege räumen. In Entstehung deßen aber, und da es durch beyder Parteyen Vereinbahrung dahin nicht zu bringen währe, habt Ihr Unß Eure allerunterthänigsten Vorschläge zu thun, wie Ihr vermeinet, daß dennoch die Juden bey Ihrem Gottes Dienst, auff Ihre Arth geruhig gelaßen, und darin von Niemandem wieder den Inhalt der Ihnen allergnädigst verliehenen Privilegien,[32] weiter turbiret werden können. (ohne Datum, wahrscheinlich 11.2.1708).

Friedrichsburg den 4 Juny 1708

An den Magistrat der Stadt Altona
daß Sie den Schuster Paul Mandycken bey willkührlicher Strafe zu inhibieren bey währendem Jüdischen Gottes Dienst, so wohl an Ihren Sabbat- oder Fest-Tagen als bey Ihren Täglichen Bet-stunden sich des Trommelns und tumultuirens in seinem Krug-Hause gäntzlich zu enthalten, und widrigenfalls mit der Geldstrafe gegen Ihn zu verfahren, und solche würklich einzutreiben.

An den Magistrat der Stadt Altona

F. 4.

Wir haben Unß aus Eurer allerunterthänigsten Relation vom 8ten des entwichenen Monaths May, geziemend vortragen laßen, welcher gestallt Ihr zu allergehorhsamster Gelebung Unserer an Euch, den 11. Februarii jünsthin ergangenen allergnädigsten ordre zwar einen Versuch gethan, die dortige Schutzverwandte Juden, dahin zu disponiren, daß Sie dem Schuster Paul Mandyck, sein Hauß und Krug, für ein billiges abkaufen, und also dadurch selbst die bisherige Hindernus und turbation der Übung Ihres Gottes Dienstes in Ihrer Synagoge aus dem Wege reumen möchten, daß Ihr aber darin nicht reussiren können,[33] und dahero allerunterthänigst in Vorschlag gebracht, ob nicht des Paul Mandycken Hauß bey brennender Kerzte,[34] an den Meistbietenden zu verkaufen, und die 100 Reichstaler, so die Juden Einem Käuffer, unter der handbey zu legen, sich erkläret, dem Kauff-Gelde, so der Meistbietende geben würde, bey zu fügen, und dem Paul Mandycken, nebst dem Kauff-Gelde, zu entrichten?[35] oder aber ob nicht in Verbleibung deßen, demselben bey ernstlich Straffe zu injungieren seye? Daß Er sich, Zeit des Jüdischen Gottes Dienstes, es sey an Ihren Sabbat- oder Festtagen, auch bey Ihren Täglichen Beth-Stunden des Trommelns und Tumultuierens in seinem Hause gäntzlich enteußern müßte: auch daß Ihr darüber unserer allergnädigste Verordnung erwartet.

Wann Wir nun diesen Euren letzten allerunterthänigsten Vorschlag in Königl. Gnaden approbiret, so wollen Wir allergnädigst, daß Ihr in Unserem Namen per Decretum dem Paul Mandycken ernstlich injungiret und anbefehlet, daß Er bey Vermeidung willkührlicher unausbleiblicher Strafe, Zeit während des Jüdischen Gottesdienstes, so wohl an den Jüdischen Sabbat- oder Fest- Tagen, als bey Ihren täglichen Beth-Stunden, sich des Trommelns und tumultuirens in seinem Krug Hause gäntzlich und allerdinges enthalten und

also, künftig den Altonaischen Schutzverwandten Juden keine weitere Hinderung und turbation der Übung Ihres Gottes Dienstes in Ihrer Synagoge thun und verursachen solle; Gestalt Ihr dann und da Er deßen ungeachtet, mit dem vorigen ungestühmen lermens und tumultuirens umb die obgesagte Ihme nun mehro verbotene Zeit fernerhin continuiren lassen solte, Ihme, nach befinden, Jedes mahl eine Geld-Straffe zu dictiren und solche würcklich eintreiben zu lassen habt. Wornach (Ihr Euch zu achten und wir bleiben Euch in Königlichen Gnaden wohl gewogen).[36]

IV

Königliche Erlasse und Schreiben des Magistrats zur Beschwerde des Ältesten Levin Bendix wegen Behinderung durch den Pöbel beim Wiederaufbau der Synagoge und Gesuch um Befreiung des neuerbauten jüdischen Armenhauses von allen Abgaben und bürgerlichen Lasten aus dem Jahre 1712.
Ü: Schles. Holst. L.A., Dt. Kanzlei, Abt. 65 (A XVII), 1693, Vol. 2, Fol. 135–139

An den Magistrat der Stadt Altona

F. 4tus[37]

Auß dem Anschluß werdet Ihr mehreren Inhalts sehen, was maßen sich bey Unß Levin Bendix,[38] ältister der Schutzverwandten Juden zu Altona, für Sich und nomine der Sämbtlichen Jüdischen Nation daselbst supplicando allerunterthänigst beschwehret, wie daß Ihnen denen Juden nicht allein an Wiederauffbauung Ihrer Synagoge[39] von verschiedenen liederlichen Gesindel mit Steine Einwerffen, Schänden und Schmählen viele Hinderung gemachet, sondern Sie auch in Ihrem Gottesdienst durch dergleichen Frevel troubliret und gestöhret wurden, mit allergehorsambster Bitte, Wir geruheten Euch zu deßen Abstellung allergnädigsten Befehl bey zulegen, auch Euch zugleich in Königlichen Gnaden zu injungiren, daß weile Sie vor die ankommende Frembde und anderer Arme Ihrer Nation Ein eigeneß Armen Hauß, mit vielen Kosten eingerichtet und zum Spital aptiret, Ihr von sothanen Haußе keine Bürgerliche onera fordern soltet, noch sie davon Wacht- oder Einqvartierung zu praestiren schuldig und gehalten seyn möchten.

Was nun die von ged. Levin Bendix über das Verfahren einiges liederlichen und losen Gesindels zu Altona geführte Beschwerde betrifft, so können wir nicht anders alß solchen Ihnen zugefügten Frevel mißbilligen, indehme wir Ihnen, alß Leuten die unter Unßerem Schutz wohnen, einmahl Ihre freye Religions Übung verstattet, und wollen demnach allergnädigst daß Ihr bey harter Straffe, in Unserem Nahmen ernst- und offentlich verbiethet, daß keiner sich unterstehen solle, weder denen Schutzverwandten Juden an den Bau Ihrer Synagoge die geringste Hinderung mit Worten oder Werken zu machen, noch, wann dieselbe fertig, sich jehmahls daran als unser Unserem Schutz stehende zu vergreifen, vielweniger mehrbesagte Juden in Ihrem Gottesdienst zu troubliren sondern dieselbe darin allerdings ungestöhret zu laßen. Zu welchem Ende Ihr dann gegen diejenige so solchem Verboth zu wieder handeln möchten, wann Sie angegeben und attrapiret werden, dem Befinden nach mit aller Schärffe zu verfahren und die Juden gegen dergleichen Boßhafftes Wesen jederzeit zu schützen habt.

Anlangend aber die von mehr ermeltem Juden Levin Bendix allerunterthänigst gesuchten exemtion von den Bürgerlichen oneribus, auch Wacht und Einqvartierung auff das das von Ihnen eingerichtetes Spital oder Armen Hauß, so haben wir allergnädigst für

guth gefunden, über Sothanes petitum vorhero Euer und Unßers Stadt-Camerarii Frischen[40] Bericht und Bedenken, ob demselben deferiret werden können oder nicht? einzufordern, welches Ihr dann an Unß mit dem Fordersambsten, zu Unßerer weiteren allergnädigsten resolution, abzustatten und Wir verbleiben Euch mit Königlichen Gnaden gewogen.

Coldingen, den 4. Juny 1712
An den Magistrat der Stadt Altona

Auff Suppliciren Levin Bendix ältisten der Jüdischen nation für sich und noie[41] der gesambten Schutzverwandten Juden zu Altona daß Sie nachdrücklich zu verbiethen die Juden an aufbauung ihrer Häußer mit Steine werfen, schelten und andere insolences nicht hinderlich zu seyn in entstehung deßen gegen die übertretere mit ernstl. Straffe zu verfahren auch nebst dem Stadt-Camerario anhero zu referien ob der Jüdischen Nation die gesuchte Exemption von allen Bürgerlichen Oneribus, Wacht und Einquartierung auff das von ihnen eingerichtetes Spital zu deferieren sey.

Erklärung auf der von denen Juden eingebrachten Klage wegen der ihnen von einig. liederl. Gesindel gemachte Hinderung in Aufbauung ihrer Synagoge.

Item
Die Privilegia ihre Armen Haußes betr.

Dem Allerdurchlauchtigsten Großmächtigsten König und Herrn
Herrn Friderich dem Vierten, König zu Dännemark, Norwegen
der Wenden und Goten, Hertzog zu Schleswig, Holstein, Stormarn und
der Dithmarschen Grafen zu Oldenburg und Delmenhorst unßeren
allergnädigsten König und Herrn
Allerdurchlauchtigsten Großmächtigster König
Allergnädigster Erbkönig und Herr

Ew. Königl. May: Sub dato den 4ten dieses Monats abgelaßenes rescriptum samt beygelegten allerunterthänigsten memorial Levin Benedix nomine der sämtlichen Jüdischen nation hieselbst, haben wir mit schuldiger veneration wohl erhalten, und daraus ersehen; was die hiesige Schutzverwandte Juden nicht allein wegen der ihnen an wideraufbauung ihrer Synagoge von einigen liederlichen Gesindel gemachten Hinderung klagend angebracht, sondern auch wegen der privilegien ihres Armen Haußes allerunterthänigst gebeten; dahero Ew.: Königl: May: sowohl was das erste angelanget, die Juden wieder solchen Muthwillen zu schützen, als auch die andere Sache betrifft unseren Bericht fordersamst davon abzustatten, uns in Königl. Gnaden injungieren wollen. Worauf in allergehorsamster Pflichtschuldigkeit referiren, daß zwar wegen der denen Juden bey dem Bau ihrer Synagoge gemachten Hinderung, bey uns bis dato nicht die geringste Klage eingekommen, sonsten wir dieselbe, wie billig, wieder sothanen Frevel würden geschützet haben, auf eingekommenen Ew: König: May: allergnädigsten Befehl aber, wir sofort durch ein öffentliches patent allen und jeden, so sich unterstanden die Juden an dem Bau ihrer Synagoge und in ihrem Gottesdienst zu stöhren, bey ernster Straffe solches verboten, auch ins Künftige dieselben wieder dergleichen Boshaftes Wesen zu schützen, nicht ermangeln werden. Was nun die für das Jüdische Armen Hauß gesuchten privilegia angelanget: So haben, mit Zuziehung des Hiesigen Stadt-Camerarii, nach fleißiger Untersuchung der von Ew: Königl.: May: denen Schutzverwandten Juden allergnädigst ertheileten privilegien, befunden, daß Ew: Königl: May: nur diejenigen Häuser welche nahe

bei der Synagoge stehen und für die Schulbediente gebauet sind, mit der exemtion von Bürgerlichen oneribus begnadiget. Wann aber nicht allein diese Häuser jeder Zeit solcher Freyheit genoßen sondern auch über dem die hin und wieder in der Stadt wohnende Jüdische Schulbediente von allen oneribus freygelaßen werden, das Jüdische Armen Hauß[42] auch vor diesem allemahl contribuabel gewesen und noch jetz und ein Jude welcher Mehl und andere Sachen verkauft darin wohnet, und also dadurch dem Einkünfften der Cämmerey ein Ziemliches abgehet. So vermeinen wir nicht daß solches Jüdische Armen-Hauß mit der contribution und Bürgerlichen oneribus könne verschonet werden, es sey dann daß Ew: Königl. May: daßelbe diesen ungeachtet dero hohen Königl. Gnade wolten genießen laßen. Welches anbefohlenermaßen in allerunterthänigkeit vortragen und dahin unßere allerunterthänigste Meynungen eröfnen sollen, die wir unter flehentlicher Anrufung göttlicher Allmacht für Ew: Königl: Beständige Gesundheit und alles Königl. Hochergehn verbleiben und ersterben

Ew: Königl: May: allerunterthänigste treugehorsamste und pflichtschuldigste Praesident Bürgem. und Rath wie auch Camerarius der Stadt Altona
Claussen[43]
Johann Hallmann[44]
Dietrich Knittel[45]
Johan Oldenburg[46]
Peter Olden Borch[47]
Wilhelm Klüver[48]
Heinrich Böckmann[49]
Georg Diterich Frisch[50]
Altona, den 28. Juni A^0 1712

Copenhagen, d. 20. Aug. A^0 1712

An
Präsident, Bürgermeister und Raht
der Stadt Altona

Auf Ihre Relation von 28 Juny Betrf. die Bewandnüß der privilegien des dortigen Jüdischen Armen-Haußes: Daß Ihre königl. Maytt. darinnen keine neuerung verstatten wollen.[51]

An den Präsident Bürgermeister und Raht der Stadt Altona

F. 4

Unß ist aus Eurer allerunterthänigsten Relation vom 28t verwichenen Monaths Juny gebührend vorgetragen worden, was es mit denen privilegiis des dortigen Jüdischen Armen-Haußes, vor eine Bewandtniß habe, und wie daßelbe vor diesen allemahl contribuabel gewesen. Wann Wir nun hierinne keine neuerung zu verstatten gemeinet seyn, als habt Ihr solches denen Supplicanten, welche bey Unß pro exemptione ab oneribus vor dieses Armen-Hauß eingekommen, anzudeuten und diesellbe anzuweisen, die gewöhnliche onera davon, nach als vor abzutragen. Wornach (Ihr Euch zu achten und wir bleiben Euch in Königlichen Gnaden wohl gewogen.[52]

Anmerkungen

*) Mein Dank gilt Herrn Archiv-Direktor Professor Dr. Kurt Hector, Schleswig, für die Beschaffung von Teilen des Materials, und Herrn Dr. Günter Marwedel, Hamburg, für verschiedene Hinweise und Anregungen.

1) Vgl. G. Specht, Der Streit zwischen Dänemark und Hamburg aus Anlaß der Erhebung Altonas zur Stadt, in: 300 Jahre Altona, Beiträge zu seiner Geschichte, hrsg. von M. Ewald (Veröffentlichungen des Vereins für Hamburgische Geschichte, Bd. XX), Hamburg 1964, S .10–33.

2) Vgl. E. von Lehe, H. Ramm, D. Kausche, Heimatchronik der Freien und Hansestadt Hamburg, 2. Aufl. Köln 1967, S. 295.

3) E. M. Wichmann, Geschichte Altona's, Altona 1865, S. 60.

4) Vgl. E. Duckesz, Zur Geschichte und Genealogie der ersten Familien der hochdeutschen Israeliten-Gemeinden in Hamburg-Altona, Hamburg 1915, S. 7.

5) Vgl. B. Brilling, Der Streit um den Friedhof zu Ottensen. Ein Beitrag zur Frühgeschichte der deutsch-israelitischen Gemeinde in Hamburg, in: Jahrbuch für die jüdische Gemeinden Schleswig-Holsteins und der Hansestädte 3 (1931/32), S. 45–68.

6) Vgl. E. Duckesz, Iwo le-Moschaw, enthaltend Biographien und Grabstein-Inschriften der Rabbiner der drei Gemeinden Altona, Hamburg, Wandsbeck, Krakau 1903, S. 1 f.; Denkwürdigkeiten der Glückel von Hameln, Übers. Feilchenfeld, S. 27.

7) Vgl. E. Duckesz, Iwo le-Moschaw, S. 3–5

8) Vgl. M.M. Haarbleicher, Aus der Geschichte der Deutsch-Israelitischen Gemeinde in Hamburg, 2. Aufl. Hamburg 1886, S. 26–28.

9) Vgl. das Verzeichnis bei E. Duckesz, Aus dem Archiv der Stadt Altona, in: Jahrbuch für die jüdischen Gemeinden Schleswig-Holsteins und der Hansestädte 1 (1929/30), S. 131 f.

10) Schl. Holst. L.A. Dt. Kanzlei, Abt. 65 (A XVII), 1693, Fol. 61–66.

11) Am graphischen Bestand der Texte wurde nichts verändert. Zwei offensichtliche Schreibfehler wurden stillschweigend berichtigt.

12) Glückel von Hameln berichtet ausführlich über den Mord an zwei Juden und seine Aufdeckung im Jahre 1687 (vgl. Die Memoiren der Glückel von Hameln [1645–1719], hrsg. von David Kaufmann, Frankfurt a.M. 1896, S. 234–246; Übers. Feilchenfeld, S. 210–225; Übers. Pappenheim, S. 221–231, Vgl. auch M. Grunwald, Hamburgs deutsche Juden bis zur Auflösung der Dreigemeinde 1811, Hamburg 1904, S. 14–17). Der Mörder Diederich Meincke versuchte zu fliehen, wurde aber in Altona gefaßt und dort am 14.9.1687 hingerichtet.

13) Gemeint ist die Synagoge in der Breiten Gasse, bzw. in der späteren Kl. Papagoyenstraße. Nach dem Privileg vom 1.8.1641 durften die in Altona ansässigen Juden „eine Synagoge halten [und] ihren Gottesdienst nach jüdischen Ritibus darin üben". Während über den Ort der ersten, 1647 erbauten Synagoge keine Klarheit besteht, sind wir über die Entstehung dieser Synagoge gut unterrichtet. Auf die Bitte der beiden Bevollmächtigten Israel Davids und Moses Lewin um einen Neubau (Schles. Holst. L.A., Dt. Kanzlei, Abt. 65 [A XII], 1693, Fol. 88–91) heißt es im Privileg Christians V. vom 24.1.1680: „Weil uns bemeldte Schutzverwandte Juden zu Altona allerunterthänigst zu erkennen geben laßen, wie daß ihre jetzige Sinagoge mit zugehörigem Rabbiner und Schulbedienten Häußern sehr baufällig were, und an der Straße stünde, so haben Wir deren allerunterthänigstes ansuchen allergnädigst concediret und bewilligt, daß dieselbe einen anderen platz erhandlen und darauf eine neue Sinagoge mit zugehörigen Schulbedienten und Rabiner: Häusern aufbauen lassen mögen, welche dann hinkünftig wie in vorigen Jahren von allerhand unpflichten anlagen und beschwerden exempt und befreyet seyn sollen, solten aber auf dem Platz welchen sie zu einer Sinagoge an sich erhandelt oder erhandeln möchten einige Häußer stehen, und wegen solchen vorhabenden Baus herunter gerißen werden, soll die Jüdische nation, ebenso viel und so gute wohnungen an anderen ohrten in Altona hinwiederzu erbauen, gehalten seyn." (Schles. Holst. L.A., Dt. Kanzlei, Abtl. 65 [A XVII], 1693, Fol. 77. Vgl. auch Best. Jüd. Gemeinden 1, Nr. 6, Staatsarchiv Hamburg). Die Syngoge wurde 1682–1684 gebaut (vgl. K. Goldenberg, Die Altonaer Synagogen, in: Jahrbuch für die jüdischen Gemeinden Schleswig-Holsteins und der Hansestädte 6 [1934/35], S. 30–36). – Nach dem 9. November 1938 wurde die Inneneinrichtung der Synagoge durch eine Tischlerfirma abgebrochen. Das Gebäude, das man als Lagerraum be-

nutzte, wurde durch Kriegseinwirkungen zerstört. (Freundliche Auskunft von Dr. Max Plaut, Hamburg).

14) Präsident war zur damaligen Zeit Matthias Jessen (1680–1712). Vgl. Wichmann, a.a.O., S. 127.

15) Erster Bürgermeister war zur damaligen Zeit Hans Christian Eiffler (1681–1702). Vgl. Wichmann, a.a.O., S. 128–129.

16) Rabbiner in Altona war zu dieser Zeit Meschulam Salman Mirles Neumark (1680–1706). Vgl. Duckesz, Iwo le-Moschaw, S. 8–10. – Die Spitze der jüdischen Verwaltung bildeten 3 Älteste (Parnassim). Vgl. Haarbleicher, a.a.O., S. 39–40.

17) Christian V. regierte von 1670 bis 1699.

18) Judenfeindliche Unruhen gab es in jenen Tagen auch in Hamburg (vgl. Grunwald, a.a.O., S. 17). Der Senat sah sich genötigt, am 19.9.1687, also 5 Tage nach der Hinrichtung des Mörders, folgendes Dekret zu erlassen: „Demnach E.E. Rathe glaublich hinterbracht / was massen einige unbändige Leute wegen der dieser Tage in Altona / über den bekanten Juden-Mörder ergangenen Execution denen hiesigen Juden allerley Unlust zu erregen / und an dero Persohnen und Wohnungen vielen Muthwillen zu verüben sich gelüsten lassen; Und dann E.E. Raht sothanen straffbahren Unwesen kräfftigst zu steuren nicht unterlassen kan. Als wil Er einen jeden ermahnet / gewarnet und hiemit ernstlich gebothen haben / die Juden auff den Gassen und dero Behausungen unmolestiret zu lassen / und sich allsolcher Gewalthätigkeit gegen dieselben zu enthalten / vielweniger zu dem Ende einige Vergadderung anzustifften / mit dem Anhange / daß wofern jemand dessen ungeachtet sich dergleichen Muthwillens ferner unternehmen würde / derselbe zu gefänglicher Hafft gebracht / vor Gericht gestellt / und wieder ihn als einen Freveler und Störer innerlicher Ruhe / mit exemplarischer / nach Befindung Leib- und Lebens-Straffe verfahren werden sol. Wornach sich ein jeder zu richten und vor Schaden zu hüten. Actum & decretum in Senatu, publicatumque sub Signeto den 19. Septemb. Anno 1687." (Cl. VII Lit. H. f. Nr. 5, Vol. 1b, Fasc. 1, Staatsarchiv Hamburg).

19) Friedrich IV. (1699–1730).

20) Georg Richertz oder Richardi, geboren 1644 in Flensburg, wurde nach theologischen Studien in Jena und Wittenberg 1671 Adjunkt des Hauptpastors Friedrich Schepler an der Hauptkirche zu Altona (Dreifaltigkeitskirche). Er folgte diesem nach dessen Tode 1681 im Amte nach und wurde 1696, als der pinnebergische Propst Volksmar einen Ruf nach Hamburg annahm, vom König zum Propst der Herrschaft Pinneberg ernannt. Er starb am 1.3.1717 (vgl. Johann Adrian Bolten, Historische Kirchen-Nachrichten von der Stadt Altona und deren verschiedenen Religions-Partheyen von der Herrschaft Pinneberg und von der Grafschaft Ranzau, 2 Bde., Altona 1790–91, Bd. I, S. 57–59; Wichmann, a.a.O., S. 85). Die Stadt Altona wurde 1696 eine eigene Propstei, wie sie schon 1665 ein besonderes Stadtkonsistorium erhalten hatte, doch waren die beiden Propsteien (Altona und Pinneberg) durch Personalunion miteinander verbunden (vgl. E. Feddersen, Kirchengeschichte Schleswig-Holsteins, Bd. II, Kiel 1938, S. 185).

21) Salomon Mentz ist der Großvater mütterlicherseits des betreffenden Kindes.

22) Vorgänger Richertz' war Arnold Schepler (1599–1681), der 1. Pastor an der 1650 eröffneten Hauptkirche zu Altona (vgl. Bolten, a.a.O., Bd. I, S. 54–56; Wichmann, a.a.O., S. 53–54).

23) Jüdische Kinder wurden häufig nichtjüdischen Ammen übergeben. Im Staatsarchiv Hamburg, Bestand Jüd. Gem. 2, Nr. 37, findet sich ein Mandat des Oberpräsidenten Sigismund Wilhelm v. Gähler vom 4.7.1788, aus dem sich interessante Einzelheiten entnehmen lassen. Es heißt: „Durch verschiedene einzelne Erfahrungen ist es zu meiner obrigkeitlichen Kenntniß gekommen, daß verschiedene hiesige christliche Einwohnerinnen hin und wieder sich damit ein Gewerbe machen, daß sie fremde Juden-Kinder, größtentheils von geschwächten Personen auf die Brust, auch sonst in Kost und Pflege nehmen, ohne die nöthige Vorsicht zu beobachten, und besonders ohne sich von den meistentheils armen Müttern und Angehörigen der Kinder die erforderliche Sicherheit stellen zu lassen, wovon die Folge gewesen, daß in Krankheits- und Sterbefällen solcher Kinder, oder wenn deren Mutter ganz davon gegangen, diejenigen, welche sie solchergestalt unvorsichtiger Weise zur Pflege angenommen haben, sich alsdann mit Ungestüm und allerhand Drohungen an die jüdische Almosen-Casse wenden und selbiger die Last der ferneren Verpflegung oder Beerdigung aufbürden wollen. Wann nun dies, zumal wenn die Mütter ganz davon gehen und die Kinder in Stich lassen, nicht allein zu einer ungebührlichen Belästigung der jüdischen Almosen-

Casse gereicht, sondern auch zu vielen Unordnungen Anlaß giebt; So wird zur Hemmung dieses Unwesens und Vorbeugung der daraus entstehenden nachtheiligen Folgen hierdurch allen und jeden hiesigen Einwohnern hiemit öffentlich verboten, ohne Vorwissen der jedesmaligen Deputirten, die von der hiesigen Hochdeutschen Judengemeine zur Aufsicht über die hier sich einschleichenden fremden Juden bestellt sind, und ohne deren impetrirten vorgängigen Consens, jüdische Kinder auf die Brust, auch sonst in Kost und Pflege zu nehmen, mit der Verwarnung, daß sie im Übertretungsfalle nicht nur nachdrückliche obrigkeitliche Ahndung zu gewärtigen haben, sondern auch in etwangigen Krankheits- und Sterbfällen der Kinder, auch sonst für alle Schäden und Kosten zu haften werden schuldig erkannt werden. Wornach sich ein jeder zu achten und für Schaden und Strafe zu hüten hat." – Der Hinweis „bey guten Leuten" ist insofern wichtig, weil Ammen oft in einem schlechten Ruf standen (vgl. G. Schönfeldt, Beiträge zur Geschichte des Pauperismus und der Prostitution in Hamburg, Weimar 1897, S. 156).

24) Matthias Jessen war Präsident von 1680–1712.

25) Der Ausdruck „jemanden auf einem fahlen Pferd finden" bedeutet, „ihn bei einer Lüge, auf einem Irrtum oder auf falscher Fährte ertappen". Vgl. J.A. Adelung, Grammatisch-kritisches Wörterbuch der Hochdeutschen Mundart mit beständiger Vergleichung der übrigen Mundarten, Bd. 2, Wien 1808, Sp. 12; J. u. W. Grimm, Deutsches Wörterbuch, Bd. 3, Sp. 1240; K. Schiller u. A. Lübben, Mittelniederdeutsches Wörterbuch, Neudruck Münster 1931, Bd. 5, S. 191b; Trübners Deutsches Wörterbuch, Bd. 2, Berlin 1940, S. 274.

26) Salomon Salomons wird noch einmal in einem Vorgang erwähnt, in dem Israel Davids für die Ältesten der Gemeinde 1680 beim König um Beistand gegen den Altonaer Magistrat nachsucht. Ein gewisser Jacob Elias hatte die Ehefrau des Salomon Salomonsen geohrfeigt. Der Magistrat hatte das Strafverfahren gegen Elias an sich gezogen, wogegen sich die Ältesten beim König beschweren (Schles. Holst. L.A., Dt. Kanzlei, Abt. 65 (A XVII), 1693, Fol. 93; vgl. Hamburger Staatsarchiv, Best. Jüd. Gem. 1, Nr. 8). In der Liste der Brandopfer von 1711 ist er aufgeführt als Salomon Salomonsen, wohnhaft in der Langen Gasse 47 (vgl. H. Berlage, Die Abgebrannten von Altona 1711 und 1713, in: Zeitschrift der Vereins für Hamburgische Geschichte 55 [1969], S. 51). Die in der Liste angeführten Hausnummern sind diejenigen von 1836. 1711 und 1713 gab es noch keine Hausnummern.

27) Zu den Mennoniten in dieser Zeit in Altona vgl. Wichmann, a.a.O., S. 102 ff.

28) Ausschlaggebend in der Argumentation Richertz ist die Annahme, daß nicht feststehe, ob das Kind ein Judenkind sei oder nicht. Da die Beschneidung am 8. Tag nach der Geburt nicht durchgeführt worden war, lag die Vermutung nahe, daß der Vater des Kindes kein Jude war. Leider ist die Antwort auf das Schreiben Richertz' nicht erhalten. – Ein ähnlicher Fall spielte sich 1738 ab. Am 14.12. wurde in der Kibbelstraße in Altona ein ausgesetztes Kind gefunden, das „nach der Physiognomie für ein israelitisches Kind" gehalten wurde. Obwohl die Juden gegen die Taufe protestierten, wurde von Christian VI. angeordnet, das Kind zu taufen; es erhielt den Namen Abraham Kibbel (Wichmann, a.a.O., S. 189). – Zwei Jahre vor diesem Geschehnis ließ sich in Altona ein „berühmter hamburgischer Rabbi", Israel Meyer, taufen; er erhielt den Namen Fridrich Christian Meyer (Bolten a.a.O., II, S. 153). In dem Handexemplar Boltens, das sich in der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg befindet (A 1343/93), findet sich der handschriftliche Zusatz Boltens, daß die Taufe vom Prediger Daniel Hoyer (1693–1708 Kopastor zu Altona) vollzogen wurde. Richertz hatte mit dieser Angelegenheit also offenbar nichts zu tun.

29) Im Verzeichnis der im Schles. Holst. Landesarchiv befindlichen Quellen zur Geschichte des Judentums, Teil 1, Deutsche Kanzlei zu Kopenhagen, bearbeitet von R. Busch, Schleswig 1963, ist der Name Richertz fälschlich als Richter wiedergegeben worden, wobei sich Busch offensichtlich auf eine später hinzugefügte handschriftliche Notiz stützt. Aus der Unterschrift geht aber eindeutig hervor, daß der Name Richertz heißt.

30) Auf Grund der Skizze bei Berlage, a.a.O., S. 43, ist festzustellen, daß die Krugwirtschaft des Schusters Paul Mandyck oder Mandiek in der Mühlen-Gasse direkt neben dem jüdischen Armenhaus und der Synagoge lag. Synagoge, Armenhaus und das Haus des Mandyck wurde beim Brand am 2./3.11.1711 ein Raub der Flammen (vgl. Berlage, a.a.O., S. 51). Vgl. auch hierzu die Karte von C.G. Dilleben, Grundriß der Stadt Altona 1736 (Hamburg im Kartenbild der Vergangenheit, Blatt 4), Hamburg 1972.

[31] Friedrich IV. (1699–1730).

[32] Vgl. oben, Anm. 3.

[33] Der Vorschlag, die Juden sollten das Haus des Mandyck kaufen, hat offensichtlich zu keinem Erfolg geführt.

[34] Es handelt sich um ein Verfahren, das auf das Kanonische Recht zurückgeht. Der Zuschlag bei einer Versteigerung erfolgte in dem Moment, in dem eine angezündete Kerze erlosch, das letztgenannte Gebot galt. Vgl. J. und W. Grimm, Deutsches Wörterbuch, Bd. 5, Sp. 617; J. Grimm, Deutsche Rechtsaltertümer, 2 Bde., Nachdruck der 4. Auflage 1899, Darmstadt 1955, Bd. II, S. 158. – Ludolph Hinrich Schmidt, Versuch einer historischen Beschreibung der an der Elbe belegenen Stadt Altona, Altona und Flensburg 1747, S. 160 ff., zitiert eine Verfügung des Oberpräsidenten von Reventlow vom 4. März 1724, in der das Verfahren verboten wird: „Nachdem es die Erfahrung bezeuget, was gestalt bey denen an brennender Kerze geschehenden Licitationen der Häuser und Plätzen, zum öftern Disputen und Streitigkeiten darüber entstanden, ob die Kerze bey letzt gethanenen Both noch gebrannt, oder allbereits erloschen gewesen; Als wird zur Verhütung aller fernern daraus entstehenden und zu besorgenden Inconvenienzen hierdurch verordnet, daß die bey denen Licitationen der Immobilien bisher gewöhnliche brennende Kerze gänzlich abgeschaffet seyn, und hinfüro die Immobilia denen Meistbietenden, ohne Adhibirung einer Kerze, durch den Auctionsverwalter, so bald derselbe nach dem dritten Aufrufe den Schlag mit dem Hammer gethan, adjudiciret und zugeschlagen werden sollen."

[35] Die Juden haben sich bereit erklärt, 100 Reichstaler dem Käufer zu geben, damit das Haus schnell verkauft werden könne. Aber auch hierdurch wurde der Verkauf des Hauses nicht erreicht.

[36] Aus der Aufstellung der Brandopfer von 1711 bei Berlage geht hervor, daß auch noch 3 Jahre nach diesem Vorkommnis Paul Mandyck der Besitzer des Hauses war.

[37] Friedrich IV. (1699–1730).

[38] Vgl. Grunwald, a.a.O., S. 194, Nr. 200. Levin Bendix wohnte mit Samuel Abraham und Abrahm Gumpert im Hause Breite Gasse 138–140, direkt neben der Synagoge. Auch dieses Haus brannte am 2./3.11.1711 ab (vgl. Berlage, a.a.O., S. 50) Insgesamt sind beim Brand 270 Wohnungen vernichtet worden, etwa 1350 Personen wurden obdachlos (Berlage, a.a.O., S. 40).

[39] Die Synagoge sollte nach dem Brand wieder aufgebaut werden.

[40] Vgl. unten, Anm. 50

[41] d.i. nomine.

[42] Hiermit ist wahrscheinlich ein anderes Armenhaus gemeint; während das sich neben der Synagoge befindliche Armenhaus von Abgaben frei war, ist das hier gemeinte Armenhaus offensichtlich vor allem für ortsfremde Juden bestimmt gewesen. Zum Armenhaus, das neben der Synagoge lag, vgl. oben, Anm. 30.

[43] Claussen war Präsident von 1712 bis 1713. Einzelheiten über ihn sind kaum bekannt. Bei seinem Amtsantritt lag ein Teil der Stadt in Trümmern, außerdem wütete die Pest. Bei Annäherung der Schweden verließ er mit dem Magistrat Altona bereits am 3.1.1713 und setzte eine Kommission ein. Nachdem am 18.3.1713 Detlev Christian Graf Reventlow als Ober-Präsident vom König eingesetzt worden war, hörte seine amtliche Tätigkeit auf, obwohl er erst 1714 mit dem Magistrat offiziell von seinem Amt zurücktrat (Wichmann, a.a.O., S. 128).

[44] Ratsherr Johann Hallmann ist nicht identisch mit dem früheren ersten Bürgermeister gleichen Namens, welcher 1709 starb.

[45] Dietrich Knittel war erster Bürgermeister von 1709 bis 1713.

[46] Erscheint bei Ludolph Hinrich Schmid, a.a.O., S. 145, als Ratsherr und „Syndicus".

[47] Erscheint bei Schmid, a.a.O., S. 145, als Ratsherr Peter Oldenburg.

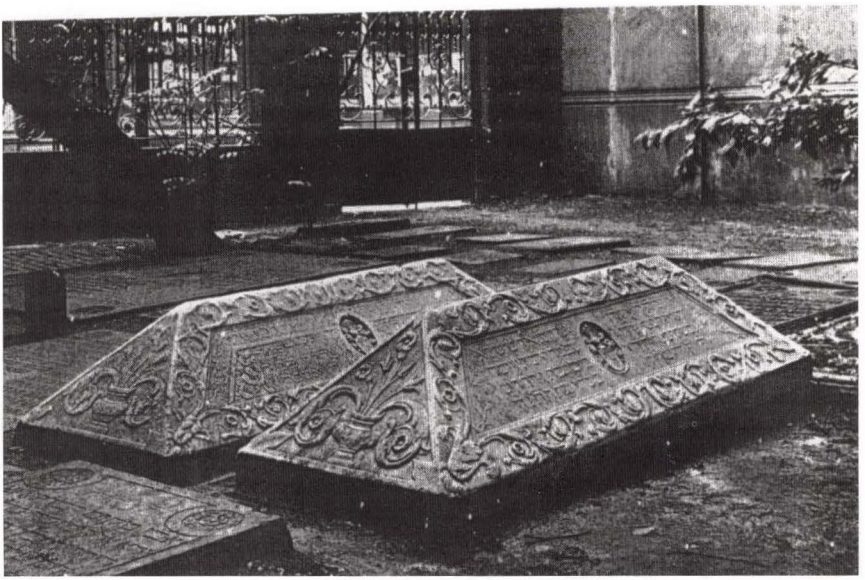
[48] Ratsherr und Stadtsekretär.

[49] Ratsherr (bei Schmidt, a.a.O., S. 145, Hinrich Boeckmann).

[50] Diterich Frisch war Stadt-Camerarius. – Zu Mißständen in der damaligen Verwaltung vgl. H. Berlage, Altona, ein Stadtschicksal, Hamburg 1937, S. 91 ff.

[51] D.h., daß für das Armenhaus weiter Abgaben zu entrichten sind.

[52] Nach W. Prätorius, Merkwürdigkeiten der Stadt Altona, nach chronologischer Ordnung, Altona 1780, S. 55, wurde die Synagoge von 1715 an wieder aufgebaut und der Bau im Jahre 1716 vollendet. Vgl. auch Goldenberg, a.a.O., S. 32.



Altona, Judenfriedhof Königstraße, Grabsteine Abraham Senior Teixeira, 1666, und Sara Senior Teixeira, 1693



Grabsteine auf dem ehemaligen Grindelfriedhof (Staatsarchiv Hamburg)

Q3 Über die Juden in Altona

1789 erschien mit dem fingierten Druckort Rom ein dreibändiges Werk mit dem Titel „Niedersachsen. (In seinem neuesten politischen, civilen und litterarischen Zustande.) Ein in der Lüneburger Haide gefundenes merkwürdiges Reisejournal. Herausgegeben von Quintus Aemilius Publicola." Hinter diesem Pseudnoym verbarg sich der Schriftsteller und Schulmann Johann Hermann Stoever (1764 in Verden – 1796 in Buxtehude), der in bester aufklärerischer Tradition über die Situation in den Gebieten zwischen Göttingen und Schleswig-Holstein und von Bremen bis Rostock berichtete, wobei er sich auf schon erschienene landeskundliche Veröffentlichungen stützte. Der Text findet sich in Bd. 1, S. 132–134. Zur rituellen Einrichtung der Judentore vgl. Peter Freimark: Eruw/,Judentore'. Zur Geschichte einer rituellen Institution im Hamburger Raum (und anderswo), in: Peter Freimark/Ina Lorenz/Günter Marwedel, Judentore, Kuggel, Steuerkonten. Untersuchungen zur Geschichte der deutschen Juden, vornehmlich im Hamburger Raum, Hamburg 1983, S. 10–55.

Altona ist ein ganz offener Ort, und man findet blos nach der Hamburgischen Grenze zu hölzerne Sperrthore, die im Winter Abends um 8, und Sommers um 10 Uhr geschlossen werden. An den übrigen Auswegen der Stadt findet man der hier wohnenden zahlreichen Juden halber, die in Folge des mosaischen Gesetzes keine Nacht in einem unverschlossenen oder unbefestigten Orte sich aufhalten sollen, die sogenannen Judenthore, die in der unüberwindlichen und unzerstörbaren Maße eines über zwey hölzerne Pfähle in einer Höhe von etwa 12 Fuß gezogenen eisernen Drathes bestehen. Ist diese stricte Gesetz-Observanz der Hebräer nicht eben so sehr zu bewundern, als die Feinheit, mit der sie die Vorschriften und Befehle ihres Propheten nach ihren Bedürfnissen auszulegen und zu deuten, oder eigentlicher zu chikaniren wissen? So bleibt die Religion, wie ihre Tochter, die Gerechtigkeit, immer das Bild mit der wächsernen Nase, die man drehen und formen kann, wie man will, wenn man sie nur nicht ganz abstößt! Die Freyheit sich mit einem eisernen Drathe einzumauern und zu befestigen, und die Unterhaltung dieser Festungswerke soll ürigens den Israeliten jährlich ein artiges kosten.

Die Anzahl der Beschnittenen in Altona ist sehr groß, und sie machen nächst den Lutheranern, als der Hauptparthey, bey weitem den größten Theil der Einwohner aus. Sie haben hier eine Synagoge, zwey Kirchhöfe, (einen in der Stadt selber und den andern in dem hart an die Stadt stoßenden Kirchdorfe Ottensen) und auch ein geräumiges Hospital oder Krankenhaus. Nach Büsching, der sich vor geraumen Jahren hier selbst einige Zeit aufgehalten, geben sie dem Hofe jährlich nur 2000 Thaler Schutzgeld, welches sehr geringe zu seyn scheint, aber ohne Belästigung schwerlich erhöhet werden kann, da die Juden alle übrigen bürgerlichen Onera, sie mögen Namen haben, wie sie wollen, mit tragen müssen.

Die Juden wohnen in Altona in keinem besondern oder angewiesenen Quartiere, sondern in der Stadt zerstreut herum; jedoch haben sie sich hier mehr wie in Hamburg in gewisse Gassen gesammelt, wo oft nur wenige andre Glaubensgenossen mit ihnen gemeinschaftlich Dach und Fach haben. Es giebt unter ihnen verschiedene reiche und wohlhabende Leute, aber des Schofels unter ihnen ist auch eine große Menge. Wenn Du das Unglück hast, eine Gasse paßiren zu müssen, wo von diesem ruppigten Zeuge sich eine Menge nachbarschaftlich zusammengehäuft hat, so bekreutzige im voraus Deine Nasenlöcher, denn in den stänkrigsten Culs de sac in Madrid kann es schwerlich pestilen-

tialischer dünsten, als an solchen zum Glück nur wenigen Stellen, wo man nicht umhin kann, die unwillige Anmerkung zu machen, daß die Israeliten aus dem Morgenlande mehr von den pharaonischen Plagen und Seuchen und sonstigen üblen Eigenthümlichkeiten des heissern Himmelsstriches, als von dem stärkenden Balsam des Weihrauchs und der Blumen Sarons und Baalbecks mitgebracht haben.

Garlieb Helwig Merkel

Q4 Über die Juden in Hamburg

Garlieb Helwig Merkel (geb. 1769 in Lodiger/Lettland, gest. 1850 in Riga), legte ein umfangreiches schriftstellerisches Werk vor, in dem deutlich aufklärerische Positionen vorherrschen. Der abgedruckte Text findet sich in seinem Werk „Briefe über einige der merkwürdigsten Städte im nördlichen Deutschland", Bd. 1, Leipzig 1801, S. 36–38.

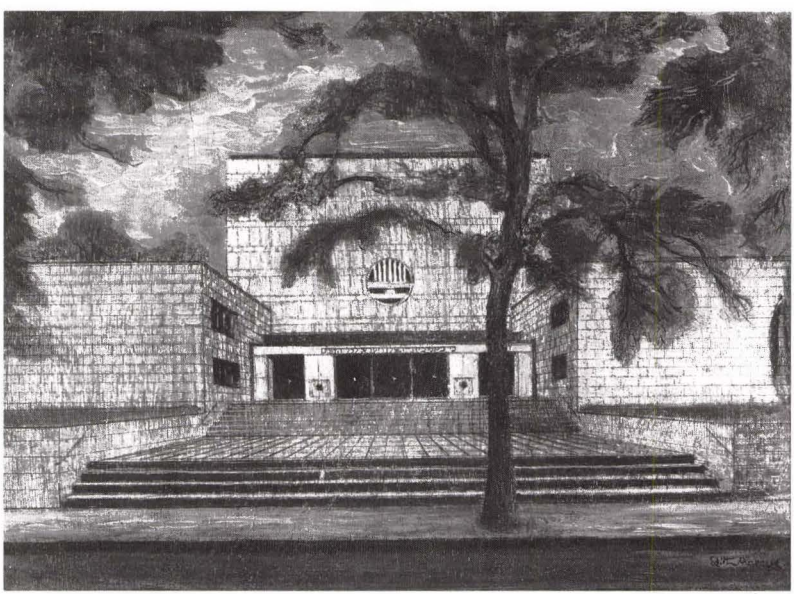
Bis zur Rührung interessant ist mir der Wall an heitern Sonnabenden. Dann geht die ganze Hamburgische Juden-Colonie, mit ihren besten Kleidern angethan, hier spazieren: Weiber und Mädchen mit dem höhern orientalischen Stempel der Schönheit, großen, glühenden Augen, der antiken, idealischen Form der Nase, ohne tiefe Einbiegung an der Wurzel, dem üppigen Wuchs der schwarzen Locken; – Männer, die Minen voll Grämlichkeit und heimlichen Grolles; das Gepräge erzwungener Niedrigkeit, in jedem Aufblicken, jeder Bewegung; – Kinder, die schon das Gefühl des ungerechten Druckes zu haben scheinen, den ihre Väter erdulden müssen, und dem sie selbst entgegen wachsen! – In allen Gesichtern liegt freudenlose Förmlichkeit, scheue Fremdheit, so bald ein Christ an ihnen vorübergeht. Voll Betrachtung meiden die meisten Christen an den Sonnabenden diese Promenade, und mit furchtsamer Bedenklichkeit sah ich manche Juden jedem von ihnen nachblicken, der ihnen hier noch zufällig begegnete. Sie wissen, daß fast nie ein Paar derselben an ihnen vorübergeht, ohne sich höhnische Bemerkungen, oft nicht einnmal leise genug, um überhört zu werden, zuzuflüstern. Deutsche! Wenn einst die Zeit die ärmliche Form zerschlägt, die euch itzt noch zu dem Gleichnisse eines Volkes zusammen hält: – welches Loos euch erwarten mag, es kann nie härter seyn, als das, welches ihr an diesen Armen verschuldete. Nach einer langen Reihe von Jahrhunderten zwingt ihr sie, den Rechten nach, noch Fremdlinge in ihrem Vaterlande zu bleiben; und indeß fast alle andre Nationen entscheidende Schritte thun, um sie endlich einmal ihrem Staats-Körper ganz einzuverleiben, macht ihr es ihnen noch streitig, auf euren Promenaden, oder in euren Wirthshäusern zu erscheinen![1] – Gestehen Sie, meine Freundin, wenn die Deutschen in nichts Selbstständigkeit zeigen, so thun sie es wenigstens in ihrer Beharrlichkeit in Vorurtheilen und Fehlgriffen.

Anmerkung

[1] In Frankfurt am Mayn ist es noch itzt den Juden verboten, die Promenade der Christen zu betreten. In Hamburg verbot ein Gastwirth ihnen im J. 1798 durch die Zeitungen, zu ihm zu kommen.



Die Elbstraße, genannnt „Judenbörse", war das Zentrum des jüdischen Kleinhandels. (Aufnahme von 1892, MHG)



Synagoge in der Oberstraße,
Ölgemälde von Edith Marens, 1937

Q5 Rückblick auf jüdische Zustände Das Jahr 5602 (1841/42) Hamburg

Eduard Cohn (geb. 1808 in Breslau, Todesjahr unbekannt) war Oberlehrer in Altstrelitz und kam dann nach Hamburg, wo er schriftstellerisch tätig war. Als Hamburger Korrespondent der Wochenschrift „Der Orient. Berichte, Studien und Kritiken für jüdische Geschichte und Literatur", herausgegeben von Julius Fürst in Leipzig, hat er viele interessante Berichte über das vormärzliche Hamburg verfaßt. Der Nachdruck entstammt der Ausgabe vom 25.10.1842, Nr. 44, S. 345 f.; die Zeitschrift erschien zwischen 1840 und 1851, ihre Tendenz war religiös-konservativ.

Man blättere einen vollständigen Jahrgang sämmtlicher Organe der jüdischen Presse in Deutschland durch und man wird fast in keiner Nummer einen Bericht aus Hamburg oder über Hamburg vermissen. Wenn in Betreff anderer jüdischer Gemeinden Deutschlands, die eben so viele oder noch mehr Mitglieder zählen als die Hamburger, derselbe Fall nicht eintritt, so leuchtet von selbst ein, daß ein numerischer Maaßstab, eine Rechtfertigung durch das Zahlenverhältnis nicht ausreicht. Unter diesen Umständen nimmt nur das Eine Wunder, daß Hamburg noch keine eigene, daselbst erscheinende Zeitschrift besitzt, auch wohl in neuerer Zeit kaum eine solche besaß, da der von Herrn Dr. Riesser eine Zeitlang redigirte „Jude" in Altona mit schleswig-holsteinischem Privilegium herausgegeben wurde.

Worauf stützt sich denn aber, könnte man uns fragen, das Uebergewicht, welches die Hamburger jüdische Gemeinde über ihre andern deutschen Schwestern, ja selbst über die meisten europäischen hat? Ist es der besondere Schutz, dessen sie sich unter freireichsstädtischem Banner erfreut? Mit nichten! In den deutschen Hansestädten ist noch niemals davon die Rede gewesen (die Zeit der französischen Occupation allein ausgenommen), daß auch den Juden Freiheit und Recht gebühre. Hat ja die Behörde mehr als einmal einen schimpflichen Rückzug angetreten, als es galt, den Brutalitäten des Pöbels zu wehren. Wie könnte und sollte sie mit Erfolg zu Gunsten ihrer jüdischen „Einwohner" einschreiten, wenn sie – die Maitage haben es sonnenklar erwiesen – nicht einmal das Eigenthum und die persönliche Sicherheit ihrer „erbgesessenen Bürger" zu schützen vermochte? – Nicht blos in der Theorie ist also noch keine bürgerliche Stellung der Hamburger Juden vorhanden, auch in praxi sprechen ihnen nur noch der Handel, die Zahl, der Reichthum Einzelner, die trotz aller Trennung durch Geschäfte und auch wohl durch den Uebertritt einzelner Familien gewonnenen Berührungspunkte das Wort. Darum sind sie blos g e d u l d e t, mithin rechtlose Schutzbefohlene. Und dennoch fühlen die Individuen sich wohl, so lange sie „ihr Brot" haben und so lange nicht der Hinblick auf ihre Glaubensgenossen in den Nachbarstaaten oder in fernen Ländern sie auffordert, sich mit jenen in einem treuen Spiegel zu vergleichen. Nirgends möchte daher ein Auswanderungsplan nach Palästina weniger Unterstützung finden als hier, wo es doch sehr strenge Verehrer des mosaischen Gesetzes, der Tradition und der Ceremonieen giebt. Ja, früge man die Hamburger Juden der Reihe nach, ob sie lieber in Preußen sich niederlassen als hier verbleiben möchten, eine ungeheure Majorität würde mit „Nein" antworten. Umgekehrt erhält die hiesige jüdische Gemeinde – wenigstens bis vor der Feuersbrunst – alljährlich reichen Zuwachs aus den Nachbarstaaten, besonders aus Me-

klenburg, wo doch, nach den Anordnungen des verstorbenen Großherzogs, die religiösen und bürgerlichen Verhältnisse weit besser geordnet sind als in Hamburg, wo namentlich die Handwerke von Juden in derselben Weise, wie von Christen betrieben werden dürfen. Das „Hängen an der Scholle" giebt sich also auch hier, unter den ungünstigsten Verhältnissen von der Welt, in einer Stadt kund, wo der Jude nur in e i n e m der beiden Stadttheile, außerdem nur mit besonderer Vergünstigung in den Vorstädten wohnen, wo er daselbst nicht einmal unter seinem eigenen Namen ein Haus besitzen darf. Und nun spricht man doch – o des Unsinnes oder der Böswilligkeit – von einer besondern Nationalität der Juden! – Fürwahr, die Hamburger Juden haben, obwohl sie Alles entbehren, was den Namen „Freiheit" verdient, – die hamburgischen Christen haben wenigstens die Freiheit sich frei zu d ü n k e n – eine wunderbar-langmüthige Anhänglichkeit an den hamb. Staat gezeigt. Es muß doch die, freilich undefinirbare, persönliche Freiheit, deren man sich in Hamburg erfreut, dieser scheinbare Mangel an polizeilicher Beaufsichtigung, wenigstens so weit es die mündliche politische Meinungsäußerung betrifft, sein, was den Fremden, der hierher gewandert, so unauflöslich an Hamburg kettet. Raisonniren wenigstens darf Jeder, so weit er dabei nicht mit der Censur in Berührung zu kommen braucht, so viel er will, und es gewährt schon eine große Erleichterung, wenn man seine Beschwerde laut, mit Ernst oder Witz, äußern darf. Die Unzufriedenheit kann wenigstens bei dem großen Haufen, schon dadurch und nur auf diese Weise außerordentlich beschwichtigt werden.

Miriam Gillis-Carlebach

Q6 Die drei Kleinen – Briefe der Schwestern

Aus: Charlotte Ueckert-Hilbert (Hg.): Fremd in der eigenen Stadt. Erinnerungen jüdischer Emigranten aus Hamburg. Hamburg: Junius Verlag 1989, S. 153–158.

Kurz vor der Reichspogromnacht, am 8. November 1938, fuhr die sechzehnjährige in Hamburg geborene Rabbinertochter Miriam Carlebach mit einem Touristenvisum nach Palästina. Dort lebte sie zunächst in einem Jugenddorf, dann in einem Kibbuz als Geflügelzüchterin. Später wurde sie Lehrerin und Dozentin für Sonderpädagogik.

Von ihren acht Geschwistern wanderten vier nach England aus, die jüngeren wurden mit ihren Eltern 1941 nach Riga deportiert und bis auf einen überlebenden Bruder ermordet. Miriam Gillis-Carlebach war 1983 zum erstenmal wieder zum 100. Geburtstag ihres Vaters Oberrabbiner Dr. Joseph Carlebach in Hamburg. Von 1988 bis 1989 war sie für einen Forschungsaufenthalt Gast der Universität.

In Israel wurde eine kleine Briefmarke entworfen und herausgegeben – zu Ehren von Anne Frank und zu ihrem Andenken. Im Hintergrund der Marke ist das Haus des Versteckes und der Zuflucht zu sehen, aber der Schwerpunkt ist auf den drei Köpfchen der Anne, welche die drei verschiedene Phasen ihres so kurzen Lebens symbolisieren: vor dem Versteck, während des Versteckens und das tragische Danach. Und darüber hinaus warnt die dreifache Erscheinung vor einer Vereinfachung und vor einer Verallgemeinerung der in unheimlichen Riesenzahlen zusammengefaßten Schicksale – tausender Kinder vieler Nationen und einer Million Kinder jüdischer Abstammung: Kinder in Ketten und hinter Stacheldraht, Kinder auf Operationstischen in ärztlichen Versuchslaboren, in Gettos, in KZs und in Fabriken bei Sklavenarbeit – so ist ein jedes Kind ein Einziges, wie meine Mutter sich ausdrückte ... in seinem Leben, seinem Schicksal, seinem Ende.

Anne Franks Tagebuch verkörpert die ungeschriebenen Geschichten dieser Kinder, die nicht schreiben konnten – weil sie noch zu klein waren, oder nicht dazu begabt; weil ihnen Papier und Bleistift verboten waren und das Schicksal zu unmenschlich war, um in Worte gefaßt zu werden – oder weil ihnen nicht einmal die grausame Gnadenzeit des Versteckens gegeben war. Vielleicht haben einige von ihnen geschrieben, aber ihre Papiere sind mit ihnen verbrannt, vergraben und wie Staub in alle Winde verweht.

Für mich persönlich symbolisiert die Dreier-Zahl auch das Schicksal meiner jüngsten Schwestern, der sogenannten drei Kleinen von den neun Carlebach-Kindern. Diese Drei waren: Ruthi, geboren im August 1926, Noemi, geboren im Oktober 1927 und das Jüngste, Sara, immer Baby genannt, geboren im Dezember 1928.

Sie gehörten immer zusammen, diese drei Kleinen, obwohl sie doch so verschieden waren. Im letzten Brief meiner Mutter wurden die drei Kleinen beschrieben: Ruthi, die Älteste dieser Gruppe, konnte mit ihrer Erscheinung die ganze Rassentheorie lächerlich machen. Sie war so blond und so blauäugig, daß sie von meinem Vater scherzhafterweise das „Milchmädchen von Parchem" genannt wurde, Sie, die siebte der neun Kinder, war jetzt die große Tochter, geistig sehr regsam und sehr fürsorglich; Noemi, die zeichnerisch begabte, ein Riesenmädel, allgemein beliebt, ungeheuer schlagfertig, sehr mitfühlend und gut und Baby-Sara, in der Schule schrecklich flüchtig, intelligent und musikalisch, ein Ausbund von Anmut und Temperament – ihr letztes Bild wurde für die Kennkarte aufgenommen.

Die drei Kleinen schliefen in einem Zimmer, hatten denselben Schulweg, machten gemeinsame Hausaufgaben und – Turnübungen. So konnten sie zu jeder Zeit Kopf- oder Handstand machen, wenn sie uns Große auf ein anderes Thema ablenken wollte. Sie halfen im Haushalt, spielten Klavier und Geige, quasselten Englisch und fuhren zusammen mit dem Rad in die Schule – welche ihr kleines Leben so ganz, wie das der Anne Frank, ausfüllte. Ich möchte jetzt etwas zitieren, aus ihren wenigen Briefen, die noch erhalten sind, aus den Jahren 1939 bis 1941. Keiner von ihnen an mich gerichtet. Zum Teil sind es nur Fragmente, die das Typischste andeuten und einen ganz unmittelbar ansprechen. Ich werde sie gekürzt, aber authentisch und unverschönt wiedergeben. Ich fange bei der Jüngsten an:

„... Geliebte Schwester, ich muß Dir wirklich für all' Deine schicken und süßen Briefe danken. Weiß du, Oma hat uns geschrieben über ein kleines Mädchen, die Batja heißt. Die hat neulich im Konzert auswendig Klavier gespielt und ist erst neun Jahre alt ... Ich kann schon ziemlich Rad fahren ... Zu Sabbat Gruß und Kuß von Deiner Baby."

Und Noemi schreibt:

„Erst einmal tausend Dank für den langen Brief, wir haben uns riesig damit gefreut. Wir haben den Garten gesät – Ruth Radieschen und Rettich und ich Zwiebeln und Karotten, hoffentlich werden sie was.

Daß wir mit Jungens zusammen kommen, weißt Du bestimmt schon. Du mußt entschuldigen, wenn ich so schmiere, ich bin in die Realschule versetzt. Meine Klasse heißt I.O.G. Das heißt: I. Oberschulklasse. G. ist für Gemeinschaft, weil wir mit den Jungen in die Klasse kommen ...

Nun will ich Dir über ein Mädchen schreiben, das bei uns wohnt. Ihre Familie ist polnisch, sie auch. Und ihr Vater und ihre Geschwister sind nach Polen abgeholt. Und ihre Mutter und ein Bruder sind in Fürth geblieben. Aber sie war in Bremen und durfte nicht wieder nach Fürth zurück. Da wollte sie nach Berlin zu Verwandten, das durfte sie auch nicht. Und dann kam sie zu uns und hat sich bei der Polizei gemeldet und durfte hierbleiben. Nun ist sie bei uns ...

Daß wir drei Kleinen jetzt noch einen zweiten Wellensittich bekommen haben, weißt Du doch? Eigentlich gehörten beide mir, aber weil ich einen prima Füllfederhalter ... gekriegt habe, den ich mir schon immer wünschte, gehören die Vögel uns drei Kleinen zusammen, weil es sonst unrecht ist. In der Schule lernen wir jetzt lateinische Wörter ... Kennst du das Buch *Komtess Wally?* Das ist gut, da kommen fünf Verlobungen drin vor.

Bei uns wohnt jetzt ein kleiner Junge, er heißt Leo und ist sehr süß. Er hat einen braunen Hut, eine braune Jacke und eine hellbraune Hose. Ich habe ihn Dir hier gezeichnet...

Leider weiß ich nichts mehr ...

Tausend Grüße und Küsse, Deine Noemi."

Einiges aus Ruthis Briefen:

„Erst einmal vielen Dank für Deine lieben Briefe, mit denen ich mich sehr freute. Ich möchte Dir erstmal ein paar Neuigkeiten erzählen ... wir haben von Tante Marta einen Wellensittich bekommen. Er ist blau und niedlich und ziemlich zahm. Dann hat Pappi uns eine Woche später ein Männchen dazugeschenkt. Sie sind so niedlich, es macht sogar Spaß, den dreckigen Käfig auszumisten. Ich versuche ihnen das Sprechen beizubringen, aber das ist leichter gesagt als getan, doch probieren geht über studieren.

Dieses Rätselheft habe ich Dir besorgt, weil du ja nur englische Rätselhefte kaufen kannst ... Leider kann ich Dir keinen Atlas dazuschicken. Freitag vor acht Tagen habe ich ein prima Rad bekommen. Auch kann ich schon ziemlich gut fahren. Dir will ich ganz leise ins Ohr sagen, was es gekostet hat. Wir haben es en gros gekauft, und so war

es 33 Mark billiger – statt 85 hat es en gros 52 Mark gekostet. Es ist viel schöner in der Schule mit Jungens zusammen.

Also viel Glück beim Rätselraten und tausende Grüße und Küsse."

„Wir haben zu Haus jetzt jeder unser Beet. Wir haben Radieschen und Rettich, Rüben und Wurzeln und Möhren gepflanzt. Und jeden Tag nach dem Begießen gucken wir nach, ob schon etwas zu sehen ist. Peters Radieschen zeigen schon grüne Blättchen, und wir hoffen, daß es eine Vorbereitung für Israel ist ... und das wir dann später Buli und Judith und Eva und Esther auch nach Israel holen, sonst habe ich keine Freude daran..."

1940

„Wir schreiben jetzt nicht oft, weil es hier sooo wenig Neuigkeiten gibt. Ich schreibe Euch allen zusammen, weil ich so wenig weiß und immer dasselbe zu schreiben, ist doof und langweilig. Erstmal wieder ein wenig über die Schule. Gestern bekamen wir die englischen Arbeiten zurück. Ich hatte keinen Fehler, das Datum aber vergessen, und so habe ich bloß eine zwei bekommen. Das ist so echt ... gemein, nicht? Dann weiter. Unsere Lehrerinnen waren pensioniert, aber da wir zu wenig Lehrer und Lehrerinnen haben, mußten wir sie wieder aufnehmen. Singen und Zeichnen haben wir überhaupt nicht mehr..."

An die Schulfreundin Eva Schloß in Chile:

„Liebstes Evchen. Erstmal herzlichen Glückwunsch zu Deinem 13. Geburtstag. Ich wünsche Dir alles Gute. Hoffentlich kommen Deine Großeltern schnell, so daß Du bis zu Deinem 14. Geburtstag mit all den lieben Verwandten zusammen sein kannst. In der Schule gibt es wenig Neues. Ruthi Horwitz hat sich heute verabschiedet. Sie geht erstmal nach England. Auch sind zwei Jungens abgegangen. Ich will Dir mal schreiben, wieviel Mädels noch in unserer Klasse sind: Eva Cohen, J. Jevor, Margot Flörsheim, Beathe Baltrop und Renate Maibaum; Ruth Stern fährt bald nach Israel; J. Mayer, O. Schlesinger, genannt Floh, Bambus und ich. Dagegen, was war unsere große alte Klasse ... Wir haben Donnerstag einen Klassennachmittag gemacht. Ein Junge, dessen Frau ich in einem türkischen Theaterstück war, hat fabelhaft gespielt. Floh war auch da.

Jetzt will ich Dir auf Deine Fragen antworten. Mir sowie der Klasse geht es sehr gut. Wir sind von Anfang der Quarta bis zu den Sommerferien in der Talmud-Tora-Schule. Aber jetzt kommen wir leider wieder in die Karo[linenstraße]. Wir waren die ganze Zeit mit Jungens in einer Klasse und kommen auch wieder mit ihnen zusammen. Unsere Klassenlehrerin ist Fräulein Rosenbaum. Heute haben wir Sommerferien bekommen. Ich komme von der Schule aus drei Wochen zur Erholung nach Wilhelminenhöhe. Da kommt fast die ganze Klasse hin. Es ist dort wie in einem Kinderheim. Am 8. August bin ich schon wieder da. Wir haben bis zum 17. August Sommerferien, das geht nämlich nach dem Alter. Zuerst die Jüngsten, dann die Kinder von 12 bis 13 und dann von 13 bis 14. Prima, nicht wahr? Ich freue mich sehr. Schade, daß Du es nicht miterleben kannst..."

Februar 1941

„... ich denke viel an Dich und habe große Sehnsucht nach Dir. Ich würde mich riesig freuen, wenn Du mir ein Bild von Dir schicken würdest, besonders jetzt, wo Deine Zöpfe ab sind. Schade, sie waren so schön. Heute bekam ich einen Brief von Ilse Guckenheimer. Sie schrieb, daß sie jetzt mit der Volksschule fertig sei und auf eine Sprachschule gehen will. Sie dauert fünf Jahre. Ich finde das prima. Du gehst ja auch nicht mehr in die Schule, was machst Du denn? Fällt Dir die neue Sprache schwer. Floh fühlt sich sehr unglücklich in Montevideo, sie versteht die Sprache nicht und hat keine Freundin. Beate, Hanna Bambus und Elisabeth sind jetzt alle in Amerika. Unsere Versetzung ist verlegt.

Anstatt im April gibt es jetzt im Juli Zeugnisse. Das ist sehr schön, denn wenn man zur Versetzung was aufholen will, so hat man Zeit dazu. Meine Hebräisch-Note ist jetzt auf Eins gestiegen. (Du weißt doch, welche Note ich vorher hatte)... Ich möchte Dir noch schnell etwas erzählen. Ich gebe einem kleinen achtjährigen Jungen Nachhilfeunterricht in Hebräisch, Lesen, Schreiben und Rechnen."

Der letzte Brief vom 2. Oktober 1941

„An meine vier großen Geschwister. In Liebe und Sehnsucht zu Euch müssen wir schon das dritte Jahr ohne Euch die Hohen Feiertage begehen. Hoffentlich geht es Euch nur gut. Eva, Deinen süßen Brief erhielten wir gerade zum jüdischen Geburtstag, und Du kannst Dir gar nicht vorstellen, wie wir uns damit freuten. Ich war 14 Tage im Krankenhaus, es war prima. An Judith herzliche Grüße von Schwester Johanna und von Herrn Eldod, meinem Klassenlehrer, Vater von drei Söhnen und einer Tochter. Ich gehe in die Untersekunda. Wir sind viel beschäftigt und haben daher wenig Zeit. Mittwoch Stenographie und Dienstag Geige (wir können erst sehr wenig). Viel Schularbeiten und Proben für eine Oper, die wir aufführen. Sie wird prima. Noemi und ich sind die Hofdamen und Baby ist der Mohr. Die Oper heißt: *Die Prinzessin und der Vagabund.*

Nun ist der Sommer fast vorbei. Wo sind die schönen Ausflüge, Judith, mit Dir auf dem Baumstamm? Und Eva, unsere Spaziergänge im Park, wo Du uns immer so schöne Geschichten erzählt hast. Wie oft denke ich an Buli, besonders bei Arbeiten über den menschlichen Körper und an Judith beim zweistimmigen Singen in der Küche. Wäre es doch einmal wieder soweit, daß dieses alles wiederkommt..."

In einem der Briefe ist eine Anschrift in wunderschönen sorgfältig gemalten hebräischen Buchstaben, in der die Sehnsucht nach dem Lande der Erlösung zum Ausdruck kommt: *Nächstes Jahr in Jerusalem ...*

Dieser Wunsch wurde den drei Kleinen nicht erfüllt. Am 6. Dezember 1941 wurden sie mit den Eltern in ein Konzentrationslager bei Riga verschleppt. Der angegebene Todestag ist der 26. März 1942.

Erich Lüth

D1 Aus der Geschichte der Hamburger Juden

Aus: Hamburg – ein Sonderfall. Festschrift zum Kongreß der Lehrer und Erzieher in Hamburg 1966. Hamburg: Verlag der Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens e.V. 1966, S. 25–34.

Wer von den Juden in Hamburg spricht, nennt sehr rasch eine Anzahl großer Namen. Er spricht von Felix Mendelssohn-Bartholdy, von Heinrich und Salomon Heine, von Gabriel Riesser und Isaac Wolffson, er nennt Albert Ballin, Max und Aby Warburg, Heinrich Hertz und Ernst Cassirer.

Die Reihe dieser erlauchten Namen ließe sich leicht ins Unabsehbare verlängern. Andererseits würden die Wissenden, vor allem aber Angehörige der jüdischen Kultusgemeinde, bald einwenden, daß das Bekenntnis über die Zugehörigkeit zum Judentum entscheide und deshalb nicht alle hier Genannten auch tatsächlich Juden, d.h. jüdischen Glaubens waren, so der Dichter Heine, so auch der große Physiker Hertz.

Es gibt also zweierlei Aspekte, die bei der Darstellung der Geschichte des Judentums in Hamburg zu berücksichtigen sind: erstens den Aspekt einer gemeindlich organisierten religiösen Minderheit, einer in sich geschlossenen Gruppe, die ein starkes und blühendes Eigenleben pflegte, und den allgemein hamburgischen Aspekt, der den Beitrag jüdischer Mitbürger zur Geistes- und zur Wirtschaftsgeschichte Hamburgs zu erkennen sucht.

Da die Juden auch in Hamburg durch viele Jahrhunderte unter Ausnahmerecht leben mußten, ist es nötig, ihrem Schicksal zunächst als Gruppe nachzugehen, ehe wir uns nach einer kurzen Darstellung der Emanzipation dem jüdischen Einzelschicksal zuwenden, das nach kurzer Zeit der Befreiung und der Gleichberechtigung unter dem Schreckensregime Hitlers in die grauenvolle Massenvernichtung von Auschwitz einmündete.

Wichtig ist andererseits aber auch, daß wir die dramatisch bewegte Geschichte der jüdischen *Emanzipation* nicht nur als isolierten Vorgang betrachten. Gabriel Riesser, gebürtiger Hamburger und Vizepräsident der Nationalversammlung in Frankfurt, kämpfte wie Isaac Wolffson für die *allgemeinen* Bürgerfreiheiten. Sie sind also Pioniere eines alle Stände und Konfessionen umfassenden parlamentarischen Konstitutionalismus.

Riesser trat in der Paulskirche für ein deutsches Volkskaisertum ein, obgleich er als Elbhanseat ein geborener Republikaner war. Während Wolffson, zeitweilig Präsident der Hamburger Bürgerschaft, als Reichstagsabgeordneter zu einem der zehn Verfasser des Bürgerlichen Deutschen Gesetzbuches wurde. Das aber ist *deutsche* Geschichte und sprengt den Rahmen auch der vielschichtigen Geschichte der jüdischen Gemeinde in Hamburg völlig.

Die Geschichte der Hamburger Gemeinde ist ungleich jünger als etwa die der jüdischen Gemeinden von Köln oder Worms. In Köln werden jüdische Einwohner schon im Jahre 321 urkundlich nachgewiesen. Hartwig Levy weist in einer Dissertation aus dem Jahre 1933 (!) erste Anhaltspunkte jüdischer Niederlassung in Hamburg um 1309 nach. Konkreter werden die Dokumente ab 1583. Seit 1603 kommt es zu ersten Einwanderungen *sephardischer Juden*, mit denen 1612, 1617, 1623 und 1650 „Portugiesenkontrakte" abgeschlossen werden. Es sind kleine Gruppen. Einmal heißt es in den Ratsprotokollen unter Nennung von sieben portugiesischen Juden, daß diese Neuankömmlinge, „allhier Feuer und Rauch haben", also mit ihren Familien seßhaft gewesen sind.

Der Rat der Handelsstadt weiß die Welterfahrung der Eingewanderten zu schätzen und nutzt ihre Beziehungen zu den Häfen der Iberischen Halbinsel und der levantini-

schen Küsten. Auch ihre Sprachkenntnisse. Die autochthonen Hamburger allerdings sind konfessionell fanatisiert. Bürger und Geistliche drängen darauf, daß den Juden auferlegt wird, christliche Predigten anzuhören, daß keine Beschneidungen vorzunehmen sind und auch keine Synagoge zu halten ist.

Hier werden wir keineswegs mit einer Frühform des „Antisemitismus" konfrontiert, war man doch in den Zeiten der Religionskriege schlechthin voller Unduldsamkeit. Auch den anglikanischen „Merchant Adventurers" ist es in Hamburg zeitweilig ähnlich ergangen. Der Rat schätzte zwar die englischen Kaufleute, doch ließen die Hamburger Bürger durch den Mund von protestantischen Geistlichen gegen die Abhaltung anglikanischer Gottesdienste Einspruch erheben, so daß auch die christlichen Merchant Adventurers zeitweilig nach Stade auszuweichen gezwungen wurden.

Auch Hamburgs Stadtväter standen Andersgläubigen mit einiger Ratlosigkeit gegenüber. Zwar trieb man mit andersgläubigen Völkern Handel, doch brachte ihre persönliche Anwesenheit in der eigenen Stadt die Ratsherren oft in Verlegenheit. Man ließ die Sephardim wohl wohnen und ließ sie auch als Handelspartner gelten, doch wies man sie an, ihre Toten im benachbarten Altona beizusetzen. So entstand der berühmte und ehrwürdige Friedhof der Sephardim in der Altonaer Königstraße.

Altona war holsteinisch und dänisch. Wie Wandsbek. Das dänische Königshaus aber galt als konfessionell aufgeklärter und liberaler als die zeitweilig geradezu orthodoxen Lutheraner Hamburgs. Jedenfalls kam es in Hamburg aus diesen Gründen zur Bildung einer die Grenzen der Stadtrepublik Hamburg überspringenden jüdischen *„Dreigemeinde Altona-Hamburg-Wandsbeck"*. Da Altona Sitz des Oberrabinats war, steht der Name Altona an der Spitze dieser Dreiergruppe. Altona war auch der Sitz des Rabbinatsgerichts. Seiner Gerichtsbarkeit waren nicht nur die sephardischen, sondern auch die später zugewanderten aschkenasischen Juden Hamburgs und Holsteins unterstellt.

Die Geschichte der jüdischen Gemeinde spricht von einer„Glanzperiode der Sephardim", der portugiesischen, und nach deren Abklingen auch von einer Glanzperiode der aschkenasischen, der deutschen und über Deutschland nach Osteuropa gewanderten Juden. Die Rabbiner der „Dreigemeinde" waren oft Persönlichkeiten von hohem Rang. Nicht selten setzten sie ihre Gemeinde durch die Vielseitigkeit ihrer Begabung in Erstaunen, so Joseph Salomo Delmedigo, Rabbi, Arzt, Astronom, Mathematiker, Philosoph und Lehrhausleiter. Ein Pionier der Geisteswissenschaften, der zu den ersten Gelehrten zählte, die die Erkenntnisse des Kopernikus und des Galilei anerkannten.

Der in Lissabon geborene Moses Gideon, „ein großer Grammatiker", ließ bereits 1633, während des Dreißigjährigen Krieges also, die eindrucksvolle „Grammatica Hebraica" erscheinen. Auch mit zahlreichen Dichtungen ist er hervorgetreten. Auch der Arzt, Astronom, Philosoph und Dichter Jacob Franzes Bucaro genoß so hohen Ruhm, daß ihn Kaiser Friedrich III. mit dem Titel eines Pfalzgrafen auszeichnete.

Während der Hamburger „Franzosenzeit" verfiel die „Dreigemeinde" zwangsläufig der formalen Auflösung. Die „Deutsch-Israelitische Gemeinde in Hamburg" wurde selbständig. Die reichen Traditionen der Dreigemeinde aber wirkten trotz aller religiösen Richtungskämpfe stark nach. Moses Mendelssohn, ein Vater der Aufklärung, war familiär durch seine Lebensgefährtin Frument an Hamburg gebunden. Seine Übersetzung der Bibel ins Deutsche gilt als eine der gewichtigsten Voraussetzungen weniger für die Emanzipation als für die geistige *Assimilation* der Juden. Es gab Anhänger der Orthodoxie, die in dieser Bibelübersetzung eine Profanierung der Thora erblickten. Es gab andererseits Reformer, die sich nicht scheuten, jüdisches Gebet in deutscher Sprache zu sprechen und die, bei aller Treue zur Thora, die Juden auch an das deutsche Geistesgut heranzuführen suchten. Darin erblickten sie eine Befreiung aus dem unsichtbaren Ghetto und eine

Eingliederung in die nichtjüdische Gesellschaft. Damit wuchs allerdings auch die Gefahr und Verlockung der Selbstpreisgabe.

Abraham Mendelssohn, Sohn des Moses Mendelssohn, ließ sein eigenes Kind, den genialen Felix Mendelssohn-Bartholdy, geb. 1809 in Hamburg, schon sehr früh taufen. Heinrich Heine und Ludwig Börne, dem literarischen „Jungen Deutschland" um den Hamburger Verleger Julius Campe zugehörig, zahlten gleichfalls das „Entrée-Billett der Taufe", was Gabriel Riesser, der große Hamburger Reformer jüdischen Lebens und jüdischer Selbstbehauptung, keineswegs als einen Akt der Befreiung, sondern der unbilligen Unterwerfung deutete.

Die Spannungen zwischen Orthodoxie, Reformismus und Liberalismus innerhalb des Judentums führte oft zu tiefen Rissen innerhalb der sonst so fest gefügten jüdischen Familien. Auch das religiös gefestigte Judentum mußte an das Zeitalter der Aufklärung, an den Geist der Französischen Revolution seinen Tribut entrichten. Da die religiöse Geschlossenheit der jüdischen Gemeinde ein Schutzwall gegen die konfessionelle und gesellschaftliche Intoleranz der christlichen Umwelt war, so handelte es sich hier um tiefgreifende Wandlungs- und Gärungsprozesse, als sie sich etwa durch einen mechanischen Generationswechsel erklären ließen.

Gewiß, auch der berühmte Altonaer Rabbiner Raphael Kohn war ein zorniger Gegner der Mendelssohnschen Übersetzung des Alten Testaments ins Deutsche. Raphael Kohn hatte Jacob Riesser als Sekretär des rabbinischen Gerichts der Dreigemeinde Altona-Hamburg-Wandsbeck angestellt. Riesser, benannt nach dem bayrischen Ries, einer Landschaft im Rezatkreis, hatte rabbinisches Recht studiert und lernte nun im Hause Raphael Kohns dessen Tochter Fanny kennen. Sie heirateten. Doch bald geriet Raphael Kohn in Widerstreit mit der dänischen Regierung. Jacob schrieb in hebräischer Sprache eine Biographie seines Schwiegervaters. Um aber sein täglich Brot zu erwerben, wurde er Pächter der Lübecker Stadtlotterie. Die harte lübsche Judengesetzgebung zwang die Familie zur Rückkehr nach Hamburg, wo sein jüngster Sohn Gabriel die Gelehrtenschule des Johanneums besuchte und durch eine elegante Abiturientenrede in griechischer Sprache auffiel.

Mit Gabriel Riesser war für die deutsche Judenheit, doch auch für den deutschen Vormärz, für die großen Verfassungskämpfe, für den deutschen Idealismus und für seine Vaterstadt Hamburg ein neuer Stern aufgegangen. Riesser proklamierte den Anspruch, Deutscher und glechzeitig Jude, *ohne jede Rechtsminderung auch Jude zu sein.* Sein Stolz war unbändig. Zwar löste er sich von aller Orthodoxie des Großvaters Raphael Kohn, doch forderte er in höchster Eindringlichkeit Glaubensfreiheit für die Juden. „Der Staat hat so wenig das Recht einen Glauben zu verbieten als ihn zu erzwingen!" Mit aller Schärfe seiner forensischen Logik, doch auch mit hohem Pathos trat er jenen Zeitgenossen entgegen, die eine Lösung der religiösen Minderheitsprobleme nur im Religionswechsel erblickten und einen opportunistischen Verzicht auf den persönlichen Glauben empfahlen: Riesser: „Die Lippen sollen nicht bekennen, was dem Herzen fremd ist!"

Riesser sprach den in einer lieblosen Umwelt isoliert vegetierenden mosaischen Glaubensgenossen immer wieder neuen Mut zu. Viele von ihnen fühlten sich bedrückt, gedemütigt, geängstigt. Sie suchten, wenn schon nicht den Ausweg der Taufe, so doch den Schutz der Tarnung, der Mimikry, indem sie den jüdischen Namen verbargen oder es vermieden, ihn auszusprechen. Riesser hob das Selbstbewußtsein der Bedrängten. Er ließ bei Hammerich & Lesser in Altona, dem Stammhaus des großen Springer-Konzerns, eine Zeitschrift erscheinen, der er demonstrativ den Titel gab: „Der Jude. Periodische Blätter für Religion und Gewissenfreiheit." Schon im ersten Heft hieß es ebenso unmißverständlich wie ergreifend:

„Wenn ungerechter Haß an unserem Namen haftet, sollen wir ihn dann verleugnen, anstatt all unsere Kraft daran zu setzen, ihn zu Ehren zu bringen? Glaubt mir, der Haß weiß seinen Mann zu finden, so gut wie der Todesengel, und solange er ihn sucht, wird er ihn durch tausend begütigende Namen hindurch erkennen!"

Die Wiener Schriftstellerin Hilde Spiel hat in einem reizvollen Buch *„Fanny Arnstein oder Die Emanzipation"* ein jüdisches Frauenleben an der Zeitenwende 1758–1818 geschildert und mit feuilletonischem Schwung den Nachweis zu führen versucht, daß die *literarischen Salons* geistvoller Jüdinnen die so sehnlichst erstrebte Judenemanzipation bewirkt hätten. Hilde Spiel nennt neben der jüdischen Baronin Arnstein in Wien, die ein großes Haus führte, auch die Berliner Mansarden-Salons der Rahel Varnhagen, geb. Lewin, und der Henriette Hertz. Aber sie irrt. Denn Rahel Varnhagen hatte sich, wie Henriette Hertz, unterworfen. Sie war keine Jüdin geblieben. Ihre Salons waren Stätten der Begegnung für intellektuelle Außenseiter, für Liebhaber der Extravaganz. Man berauschte sich im literarisch-euphorischen Disput. Aber man schrieb keine Manifeste staatsbürgerlicher Freiheiten. Man philosophierte in der Abstraktion, und man erging sich in gefühlvoll poetischer Schwärmerei.

Gabriel Riesser, Doktor beider Rechte, der sein Examen „Summa cum laude" bestanden hatte, suchte wie ein Winkelried das Dickicht aller staatsrechtlichen Widerstände zu durchbrechen, um in den sich neu formierenden Parlamenten Deutschlands, in der Paulskirche und in der Hamburger Bürgerschaft, Bresche zu legen für die Bürgerrechte der bis dato Entrechteten. Der Weg dorthin war steinig. Doch hatte sich Riesser als Vorkämpfer einer umfassenden Rechts- und Verfassungsreform, rednerisch wie publizistisch, bereits einen geradezu legendären Ruhm erworben, so daß man ihn in das Frankfurter Vorparlament berief und ihn an der Formulierung des Wahlmodus mitwirken ließ. Riesser schlug vor, daß jeder volljährige Deutsche, ohne Bedingung des Standes, Vermögens und Glaubensbekenntnisses Wähler und wählbar für das zu bildende Nationalparlament sein müsse.

Sein eigener Wahlkreis, dessen „Wahlmänner" ihn als Abgeordneten in die Paulskirche delegierten, war nicht Hamburg, das u.a. gleichfalls jüdische Abgeordnete bestimmte, sondern das Herzogtum Lauenburg. Doch Riesser bekannte hernach vor dem Frankfurter Parlament, daß er vor seiner Wahl weder in Hamburg das hohe Staatsamt eines Nachtwächters hätte übernehmen noch im Herzogtum Lauenburg in einem Gasthof hätte übernachten dürfen – nur weil er jüdischen Glaubens war. Als Riesser dann in Frankfurt seine berühmte „Kaiserrede" hielt, die die Einheit aller Deutschen unter einem Volkskaiser wünschte, da kannten Jubel und Beifall für den großen Deutschen, Hamburger und Juden Gabriel Riesser keine Grenzen mehr.

Immer wieder vergegenwärtigten sich die Freunde der Literatur, durch Anekdoten amüsiert, das merkwürdige, ja fast skurrile Spannungsverhältnis zwischen dem großen Dichter Heinrich Heine und seinem „geizigen" Onkel Salomon, der in der Zeit des Vormärz ein bedeutender Hamburger Finanzmagnat war. Die Literaturgeschichte ergreift zu Unrecht die Partei des Dichters – gegen den Bankier. Beide waren keine gebürtigen Hamburger, Heinrich war Düsseldorfer, Salomon Hannoveraner. Der Dichter aber hatte sich zu „assimilieren" versucht, ehe die Emanzipation vollzogen war. Heinrich war ein Meister der deutschen Sprache, Salomon, der ältere Onkel, hatte die rabbinische Schule besucht und das ABC nicht in deutscher, sondern hebräischer Schrift erlernt. Seine Notizen machte er in dieser Schrift des Alten Testaments. Seine Witze aber formulierte er in jiddischem Tonfall, was dem Dichter-Ästheten unlieb war.

Heinrich schwankte voller Zwiespalt zwischen seinem Judentum und dem Evangelium. Er war ein Zerrissener. Sein Onkel Salomon war es nicht. Er war ein Patriarch, ein

Finanzgenie, ein Wohltäter, dem Hamburg nach dem großen Brand von 1842 entscheidende Hilfe zu verdanken hatte. Noch heute erinnert das „Israelitische Krankenhaus", eine Stiftung, an ihn.

Obgleich die Juden als ein „Volk des Buches" im Bewußtsein ihrer nichtjüdischen Umwelt leben, ergaben sich aus ihrer gesellschaftlichen Isoliertheit, bei den Aschkenasim stärker als bei den Sephardim, *schwierigste Bildungsprobleme*. Hierüber geben die Geschichte der *Talmud-Thora-Schule*, die von Dr. J. Goldschmidt aufgezeichnet worden ist, und die Geschichte der jüdischen Freischule in Hamburg, an der der große Pädagoge Dr. Anton Rée gewirkt hat, interessantesten Aufschluß.

Die Talmud-Thora-Schule war eine Religionsschule, in der nach ihrer Gründung die Söhne frommer jüdischer Familien es lernten, „Thora, Mischna und Gemara in der Ursprache zu lesen und zu verstehen". Gott war der Tröster in der Einsamkeit und im unsichtbaren Ghetto. Goldschmidt weist aber mit Recht darauf hin, daß diese Werke zwar eine religiöse, doch keine sprachliche Einheit bildeten. Die Zahl der Schüler betrug 60. Neben vier Religionslehrern war ein fünfter für Schreiben und Rechnen bestellt. Dieser fünfte Lehrer, fast ist man versucht, an das fünfte Rad am Wagen zu denken, befand sich in der fatalen Position des Außenseiters. Ihm allein konnte es kaum gelingen, seinen Schülern die benötigte praktische Lebenshilfe zu vermitteln, deren es bedurfte, um sie für den Kampf mit der nichtjüdischen Umwelt auszurüsten.

Man sprach also „zweierlei Sprache" und blieb dadurch auch sprachlich „in einem Zustand der Fremdheit". Deshalb kam es auf Betreiben moderner jüdischer Persönlichkeiten zur Gründung jener zweiten Schule, eben *der „Israelitischen Freischule"*. In dieser Freischule wurden Kinder einer Gemeinde unterichtet, die inzwischen auf 7000 Mitglieder angewachsen war. Diese sollten, nach der Darstellung des Anton-Rée-Biographen Josef Feiner, so erzogen werden, daß sie in der neuen Zeit den ihnen zugewiesenen Platz ideell und materiell ausfüllen konnten. Dazu war es nötig, die jüdischen Kinder nicht nur in ihre eigene Religion, sondern auch in die deutsche Kultur einzuführen und sie dadurch „aus der politischen und sozialen Beschränkung zu erlösen". Das war auf dem Wege einer nur auf die eigene Gemeinde zugeschnittenen isolationistischen Orthodoxie unerreichbar. Wohl war es möglich durch eine sich der Umwelt öffnende liberale Haltung.

Salomon Heine war im Hinblick auf die allgemeine politische, wirtschaftliche und technische Entwicklung ein liberaler Realist. Als bewußter und traditionsstolzer Jude neigte er religiös noch den Orthodoxen zu, was ihn nicht hinderte, nach dem großen Brand von 1842 beim Wiederaufbau auch christlicher Kirchen großzügig zu helfen. Als Philantrop handelte er aus dem Geiste eines Nathan, nämlich *weise*! Und sehr human.

Weniger glanzvoll als die Gestalt des früh sich vollendenden Gabriel Riesser erschien seinen Zeitgenossen ein zweiter großer jüdischer Jurist, dessen Namen wir bereits genannt haben: Isaac Wolffson (1817–1895). Er war zwölf Jahre jünger als Riesser und hat den älteren um 32 Jahre überlebt. Sein Aufstieg war weniger kometenhaft, doch war er von erstaunlicher Konstanz. Er gehörte von 1859–1889 dem hamburgischen Parlament, der „Bürgerschaft" an, davon zwei Jahre als deren Präsident. Ein volles Jahrzehnt war Wolffson Reichstagsabgeordneter. Die deutsche Rechtsgeschichte rechnet ihn zu den Vätern des Bürgerlichen Gesetzbuches. Er war ein Mann der Rechtsschöpfung und wurde in der staatspolitischen Praxis ein Mann der harten Werktagsarbeit, also alles andere als ein Barrikadenstürmer.

Ehe Hamburg 1859 sein erstes Parlament überhaupt wählen konnte, erarbeiteten drei Hamburger Patrioten eine „Denkschrift über die Verfassung des Freistaates Hamburg vom 11. Juli 1849", die richtungsweisend war: diese Männer hießen Baumeister, Wiebel und Wolffson. Dann aber ging für Jahrzehnte das staatsmännische Lebenswerk Wolffsons

in die Anonymität der parlamentarischen Gremien ein. Jüdische Mitwirkung wurde durch ihn zur Selbstverständlichkeit. Der Bann der Diskriminierung wich der Achtung vor der umfassenden Leistung des gleichberechtigten Mitbürgers.

Ist den Annalen der portugiesischen Juden in Hamburg-Altona zu entnehmen, das einige namhafte Juden sich dem Schiffbau zuwandten, so entwickelte sich in Hamburg auch eine industrielle Komponente jüdischer Leistung. Interessant ist hier ein Unternehmen der Familie L. Beit, die eine Edelmetall-Scheideanstalt in der Elbstraße errichtete. Angesichts des zu Beginn der ersten technischen Revolution noch bestehenden Währungschaos war die Gewinnung von Feinmetallen an einem so zentralen Handels- und Bankplatz wie Hamburg unerläßlich. Der „Affineur" Beit wurde einer der Mitbegründer einer hamburgischen *Kupferhütte* auf Steinwerder. Aus diesen Vorläufern ist dann vor hundert Jahren (1866) die Norddeutsche Affinerie, ein Weltunternehmen, hervorgegangen. Zu den Initiatoren dieser Ansiedlung eines Hüttenwerks, fernab von allen Rohstoffquellen, gehört ein großer Hamburger Reeder, Cesar J. Godeffroy, der für seine nach Südamerika segelnden Auswandererschiffe lohnende Rückfracht suchte, sie in den reichen chilenischen Kupfergruben fand und nun in Hamburg ein imponierendes Werk der Metallurgie entwickeln half.

Seinen Weltruf und seinen großen wirtschaftlichen Erfolg verdankt die Norddeutsche Affinerie dem erfindungsreichen und vielseitigen Chemiker Dr. Emil Wohlwill, Sproß einer jüdischen Familie, aus der berühmte Historiker, Juristen und Kunstförderer hervorgegangen sind. Emil Wohlwill entwickelte neuartige Verfahren der industriellen Gewinnung von Reinkupfer und Reingold durch Elektrolyse, die als „Wohlwill-Verfahren" in Hüttenbetrieben der ganzen Welt angewendet wurden.

Der einer Hugenottenfamilie entstammende Reeder und Überseekaufmann Cesar J. Godeffroy aber wurde Mitgründer der weltumspannenden Hamburg-Amerika Linie, die durch Albert Ballin in den letzten Jahrzehnten des Kaiserreiches zur größten Reederei der Welt aufstieg.

Auch Albert Ballin kennzeichnet einen Wendepunkt in der Geschichte Hamburgs. Als er seine Tätigkeit für die Hapag aufnahm, ergossen sich breite Auswandererströme über den Atlantik. Ballin organisierte einen wesentlichen Teil dieser Ströme. Aber er hatte auch schon die Konsolidierung des europäischen Elements in den USA im Auge. Er sah sofort, daß aus dem „One-way-traffic" bald ein Hin- und Rückreiseverkehr werden würde und richtete seinen Passagierdienst darauf ein. Sein Liniennetz umspannte auch im Frachtverkehr alle Küsten und Kontinente. Um ein internationales Fair play der konkurrierenden Schiffahrtsnationen zu garantieren, gründete er, seiner Zeit weit vorauseilend, die „Atlantic-Conference". Ballin entwickelte den Prototyp des schwimmenden Hotels und den Weltreisestil des „Cruising". Sein Name wurde nicht nur für die Hamburger, sondern für die Welt ein Symbol. Auch Wilhelm II. bewunderte ihn; doch als er dem Großreeder den erblichen Adelstitel anbot, vorausgesetzt, er lasse sich taufen, entgegnete Ballin: Ich bleibe Jude!

Zu den großen jüdischen Namen Hamburgs gehören auch die Warburgs, eine Familie von reicher und vielseitiger Begabung, im Ansehen wie im Einfluß den ruhmreichsten Familien der Stadt ebenbürtig. Als Bankiers setzten sie die Tradition des großen Salomon Heine fort. Max Warburg und Eric Warburg nahmen sich des Israelitischen Krankenhauses an und erfüllten so das Vermächtnis des Stifters. In der Bürgerschaft suchte ein Warburg als Abgeordneter die Idee eines Ständeparlaments zu verwirklichen. Universität und Museen erfreuten sich immer wieder nachhaltiger Förderung. Auch in vielen karitativen Institutionen wirken die Warburgs im stillen und sehr segensreich. Leider ist die von Aby Warburg, einem der genialsten Deuter bildender Künste, gegründete Warburg-



Gabriel Riesser (1806–1863)
Lithographie von Moritz Oppenheim, 1848
(MHG)



Salomon Heine (1766–1844)
Lithographie von Otto Speckter, um 1840
(MHG)

Bibliothek nach der Machtergreifung Hitlers aus Hamburg abgewandert und der Universität in London einverleibt worden.

Es wären noch viele andere Namen großer Hamburger Juden zu nennen. So der des Pädagogen, Lyrikers und Anthologisten Jacob Löwenberg. So der Philosoph Ernst Cassirer, dessen Porträt auch heute noch in der Reihe der Rektoren unserer jungen Alma Mater das eindrucksvollste ist. Mit Rührung erinnern wir uns der Germanistin Agathe Lasch, die, befragt,ob sie Protestantin sei, antwortete; „Nein, ich bin jüdisch". Doch dann fügte sie hinzu: „Und vor allem bin ich deutsch". Agathe Lasch hatte bei anderer Gelegenheit einmal gesagt: „Ich habe niemals einen Menschen leidenschaftlich geliebt. Die zwei Abstracta, die ich leidenschaftlich liebe, sind: die Germanistik und Deutschland". Ihr Werk umfaßt eine mittelniederdeutsche Grammatik, eine Geschichte der niederdeutschen Sprache und zwei Wörterbücher des Niederdeutschen. Agathe Lasch ist während des „Dritten Reiches" nach Polen deportiert worden und während des Transportes nach Lodz zugrundegegangen.

Zu den bedeutenden Hochschullehrern an der Hamburgischen Universität gehören der Völkerrechtler Mendelssohn-Bartholdy, der Pädagoge und Kinderpsychologe William Stern, der Kunsthistoriker Panofsky, der Strafrechtsreformer Moritz Liepmann, die Ärztedynastie der Unnas. Unvergessen ist die zarte Bildhauerin Anita Rée, aus der Familie des Schulleiters Anton Rée. In die hamburgische Theatergeschichte gingen die Namen Leopold Sachse, Arnold Marlé und Sabine Kalter ein.

Ein Wort verehrenden Gedenkens verdient aber auch ein großer Städtebauer aus dem Kreise um Fritz Schumacher: der von Max Brauer in den Weimarer Jahren nach Altona berufene Gustav Oelsner, ein evangelischer Christ jüdischer Herkunft, ein begnadeter Architekt, ein großer Reformer des Wohnungsbaus, ein erfolgreicher Politiker des öffentlichen Grüns.

Nach 1933 wurde Oelsner wegen Mißbrauchs öffentlicher Mittel vor einen Disziplinargerichtshof gestellt. Er widerlegte in flammender Empörung alle gegen ihn gerichteten

Anschuldigungen mit solcher Überzeugungskraft, daß der Disziplinargerichtshof ihn voll rehabilitieren mußte, obgleich die neuen NS-Machthaber ihn wegen seiner jüdischen Herkunft verurteilt sehen wollten. Erst nach der Rehabilitierung emigrierte Gustav Oelsner in die Türkei und wurde dort an der Technischen Universität von Istanbul zum Erzieher einer neuen Generation türkischer Städtebauer. Nach 1945 holte ihn Brauer nach Hamburg zurück. Nun entwickelte Oelsner einen ersten Wiederaufbauplan der Hamburger Innenstadt. Er half wiederaufzurichten, was Hitler, der auch ihn hatte verfolgen lassen, zertrümmert hatte. Oelsner wirkte behutsam daran mit, Wunden zu schließen, die andere geschlagen hatten. In seinem Testament stand jedoch ein Satz, der die Trauergemeinde bei seiner Beisetzungsfeier erschauern ließ: „Ich bitte, meine irdische Hülle nach der Weise meiner Väter, auf jüdische Art also, beizusetzen, da alle anderen, auch die Christen, mich so bitter enttäuscht haben". (Aus dem Gedächtnis zitiert.)

In ihrer Blütezeit zählte die israelitische Gemeinde in Hamburg etwa 20 000 Mitglieder (1925), in Altona 3000, in Wandsbek und Harburg jeweils einige Hundert. In dieser Zahl fehlen jene Juden, die seitens der Kulturgemeinde nicht registriert waren. Auch die Judenchristen blieben unberücksichtigt. So können wir mit einer Gesamtzahl von etwa 30000 rechnen. 7000 Erschlagene sind registriert, ohne daß die Listen bis heute abgeschlossen werden konnten. Die Mehrzahl wurde über die ganze Welt zerstreut. Die jüdische Restgemeinde Hamburgs zählt heute etwa 1500 Mitglieder. Auch ihre Zahl ist nicht vollständig.

Als aber die Neue Synagoge eingeweiht wurde, nannte Max Brauer den Neubau den wichtigsten aller Kirchenneubauten in Hamburg. Was den Bomben zum Opfer gefallen ist, wurde das Opfer eines Krieges. Die Synagogen aber waren mitten im Frieden verbrannt und niedergerissen worden. Deshalb schloß sich mit dem Wiederaufbau der Synagoge „die schmerzlichste aller Lücken im Kreise der Gotteshäuser unserer Stadt".

Ein neues Gemeindezentrum ist entstanden. Es hat nicht nur den Betraum, sondern verfügt auch über andere Versammlungs- und Konferenzräume. In seinem großen Saal aber trug unlängst Professor Dr. Herbert Weichmann „Gedanken zur Zeit" vor. Herbert Weichmann, seit 1965 Erster Bürgermeister von Hamburg, ist einer der Überlebenden der großen Verfolgung, Mitglied der so tragisch dezimierten jüdischen Gemeinde und erster Bürger der Freien und Hansestadt Hamburg.

Hamburg hat eine Dichterin hervorgebracht, groß wie die Droste-Hülshoff, von der gleichen Kraft der Sprache erfüllt, die wir an Nelly Sachs bewundern: Margarete Susman. Sie hat Hamburg früh verlassen und ist auf diese Weise aller Bedrohung entgangen. Kürzlich starb sie, seit Jahren bereits erblindet, als 93jährige in Zürich. Sie hinterließ kostbare Lyrik; sie hinterließ ein Buch Hiob, ein Buch über die Frauen der Romantik, ein Buch der Deutung biblischer Gestalten und den Erinnerungsband „Ich habe viele Leben gelebt".

In einem ihrer Gedichte spricht Margarete Susman-von Bedemann im Bewußtsein ihres jüdisch-deutschen Schicksals von einem gespaltenen Pfad. Eine Strophe lautet:

Wer wird noch bei mir sein, wenn das sich naht,
Was keine Seele seiend übersteht,
Wer wird mir helfen auf gespaltnem Pfad,
Der doch in mir tief vorgezeichnet steht?

Auch die Hamburger, obschon relativ frei von Vorurteilen und Komplexen, hatten die vielleicht größte Dichterin deutscher Sprache unserer Zeit fast vergessen. Sie war ihnen in die Schweiz wie in einen Zauberberg entrückt. In der neuen „Hamburger Anthologie" werden nun auch Perlen früher Susman'scher Lyrik vor den deutschen und hamburgischen Lesern ausgebreitet. Sie sind einer Zierde deutscher Literatur.

Peter Freimark

D2 Die Dreigemeinde Hamburg – Altona – Wandsbek im 18. Jahrhundert als jüdisches Zentrum in Deutschland

Aus: Arno Herzig (Hg.): Das alte Hamburg (1500 – 1848/49). Vergleiche-Beziehungen. Berlin, Hamburg: Dietrich Reimer Verlag 1989 (= Hamburger Beiträge zur öffentlichen Wissenschaft, 5), S. 191 – 208.

Im Verlaufe der nachfolgenden Ausführungen sollen die Grundzüge der Geschichte der Juden im Hamburger Raum im 18. Jahrhundert aufgezeigt werden. Dies bedeutet, daß über Alt-Hamburg hinaus auch Altona und Wandsbek in die Untersuchung einzubeziehen sind, wofür sich gute Gründe anführen lassen. Der gewählte Zeitraum, der in der Literatur zur allgemeinen Stadtgeschichte Hamburgs gemeinhin als Periode zwischen Hauptrezeß und Franzosenzeit (1712 – 1806) bezeichnet wird, findet eine chronologisch fast analoge Entsprechung in der Geschichte der Juden in dieser Region: es ist die Zeit zwischen dem Erlaß des Judenreglements der kaiserlichen Kommission vom 7. September 1710 in Hamburg[1)] und der Trennung der Dreigemeinde Altona – Hamburg – Wandsbek (AHU) durch die Separationsakte vom 26. April 1812 in der Franzosenzeit.

Zum Vorgehen: In einem ersten Teil werde ich die Situation der Juden im 17. und 18. Jahrhundert vorstellen, wobei die *äußeren* Verhältnisse im Vordergrund stehen. Im folgenden Hauptteil wird dann die *innere* Entwicklung im Verlauf des 18. Jahrhunderts aufgezeigt. In einem kürzeren Schlußteil sollen neben einer Bewertung punktuell Vergleiche mit anderen Städte und Regionen angestellt werden, um einige der hiesigen Besonderheiten zu verdeutlichen. Mit Nachdruck ist darauf hinzuweisen, daß im Mittelpunkt der Darstellung die Juden als religiöse und soziale Minderheit stehen. Es sind also weniger die staatlichen Anordnungen, die untersucht werden, als vielmehr die Binnenstruktur dieser sozialen Subgruppe, die hier behandelt werden soll.

Ein kurzes Wort noch zur Quellenlage und Literatur. Aus dem 19. und frühen 20. Jahrhundert liegen eine Reihe von älteren Darstellungen vor, die heute noch wervolle Informationen ermitteln. In den letzten 20 Jahren sind etliche Veröffentlichungen erschienen, welche unsere Kenntnis über den betreffenden Zeitraum wesentlich verbessert haben. Trotzdem sind in wichtigen Teilgebieten noch viele Fragen offen. Das hängt damit zusammen, daß die jüdischen Primärquellen für unseren Zeitraum fast ausschließlich in hebräischer und jiddischer Sprache verfaßt und somit dem herkömmlichen Historiker nicht ohne weiteres zugänglich sind. Dieser sprachliche Befund erklärt auch, warum das 19. Jahrhundert und die Zeit bis 1933 wissenschaftlich erheblich besser erschlossen sind.

Die Gemeindearchive der 3 genannten Gemeinden sind über die Zeit des Dritten Reichs gerettet worden, sie befinden sich heute im Staatsarchiv Hamburg, zur Hälfte im Original, zur Hälfte in Form von Kopien und Filmen. Die andere Hälfte des Originalbestands ist in den Central Archives for the History of the Jewish People in Jerusalem, die dort fehlende Hälfte der Originale ist gleichfalls in Form von Kopien und Filmen vorhanden. Dieser „Bestand Jüdische Gemeinden" gibt zusammen mit den relevanten Archivalien im Landesarchiv Schleswig-Holstein zu Schleswig und im Reichsarchiv Kopenhagen – und in Hamburg vermehrt durch staatliches Archivgut –, eine breite Quellenbasis für die Geschichte der Juden im Hamburger Raum ab – ein positiver Befund, wenn man an die enormen Verluste von jüdischem Archivgut in anderen deutschen Regionen während der NS-Zeit denkt. – Das umfangreiche Archiv der portugiesisch-jüdischen Ge-

meinde in Hamburg – über die gleich noch zu sprechen sein wird – ging im großen Hamburger Brand von 1842 verloren.

I. Die Geschichte der Juden im Hamburger Raum reicht bis in das späte 16. Jahrhundert zurück, als von der iberischen Halbinsel vertriebene Juden – Sefardim oder „portugiesische" Juden – über die Niederlande in die Hafen- und Handelsstadt kamen und sich hier als Kaufleute, Makler und Ärzte niederließen. Ihr Niederlassungsrecht wurde durch Verträge mit dem Rat geregelt. Die Sefardim bildeten eine Art „importierte Wirtschaftselite", die mit ihren überseeischen Handelsbeziehungen Hamburgs Nutzen mehrte. Allerdings verschlechterten sich gegen Ende des 17. Jahrhunderts ihre Aufenthalts-Konditionen derart, daß die meisten der Sefardim zum Ende des 17. Jahrhunderts Hamburg verließen, zurück blieb nur eine kleine Restgemeinde.
Fast gleichzeitig mit den „portugiesischen" waren auch „hochdeutsche" Juden - Aschkenasim – an die Elbe gekommen, also gegen Ende des 16. Jahrhunderts. Sie ließen sich nicht nur in der Reichsstadt Hamburg, sondern auch in den beiden religiösen Freistätten Altona und Wandsbek nieder. In Altona erhielten sie zunächst von den Grafen von Holstein-Schauenburg und nach 1640 von den dänischen Königen Schutzbriefe (Privilegien), die ihnen u.a. die Erlaubnis einräumten, ihre Religion auszuüben, eine Synagoge und einen Friedhof (Königstraße) einzurichten und Handel zu treiben. Ähnlich günstig waren die Privilegien, die den Juden in Wandsbek vom Gutsherrn eingeräumt wurden; hier ist die Quellenlage nicht so günstig wie für Altona. In einer reich annotierten Edition hat Günter Marwedel 1976 die Privilegien der Juden in Altona vorgelegt.[2)]

Worin bestanden nun im einzelnen die Vorteile, die Juden erwuchsen, wenn sie sich in Altona niederließen? Durch die Zahlung eines jährlichen Schutzgeldes waren ihnen – wie erwähnt – die Freiheit der Religion und des Handels zugesichert. Es war den Juden möglich, bis nach Dänemark zu reisen und dort Handel zu treiben. Ihre Zahl war nicht beschränkt, den Judenältesten bei der Zulassung weiterer Juden ein Mitspracherecht eingeräumt. Eine Beschränkung hinsichtlich der Niederlassung in bestimmten Stadtvierteln gab es nicht, Juden konnten seit je Grundbesitz erwerben und waren Christen hierin gleichgestellt. Zu den positiven Besonderheiten zählte auch, daß – völlig atypisch für die Zeit – portugiesische Juden seit dem Jahre 1719 das Stadtbürgerrecht erwerben konnten. Selbst jüdische Handwerker sind in Altona im 17. und 18. Jahrhundert nachgewiesen, wenn sie auch zu den Ämtern nicht zugelassen waren und eine Freimeisterschaft nicht erlangen konnten.

Von besonderer Bedeutung war auch das Zugeständnis einer eigenen gemeindlichen Selbstverwaltung und einer eigenen Jurisdiktion in minder schweren Strafdelikten sowie die Schaffung eines Rabbinatsgerichts, das aus dem Oberrabbiner und 2 Beisitzern bestand. 1731 wurde die Zivilgerichtsbarkeit auf alle (deutschen) Juden in Schleswig und Holstein „biß an den Belt" mit Einschluß der Hamburger, aber unter Ausschluß der Glückstädter Juden ausgedehnt.[3)]

Diese für die damalige Zeit überaus günstigen Bedingungen für die Niederlassung von Juden sind eindrucksvoll und bemerkenswert, sie lassen sich mit kaum einer anderen Stadt oder Region des Reichs vergleichen. Sie führten auch dazu, daß sich angesehene Rabbiner nach Altona begaben und jüdische Gelehrsamkeit mehrten. Völlig zu Recht hebt der vorletzte Oberrabbiner in Altona, Dr. Joseph Carlebach, die „große Blütezeit" der Gemeinde im 18. Jahrhundert hervor: jüdisches geistiges Leben prosperierte und hebräische Druckwerke erschienen, die über die Grenzen der Stadt hinaus Verbreitung fanden.[4)]

Deutliche Unterschiede zu diesem positiven Bild weist die Geschichte der Juden in Hamburg im angesprochenen Zeitraum – also zum Beginn des 18. Jahrhunderts – auf.

Neben der kleinen Gruppe der verbliebenen portugiesischen Juden lassen sich in Hamburg 3 weitere Gruppen nachweisen, die Hamburgs deutsche Judenschaft bilden. Es sind dies Altonaer und Wandsbeker Juden, die in Hamburg leben, aber es gleichwohl vorziehen, auf Grund der genannten günstigen Bedingungen Altonaer und Wandsbeker Schutzjuden zu bleiben. Hinzu kommt eine genuin Hamburger Gruppe, die ursprünglich als wirkliche oder vorgebliche Bedienstete der sefardischen Juden in Hamburg lebte. Sie können sich allmählich dem Patronat der portugiesischen Juden entziehen und werden zu einer eigenen Gemeinde mit einem Friedhof in Ottensen. Der sich nach 1671 entwikkelnde Drei-Gemeinde-Verband AHU – die (hebräischen) Initialen für Altona, Hamburg und Wandsbek – setzte sich also de facto aus 5 Gemeinden zusammen, aus Altona, Hamburg und Wandsbek, sowie den Filialgemeinden der Altonaer und Wandsbeker Schutzjuden in Hamburg.[5)] An der Spitze stand der Rabbiner in Altona, der auch das Rabbinatsgericht leitete.

Für die Juden in Hamburg brachte das kaiserliche Reglement von 1710 insofern eine wichtige Neuordnung, als nunmehr die aschkenasischen Juden den sefardischen in rechtlicher Hinsicht gleichgestellt wurden. Es legte im Artikel 5 fest, daß „zu Exercirung Ihrer Religion und Haltung ihrer Zusammenkünnffte" sie „keine publique Gebäude haben" durften, Gottesdienste mußten also in Privathäusern stattfinden. Sie hatten nach Artikel 13 „alle ordinaire und extraordinaire Stadt-Onera und Auflagen" zu erlegen. Die Artikel 17 und 18 schützten sie vor „Frevel und Muthwillen so auf öffentlichen Strassen und sonsten an ihnen verübet wird" und verbieten das Eindringen in ihre Häuser.[6)] Ein derartiger Schutz erwies sich anläßlich der Judentumulte von 1730 und 1746 in der Elbstraße und in der Neustadt als nur zu notwendig.[7)]

Aufs Ganze gesehen und verglichen mit den judenrechtlichen Bestimmungen in anderen deutschen Regionen – etwa Preußen und Württemberg – waren die Artikel des Juden-Reglements so schlecht nicht. Der rechtliche Status der Juden in Altona und Wandsbek war freilich günstiger, doch gab es auch in Hamburg keine Festlegung der Anzahl der Juden und de jure keine Einschränkungen in Bezug auf das Wohnen in bestimmten Stadtvierteln, wie etwa in der Reichsstadt Frankfurt a.M. De facto lebten aber die Juden in Hamburg im Kirchspiel St. Michaelis, in der Neustadt, und umgingen in vielen Fällen mit Hilfe von Strohmännern das Verbot, Grundbesitz zu erwerben. Trotz der Eingrenzung auf bestimmte berufliche Tätigkeiten – v.a. Geld- und Hausierhandel – nahm die Zahl der Juden in der Hafen- und Handelsstadt Hamburg kontinuierlich zu und übertraf gegen Ende des 18. Jahrhunderts die Zahl der Juden in Altona. Im Jahre 1811 – dem Jahr der ersten exakten Zählung - erreichten die Juden in Hamburg einen Anteil von 6 % an der Gesamtbevölkerung. Sie bildeten zu diesem Zeitpunkt die größte jüdische Gemeinschaft in Deutschland.

II. Die im ersten Teil erwähnten Schutzbriefe oder Privilegien bzw. das Juden-Reglement von 1710 für Hamburg regelten die rechtlichen Beziehungen zwischen der staatlichen Obrigkeit und den Juden als deutlich zu unterscheidender religiöser und sozialer Fremdgruppe. Von grundsätzlicher Bedeutung für die innere Ordnung dieser Fremdgruppe in vorrangig religiöser, aber auch in sozialer Hinsicht waren die Gemeindestatuten (Takkanot), die seit dem späten Mittelalter in einer Reihe von jüdischen Gemeinden formuliert wurden, so später auch in Altona, Hamburg und Wandsbek. Sie bilden einen Rechtskorpus von hoher Verbindlichkeit und sind von den aktuellen Anordungen der Gemeindevorstände zu unterscheiden, die es auch gab. Vom Gemeindevorstand eingesetzte Statutenkommissionen legten ihren Text fest, den der örtliche Rabbiner in den meisten Fällen mit unterzeichnete.[8)]

Zu den Besonderheiten dieser jüdischen Gemeindestatuten gehört es, daß sie aktuali-

siert und fortgeschrieben wurden, sie bilden also kein starres Ganzes, sondern sie wurden durch Streichungen oder Ergänzungen weiterentwickelt. Für Altona und Wandsbek liegen Gemeindestatuten aus dem späten 17., für Hamburg aus dem frühen 18. Jahrhundert vor. Während sie in Altona in hebräischer Sprache mit vereinzeltem jiddischen Wortgut abgefaßt sind, dominiert in Hamburg und Wandsbek die jiddische Sprache.[9] Heinz Mosche Graupe hat die Statuten einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

In den Statuten erscheinen zunächst einmal in breiter Ausführlichkeit Anordnungen zum Kultus und zum synagogalen Gottesdienst. Ferner finden sich eine Vielzahl von Bestimmungen zur Organisation der Gemeinde und zu den Aufgaben einzelner Gremien der Gemeinde. Wahlordnungen und Bestimmungen zu Abgaben und Schutzgeld sind ebenso anzutreffen wie Festlegungen zum Abzugsgeld, das jedes Gemeindeglied zu entrichten hatte, wenn es die Gemeinde verließ. Von besonderem Interesse für unseren Zusammenhang sind die Bestimmungen, die etwas über den Kontakt zur nichtjüdischen Umwelt aussagen. So findet sich etwa in den Statuten für Altona und Hamburg aus dem Jahre 1685 bzw. 1726 folgende Anordnung: „Jedem Mann oder Frau, Jüngling oder Mädchen, ist es verboten, am Schabbat und an Feiertagen in ein nichtjüdisches (Wirts)-haus zum Trinken zu gehen. Ebenfalls ist es verboten, am Schabbat einen Kegelabend, eine Komödie und eine Fechtschule zu besuchen - bei Strafe von vier Reichstalern. In die Oper sollen Frauen und Mädchen überhaupt nicht gehen, selbst nicht an Wochentagen – bei der gleichen Strafe".[10] Derartige Verbote legen nahe zu vermuten, daß in der Tat Juden und Jüdinnen den vermeintlichen Annehmlichkeiten ihrer Umwelt Aufmerksamkeit schenkten. Sehr ausführlich gehalten sind die Kleiderordnungen und die Bestimmungen zu den Beerdigungen.

Die Grundzüge der Organisation der Gemeinden sind uns aus den Statuten bekannt. Neben Familienvorständen, die eine Mindeststeuer zu zahlen hatten, gab es andere, reichere, die zusätzlich noch eine Vermögenssteuer zu entrichten hatten, nur diesen letzteren war das aktive Wahlrecht vorbehalten.[11] Grundlage hierfür war eine Selbstveranlagung. Aus der Mitte der reicheren Familienvorstände wurden 7 Wahlmänner ausgelost, die die Vorsteher wählten. Das passive Wahlrecht war an wesentlich höhere Vermögen als das aktive geknüpft. So erklärte es sich, daß als Vorsteher (Parnassim) immer wieder Vertreter einzelner reicher Famlien erscheinen. Hinzutraten Vorstandsbeisitzer, Kassenverwalter, Verwalter von Wohlfahrtsfonds und solche für Schulwesen und Krankenpflege. Rabbiner- und Kantorenwahlen wurden durch eine besondere Kommission vorbereitet, die Kandidatenlisten aufstellte.

Die von den Familienvorständen zu entrichtenden Steuern sind in den - heute so genannten – Steuerkontenbüchern nachgewiesen, die ältesten erhaltenen reichen bis in das späte 17. Jahrhundert zurück. Die Habenseite notiert die gezahlten Beträge. In die Sollseite werden fortlaufend die entstandenen Verpflichtungen eingetragen, sie spezifiziert die einzelnen Steuerarten, von denen bis jetzt nicht alle zu erklären sind. Dies liegt daran, daß wir über keinerlei Kontrollinstrumente der jüdischen Finanzverwaltung außerhalb der Steuerkontenbücher verfügen und lokale Eigenheiten eine Übernahme von Erkenntnissen aus anderen Gemeinden nur bedingt möglich machen. Hinzu kommt, daß diese Buchungen in den einzelnen Konten in einer bisher kaum erforschten (west)jiddisch-hebräischen Mischsprache abgefaßt sind und viele Abbreviaturen erscheinen. Günter Marwedel hat mit seiner Untersuchung zu den Steuerkonten der berühmten Autobiographin Glückel von Hameln quellenkundlich Neuland erschlossen und einige sehr interessante Ergebnisse vorgelegt.[12]

An spektakulären Geschehnissen, die über die lokalen Gegebenheiten hinausreichen, ist die Geschichte der Juden im Hamburger Raum im 18. Jahrhundert eigentlich arm.

Zu berichten wäre über bedeutende Rabbiner und das kontinuierliche Anwachsen der Gemeinden in Hamburg und sich allmählich zeigende Anzeichen von Angleichung – Assimilation und Akkulturation – an die sich gleichfalls verändernde christliche Majoritätsgesellschaft. Hierzu will ich später noch einiges sagen. Ein Ereignis muß jedoch noch genannt werden. Es fehlt in keiner Gesamtgeschichte des jüdischen Volks, ob bei Heinrich Graetz, Simon Dubnow und zuletzt bei Hillel Ben-Sasson. Es ist der sog. Hamburger Rabbinerstreit zwischen Jakob Emden und Jonathan Eibenschütz, der um die Mitte des 18. Jahrhunderts den Drei-Gemeinde-Verband erschütterte und heftige Auswirkungen auf die Judenheit im Reich und in Osteuropa hatte.

Zur Vorgeschichte dieses Streits muß erwähnt werden, daß um die Mitte des 17. Jahrhunderts im Osmanischen Reich ein jüdischer Mystiker (Kabbalist) Sabbatai Zwi auftrat, der von sich behauptete, der Messias der Juden zu sein und als Beginn der messianischen Zeit das Jahr 1666 festlegte. Sein Auftreten löste unter den jüdischen Gemeinden im Mittelmeerraum, aber auch in Polen und in Hamburg eine gewaltige Bewegung aus, glaubte man doch, die messianische Zeit werde nun anbrechen. Glückel von Hameln, die jüdische Kauffrau, berichtet in ihren Erinnerungen, daß viele Familien Habe und Haus verkauften, da sie damit rechneten, unmittelbar in das Heilige Land fahren zu können. Auch der von den osmanischen Behörden erzwungene Übertritt des Pseudo-Messias Sabbatai Zwi zum Islam im Jahre 1666 konnte den Schwung und Elan der sabbatianischen Bewegung nur bedingt bremsen, wurde doch hierin von den Nachkommen der in Spanien scheingetauften Marranen ein Schritt gesehen, der für das messianische Erlösungswerk notwendig war.

Rest- und Geheimgruppen der sabbatianischen Bewegung gab es noch in etlichen jüdischen Gemeinden im 18. Jahrhundert in Europa, erbittert bekämpft von der Orthodoxie. Gershom Scholem , der große Kenner der jüdischen Mystik, der Kabbala, bemerkt hinsichtlich der Einschätzung der Krypto-Sabbatianer: „Wenn es im 18. Jahrhundert von jemand hieß, er sei Sabbatianer, so bedeutete das für das Volksbewußtsein ungefähr so viel, wie wenn man in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts von jemand gesagt hätte, er sei zu den Anarchisten oder Nihilisten gegangen".[13)]

Genau diese Anschuldigung aber war es, die der jüdische Privatgelehrte Jakob Emden gegen den 1750 zum Oberrabbiner der Dreigemeinde gewählten Jonathan Eibenschütz erhob. Jakob Emden, nach den Worten des „Zeitzeugen" Johann Adrian Bolten „ein fleißiger und nicht ungeschickter, aber zanksüchtiger und steiforthodoxer Mann"[14)] und Jonathan Eibenschütz, der von Bolten wie folgt beschrieben wird „ein merkwürdiger Mann, welcher, wenn er schon kein Philosoph, nicht Moses Mendelssohn gleich, sondern ein Kabbalist war, doch für einen der gescheutsten und geschicksten Juden seiner Zeit gehalten ward"[15)] – diese beiden Männer, durch Bolten zureffend charakterisiert, gerieten in einen heftigen Streit, der an ähnliche Auseinandersetzungen in jener Zeit – Goeze gegen Lessing – erinnert und doch sui generis ist.

Anlaß des Streits waren Amulette, die Eibenschütz Wöchnerinnen übergeben hatte und in denen Emden Hinweise auf sabbatianische Tendenzen zu erkennen meinte.[16)] Ob derartige Anschuldigungen gerechtfertigt waren, läßt sich schlecht schlüssig beweisen. Immerhin steht fest, daß Eibenschütz in seiner Jugend in Prag Kontakt zu sabbatianischen Kreisen hatte und entsprechende Schriften publizierte, er galt jedoch als einer der führenden Talmudisten der Zeit.

Im Februar 1751 erklärte Jakob Emden öffentlich in seiner Privat-Synagoge, daß er Eibenschütz für einen Sabbatianer halte, der unwürdig sei, sein Amt als Oberrabbiner auszuüben. Daraufhin verkündeten die Gemeinde-Vorsteher den Bann über Emden, der nun seinerseits die Vorsteher mit dem Bann belegte. Außerdem wandte er sich an die

Rabbiner in Amsterdam, Frankfurt a.M. und Metz und bat um Unterstützung. Innerhalb der Gemeinde bildeten sich zwei Gruppierungen, die sich jeweils zu Anhängern Emdens oder Eibenschütz' erklärten. Emden selbst verließ im Mai 1751 Altona und begab sich nach Amsterdam, da er um sein Leben fürchtete. Von dort aus schickte er Sendschreiben an viele Gemeinden in Europa, in denen er Eibenschütz verleumdete, der sich nun ebenfalls mit derartigen Briefen, in denen er sich rechtfertigte, zu Wort meldete. Die in Polen staatlich anerkannte Vierländersynode versuchte ohne Erfolg zu vermitteln.

Inzwischen war der Streit vor die Hamburger und dänischen Behörden gelangt, die nun ihrerseits ihre Interessen massiv durchzusetzen bemüht waren. Der Ablauf der nun anstehenden Prozesse, die Kündigung und Wiedereinsetzung von Eibenschütz als Rabbiner der Hamburger Juden drohten, die Dreigemeinde zu spalten. Emden durfte im Juli 1752 von Amsterdam nach Altona zurückkehren. Der dänische König stellte sich schützend vor seinen Oberrabbiner, der vom 1.12.1756 an auch wieder als Rabbiner von Hamburg eingesetzt wurde. Die Mehrheit der Gemeinde hatte zu Eibenschütz gehalten, der bis zu seinem Tode 1764 als Oberrabbiner der Dreigemeinde amtierte, während Emden seine Anwürfe und Schmähungen fortsetzte. Auf dem Friedhof an der Königstraße in Altona liegen beide in unmittelbarer Nachbarschaft begraben, ihre Grabstelen symbolisieren noch heute Bedeutung und Ansehen dieser beiden Rabbiner.

Im gesamtjüdischen Kontext betrachtet waren die Auswirkungen dieses Streits gravierend. Er schadete dem Ansehen der Rabbiner in einem beträchtlichen Maß. „Weite Kreise", so Heinz Mosche Graupe, „wandten sich von dem Rabbinergezänk ab und traten den nun auftretenden Aufklärungstendenzen mit größerer Freiheit gegenüber".[17)]

Es hat nicht an Versuchen gefehlt, die Ursachen für diese tiefgreifende Auseinandersetzung zu analysieren. Mortimer J. Cohen hat in einer ausführlichen Untersuchung den Streit als eine Art Klassenkampf zwischen rivalisierenden Gruppen innerhalb der Gemeinde interpretiert, wofür sich in den Quellen leider keinerlei überzeugende Angaben finden.[18)] Ihm ist in einer längeren Rezension von Gershom Scholem auch lebhaft widersprochen worden.[19)] Vielleicht liegen die Gründe auch mehr in der Person des Jakob Emden, dessen (hebräischsprachige) Autobiographie „Megillat Sefer" ein eindrucksvolles Bild von der Harschheit und Rigidität des Autors zeichnet.[20)] Sie schildert gewisse Protagonisten des damaligen Zeitgeschehens in stark anonymisierter Form, wohl auch aus diesem Grunde ist es bis jetzt zu keiner deutschen Übersetzung des Buchs gekommen. Die zuletzt erschienene Biographie Emdens von Abraham Bick, die ebenfalls nur in hebräischer Sprache vorliegt, vermag letztlich nichts Neues für die Gründe dieses Streits auszusagen.[21)]

Emden, der mit dem Nachfolger Eibenschütz' als Oberrabbiner, Isaak Horwitz, sofort wieder in Streit geriet, starb im Jahre 1776. Mit ihm ging eine Epoche zu Ende. Der Niedergang des herkömmlichen traditionellen Rabbinatswesens und der Gemeindestrukturen waren evident. Es wurden nun neue Wege gesucht und beschritten, für die der Begriff der Aufklärung von entscheidender Bedeutung wurde.

Die sich allmählich verändernden Verhältnisse in den Gemeinden – in der Literatur wird oft von den „Auflockerungserscheinungen" gesprochen – lassen sich für die 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts besonders gut in Altona verfolgen. Im Zuge der merkantilistischen Wirtschaftspolitik hatten der dänische König und der Oberpräsident ein großes Interesse daran, daß sich finanzkräftige und wirtschaftlich potente Unternehmer in Altona niederließen. In vielen dieser Fälle stellten nun die Antragsteller die Bedingung, nicht als Schutzjude zu gelten oder dem Gerichtszwang des Oberrabbiners zu unterliegen. Ein Beispiel hierfür ist die Konzession, die Christian VII. am 27. Mai 1768 für den Zitz-Fabrikanten (Muster auf Kattunstoffen) Israel Samson Popert erläßt. Dieser unterhielt

in Altona eine Fabrik, in der 150 Christen Beschäftigung fanden. Er reicht im April 1768 ein Gesuch an den König beim Oberpräsidenten von Gähler ein, das dieser befürwortend an die Deutsche Kanzlei in Kopenhagen weiterleitet, wobei er auf ähnlich gelagerte Fälle – Dr. med. Abraham Meyer und Kammeragent Meyer Michael David – hinweist. Die Kanzlei schließt sich dem Oberpräsidenten an und es wird nach Approbation durch das königliche Conseil folgende Konzession ausgefertigt: „Wir Christian VII p. Tun kund hiemit: Daß Wir auf allerunterhänigstes Ansuchen in Gnaden concediret und bewilliget haben, gestalt wir hiedurch und kraft dieses concediren und bewilligen, daß Unser Untertan, der Zitzen-Fabriquer Israel Samson Popert, jüdischer Nation, in Unserer Stadt Altona, von dem Gerichtszwange des dortigen Ober-Rabbiners und der Juden-Aeltesten von nun an gänzlich eximiret seyn und, mit Beibehaltung einer völligen Gewißens-Freyheit, allein unter dem Zwange der Stadt-Obrikeit, christlicher Religion, gegen Abtrag der bürgerlichen Onerum und ordentlichen Stadt-Lasten, sortiren solle und möge.

Und für diese Unsere Vergünstigung soll Impetrans, seinem getanen Erbieten zufolge, ein für allemal die Summa von 100 Reichstalern an das Altonaische Gymnasium erlegen".[22)]

Unsere Kenntnis der Aufklärung in Hamburg und Altona ist in den letzten Jahren durch eine Vielzahl von gründlichen und detaillierten Studien von Franklin Kopitzsch in einem wesentlichen Ausmaß gefördert worden.[23)] Ein wichtiges Element der Aufklärung war die Forderung nach Toleranz für religiöse und soziale Minderheiten, darunter auch für die Juden.[24)] Die lang andauernden Diskussionen und Auseinandersetzungen in der zeitgenössischen Publizistik, in Sozietäten und Freundeskreisen können hier nicht referiert werden. Neben progressiven Tendenzen sind auch retardierende Bewegungen zu konstatieren und zwar nicht nur bei der lutherischen Orthodoxie. Großen Auftrieb erhielten die Bestrebungen der Aufklärer dadurch, daß ab 1778 Juden als Schüler zum altonaischen Christianeum zugelassen wurden. Zwischen 1778 und 1815 besuchten 110 jüdische Schüler die Anstalt, unter ihnen Naftali Wessely, der Sohn des jüdischen Aufklärers Moses Wessely, und Salomon Maimon, der in seiner Autobiographie ein anschauliches Bild von den damaligen Verhältnissen an der Schule vermittelt.[25)] Nach dem Amtsantritt von Johannes Gurlitt als Rector Johannei 1802 durften Juden auch die Gelehrtenschule des Johanneums in Hamburg besuchen. Zu den ersten Schülern zählte David Mendel, der sich in seiner Abgangsansprache – sie wurde von Gurlitt veröffentlicht – für Toleranz einsetzte, später zum Christentum übertrat und einer der großen evangelischen Kirchenhistoriker des 19. Jahrhunderts wurde.[26)]

Eine jüdische Aufklärung, die das Anliegen der allgemeinen Aufklärung aufnimmt und weiterträgt, hat es in Hamburg und Altona erst von den achtziger Jahren des 18. Jahrhunderts an gegeben. Ihre Bedeutung war freilich geringer als die von Berlin ausgehende jüdische Aufklärung – sie heißt in der jüdischen Historiographie bezeichnenderweise „Berliner Haskala" –, die von Moses Mendelssohn getragen wurde. Dort erschien auch 1781 das epochemachende Werk des preußischen Kriegsrats Christian Wilhelm Dohm „Über die bürgerliche Verbesserung der Juden", in dessen Titel sich bereits der bis weit in das 19. Jahrhundert reichende Emanzipationskampf andeutet. Für die Zeit der Frühaufklärung – also den Zeitraum bis in die sechziger Jahre des 18. Jahrhunderts – lassen sich in Hamburg keine jüdischen Aufklärer nennen. Der gelegentlich in diesem Zusammenhang erwähnte Jakob Emden ist wohl eher als Rationalist und Voraufklärer zu bezeichnen, genuin aufklärerische Züge und Positionen eignen ihm nicht.

Zusätzlich zu den schon bestehenden, herkömmlich religiös begründeten Vereinen – Beerdigungsbruderschaften, Vereinen der Wohlfahrtspflege, für Waisen und zur Unterstützung armer Bräute, Krankenhäuser sowie Klaus-Synagogen (Lehrstuben) etc. –

kommt es nun auch zur Gründung von geselligen Klubs, wie der 1798 gegründeten „Ressource", ein Gegenstück zu der seit 1789 bestehenden „Harmonie", die – wie auch andere Vereinigungen und Logen – Juden nicht aufnahm.[27] In die 1765 gegründete „Hamburgische Gesellschaft zur Beförderung der Künste und Gewerbe", die „Patriotische Gesellschaft", wurden Juden seit 1800 aufgenommen. In diesen Zusammenhang gehört auch die Gründung von Schulen: so entstand die „Unterrichtsanstalt für arme israelitische Mädchen von 1798", die „Mädchenschule der Deutsch-Israelitischen Gemeinde von 1818", die orthodoxe „Talmud Tora-Schule" von 1805, deren Curriculum in den zwanziger Jahren des 19. Jahrhunderts modernisiert wurde, und die reformerische „Israelitische Freischule von 1815", die im Verlauf des 19. Jahrhunderts zu einer Simultan-Schule für Juden und Christen wurde.

Das vom Rat 1785 verabschiedete „Reglement für die fremden Religions-Verwandten" erlaubte den Reformierten und Katholiken eine freie Religionsausübung und den Bau eigener Kirchen, es erstreckte sich aber nicht auf die Juden. Diese erhielten erst in der Franzosenzeit, nach der Eingliederung der alten Reichsstadt Hamburg in das französische Kaiserreich, die vollen bürgerlichen und politischen Rechte zugesprochen. Unter den 30 Mitgliedern des Conseil municipal waren 2 Juden, Moses Isaac Hertz und Jacob Oppenheimer. Die nach langen und schwierigen Verhandlungen vorgenommene Trennung der Dreigemeinde durch die Separations-Akte vom 24.4.1812 blieb auch nach 1815 von Bestand. Die Juden in Hamburg gingen der neuen Rechte verlustig und die alten Bestimmungen des Juden-Reglements von 1710 galten erneut; erst 1849 bzw. 1860 erhielten die Juden die rechtliche Gleichstellung zugesprochen. Aber dies liegt außerhalb unseres Berichtszeitraums.

III. Zum Abschluß möchte ich in 5 Punkten die Besonderheiten der Situation der Juden in der Dreigemeinde im 18. Jahrhundert herausstellen, wobei auf unterschiedliche Entwicklungen in anderen Regionen des Reichs als Vergleich kurz hingewiesen wird.

1. Im Gegensatz zu anderen norddeutschen Städten, die Juden kaum aufnehmen – wie etwa Lübeck und Bremen –, aber auch zu den meisten Territorialstaaten – wie etwa Preußen – sind die Verhältnisse der Juden im Hamburger Raum für die damalige Zeit als ausgesprochen gut einzuschätzen. Diese Feststellung bezieht sich zunächst einmal auf Altona und auch auf Wandsbek mit den aus der Konkurrenzsituation zur Reichsstadt Hamburg zu erklärenden günstigen Konditionen der Niederlassung. Sie erklären neben der Prosperität der Hafen- und Handelsstadt Hamburg das beständige Anwachsen der Gemeinde in dem genannten Zeitraum. Die Nähe zu Hamburg mit guten Möglichkeiten der Betätigung im Handel lockte viele Juden – auch aus Osteuropa – an, die sich hier niederließen. Numerische Beschränkungen gab es nicht wie in den meisten der anderen Staaten, die die Familienzahl streng reglementierten, die Juden in bestimmte Klassen einteilten – Preußen – und Quotierungsmaßnahmen vornahmen. Der Erwerb des Stadtbürgerrechts für portugiesische Juden ab 1719 ist in seiner Art einzigartig. Hinzu kommt die Möglichkeit des Erwerbs von Grundbesitz, die für die damalige Zeit für Juden als Besonderheit zu gelten hat. Auch die Einführung des Judeneids – more Judaico – 1751 in Altona, den Juden in einem umständlichen Ritual in der Synagoge abzulegen hatten, vermag die insgesamt positive Bilanz nur bedingt zu belasten.[28]

In Hamburg gingen die Bestimungen des Judenreglements von 1710 längst nicht so weit. Sie ließen aber indirekt Möglichkeiten offen, da die Zahl der direkten Verbote nicht sehr groß war. Aber auch wenn derartige Verbote expressis verbis vorlagen – wie etwa beim Untersagen der Errichtung von Synagogen – wurden sie stillschweigend übergangen. Schon im 18. Jahrhundert sind 2 Synagogen für die Hamburger und für die Altonaer Juden in Hamburg in der Neustadt nachgewiesen, wozu noch etliche Klaus-Synagogen

kommen.[29] Grundbesitz wurde in beträchtlichem Ausmaß über Strohmänner erworben, gerichtliche Auseinandersetzungen über die Niederlassung in bis dahin noch nicht von Juden bewohnten Straßen in der Neustadt sind belegt. Gewiß gab es antijüdische Stellungnahmen von Seiten der lutherischen Kirche, gehässige Äußerungen in den zeitgenössischen Zeitschriften und strenge behördliche Anordnungen – etwa gegen nicht vergleitete sog. Betteljuden – und natürlich waren die Judenabgaben pünktlich zu entrichten. Anders als in Frankfurt a.M. und Prag gab es keine Eingrenzungen auf bestimmte Straßen, keine Ghettos und auch keine moralisch entehrenden Maßnahmen, wie etwa den Leibzoll, der im aufgeklärten Preußen bis 1787 bestand.

2. Im 17. Jahrhundert war eine Reihe von portugiesischen Juden als Hoffaktoren für den dänischen Hof und als Vertreter auswärtiger Staaten tätig. Für das 18. Jahrhundert gilt, daß im Unterschied zu den vielen kleinen und größeren Staaten des noch bestehenden Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation die Institution des Hofjudentums in der Reichsstadt Hamburg und auch im dänischen Altona nur ansatzweise vorhanden war. Der Grund hierfür ist sicherlich das Fehlen genuin absolutistischer Strukturen mit der Person eines Alleinherrschers, der sich dann oft der Hilfe und Beziehungen eines jüdischen Hoffaktors versicherte und diesen mit Vorrechten ausstattete. Das Schicksal eines solchen Hofjuden war dann freilich auf Gedeih und (oft Verderb) mit dem Schicksal des Herrschers verbunden. Eine Gestalt, wie etwa Leffmann Behrens, der 1698 vom Herzog Georg Wilhelm in Hannover zum „Hof- und Cammeragenten" ernannt wurde und der an der Gewinnung der Kurwürde für Herzog Ernst August maßgeblich beteiligt war, gibt es in Hamburg nicht.[30]

3. Auch für den Bereich der Personengeschichte weist die Dreigemeinde Besonderheiten auf. Unter den vielen Namen in Schutzjudenlisten, Steuerkontenbüchern und Grabregistern ragen einige Personen hervor, die auf Grund eigener literarischer Werke sehr subjektive und persönliche Züge tragen. Sie stehen symptomatisch für Entwicklungen im Reich und sind aus einer Geschichte der Juden in Deutschland im 18. Jahrhundert nicht fortzudenken. Zu ihnen zählt die jüdische Kauffrau Glückel von Hameln, die in ihrer Autobiographie ein liebenswertes und informatives Bild der Situation in Hamburg in der 2. Hälfte des 17. Jahrhunderts zeichnet. Aber auch Jakob Emden ist in diesem Zusammenhang anzuführen, der in seinen Aufzeichnungen nicht nur wider die Sabbatianer wettert, sondern auch – ungewöhnlich für diese Zeit – über seine Sexualprobleme raisoniert. Auch Frumet Mendelssohn und Salomon Maimon wären hier zu nennen.

4. Im Gegensatz zu den meisten anderen Regionen des Reichs ist für die Juden in Altona und auch für die Altonaer Juden in Hamburg, um deren rechtlichen Status als königlich-dänische Schutzjuden zwischen dem Rat der Stadt und dem dänischen König ständig gestritten wurde, das Ausmaß des rechtlichen Schutzes und die loyale Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen bemerkenswert. Bei Anfeindungen von christlicher Seite wandten sich die Judenältesten an den Oberpräsidenten oder direkt an den dänischen König, um Mißstände zu schildern und um eine Abstellung derselben zu bitten. In fast allen Fällen erhielten die Juden rechtlichen Schutz und Unterstützung von Seite der Deutschen Kanzlei in Kopenhagen und vom dänischen König, so etwa bei Beschwerden über die Störung des Gottesdienstes in der Synagoge durch Musik und Lärm aus einer benachbarten Krugwirtschaft im Jahre 1708.[31] In einigen dieser Fälle erwiesen sich aber die Verhältnisse vor Ort stärker als in Kopenhagen dekretierte Anordnungen. Als Beispiel hierfür sei der Streit zwischen dem portugiesischen Juden Fidanque und den beiden Altonaer Bäcker-Ämtern aus den Jahren 1772 – 1774 kurz referiert.

Die Herstellung von Brot und Backwaren in rituell korrekter Hinsicht, dem sog. Kauscher-Brot, war für Juden von besonderer Wichtigkeit. Gemeinhin rührten Juden den

Teig zu Hause ein und brachten ihn dann zum Bäcker, der dann des Kauscher-Brot buk. Fidanque kam Ende 1771 mit seiner Familie aus Holland, erwarb das Bürgerrecht Anfang 1772 und ging daran, mit Hilfe eines christlichen Bäckers eine Kauscher-Brot-Bäckerei anzulegen. Der Zuspruch der jüdischen Kundschaft muß groß gewesen sein, ging man doch davon aus, rituell korrekt gebackenes Brot kaufen zu können. Die Älterleute der beiden Bäcker-Ämter (Los- und Festbäcker) wandten sich an das Oberpräsidium, das den Backbetrieb in Fidanques Haus untersagte. Eine „allerhöchste Resolution" der Deutschen Kanzlei verordnete den alten Rechtszustand, allein das Obergericht verbot erneut, in Fidanques Haus backen zu lassen. Fidanque wandte sich hierauf direkt in Kopenhagen an den dänischen König Christian VII., der 1773 den Oberpräsidenten und den Magistrat rügte und das Verfahren vor dem Obergericht kassierte. Fidanque hatte also erneut obsiegt, aber er fand nach seiner Rückkehr in Altona 1774 offensichtlich keinen Bäcker mehr, der für ihn backen wollte, die lokalen Verhältnisse hatten sich durchgesetzt.[32)]

Der mutige und selbstbewußte Ton, der von Juden in Altona im Schriftverkehr mit Einzelpersonen und kommunalen Behörden angeschlagen wird, überrascht vielleicht. Das Faktum und die kurz erwähnte Fallstudie des Fidanque wurde freilich auch deshalb angeführt, um das vorherrschende Bild des ständig verfolgten Juden – zumindest für den norddeutschen Raum – etwas zu differenzieren. Juden in unserer Region im 18. Jahrhundert waren nicht nur willfähige Objekte staatlicher Obrigkeiten, sondern auch agierende Subjekte, die eigene Interessen durchzusetzen willens und fähig waren.

5. Einen letzten, mehr allgemeinen Gesichtspunkt möchte ich zum Schluß folgen lassen. Bei der Beschäftigung mit jüdischen Quellen aus dem 18. Jahrhundert in Hamburg wird deutlich, daß bis in die achtziger Jahre hinein von jüdischer Seite Tendenzen der Abgrenzung und Abschottung vorherrschen. Gewiß gab es rege wirtschaftliche Kontakte zwischen Juden und Christen, lokaliter etwa im Kleinhandel in der Elbstraße, der sog. Judenbörse. In geistiger und sozialer Hinsicht hingegen dominierte noch das seit langem tradierte religiös begründete Normensystem, welches bis in das 18. Jahrhudert hinein die aschkenasische Judenheit in Europa einte. Nach Jakob Katz beginnt erst um die Mitte des 18. Jahrhunderts die Aufsplitterung in bestimmte geographische Räume, die eigenständige Judenheiten in Frankreich, Deutschland, Polen etc. entstehen läßt, wobei er bei diesen Ausformungen dem osteuropäischen Chassidismus und der jüdischen Aufklärung in Deutschland entscheidende Bedeutung zuspricht.[33)]

Katz ist von einer Reihe von israelischen Historikern – unter ihnen Schmuel Ettinger und Hillel Ben Sasson – widersprochen worden, die den Beginn von Tendenzen der Angleichung an die Majoritätsgesellschaft ins späte 17. und frühe 18. Jahrhundert datieren.

Auf Grund der hiesigen Befunde würde ich der Ansicht von Katz stärker zuneigen. Auch für die Hamburger Region muß von einer weithin autarken, sich ausgrenzenden jüdischen Minorität gesprochen werden, die eigene Strukturen, Gebräuche und Wertvorstellungen besitzt. Die Gruppe weist eine hohe Mobilität auf, was bei der vorherrschenden Betätigung im Zwischen- und Kleinhandel nicht Wunder nimmt. Es besteht ein eigener literarischer Markt mit traditionellem Schrifttum, Responsen-Literatur, Flugschriften und Sendschreiben. Durch eine eigene Umgangssprache, das Westjiddische, sind die Mitglieder der Minderheit miteinander verbunden, aber zugleich gegenüber der Mehrheitsgesellschaft charakterisiert und gekennzeichnet. Moses Mendelssohn, der in seinen philosophischen Schriften ein gutes Deutsch schreibt, bleibt in seinen Brautbriefen an Frumet Guggenheim in Hamburg zu Beginn der sechziger Jahre im vertrauten sprachlichen Milieu, einem in hebräischen Buchstaben geschriebenen Deutsch mit schwachen jiddischen Nachklängen und einer Vielzahl von hebräischen Einsprengseln, wie rhetorischen

Formeln, Eulogien etc.[34] Der von jüdischen Aufklärern zum Ende des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts vehement verfochtene Übergang zur deutschen Sprache unter den Juden bildete eine wichtige Komponente im Prozeß der sozialen Assimilation und der späteren politischen Emanzipation.[35]

Die Dreigemeinde Altona–Hamburg–Wandsbek nimmt im 18. Jahrhundert – nicht nur auf Grund ihrer numerischen Größe – einen bedeutungsvollen Rang unter den anderen Gemeinden im Deutschen Reich ein. Nach der Auflösung des Verbands im Jahre 1812 sollten die Juden in Hamburg, Altona und Wandsbek durch ihren Beitrag im Emanzipationskampf und durch die Entstehung und Etablierung des liberalen Reformjudentums erneut markante Zeichen in einem gesamtjüdischen Kontext setzen.

Anmerkungen

1) Vgl. Gerd Augner, Die Kaiserliche Kommission der Jahre 1708–1712. Hamburgs Beziehungen zu Kaiser und Reich zu Anfang des 18. Jahrhunderts, Hamburg 1983, S. 172 f.
2) Die Privilegien der Juden in Altona, Hamburg 1976.
3) Wie Anm. 2, S. 86.
4) Joseph Carlebach, Ausgewählte Schriften, Bd. II, hrsg. von Miriam Gillis-Carlebach, Hildesheim-New York 1982, S. 1300.
5) Vgl. Günter Marwedel, Geschichte der Juden in Hamburg, Altona und Wandsbek, Hamburg 1982, S. 26.
6) Das Von Ihro Römischen Kayserl. Majestät Allergnädigst-Confirmirte, Und von Dero Hohen Commission Publicirte Neue-Reglement der Judenschafft in Hamburg / So Portugiesisch – als Hochdeutscher Nation, de Dato 7. Septemb. Anno 1710. Hamburg o.J., S. 6, 9, 10.
7) Vgl. Max Grunwald, Hamburgs deutsche Juden bis zur Auflösung der Dreigemeinden 1811, Hamburg 1904, S. 28–36. – Zu den Verhältnissen in Altona vgl. Peter Freimark, Zum Verhältnis von Juden und Christen in Altona im 17./18. Jahrhundert, in: Theokratia. Jahrbuch des Institutum Judaicum II (1970–1972), Leiden 1973, S. 253–272. – Zum allgemeinen Hintergrund vgl. Franklin Kopitzsch, Hamburg zwischen Hauptrezeß und Franzosenzeit. Bemerkungen zur Verfassung, Verwaltung und Sozialstruktur, in: Wilhelm Rausch (Hg.), Die Städte Mitteleuropas im 17. und 18. Jahrhundert, Linz 1981, S. 181–210; ders., Zwischen Hauptrezeß und Franzosenzeit 1712–1806, in: Hans-Dieter Loose (Hg.), Hamburg. Geschichte der Stadt und ihrer Bewohner, Bd. I: Von den Anfängen bis zur Reichsgründung, Hamburg 1982, S. 351–414; Hans Wilhelm Eckardt, Hamburg zur Zeit Johann Matthesons: Politik, Wirtschaft und Kultur, in: New Mattheson Studies, ed. by George Buelow and Hans Joachim Marx, Cambridge 1983, 15–44.
8) Heinz Mosche Graupe, Die Statuten der drei Gemeinden Altona, Hamburg und Wandsbek, Hamburg 1973, Bd. 1, S. 39.
9) Wie Anm. 8, S. 47.
10) Wie Anm. 8, S. 86 ff.
11) Wie Anm. 8, S. 40 ff.
12) Glückel von Hameln und ihre Familie in den Steuerkontenbüchern der aschkenasischen Gemeinde Altona, in: Peter Freimark / Ina Lorenz / Günter Marwedel, Judentore, Kuggel, Steuerkonten, Untersuchungen zur Geschichte der deutschen Juden, vornehmlich im Hamburger Raum, Hamburg 1983, S. 70–97.
13) Gershom Scholem, Die jüdische Mystik in ihren Hauptströmungen, Frankfurt a.M. 1957, S. 328.
14) Johann Adrian Bolten, Historische Kirchen-Nachrichten von der Stadt Altona und deren verschiedenen Religions-Partheyen, von der Herrschaft Pinneberg und von der Graffschaft Ranzau, Altona 1790–1791, Bd. 2, S. 169.
15) Wie Anm. 14, S. 171.
16) Vgl. Bernhard Brilling, Der Hamburger Rabbinerstreit im 18. Jahrhundert, in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte 55 (1969), S. 219–244.

17) Heinz Mosche Graupe, Die Entstehung des modernen Judentums. Geistesgeschichte der deutschen Juden 1650–1942, Hamburg 1969, S. 87.
18) Jacob Emden. A Man of Controversy, Philadelphia, Pa., 1937.
19) Kiryat Sefer 16 (1939/40), S. 320–338. Zu den sabbatianischen Überzeugungen von Eibenschütz vgl. Scholem (wie Anm. 13), S. 452, Anm. 77 und vor allem Moshe Arie Perlmutter, Rabbi Jonathan Eibenschütz and his attitude towards Sabbatianism, Jerusalem 1947 (hebr.).
20) Edition David Kahana, Warschau 1897, Nachdruck New York, N.Y. 1955.
21) Rabbi Jacob Emden. The Man and his Thought, Jerusalem 1974 (hebr.).
22) Marwedel (wie Anm. 2), S. 31 f.
23) Vor allem: Grundzüge einer Sozialgeschichte der Aufklärung in Hamburg und Altona, Hamburg 1982.
24) Vgl. zuletzt Joachim Whaley, Religious Toleration and Social Change in Hamburg 1529–1819, Cambridge 1985.
25) Salomon Maimon, Geschichte des eigenen Lebens (1754–1800), Berlin 1935.
26) Vgl. Peter Freimark, Juden auf dem Johanneum, in: 450 Jahre Gelehrtenschule des Johanneums zu Hamburg, Hamburg 1979, S. 123–129; 224–226.
27) Kopitzsch, Grundzüge (wie Anm. 23) S. 581.
28) Marwedel (wie Anm. 2), S. 273–279.
29) Vgl. Irmgard Stein, Jüdische Baudenkmäler in Hamburg, Hamburg 1984, S. 47 ff.
30) Bernd Schedlitz, Leffmann Behrens. Untersuchungen zum Hofjudentum im Zeitalter des Absolutismus, Hildesheim 1984.
31) Vgl. Freimark (wie Anm. 7).
32) Vgl. Peter Freimark, Fidanque versus Bäckerämter. Der Streit zwischen dem portugiesischen Juden Fidanque und den Altonaer Bäcker-Ämtern (1772–1774), in: Gedenkschrift für Bernhard Brilling, Hamburg 1988, S. 136–149.
33) Vgl. hierzu und zum folgenden Jacob Toury, Neue hebräische Veröffentlichungen zur Geschichte der Juden im deutschen Lebenskreise, in: Bulletin des Leo Baeck Instituts 4 (1961), S. 55–73.
34) Brautbriefe, Berlin 1936.
35) Peter Freimark, Sprachverhalten und Assimilation. Die Situation der Juden in Norddeutschland in der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: Saeculum 31 (1980), S. 240–262.

Peter Freimark

D3 Innerhalb des deutschen Judentums hatten die Hamburger Juden ein eigenes Profil

Aus: Volker Plagemann (Hg.): Industriekultur in Hamburg. Des Deutschen Reiches Tor zur Welt. München: Verlag C.H. Beck 1984, S. 214–217, Anmerkungen S. 398.

Der Beginn des 19. Jahrhunderts markiert einen wichtigen Einschnitt in der Geschichte der Juden im Hamburger Raum. Diese Geschichte reicht bis in das späte 16. Jahrhundert zurück, als von der iberischen Halbinsel vertriebene Juden – Sefardim oder „portugiesische" Juden – über die Niederlande in die Handels- und Hafenstadt kamen und hier als Kaufleute, Bankiers und Ärzte tätig waren. Ihr Niederlassungsrecht wurde durch Verträge mit dem Rat geregelt. Allerdings verschlechterten sich die Konditionen gegen Ende des 17. Jahrhunderts, so daß die meisten der Sefardim Hamburg verließen, zurück blieb nur eine kleine Restgemeinde.

Fast gleichzeitig mit den „portugiesischen" waren auch „hochdeutsche" Juden – Aschkenasim – an die Elbe gekommen. Sie ließen sich nicht nur in der Reichsstadt Hamburg, sondern auch in den beiden religiösen Freistätten Altona und Wandsbek nieder. In Altona erhielten sie – nach 1640 von den dänischen Königen – Schutzbriefe (Privilegien), die ihnen u.a. die Erlaubnis einräumten, Handel zu treiben, eine Synagoge einzurichten und einen eigenen Friedhof (Königstraße) zu halten.[1] Ähnlich günstig waren die Privilegien, die den Juden in Wandsbek vom Gutsherrn gewährt wurden. Schlechter war die rechtliche Situation in Hamburg: da das Kaiserliche Judenreglement von 1710 deutlich hinter den genannten Privilegien zurückblieb, zogen viele Juden es vor, Altonaer oder Wandsbeker Schutzjuden zu sein. Beruflich – im Handel und in zunftfreien Berufen – waren aber viele von ihnen in Hamburg tätig, und wohnten auch hier, wo sie schließlich eigene Filialgemeinden gründeten (Altonaer in Hamburg, Wandsbeker in Hamburg), die neben der Hamburger Gemeinde bestanden. Alle aschkenasischen Gemeinden der Region schlossen sich nach 1671 zu einem Gemeindeverband zusammen, an dessen Spitze der in Altona amtierende Rabbiner stand, der auch das dortige Rabbinatsgericht leitete. Die Gemeinden waren Körperschaften mit eigener Selbstverwaltung und Jurisdiktion, die durch Statuten ihre internen Angelegenheiten regelten.[2]

Bevölkerungsmäßig war der Anteil der Juden um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert sowohl in Altona wie auch in Hamburg beträchtlich. In Altona hatten die Juden im Jahre 1780 einen Anteil von fast 10 % und bildeten die größte religiöse Minderheit.[3] In Hamburg erreichten die Juden im Jahre 1811 – dem Jahr der ersten exakten Zählung – einen Anteil von fast 6 %. Die hier lebenden 6300 aschkenasischen Juden, zu denen noch 130 „portugiesische" Juden kamen, bildeten zur damaligen Zeit die größte jüdische Gemeinschaft in Deutschland.[4]

In jene Zeit nun fällt der angesprochene Einschnitt, der sich zunächst einmal auf die äußere Situation der jüdischen Minderheit auswirkte. Die Eingliederung der alten Reichsstadt Hamburg in das französische Kaiserreich hatte unter anderem zur Folge, daß den Juden die vollen bürgerlichen und politischen Rechte zugesprochen wurden. Juden beteiligten sich sofort aktiv an der Verwaltung ihrer Stadt: unter den 30 Mitgliedern des Conseil municipal waren 2 Juden, Moses Isaac Hertz und Jacob Oppenheimer. Von großer Bedeutung für die Gemeinden war, daß durch die Separationsakte vom 26.4.1812 die

ehrwürdige Dreigemeinde Altona–Hamburg–Wandsbek, die ja Juden aus 3 sehr unterschiedlichen obrigkeitlichen Herrschaftssystemen vereinigt hatte, aufgelöst wurde.

Mit dem Ende der Franzosenzeit änderte sich die Situation grundlegend: der Rat setzte nicht nur die alte Verfassung wieder in Kraft, sondern auch die fossilienhaften Bestimmungen des Judenreglements von 1710. Dies bedeutete wiederum die Eingrenzung auf bestimmte berufliche Tätigkeiten, die Juden ausüben durften, sowie die Aufrechterhaltung des Verbots auf Erwerb von Grundbesitz, das aber de facto in vielen Fällen umgangen wurde. Der Dreigemeinde-Verband wurde nicht wiederhergestellt. Die „Deutsch-Israelitische Gemeinde in Hamburg", wie sie sich seit 1821 nannte und in der sich nun (fast) alle aschkenasischen Juden Hamburgs zusammenfanden, trat in der Restaurationsphase mit einer Reihe von Denkschriften und Suppliken an den Rat heran, um die bürgerlichen und politischen Rechte der Juden zu verbessern. In dem nun anbrechenden (publizistischen) Emanzipationskampf vertrat der Jurist und spätere Oberrichter Gabriel Riesser beredt jüdische und liberale Anliegen.[5)] Antijüdische Krawalle in den Jahren 1819, 1830 und 1835 bewiesen, wie schnell sich im Falle sozialer Spannungen der Unmut gegen die Juden als soziale Minderheit richtete und richten ließ.

Erste Erfolge im Kampf um die Emanzipation stellten sich 1842 ein. Nach dem Großen Brand wurden die Beschränkungen hinsichtlich des Erwerbs von Grundeigentum und der Wahl der Wohngegend innerhalb der Stadt aufgehoben. Die Revolution von 1848 brachte den Durchbruch: die in Frankfurt verkündeten „Grundrechte der Deutschen" und insbesondere der Artikel 16 wurden in Hamburg in Kraft gesetzt. Die „Provisorische Verordnung behufs Ausführung des § 16 der Grundrechte des deutschen Volkes in bezug auf die Israeliten" wurde am 21.2.1849 durch Rats- und Bürgerbeschluß rechtsgültig. Juden konnten nun das Bürgerrecht gewinnen und machten von dieser Möglichkeit sogleich regen Gebrauch. Die Hamburger Verfassung von 1860, die u.a. die politischen Rechte auf alle einkommensteuerzahlenden Bürger erweiterte, setzte den Schlußpunkt im Emanzipationskampf. Hierzu gehörte auch, daß alte Rechtsverhältnisse beendet wurden; durch Gesetze wurden 1864 die Deutsch-Israelitische Gemeinde und die kleine portugiesische Gemeinde in Religionsgesellschaften mit freiwilliger Mitgliedschaft umgewandelt, die Armenfürsorge übernahm der Staat, und die jüdische Jurisdiktion in Familien- und Erbangelegenheiten entfiel. – Die Juden in Altona und Wandsbek erhielten durch das von dänischen König Friedrich VII. am 14.7.1863 verkündete „Gesetz betreffend die Verhältnisse der Juden im Herzogtum Holstein" die rechtliche Gleichstellung zugesprochen.

Die Neugestaltung des Verhältnisses zwischen jüdischer Minderheit und Majoritätsgesellschaft bzw. zwischen der Gemeinde und den staatlichen Institutionen war begleitet von innerjüdischen Entwicklungen, die im gleichen Zeitraum vor sich gingen. Innerhalb von 2 Generationen veränderte sich die Binnenstruktur der jüdischen Minorität in entscheidender Weise. Im Zuge der nun voll einsetzenden Assimilations- und Akkulturationsbestrebungen gab man minoritätsbedingte Eigenheiten weitgehend auf und drängte auf Angleichung und sozialen Aufstieg. Dies betraf zunächst einmal die Sprache: man wandte sich vom Jiddischen ab und betonte sowohl in der 1805 gegründeten orthodoxen Talmud Tora-Schule wie in der liberalen Stiftungsschule von 1815 den Wert der hochdeutschen Sprache. Auch in der Kleidung und beim Eintritt in neue attraktive Berufe strebte man an, vermeintlich althergebrachte gruppenspezifische Besonderheiten abzulegen. Diese Modernisierungstendenzen fanden ihren wohl wichtigsten Niederschlag im religiösen Raum. Mit der 1817 vollzogenen Gründung des „Israelitischen Tempelvereins" konstituierte sich eine Gruppe, die in einem einzurichtenden „Tempel" Reformen des herkömmlichen synagogalen Gottesdienstes durchführte. Im Mittelpunkt der Reformen

stand die Einführung einer Predigt in deutscher Sprache und die Benutzung der Orgel im Gottesdienst. Der in Hamburg gegründete Tempelverband gab wichtige Anstöße für das entstehende Reformjudentum in Europa und später auch in Amerika. Nun sah sich auch die Orthodoxie, die heftig gegen die neue Gruppierung polemisiert hatte, genötigt, Neuerungen einzuführen. Mit dem 1821 als Rabbiner nach Hamburg berufenen Isaak Bernays kam ein Mann, der neben seiner Ausbildung auf einer Talmudhochschule auch an einer Universität studiert hatte. Bernays predigte in deutscher Sprache und bereicherte das Curriculum der Talmud Tora-Schule um weltliche Fächer.

Trotz großer Spannungen zwischen den einzelnen Gruppierungen kam es aber zu keiner Spaltung der Gemeinde. Diese blieb zuständig für das Wohlfahrts-, Schul- und Begräbniswesen und die Finanzverwaltung, sie vertrat jüdische Anliegen gegenüber städtischen Behörden. Unter ihrem Dach amtierten die Kultusverbände mit eigener Autonomie: der orthodoxe Synagogenverband mit der Gemeinde-Synagoge (ab 1859 Kohlhöfen, ab 1906 Bornplatz), der liberale Tempel-Verband mit seinen Gotteshäusern (ab 1818 Brunnenstraße, ab 1844 Poolstraße) und seit 1894 die Neue Dammtor-Synagoge (Beneckestraße), die eine gemäßigt konservative Richtung vertrat. Neben diesen Synagogen und kleineren Bethäusern gab es ein breit gefächertes jüdisches Vereins- und Stiftungswesen, das vor allem karitative und kulturelle Zielsetzungen verfolgte. Darüber hinaus waren viele Juden Mitglieder allgemeiner kultureller und politischer Vereine und Parteien, nicht wenige von ihnen bestätigten sich als Mäzene von Kultur und Wissenschaft in der Stadtrepublik. Die große Mehrzahl der Juden beteiligte sich rege am kommunalen und gemeindlichen Leben und fühlte sich ihrer Heimatstadt tief verbunden. Der liberalen Grundströmung der prosperierenden Hafen- und Handelsstadt entsprach ein blühendes Gemeindeleben, das – anders als in Altona, wo die Orthodoxie eigentlich immer dominierte – alle Lager umspannte und in seinen Gremien Vertreter unterschiedlichster Meinungen vereinigte.

Zu jener Zeit – in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts – vollzogen sich in demopraphischer und wirtschaftlicher Hinsicht wichtige Veränderungen, die für die Situation der Juden in Hamburg bis in die Zeit der Weimarer Republik kennzeichnend bleiben sollten. Diese Veränderungen sind nur vor dem Hintergrund der allgemeinen Stadtentwicklung richtig einzuschätzen. Angesichts der rapide ansteigenden Bevölkerung Hamburgs, die ihre Ursache neben der Zuwanderung auch in Gebietserweiterungen hatte, sank der Anteil der Juden kontinuierlich ab. 1871 machten die Juden noch 4,1 % der Gesamtbevölkerung aus, 1910 nur noch 1,9 %, in absoluten Zahlen für dieses Jahr 18 392 bei einer Gesamtbevölkerung von etwas über 1 000 000.[6] Längst hatte die Hauptstadt des neuen Kaiserreichs Berlin mehr Juden als Hamburg, auch Breslau und Frankfurt a.M. zogen an Hamburg vorbei. Nach dem Fallen der Torsperre 1860 verließen die Juden zunehmend ihre alten Wohngebiete zwischen Zeughausmarkt und Ellerntorsbrücke in der Neustadt. Zurück blieben ärmere Schichten, etwa Kleinhändler, kaufmännische Angestellte und Arbeiter. Die wohlhabenderen Juden – aber nicht nur sie – zogen in die neuen Stadtviertel Rotherbaum, Harvestehude, Eppendorf und Eimsbüttel. Im Jahre 1900 lebten dort bereits 49,3 %, 1925 69,7 % der hamburgischen Juden, die sich in ihren Lebensgewohnheiten weitgehend an die Gesamtgesellschaft assimiliert, d.h. verbürgerlicht hatten.[7]

Beruflich konzentrierten sich die Juden im Handel (1895 = 55,5 %) und in der Industrie (1895 = 17,2 %), hier vor allem im Bekleidungsgewerbe. 7,5 % waren als Rechtsanwälte, Ärzte, Journalisten und Lehrer tätig.[8] Damit wich die berufliche Gliederung nicht von den Werten ab, die für andere deutsche Städte in jener Zeit vorliegen. Überaus breit war das berufliche und soziale Spektrum; neben dem Bankier Salomon Heine, einem Wohltäter dieser Stadt, und dem Generaldirektor der Hapag Albert Ballin gab es jüdische

Mitglieder der Bürgerschaft und Reichstagsabgeordente wie Isaac Wolffson und Anton Rée, aber auch Rabbiner, Kaufleute, Handlungsgehilfen, Handwerker und Rentiers.

Erste Schatten auf den langjährigen Integrationsprozeß, der aus Juden in Hamburg Hamburger Juden gemacht hatte, warf die in den siebziger Jahren in Berlin entstehende antisemitische Bewegung. Sie hatte zunächst kaum Auswirkungen in Hamburg. Erst in den achtziger Jahren setzte sich der politisch organisierte Antisemitismus stärker durch. In Flugblättern und auf Versammlungen wurde gegen Juden gehetzt. Der Berliner Hofprediger Adolf Stoecker durfte in Hamburg allerdings nicht auftreten. Darauf hielt er seine Versammlungen in den preußischen Städten Altona und Wandsbek ab. Vor allem durch den 1893 in Hamburg gegründeten „Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband" wurden völkische und antisemitische Parolen laut. „Juden und nachweislich von Juden abstammende Personen" waren nach § 2 des Programms des DHV von der Mitgliedschaft ausgeschlossen.[9] Widerstand gegen den Antisemitismus leistete vor allem der „Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens", der eine Ortsgruppe auch in Hamburg unterhielt. Aber auch die kleine Gruppe der Zionisten setzte sich entscheidend zur Wehr. Ihr gelang es in Zusammenarbeit mit dem Synagogenverband übrigens auch, den 9. Zionisten-Kongreß 1909 in Hamburg durchzuführen, den einzigen Kongreß, der auf deutschem Boden stattfand.

Die Geschichte der Juden in Hamburg vom ausgehenden 18. bis zum beginnenden 20. Jahrhundert ist die Geschichte einer religiösen Minderheit, die sich – unterbrochen von Phasen des Rückschlags – kontinuierlich in die Gesamtgesellschaft integrierte, einen erstaunlichen sozialen Aufstieg vollbrachte und maßgeblich zum politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Erscheinungsbild dieser Stadt beitrug. Innerhalb des deutschen Judentums hatten die Hamburger Juden ein eigenes unverwechselbares Profil. Als selbstbewußte Bürger einer weltoffenen Hafen- und Handelsstadt mehrten sie Hamburgs Nutzen und Ansehen im Reich und in der Welt.

Anmerkungen

[1] Günter Marwedel: Die Privilegien der Juden in Altona. Hamburg 1976.
[2] Heinz Mosche Graupe: Die Statuten der drei Gemeinden Altona, Hamburg und Wandsbek, 2 Bde., Hamburg 1973.
[3] Franklin Kopitzsch: Grundzüge einer Sozialgeschichte der Aufklärung. Hamburg 1982, Teil 1, S. 233.
[4] Helga Krohn: Die Juden in Hamburg 1800–1850. Ihre soziale, kulturelle und politische Entwicklung während der Emanzipationszeit. Frankfurt a.M. 1967, S. 9.
[5] Mosche Zimmermann: Hamburgischer Patriotismus und deutscher Nationalismus. Die Emanzipation der Juden in Hamburg 1830–1865. Hamburg 1979.
[6] Helga Krohn: Die Juden in Hamburg. Die politische, soziale und kukturelle Entwicklung einer jüdischen Großstadtgemeinde nach der Emanzipation 1848–1918. Hamburg 1974, S. 65f.
[7] Krohn 1974, S. 82.
[8] Krohn 1974, S. 71ff.
[9] Iris Hamel: Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft. Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband 1893–1933. Frankfurt a.M. 1967, S. 53.

Baruch Z. Ophir

D4 Zur Geschichte der Hamburger Juden 1919–1939*

Aus: Peter Freimark (Hg.): Juden in Preußen – Juden in Hamburg. 2. Aufl. Hamburg: Hans Christians Verlag 1985 (= Hamburger Beiträge zur Geschichte der deutschen Juden, 10), S. 81–97.

Zu Beginn dieser Ausführungen stellt sich die Frage: Besteht die Möglichkeit, im 20. Jahrhundert von einer Besonderheit der Juden in einer bestimmten Großstadt im Unterschied zu Juden einer anderen Großstadt Deutschlands zu sprechen? Dies ist schon deshalb zu bejahen, weil Hamburg nicht nur Kommune, sondern zugleich Staat ist und sich die Geschichte Hamburgs aus diesem Grunde von der Geschichte anderer Großstädte Deutschlands abhebt und deshalb die Geschichte der Juden Hamburgs die Geschichte der Juden eines republikanischen Stadtstaates ist. Hinzu kommt: Die Juden waren in Hamburg im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts dem gesellschaftlich-staatlichen Sozialgefüge in besonderer Weise zugeordnet. Die Charakteristika des Hamburger Hanseatentums blieben auf das Leben der Juden Hamburgs nicht ohne Einfluß. Der Hamburger Staat war 1919 in seiner demokratisch-republikanischen Entwicklung den anderen deutschen Staatsgebilden um vieles voraus, d.h. schon um diese Zeit konnte die Freie und Hansestadt Hamburg auf eine republikanisch-weltoffene Tradition zurückblicken, die als Vorbild auch ihren Juden diente und deren Gemeinschaftsdenken formte. Aus dieser Sicht ist es nicht überraschend, daß die Juden Hamburgs ihre Deutsch-Israelitische Gemeinde Hamburg (DIGH) in Anlehnung an das Muster der Stadtrepublik Hamburg strukturierte und damit selbst in einer Art kleinen Republik lebten.

Die Umorganisierung der DIGH von 1867 wird hier zumindest in allgemeinen Abrissen als bekannt vorausgesetzt. In Hamburg gab es keine Kultusgemeinde mehr wie in den übrigen deutschen Staaten. Die Trennung von Staat und Kirche, um sich eines allgemeinen Begriffes zu bedienen, wurde in der jüdischen Gemeindegeschichte innerhalb eines jüdischen Gemeinwesens zum ersten Male vollzogen. Dies nannte man das „Hamburger System". Für einen Juden in Hamburg war es zur Zeit der Weimarer Republik eine Selbstverständlichkeit, daß die Regelung aller rituellen Angelegenheiten (mit Ausnahme des Begräbniswesens) in den Händen von Kultus- oder Synagogenverbänden lag. Die Gesamtgemeinde hingegen erfüllte Aufgaben, die zumeist sozialer, ökonomischer und kultureller Art waren; dazu gehörten: Steuerwesen, Wohlfahrtswesen, Krankenhaus, Friedhöfe, Stiftungen, Schulen, Jugendfürsorge usw. Dieses sich ausdifferenzierende System ermöglichte Orthodoxen, Liberalen und auch Areligiösen in einer Einheitsgemeinde zusammen zu leben und zu wirken. In gewissem Sinne könnte man hier von einer Volksgemeinde sprechen. Nicht zufällig prägte deshalb gerade in Hamburg der Geist der gegenseitigen Toleranz das allgemeine Verhalten der Juden.

Auch die Gemeindeverwaltung war ein typisches Abbild der Staatsverwaltung, ihrer Gremien und deren Befugnisse: der Vorstand, das Repräsentanten-Kollegium, die Zusammensetzung der diversen Kommissionen übernahmen Strukturformen der staatlichen Verwaltung und staatlicher Repräsentationsformen. Besonders kennzeichnend ist die Affinität in der Verfahrensweise jüdischer Gemeindeverwaltung und in der Organisation ihrer Finanzverwaltung. Beispielsweise waren die Sitzungen des Repräsentanten-Kollegiums ebenso öffentlich wie die der Bürgerschaft. Man könnte sogar überzeichnend sagen, die Mitglieder des Repräsentanten-Kollegiums fühlten sich wie auch die Mitglie-

der der Hamburger Bürgerschaft als Abgeordnete ihrer Wähler. Nach meinem persönlichen Eindruck unterschieden sich die Debatten im Repräsentanten-Kollegium und in der Bürgerschaft natürlich in den Gegenständen, nicht aber in der Art und Weise der öffentlichen Auseinandersetzung.

Die Deutsch-Israelitische Gemeinde Hamburg war keine Zwangsgemeinde. Zwar wurde man in sie hineingeboren, man konnte sie jedoch durch eine förmliche Austrittserklärung verlassen. Wer nach Hamburg zuzog, mußte seinen Willen kundtun, der Gemeinde beizutreten. Allerdings konnte nicht jeder aufgenommen werden: Man mußte nach jüdischem Religionsgesetz Jude sein und durfte außerdem als Jüdin nicht eine Ehe mit einem Nichtjuden eingehen. Meinungsverschiedenheiten darüber zwischen den orthodoxen und den liberalen Rabbinern wurden von der Gemeindeverwaltung nach Möglichkeit nicht berücksichtigt. So genügte es ihr beispielsweise, daß eine Christin von einem liberalen Rabbiner in das Judentum aufgenommen wurde, um Mitglied der Gemeinde zu werden. Die Zustimmung des orthodoxen Rabbiners war hierfür nicht erforderlich.

Parallel zu den Entwicklungen der Weimarer Republik verlief, wenn auch etwas zögerlich, die Demokratisierung der Deutsch-Israelitischen Gemeinde Hamburg. Die alteingesessenen jüdischen Familien und vor allem die Orthodoxen verweigerten ihre Zustimmung. Für diese Kreise bedeutete das allgemeine passive Wahlrecht, insbesondere der Frauen, in erster Linie eine Verletzung der jüdischen Traditionen. Auch das Wahlalter konnte erst nach längeren Diskussionen von 25 Jahren auf 21 Jahre herabgesetzt werden (1929). In diesem Prozeß allgemeiner Demokratisierung behielten die Liberalen und die Zionisten – im übrigen durchaus entgegengesetzte Gruppierungen – schließlich die Oberhand. Erst Anfang der 30er Jahre, mit Einführung des passiven Frauenwahlrechtes, entsprach das jüdische Gemeindewahlrecht staatlichem Recht.

Die von der Freien und Hansestadt entwickelte, gespaltete und vollzogene Politik der Demokraten (DDP und DVP) und vor allem der Sozialdemokraten (SPD) schuf insgesamt ein politisches Klima sozialpolitischer Aktivität, dem sich Repräsentanten-Kollegium und Vorstand der Gemeinde nicht entziehen wollte. Das äußerte sich in besonderer Weise seit Beginn der 20er Jahre in einer aktiven Schulpolitik der Gemeinde, welche der des staatlichen Schulbereiches nicht nachstand und dadurch zu vielfältigen Verflechtungen führte. Es ist das große Verdienst des neuen Direktors der Talmud Tora-Realschule (TTR), Joseph Carlebach, ab 1921 die pädgogischen Reformen vorgenommen zu haben. Carlebach gelang es mit staatlicher Hilfe, praktische Reformen durchzusetzen, so wurden die Lehrergehälter auf die Höhe der staatlich angestellten Lehrer festgesetzt. Der Staat verpflichtete sich, die hierfür benötigten Zuschüsse für das Schulbudget zu zahlen; in gleicher Weise sicherte der Staat die Pensionszahlungen an Lehrer. Damit war für die Lehrkräfte der jüdischen Schulen eine weitgehende Gleichstellung mit Lehrern staatlicher Schulen erreicht worden. Diese veränderte Besoldungs- und Versorgungslage ermöglichte es, ältere Lehrer ohne finanzielle Nachteile zu pensionieren und damit jüngere Kräfte anzuziehen, denen eine angemessenere Vergütung gezahlt werden konnte als anderenorts. Dies erlaubte im allgemeinen eine fachliche Auslese der sich um die vakanten Lehrerstellen bewerbenden Kandidaten. Aus diesem Grunde waren die eingeleiteten finanziellen Reformen von großer Bedeutung für die pädagogische Leistungskraft der jüdischen Schulen. Es stellt das besondere Verdienst des Oberschulrats Dr. Wilhelm Oberdörffer dar, diesen geschilderten Zusammenhängen sehr aufgeschlossen gegenübergestanden zu haben, das jüdische Schulwesen mit Nachdruck gefördert und die finanzielle Grundlage der Schulen auch während der NS-Zeit nach Möglichkeit aufrechterhalten zu haben.

Die von Joseph Carlebach an der TTR begonnen Reformen wurden unter seinem Nachfolger, Arthur Spier, fortgesetzt. Es gelang, von den staatlichen Behörden die Befugnis zu erhalten, die TTR zu einer Oberrealschule auszubauen. Damit bestand erstmals in Hamburg die Möglichkeit, daß eine jüdische Schule mit staatlicher Prüfungsberechtigung ihren Schülern die Hochschulreife zuerkennen konnte (1932). Diese Entwicklung hatte für das kulturelle Selbstverständnis der Juden erhebliche Bedeutung, sie bestätigte im übrigen die These der fachlich-pädagogischen Gleichwertigkeit des staatlichen und des jüdischen Schulwesens. Auch bei den Mädchenschulen trat ein Wandel ein. Er war vor allem geprägt durch den Direktor der Israelitischen Töchterschule in der Karolinenstraße, Alberto Jonas. Die Israelitische Töchterschule, hervorgegangen aus der Vereinigung zweier jüdischer Armenschulen, wurde vor allem von Mädchen der unteren Mittelschicht und der Unterschicht besucht. Im Zuge der geschilderten fachlich-pädagogischen Reformen gelang es der Israelitischen Töchterschule ab 1926 einen 6jährigen „Höheren Zug" einzurichten und mit Einführung der mittleren Reife das Unterrichtsniveau deutlich zu heben. Dies war eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß 1930 die staatliche Anerkennung der Schule als eine Mädchenrealschule erreicht werden konnte und es somit auch den Mädchen der unteren Mittelschicht ermöglicht wurde, den begehrten Schulabschluß der mittleren Reife zu vermitteln. Dies war seinerseits für die innerjüdische Entwicklung der Gemeinde von nicht geringer Bedeutung, weil die auch in der Gemeinde am Beginn der 20er Jahre bestehenden sozialspezifischen Schichten im schulischen Bereich durchlässiger wurden. Die Stellung der Israelitischen Töchterschule – ab 1930 umbenannt in Mädchenschule der Deutsch-Israelitischen Gemeinde (Volks- und Realschule) – entwickelte sich in einer Weise, daß die zunächst vorhandenen beiden höheren Mädchenschulen, nämlich das orthodoxe Mädchenlyzeum in der Bieberstraße und das liberale Lyzeum, die sog. Loewenburg-Schule, in der Johnsallee 1931 in der Mädchenschule in der Karolinenstraße aufgingen. Trotz dieses Zuwachses an Schülerinnen vermochte jedoch nicht erreicht zu werden, der Mädchenschule in der Karolinenstraße eine Oberstufe anzugliedern, um dadurch die staatliche Prüfungsberechtigung mit dem Ziel der Zuerkennung der Hochschulreife zu erlangen. Dieser Weg eröffnete sich ernst nach 1933, als in der Oberstufe der Talmud Tora-Schule die Koedukation eingeführt wurde. Im Jahre 1934 legten erstmals vier Schülerinnen der Karolinenstraße in der TTS (zuvor TTR) die Reifeprüfung ab. Die inneren Gründe für diese Entscheidung lagen allerdings weniger in einer veränderten jüdischen Sozialpoltik, sondern vielmehr in den Auswirkungen, die sich aus der Machtübernahme der Nationalsozialisten für jüdische Schüler im staatlichen Schulwesen ergaben. Diese mußten endgültig ab 1938 die staatlichen Schulen verlassen. Der daraus resultierende erhebliche Zuwachs an Schülern bedingte eine bedeutende Erweiterung des Lehrerkollegium, so daß es sich insoweit glücklich fügte, daß man bereits 1933 der Talmud Tora-Schule ein Lehrerseminar angegliedert hatte.

Neben die sich aus den Formen und Inhalten des überkommenen Schulwesens lösenden pädagogischen Einsichten trat für die Jugend ein weiteres Element innerjüdischer Veränderung. Auch in diesem Falle waren es vor allem Einflüsse aus dem nichtjüdischen gesellschaftlichen Leben. Es handelt sich um Ansätze und Entwicklungen zu einer spezifisch jüdischen Jugendbewegung innerhalb der Hamburger Gemeinde, welche – der allgemeinen deutschen Jugendbewegung ähnlich – sich kurz vor dem Ersten Weltkrieg und während des Krieges auszuformen begann. Als erste ist die Gruppierung Blau-Weiß zu nennen, die kurz nach dem Kriege in Hamburg einen bedeutsamen Einfluß auf die zionistische Jugendbewegung – diese zum Teil erst begründend – gewinnen konnte. Die nähere Geschichte dieser Gruppierung ist bislang noch nicht in zufriedenstellender Weise

aufgeklärt; man darf aber wohl annehmen, daß etwa um die Mitte der 20er Jahre verstärkt konkurrierende zionistische Gruppierungen auftraten und an Einfluß gewinnen konnten. Dabei spielten in Hamburg ohne Frage auch allgemeinpolitische Einflüsse, also Auffassungen eher konservativer oder eher sozialistischer Politik, eine erhebliche Rolle. Verkürzend lassen sich etwa drei Richtungen der jüdischen Jugendbewegung in Hamburg kennzeichnen. Zum einen gab es, wie erwähnt, eine zionistische, teilweise zionistisch-sozialistische Jugendbewegung (Blau-Weiß, J.J.W.B.), der es gelang, in Verbindung mit dem deutschen Hechaluz eine Art politischer Avantgarde zu bilden. Zum anderen bestand eine orthodox-religiöse Richtung, die sich nochmals in einen zionistischen Teil (Zeïre Misrachi) und einen nicht-zionistischen Teil (Esra und Jugendgruppe der Agudas Jisroel) untergliederte. Des weiteren bestand im Spektrum der liberalen und in erklärt antizionistischen Kreisen eine Jugendbewegung, die sich 1925 zusammen mit eher Konservativen als eine Hamburger Ortsgruppe der Deutsch-Jüdischen Jugend (DJJ) organisierte. Die DJJ war in Hamburg zahlenmäßig etwa so stark wie die anderen genannten Gruppen zusammengenommen. Allerdings ist man in diesem Bereich auf vorsichtige Schätzungen verwiesen, weil sowohl die Jugendgruppen nur über bürokratisch schwach entwickelte Organisationsformen verfügten als auch die Fluktuation in dieser Zeit der Neuorientierung erheblich war.

Immerhin erscheint es als bemerkenswert, daß die zionistischen Jugendgruppen innerhalb der jüdischen Jugend Hamburgs einen erheblich höheren Einfluß gewinnen konnten, als dies den allgemeinen Verhältnissen in der DIGH selbst entsprach. Die gesellschaftliche Ausrichtung der Deutsch-Jüdischen Jugend kann man als weitgehend bürgerlich kennzeichnen mit engen Verbindungen zum Central-Verein (CV). Verallgemeinernd läßt sich sagen, daß in der DJJ eine jugendpädagogische Ausrichtung bestand, welche den von dem CV getragenen Auffassungen sehr nahe stand. Dies erklärt es auch, daß die DJJ in einem Zeitpunkt, in dem ein gesellschaftlich wirkender Antisemitismus verstärkt wirksam zu werden begann, für die jüdische bürgerliche Jugend eine Art Zufluchtfunktion übernahm. Damit ist gemeint, daß an die DJJ Aufgaben herangetragen wurden, welche im außerjüdischen Bereich sich in einem vielgestaltigen Vereinsleben niedergeschlagen hatten. Beispielsweise wurde der Deutsch-Jüdischen Jugend ein eigener Turnverein angegliedert, um damit dem in nichtjüdischen Sportvereinen teilweise entstehenden informellen antisemitischen Druck ausweichen zu können. Dies hatte natürlich keine Bedeutung für jenen Teil der Jugend, der von vornherein und erklärtermaßen an jüdisch-traditionelle Lebensformen gebunden war oder der sich zu einer zionistischen Grundauffassung bekannte. Der damals sehr aktive und schon aus den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg in Hamburg bestehende Turn- und Sportverein Bar-Kochba kam wegen seiner nationaljüdischen Tendenz für diese Sportler als Auffangbecken kaum in Frage. Beides betraf west- und ostjüdische Kreise gleichermaßen.

Es entspricht dem eingangs angeführten Grundgedanken wechselseitiger Toleranz in Hamburg, daß es 1928 zu der Gründung eines Jugendheimes der Deutsch-Israelitischen Gemeinde kam (Johnsallee 54), welches allen jüdischen Jugendgruppen offenstand. Dieses Zusammenführen der Jugend besaß für das jüdische Gemeindeleben nicht nur in der jüngeren Generation Vorbildcharakter. Es bestand ohne Zweifel ein tolerantes Nebeneinander von divergierenden Weltanschauungen unter Juden. Man lernte verstehen, daß verschiedenste jüdische Lebensauffassungen nach ihrer Existenzberechtigung suchten.

Mitte der 20er Jahre bestand die Deutsch-Israelitische Gemeinde Hamburgs aus etwa 9500 steuerzahlenden Mitgliedern, 1932 betrug die Zahl etwa 10 000. Hiervon betrachtete sich ungefähr ein Viertel als einem der Kulturverbände zugehörig, da man ja, wie bereits erwähnt, bei dem „Hamburger System" als Gemeindemitglied nicht zwangsläufig auch

einem der Kultusverbände angehörte. Deren gab es drei, nämlich den orthodoxen Deutsch-Israelitischen Synagogen-Verband mit etwa 1350 Mitgliedern (1932), den liberalen Israelitischen Tempelverband mit etwa 800 (1932) und die Neue Dammtor-Synagoge mit etwa 360 Mitgliedern (1932).[1] Die Neue Dammtor-Synagoge vermochte unter der geistigen Führung von Rabbiner Paul Holzer im Jahre 1924 vom Gemeinde-Vorstand ihre Anerkennung als dritter Kultusverband zu erreichen. Ihr Gebetsritus läßt sich als konservativ-traditionell kennzeichnen. Bis zu ihrer gemeindlichen Anerkennung hatte zwischen ihr und dem Tempelverband in dem jeweiligen Oberrabbiner der Tempel-Synagoge eine Personalunion bestanden. Nunmehr verstand sich die Neue Dammtor-Synagoge als Mittlerin zwischen dem orthodoxen Synagogenverband und den liberalen Auffassungen des Tempelverbandes. Der Tempelverband gewann von 1927–1938 in Bruno Italiener eine markante, vielfach interessierte Persönlichkeit zum Oberrabbiner, in dessen Amtszeit ein allmählicher Aufschwung kultureller und religiöser Aktivitäten zu verzeichnen ist. Zuvor galt der Kultusverband als eine der letzten Stationen vor der vollkommenen Assimilation an die nicht-jüdische Umwelt. Von daher rührt auch die Bedeutung, welche gerade diesem Verband in Hinblick auf die jüdische Erziehung der an der Peripherie stehenden Juden zuzusprechen ist. Als ein äußerer, sinnfälliger Ausdruck der Bemühungen Bruno Italieners mag das neue und schöne Gebäude der Tempel-Synagoge in der Oberstraße gelten, das im Jahre 1931 eingeweiht wurde.

Wenn zunächst von den innerjüdischen Verhältnissen, von den zentripetalen Kräften innerhalb der Hamburger Juden die Rede war, so gilt nunmehr das Augenmerk den zentrifugalen Kräften, welche sich dem Randbereich der Assimilation näherten. Kennzeichnend hierfür ist insbesondere die steigende Zahl von Eheschließungen zwischen Juden und Nichtjuden. Die folgenden Zahlen geben hierfür eine nachweisbare Grundlage.

Im Vergleich zu der Zeit vor 1919 ergibt sich aus dieser Heiratsstatistik ein zunehmender Assimilierungsprozeß jedenfalls der jüngeren Mitglieder des jüdischen Gemeinwe-

Eheschließungen zwischen Juden und Nichtjuden[2]

Jahr	Gesamt-ehen unter Beteiligung eines Juden	Jüdische Ehen	Mischehen			Mischehen in Prozent
			Männer	Frauen	Zusammen	
1919–1924						24,50
1925	215	120	56	39	95	44,19
1926	164	86	38	40	78	47,56
1927	182	98	55	29	84	46,15
1928	179	89	58	32	90	50,28
1929	151	71	52	28	80	52,98
1930	190	89	63	38	101	53,16
1931	153	67	51	35	86	56,21
1932	150	75	46	29	75	50,00
1933	163	70	67	26	93	57,06
1934	128	77	29	12	41	32,03

sens seit Mitte der 20er Jahre. Allerdings ist zu bedenken, daß die angeführten absoluten Zahlen der Eheschließungen im Vergleich zur Gesamtzahl der bestehenden jüdischen Familien gering waren. Die sich in der Statistik abzeichnende Tendenz brach 1933 ab. Hätte sie sich fortgesetzt, so wäre dadurch der Bestand der jüdischen Gemeinde ernsthaft gefährdet worden. Denn diese aufgezeigte Tendenz kann über einen längeren Zeitraum keineswegs als von nur linearer Bedeutung interpretiert werden. Der quantitativen Zunahme von Mischehen mußte zwangsläufig eine Minderung der Zahl rein jüdischer Kinder und damit eine verminderte Möglichkeit, rein jüdische Ehen einzugehen, entsprechen. Verallgemeinernd läßt sich vielleicht für den Zeitraum von knapp zehn Jahren sagen, daß in Hamburg zumindest bei etwa einem Viertel der heiratswilligen jüdischen Juden die Neigung bestand, durch Eheschließung mit Nichtjuden sich der kulturellen jüdischen Identität der Gemeinde zu entziehen und damit die gesellschaftliche Assimilation zu vollziehen. Gegen die Aussagekraft der angeführten Statistik sind gleichwohl in mehrfacher Hinsicht Bedenken zu erheben. Zum einen wäre näher zu untersuchen, welchen Einfluß es auf das jüdische Gemeindeleben hatte, daß in deutlicher Weise eher Männer als Frauen sich zu einer Mischehe entschlossen. Zum anderen differenziert die Statistik nicht zwischen alteingesessenen Hamburger Juden und den in Hamburg lebenden Ostjuden, deren stärkere religiöse Bindungen zumeist eine interkonfessionelle Heirat nicht zuließen. Die sich verstärkende Gefahr der Assimilation löste – ein durchaus bekanntes sozialpsychologisches Phänomen – andererseits ein deutliches jüdisches Selbstbewußtsein auch unter den religiös-liberalen Juden aus,[3)] die sich zunehmend in die Defensive durch die jüdische Orthodoxie oder die sich aufgebende Assimilation gedrängt sahen. Vor diesem Hintergrund ist die Bedeutung etwa der zionistischen Jugendbewegung verständlich.

Von erheblichem Interesse für die außerjüdische Beurteilung ist die soziale Zuordnung der nicht-jüdischen Ehepartner. Mögen auch die Motive im einzelnen individuell sein und vielfach undeutlich bleiben, so erlaubt doch die zu beobachtende soziale Schichtung und politische Zuordnung der nicht-jüdischen Ehepartner eine allgemeine Aussage. Es handelte sich zumeist um Ehepartner, die sich politisch von der Mitte bis nach links orientierten und nur in seltenen Fällen den oberen Mittelschichten angehörten. Soweit sich das Bürgertum nach rechts orientierte, betraf dies häufig auch sein Verhalten zum konfessionellen Glauben. Es war traditionellerweise mit den Kirchengemeinden eng verbunden. Eine Heirat außerhalb dieses so gekennzeichneten Bereiches, insbesondere mit einem Mitglied der jüdischen Gemeinde, schien die Gefahr zu begründen, aus dieser kirchlichen Gemeinschaft auszuscheiden, ohne gleichzeitig in eine andere, hier also die jüdische Gemeinschaft, einzutreten. Derartige konfessionelle Bindungen waren in den Arbeiterkreisen weniger ausgeprägt.

Eine erhebliche Rolle für das außer- und innerjüdische Verständnis dürfte hierbei der in bewußt protestantischen Bürgerfamilien nicht eben selten anzutreffende Antisemitismus gespielt haben. Diese Situation wiederum hatte zur Folge, daß mancher religiös-indifferente Jude zu einem „Trotzjuden" wurde und auf diese Weise seinen Weg zum postemanzipatorischen Zionismus finden konnte. Der Zustrom, den unter anderen die Deutsch-Jüdische Jugend erhielt, war sicher auch ein Ergebis des allmählich sich verstärkenden Antisemitismus in Hamburg in der zweiten Hälfte der 20er Jahre. Dieser gesellschaftliche Antisemitismus muß zum Unterschied vom wirtschaftlichen und politischen Antisemitismus, welcher im Hamburg der Weimarer Republik kaum spürbar war, betont werden. Gleichwohl waren die Beziehungen zwischen den Behörden und der DIGH nicht nur als korrekt, sondern als wohlwollend zu bezeichnen. Es ist vor allem das

Verdienst der Hamburger und Altonaer Sozialdemokratie, die Ideale einer konfessionellen Vorurteilslosigkeit den Juden gegenüber gefördert zu haben. Auch in den ersten Jahren nach der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten hatte man in Hamburg das Gefühl und den Beweis, daß man hier mit den jüdischen Bürgern „menschlicher" umging, als in den anderen Teilen und Großstädten Deutschlands.

Vom innerjüdischen Standpunkt aus war ab 1933 das Leben innerhalb der jüdischen Gemeinde eine Fortsetzung des Geschehens in dem Zeitabschnitt 1925–1932. Der von außen kommende Umbruch 1933 verstärkte einerseits frühere Tendenzen und fand damit zugleich Ausdruck in einer kulturellen, religiösen und nationalen Renaissance, wie sie die jüdische Gemeinde zuvor nicht gekannt hatte. Andererseits führte der politische Umbruch zu einer Rückkehr - häufig auch aus äußerer Not – vieler bis dahin indifferenter Juden in das Gemeindeleben, das ihnen ein neues Betätigungsfeld bot.

Es ist hier nicht meine Aufgabe, diese Entwicklung ab 1933 im einzelnen darzustellen. Von Jahr zu Jahr nimmt nun das, was ich als Besonderheit bei Hamburgs Juden aufzuzeigen versuchte, ab. Die innere Auflösung des Gemeindelebens war schon zu Anfang 1937 stark spürbar. Nach der Progromnacht am 9. November 1938 war der Jüdische Religionsverband Hamburg – so die offizielle Bezeichnung seit dem 1. Januar 1938 – nur noch in sehr beschränktem Maße funktions- und aktionsfähig.

Drei Persönlichkeiten waren es, die, jeder sowohl in seiner Art als auch typologisch, Hamburgs Juden in der Weimarer Zeit und in den letzten Jahren bis zum Untergang repräsentierten: Staatsrat Dr. Leo Lippmann, Oberrabbiner Dr. Joseph Carlebach und der Bankier Max M. Warburg. Im Grunde handelt es sich bei ihnen um drei verschiedene Welt- und Lebensanschauungen, insbesondere was ihre Einstellung zu Juden und zum Judentum anbetrifft.

Beginnen wir mit Leo Lippmann. Er gehörte zu den sog. Heimkehrern in das jüdische Leben ab 1933. In der Einleitung zu seiner Autobiographie heißt es:

> *„Er bezeugt selbst, daß er eine echte Kenntnis der jüdischen Geschichte und Überlieferung nicht besaß. Während sein Vater das Hebräische noch beherrschte, waren seine Sprachkenntnisse bereits so gering, daß er die Quellen in der Ursprache nicht mehr lesen konnte".*[4]

Leo Lippmann hat unbestritten in seiner hervorragenden Stellung als Staatsrat Bedeutendes für die Finanzen der Freien und Hansestadt geleistet. Vom jüdischen Standpunkt aus stand er der Gemeinde zunächst fern. Sein verstärktes Interesse, ja sein Engagement entstand erst nach der nationalsozialistischen Machtergreifung und fand Ende 1935 seine auch formelle Anerkennung mit der Wahl Lippmanns in den Vorstand der Gemeinde. Jeder, der die Jahres-Voranschläge für das Budget der Gemeinde auch nur flüchtig durchgeht, stößt auf die grundlegende Reform, die seit 1936 in der Finanzverwaltung der DIGH vorgenommen wurde. Dies war das Werk von Leo Lippmann. Und so lesen wir in der schon erwähnten Einleitung zur Autobiographie:

> *„Niemand konnte in dieser schweren Zeit den Gemeindeetat in so souveräner und überlegener Weise verwalten wie der ehemalige Staatsrat. So wurde Dr. Lippmann, vom Vertrauen der Mitglieder und des Vorstandes getragen, noch im gleichen Jahre zum zweiten Vorsitzenden der Gemeinde gewählt. Er selbst lebte in der Verantwortung für die Gemeinde neu auf."*[5]

Einige Jahre darauf, als Vorsitzender des Jüdischen Religionsverbandes Hamburgs (1939), erwarb er sich – wenngleich aus traurigem Anlaß – als Liquidator der jüdischen Institutionen und Stiftungen, deren reiches Vermögen vom NS-Staat konfisziert wurde,[6] bleibende Anerkennung.

Die zentrale Persönlichkeit im Leben der Juden in Hamburg-Altona war Oberrabbiner Joseph Carlebach, zuerst als Direktor der TTR (1921–26), dann als Oberrabbiner der Hochdeutschen Israeliten-Gemeinde Altona (1926–1936) und wiederum als Oberrabbiner

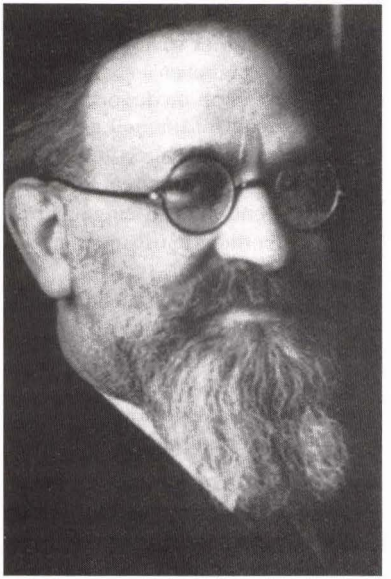
der Deutsch-Israelitischen Gemeinde Hamburg (1936–1941). Er verkörperte die von allen Richtungen verehrte und anerkannte geistige Autorität innerhalb der Gemeinde. Carlebach, ein Lübecker von Geburt, vereinigte in sich das Judentum von Ost und West im weitesten Sinne dieses Wortes. Allgemeine Kultur und jüdisches Wissen wurden in ihm zu einer kunstvollen Synthese, und dabei war er jüdisch-orthodox in seinem Glauben und in seiner Lebensführung. Ich persönlich sehe ihn plastisch vor mir stehend als meinen Lehrer.

Um meinem eigenen Gedächtnis treu zu bleiben, zitiere ich Haim H. Cohn, den Neffen Carlebachs, welcher einen Klassenausflug schildert, wie er von mir in meiner Schülerzeit miterlebt wurde:

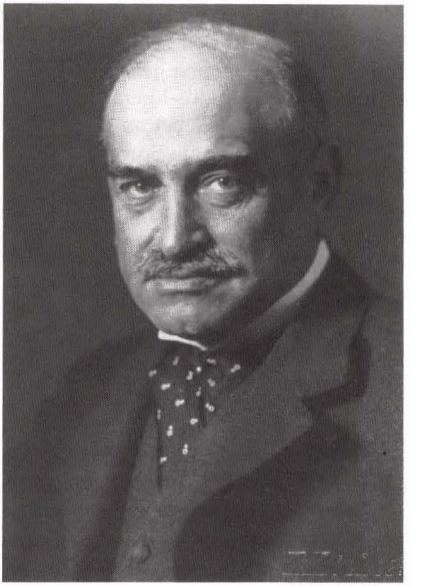
> *„Eine seiner besten Neuerungen waren die Ausflüge. Tagesausflüge in die nähere Umgebung waren auch früher an der Regel gewesen; aber er führte Wochen- und Zweiwochenreisen ein, in entfernte Gegenden, die er der landschaftlichen Schönheit wegen, oder zwecks botanischer oder geologischer Studien, oder zum Besuch von Museen oder historischen Sehenswürdigkeiten aussuchte. Die denkwürdigsten dieser Ausflüge waren die, an denen er selbst teilnahm: ich erinnere mich an eine Rheinfahrt, die uns in zwei Wochen von Köln nach Mainz brachte und in der kein Ort, kein Schloß, kein Wald und kein Berg von Besichtigung und Begeisterung ausgelassen wurde. Jeder Tag begann und schloß mit Schwimmen im Rhein, der würdige Rabbiner mit langem Bart und haarigem Körper voran und Dutzende von Jungens hinter ihm her spritzend und plätschernd – zum sichtlichen Genuß einer stets wachsenden Zuschauermasse, die dergleichen nie gesehen hatte (und wohl nie wieder sehen sollte). Er verbrachte mit den Jungen einen vollen Tag im Kölner Dom, und erklärte ihnen wie ein alter Sachverständiger jedes kleinste Detail an Statuen, Fenstern, Ornamenten, Ritualgeräten und Bildern, und alle Einzelheiten des katholischen Rituals und der Kirchengeschichte..."*[7]

Beide, Oberrabbiner Carlebach und Staatsrat Lippmann, wurden Opfer der Vernichtung während des Holocaust. Leo Lippmann ging in der Nacht vom 10. zum 11. Juni 1943 mit seiner Frau in den Freitod, Joseph Carlebach wurde mit seiner Frau und drei Kindern am 26. März 1942 bei Riga ermordet.

Max M. Warburg repräsentiert in außergewöhnlicher Weise die Synthese eines Juden und eines Hamburger Hanseaten. Im Grunde war er Weltbürger. Die Idee eines Pan-Europa schwebte ihm vor Augen. Max Warburg gehörte gewiß nicht zu jenen jüdisch-deutschen Politikern, die im Rampenlicht und in der Verantwortung der Tagespolitik standen wie etwa Walter Rathenau. Dennoch darf sein Einfluß auf führende Politiker der Weimarer Zeit nicht unterschätzt werden. Es entsprach eher seiner Auffassung, in mittelbarer Weise zu wirken und hierbei seine politischen und wirtschaftspolitischen Auffassungen energisch zu vertreten. Diesem sowohl von Verantwortung als auch von pragmatischer Klugheit bestimmten Vorgehen blieb er auch dann treu, als er sich nach 1933 in den engeren jüdischen Betätigungsbereich zurückziehen mußte und damit einer der Initiatoren bei der Bildung der Reichsvertretung der deutschen Juden wurde. Man beabsichtigte, ihn zum Vorsitzenden dieser Gesamtorganisation der deutschen Juden zu wählen. Aber nach seiner Meinung war er im politischen Leben der Weimarer Republik derart exponiert gewesen, daß er von vornherein bei den Machthabern des NS-Regimes eine persona non grata sein mußte. Obwohl ihm – nach eigenem Bekunden – der ihm angetragene Vorsitz seinem Temperament nach gelegen hätte, lehnte er deshalb die ehrenvolle Wahl ab.[8] Es entsprach indes seinem politischen Naturell, die führenden Persönlichkeiten der zu wählenden Reichsvertretung der deutschen Juden für ihre Aufgaben und Ämter vorzuschlagen. Er selbst übernahm den Vorsitz in der Leitung des Hilfsvereins der deutschen Juden, dem er schon vorher als Vorstandsmitglied angehört



Oberrabiner Dr. Joseph Carlebarch, geb. 1883, ermordet 1942 bei Riga



Max M. Warburg (1867–1946)

hatte. Von dieser Warte aus wirkte er richtunggebend und führend bei der Organisierung der jüdischen Auswanderung aus Deutschland. Auch die Transferaktionen jüdischen Eigentums in das Ausland unterlagen seiner Obhut, sie wurden vornehmlich über das Bankhaus M.M. Warburg & Co. in Hamburg abgewickelt.

Noch in spät fortgeschrittenem Alter – er war damals schon 66 Jahre – unternahm er den ernsten Versuch, sich selber von neuem Rechenschaft über seine „Confessio Judaica" abzugeben. Dies tat er in niedergelegten Gedankenskizzen und in Form schriftlich formulierter Fragen an jüdische Persönlichkeiten wie Martin Buber oder Chaim Weizmann. So etwa:

> *„Die Lehre, die uns durch Moses gegeben, der Monotheismus, die zehn Gebote, darunter die Heilighaltung des Sabbath (wären es nicht mehr als diese Dinge – dajenu,*[9] *aber es ist sehr vieles mehr), ist durchdacht, durchlernt, durchgeglaubt von vielen Millionen Juden, in Jahrtausenden. Sich immer wieder diesen Gottesgeboten zu widmen, ihnen nachzuleben, ist die Pflicht eines jeden Juden...*
>
> *Jede Generation hat die Aufgabe, von neuem die Synthese zu finden in der Vertiefung der Gotteslehre, im Innern des Menschen und der Verwirklichung der Vorschriften im Alltag, den Einklang zu finden zwischen Glauben, Lehre und Leben ... Die Renaissance der Juden kann nur durch die Religion erfolgen. Eine Wiederbewohnung des Heiligen Landes ohne religiösen Weckruf wäre nicht von Dauer. Palästina darf nicht nur eine Zufluchtsstätte für Vertriebene sein, für rassenmäßig Gebundene, sondern soll eine Heimstätte für vom Judentum Begeisterte werden. So müssen wir deutschen Juden das Heilige Land betreten, mit neuem Feuer für unsere alte Lehre, nicht um das Leben an sicherer Stätte zu fristen und möglichst viel zu verdienen ... In Deutschland darf keine Palästinapolitik in einem Sinne betrieben werden, durch den beim deutschen Juden die Verbundenheit mit Deutschland irgendwie gemindert werden könnte, wohl aber können die deutschen Juden, die nicht in Deutschland bleiben wollen und können, für Palästina und andere Länder vorbereitet werden."*[10]

Max Warburg – diese so komplexe Persönlichkeit – war ein Vorbild an intellektueller Aufrichtigkeit. In den schicksalsschweren Jahren ab 1933 besann er sich als bewußter Jude auf seine eigenen geistig-jüdischen Wurzeln. Obwohl im täglichen Lebenswandel ausgesprochen religiös-liberal, verpflichtete ihn seine Treue zur Tradition des orthodoxen Elternhauses, sein Gebet an den Hohen Feiertagen in der streng traditionell geführten Gemeindesynagoge am Bornplatz abzuhalten. Dieser Gesinnung gab er auch im November 1937 Ausdruck, als er in einer Vorstandssitzung der TTR der geplanten Trennung in einen orthodoxen und einen liberalen Religionsunterricht entschieden entgegentrat, indem er ausführte, es sei unter allen Umständen an den überlieferten Prinzipien des thoratreuen Judentums festzuhalten.[11)]

Max Warburg wollte Hamburg niemals endgültig verlassen. Auf einer Auslandsreise mit seiner Frau wurde er wie viele andere von den alarmierenden Ereignissen im November 1938 überrascht. Nach einer etwaigen Rückkehr hätte er eine sofortige Verhaftung zu erwarten gehabt. In New York ist er am 26. Dezember 1946 verstorben.

Mit dem Gedenken an die drei großen Männer der jüdischen Gemeinde Hamburgs möchte ich meine Ausführungen zum Abschluß bringen. In dieser Stunde sei ihr Andenken uns allen zum Segen!

Anmerkungen

*) Für freundliche Hilfe beim Abfassen des Manuskriptes und für sprachliche Glättung bei der Vorbereitung der Druckvorlage danke ich besonders Frau Dr. Ina Lorenz, Hamburg.

1) Statistisches Jahrbuch für die Freie und Hansestadt Hamburg 1932/33, hrsg. v. Statistischen Landesamt, Hamburg 1933, S. 237.

2) Angaben zusammengestellt nach dem Statistischen Jahrbuch (Anm. 1), Hamburg 1926–1935; vgl. ferner Raphael Ernst May, Die Entwicklung der jüdischen Mischehen und ihre Wirkung auf die jüdische Gemeinschaft, in: Gemeindeblatt der Deutsch-Israelitischen Gemeinde zu Hamburg, Jg. 8, Nr. 4 v. 3. Mai 1932, S. 1–3; hier findet sich die angegebene Prozentzahl der Mischehen 1919–1924 in Höhe von 24,5 %.

3) Auf ihr Drängen geschah, daß ein fakultativer jüdischer Religionsunterricht an den Höheren Staatsschulen eingeführt wurde.

4) Mein Leben und meine amtliche Tätigkeit. Erinnerungen und ein Beitrag zur Finanzgeschichte Hamburgs. Aus dem Nachlaß hrsg. v. Werner Jochmann, Hamburg 1964; hier Einleitung S. XXVIII.

5) Ebenda, S. XXXII.

6) Vgl. die Darstellung von Leo Lippmann, Der Jüdische Religionsverband Hamburg im Jahre 1942. Die Liquidation der jüdischen Stiftungen und Vereine in Hamburg. (Manuskr. Inst. f. d. Gesch. d. dtsch. Juden).

7) Joseph Carlebach, Ausgewählte Schriften, Bd. 1, hrsg. v. Miriam Gillis-Carlebach, Hildesheim–New York 1982; siehe hier die Einleitung von Haim H. Cohn, S. 6.

8) Warburg-Archiv Hamburg Max M. Warburg Bd. 53 (1933).

9) „dajenu" = „es wäre uns genug" (Refrain eines Volkslieds in der Pessach-Hagada).

10) Weizmann Institut of Science, Rechovoth, Israel, Akte Max M. Warburg; Schreiben Max M. Warburg am Martin Buber vom 1. Oktober 1933.

11) Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW/T.T.10, Protokoll v. 22.11.1937, S. 4.

Matthias Heyl

D5 Fragmente zum Schicksal der Juden von Hamburg-Wilhelmsburg 1933–1945

Aus: Harburg. Von der Burg zur Industriestadt. Beiträge zur Geschichte Harburgs. Hg. von Jürgen Ellermeyer, Klaus Richter, Dirk Stegmann. Hamburg: Hans Christians Verlag (= Veröffentlichung des Helms-Museums, 52; Veröffentlichungen des Vereins für Hamburgische Geschichte, 33), S. 483–490.

> „Vielleicht ist es trügerisch, die Zeit in die Jahre „davor" und „danach" einzuteilen, wie es die Geschichtsprofessoren tun, wenn sie die Historie, die sie zu beschreiben gedenken, erfinden. Das Leben ist ein anderes."[1)]

Gäbe es den kleinen jüdischen Fiedhof auf dem Schwarzenberg nicht und die kleine, verwitterte, fast unleserliche Gedenktafel an der Eißendorfer Straße/Ecke Knoopstraße, dort, wo die Synagoge stand, und gäbe es all die Aktenvermerke nicht, möchte man meinen, sie hätten nicht existiert, die Juden von Harburg-Wilhelmsburg, und die Verfolgung hätte *hier* nicht stattgefunden. Doch: Auch in Harburg gab es jüdische Mitbürger, die sich in einer – nicht eben großen oder bedeutenden – Gemeinde zusammengeschlossen hatten. Mit ihren 350 Mitgliedern[2)] war die Gemeinde weder von ihrer Größe noch von ihrer religiösen oder kulturellen Ausstrahlung her bedeutend, aber für die Harburger Juden war es *ihre* Gemeinde, die Synagogengemeinde zu Harburg-Wilhelmsburg. Und auch in Harburg gab es für die Juden Ächtung, Verfolgung, Wegnahme von Hab und Gut, allmähliche Verdrängung aus dem öffentlichen und wirtschaftlichen Leben, Vertreibung, Entwürdigungen und eifrige Beamte, die sie zählten, erfaßten und zur Deportation bestimmten.

Das geriet in den Jahren nach Kriegsende immer mehr in Vergessenheit, und im gleichen Maße, wie Harburg im Hinblick auf die Judenverfolgung während der NS-Zeit keine Ausnahme bildete, ist das Vergessen, die Verdrängung, die Amnesie des Verfolgungsgeschehens keine Harburger Besonderheit. Im folgenden soll erinnert werden an die Juden Harburgs, an ihre kleine, einst sehr lebendige, durch die Verfolgung zerstörte Gemeinde, so, wie an die Verfolger, die Täter und Nutznießer der Verfolgung erinnert werden soll.

Diese Darstellung erhebt keinesfalls Anspruch auf Vollständigkeit. Hier werden allein Fragmente der Erinnerung zusammengeführt, Spuren, die die Gemeinde, die einzelne jüdische Mitbürger und ihre Verfolger hinterließen. Das beharrliche Schweigen, das fast vierzig Jahre seinen Mantel des Vergessens über das Verfolgungsgeschehen legte, soll so ein Ende finden. Die Grundlage für diese Arbeit bilden im wesentlichen Dokumente und Schilderungen von Zeitzeugen, die so erstmals in zwei Arbeiten für den Schülerwettbewerb Deutsche Geschichte zusammengeführt wurden.[3)] Eine umfassende Darstellung des Geschehens ist auf der Grundlage dieser Quellen nicht möglich. Das erhellende Gespräch mit denen, über deren Schicksal hier Zeugnis abgelegt werden soll, ist heute kaum mehr zu führen.

„Die Juden sind unser Unglück", hieß eine allgegenwärtige Propagandaformel der Nazis. Bezogen auf diese Parole hatte Harburg 1933, im Jahr der Machtübergabe an die NSDAP, gleich dreihundertfünfzigfaches Unglück, denn 350 Mitglieder zählte die jüdische Ge-

meinde am 1. April jenes Jahres, am Tag des sogenannten „Abwehrboykotts". Damit gehörte sie zu den mittleren Gemeinden Preußens.

Bereits 1862 hatte sie ihre Synagoge in der Eißendorfer Straße erbaut, einen großen, schlichten, etwa kirchhohen Bau, in dem die Gottesdienste abgehalten wurden und der das religiöse wie kulturelle Zentrum der Gemeinde darstellte. Hier unterrichtet der Rabbiner Dr. Alfred Gordon die Jungen, die auf ihre Bar Mitzwah vorbereitet wurden, hier trafen sich die Mitglieder der Gemeinde zum Gebet und zur religiösen Unterweisung, und es wurden hier die Gemeindeversammlungen abgehalten, in denen die Angelegenheiten der Gemeinde geregelt wurden. Im Konferenzsaal der Synagoge trafen sich die Kommissionen und Repräsentanten, stritten und debattierten, und es trafen sich hier die Mitglieder der Beerdigungsbrüderschaft und des Jugendkreises.[4] Zum Schicksal des Gotteshauses später mehr. Der Friedhof der Gemeinde befand sich auf dem Schwarzenberg. Er hat die Zeiten der Verfolgung nahezu unbeschadet überstanden. Die Begräbnishalle, in der die Toten aufgebahrt wurden, fiel jedoch in der Nacht des 10. November 1938 den Flammen zum Opfer.

Die Gemeinde war keinesfalls isoliert; ihre Mitglieder, zum großen Teil kleine bis mittlere Selbständige, nahmen am öffentlichen Leben regen Anteil. Das Möbelhaus Geschwister Stapelfeldt, das Bettenhaus Hirschfeld, Strumpfhaus Apteker, J. Weinthal Herren-Knaben-Arbeitergarderoben, Damen- und Kinderbekleidungshaus Fließ, Modehaus SALA, Wäschehaus Schmerler, Etagenschuh-Haus Blättner, Hahns Manufakturwarenhandlung – das waren für die Harburger vertraute Namen, dort kauften die Arbeiter und Angestellten die Dinge des täglichen Bedarfs. Bei dem Arzt Dr. med. Hirschfeld etwa, einem couragierten Sozialdemokraten, fühlten sich viele Harburger Arbeiter gut aufgehoben. Es war auch einer der ersten von denen, die zu spüren bekamen, wie die Nazis mit den Juden umzugehen gedachten. Als Jude und Sozialdemokrat den Nationalsozialisten doppelt suspekt, mußte er Harburg, Deutschland, bereits zu Beginn des Jahres 1933 verlassen, da er schon vor dem 30. Januar wiederholt Opfer schwerer Übergriffe der Nazis geworden war.[5]

Am 1. April 1933 wurde in Harburg, wie überall im Reich, der sogenannte „Abwehrboykott" gegen Geschäfte jüdischer Besitzer und gegen die Praxen jüdischer Ärzte und Rechtsanwälte durchgeführt. Die „Harburger Anzeigen und Nachrichten" (HAN) stimmten ihre Leser durch propagandistische Ausfälle gegen die Juden auf den Boykott ein. Am 31. März berief die NSDAP Harburg eine Versammlung im Lokal Gambrinus in der Buxtehuder Straße ein, über die die HAN am 1. April ausführlich berichteten. In dem Bericht heißt es u.a.: *„Friseurmeister Heisig, Harburg, streifte bei Erörterung der Dinge auch die Harburger Verhältnisse, wie sie seit den Novembertagen 1918 sich entwickelt haben, wobei insbesondere der Mittelstand arg geschädigt worden sei. Der Kaufmann Lölsack, Harburg, gab ein umfassendes Bild der vom Ausland durch Juden verbreiteten Greuelmärchen; er betonte, die Juden seien Deutschlands Unglück, weil sie international gebunden seien. Die Ostjuden müßten wieder dahin geleitet werden, woher sie gekommen sind. Die deutschen Sozialdemokraten könnten die Lügenmeldungen abdrehen, doch täten sie es nicht. Es gehe um ein freies, völkisches Deutschland. Auch in Harburg werde am Sonnabend der Boykott in disziplinierter Weise als Abwehrmaßnahme gegen die Greuelhetze im Ausland durchgeführt werden..."*

Die Stoßrichtung scheint klar; bei dem durch die Wirtschaftskrise verunsicherten Mittelstand hatte Polemik gegen Sozialdemokraten und jüdische Konkurrenten gute Chancen, zu verfangen. Noch am 30. März 1933 beschloß der Magistrat der Stadt: *„Jüdische Geschäfte, Warenhäuser, Einheitspreisgeschäfte und Konsumvereine, sowie auch jüdische Ärzte und Rechtsanwälte sind künftig von städtischen Lieferungen und Aufträgen auszuschließen".*[6] Die Konkurrenten der jüdischen Gewerbetreibenden mögen sich die Hände gerieben

haben. Die Folgen der Wirtschaftskrise waren noch zu spüren; in einer Industriestadt wie Harburg waren die Kaufleute in besonderem Maße betroffen. Fielen die jüdischen Konkurrenten zumindest im Geschäft mit der Stadt fort, ließ sich deren Anteil bequem an die nichtjüdischen Kaufleute gewinnbringend umverteilen. Auch die jüdischen Gewerbetreibenden hatten natürlich unter der allgemein schlechten wirtschaftlichen Lage zu leiden. Einige konnten ihre Gemeindesteuern nicht mehr entrichten, weshalb die Gemeinde zeitweise schon den Bankrott vor Augen hatte und ihre Ausgaben in beträchtlichem Umfang einschränken mußte.[7)]

57 Geschäfte, Ärzte und Rechtsanwälte wurden boykottiert, nicht immer mit durchschlagendem Erfolg. Die Ehefrau des bereits erwähnten Arztes Dr. med. Hirschfeld erinnert sich: *„Unsere Patienten, das waren meist Sozialisten, und wir hatten die meisten Patienten. Die kamen, und da haben die SA-Leute gesagt: ‚Halt, Sie dürfen nicht rein. Der Doktor ist sowieso nicht da.' Oja, dann gab es immer Krach, die sind trotzdem durchgegangen. Keine Juden-Sozialisten und so. Das war wirklich rührend, wie die immer raufkamen, nur um zu sehen, wo ich sitze und was ich mache".*[5)] Für Frau Hirschfeld war es am Boykott-Tag bereits eine alltägliche Erfahrung, SA-Männer vor der Tür stehen zu haben. Ihre Wohnung wurde stets bewacht, um ihren längst geflüchteten Mann im Falle seiner Rückkehr festnehmen zu können.[5)]

Die HAN berichteten in ihrer Ausgabe vom 1. April 1933 auch über den Boykottverlauf. Dort heißt es: *„In den Hauptstraßen von Harburg sah man heute vormittag überall große Menschenmengen. Die Maßnahmen der Nationalsozialisten begannen mit dem Glockenschlag 10 Uhr. Eine Fahrkolonne mit Schildern, die auf den Boykott hinwiesen, durchfuhr mit Hakenkreuzfahnen die Stadt. Gleichzeitig setzten sich von der Bergstraße aus große Abteilungen der SS und SA in Bewegung. Bald standen vor allen jüdischen Geschäften die Posten, die darauf aufmerksam machten, daß der Inhaber des Geschäfts ein Jude sei. Mehrere jüdische Geschäfte hatten überhaupt geschlossen".* Weiter wird berichtet, daß der Menschenandrang schließlich polizeiliches Eingreifen erforderlich gemacht habe, die Zugangsstraßen zur Lüneburger und Wilstorfer Straße seien abgeriegelt worden. Einen Tag lang waren die heute so geschäftig vergessenen Juden Harburgs Mittelpunkt des Interesses.

Die wirtschaftliche Ausschaltung der Juden aufgrund des Magistratsbeschlusses vom 30. März wurde in der Folgezeit vorangetrieben. Einige derer, die sich unversehens von städtischen Aufträgen ausgeschlossen sahen, legten Widerspruch ein. So bemühten sich etwa die Kaufleute La. und Mi. beim Magistrat um Streichung aus dem Verzeichnis der jüdischen Unternehmer, was aber abgelehnt wurde.[8)] Der Arzt Dr. med. Bartsch, der, weil er mit einer Jüdin verheiratet war, auf diese Liste gelangt war, hatte Erfolg. Der Magistrat stellte fest, *„daß der Arzt Dr. med. Bartsch... nicht jüdischer Rasse ist und beschließt deshalb, ihn von der jüdischen Liste zu streichen".*[9)]

Der Ausschluß von städtischen Aufträgen und Lieferungen traf die Unternehmen jüdischer Eigentümer in der allgemein angespannten ökonomischen Lage hart. Nutznießer der Regelung waren ihre nicht-jüdischen Konkurrenten, denen sich zusätzliche Einnahmequellen erschlossen. Offenbar konnte die Stadt jedoch noch nicht ganz auf geschäftliche Verbindungen mit den jüdischen Geschäftsinhabern verzichten. So erließ der Magistrat im April 1933 eine besondere Genehmigung für einen Auftrag an die Firma Daltrop[9)] und stellte im September des gleichen Jahres fest: *„Deutschstämmigen Firmen ist grundsätzlich bei gleichwertigen Angeboten der Vorzug zu geben".*[10)]

Die finanzielle Lage der Gemeinde verschlechterte sich zusehends. Von achtzig Haushalten konnten nur 41 überhaupt ihre Steuern an die Gemeinde entrichten. Lediglich fünf Haushaltsvorstände entrichteten mehr als fünf Reichsmark im Monat. Bei einem jährlichen Steueraufkommen von etwas über fünftausend Reichsmark mußten diese fünf

Familien zusammen mehr als dreihundert Reichsmark monatlich aufbringen.[11] Einsparungen waren erforderlich, so daß etwa notwendige Renovierungsarbeiten an der Synagoge nur in beschränktem Maße vorgenommen werden konnten.

Die Ausgrenzung der jüdischen Mitbürger verlief auch in Harburg schrittweise. Dem Polizeipräsidenten Harburgs, Christiansen, einem Bruder des „Endlösers" der niederländischen Juden, ging die Entwicklung nicht schnell genug voran. Nach den Erlassen des preußischen Innenministers vom 14. Mai und 3. Juli 1934 war es möglich, sogenannten Ostjuden, die noch in der Weimarer Republik die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten hatten, diese abzuerkennen. Christiansen war das zu wenig, weshalb er am 5. Dezember 1934 an den Regierungspräsidenten in Lüneburg schrieb, daß grundsätzlich beantragt werden müsse, *„daß der Sohn eines Ostjuden, auch wenn seine Mutter arischer Abstammung ist, auszubürgern ist. In einem mir vorliegenden Falle hat die arische Ehefrau eines Ostjuden durch die Heirat ihre deutsche Reichsangehörigkeit verloren und die ungarische Staatsangehörigkeit ihres Ehemannes erworben. Nach dem Tode ihres Mannes hat sie sich alsdann wieder einbürgern lassen und den aus dieser Ehe stammenden Sohn miteinbürgern lassen. Es würde meines Erachtens nichts schaden, wenn die Frau ebenfalls ausgebürgert werden könnte".*[12]

Zehn Tage vor der Verkündigung der Nürnberger Gesetze, die die Juden weiter stigmatisierten und der Willkür preisgaben, beschäftigte sich der Magistrat am 5. September 1935 mit der Kündigung eines Mietvertrages durch die in Händen der Stadt befindliche Deutsche Wohnungsbau-Gesellschaft. Im Protokoll heißt es: *„Die Stadträte billigen die gegen Frau M. seitens der Deutschen Wohnungsbau-Gesellschaft ausgesprochene Kündigung des Ladens Bergstraße 5 zum 30. September 1935. Es wird beschlossen, die Kündigung aufrecht zu erhalten, weil in der Eheschließung der Mieterin, welche Ende 1934 erfolgte, eine bewußte Rassenschändung und damit ein grober Verstoß gegen die nationalsozialistische Auffassung erblickt wird und der Stadtgemeinde nicht zugemutet werden kann, diese Art von Verbrechen durch Duldung zu fördern. Im Falle der Verlängerung des Mietvertrages mußte der Jude-Ehemann M. in den Vertrag als mitverpflichtet eintreten, eine Geschäftsverbindung mit Juden lehnt aber die Stadt als alleinige Gesellschafterin der Deutschen Wohnungsbau-Gesellschaft ab".*[13] So leichthin ließ sich eine Existenz, gewissermaßen mit einem Federstrich, zerstören.

Im Oktober 1935 suchte der Vorsteher der jüdischen Gemeinde, Fließ, den Regierungspräsidenten in Lüneburg auf, um dort über das Vorgehen der Deutschen Wohnungsbau-Gesellschaft im Zusammenhang mit gegen jüdische Mieter ausgesprochenen Kündigungen zu berichten. In einem Schreiben über das Treffen heißt es: *„Er hat erklärt, sich nicht beschweren zu wollen, aber hat doch gebeten, im Rahmen des Möglichen zu helfen".*[14] Die Wohnungsbau-Gesellschaft hatte nach Fließ' Angaben elf jüdischen Familien die Mietverträge gekündigt, woraufhin unter den Gemeindemitgliedern *„große Verzweiflung entstanden"* sei. Der Regierungspräsident bat nun um eine Stellungnahme des Harburger Oberbürgermeisters, in der dieser auch auf die Frage eingehen sollte, *‚ob es sich hier nicht überhaupt um eine sogenannte Einzelaktion gegen das Judentum handeln würde, die bekanntlich vom Führer ausdrücklich untersagt ist".*[14]

Der Oberbürgermeister Bartels antwortet: *„... die jüdischen Familien in einem Wohnungsblock unterzubringen, ist unmöglich. Ein solcher Block ist nicht frei, und wenn er frei wäre, würde er erst mal für andere Familien auszunutzen sein. Die zahlreichen Familien deutschen Blutes, die hier auf Wohnungen warten, würden es einfach nicht verstehen, wenn ein ganzer Häuserblock für Juden freigegeben würde. ... Wenn es einem privaten Vermieter freisteht, einer ihm nicht genehmen Mieterfamilie zu kündigen, dann muß dieses Recht auch der Deutschen Wohnungsbau-Gesellschaft zustehen. Wenn die Deutsche Wohnungsbau-Gesellschaft von ihrem Recht gegenüber 11 jüdischen Familien Gebrauch macht, kann darin keine ‚Einzelaktion' gesehen werden".*[15] Später heißt es im gleichen Schreiben: *„... die Lage der jüdischen Familien (ist)*

keineswegs so trostlos, wie deren Sprecher, der Kaufmann Fließ, anscheinend dort darzustellen versucht hat. ... Die Deutsche Wohnungsbau-Gesellschaft hat allen jüdischen Familien (14 an der Zahl) Wohnungen wie Läden vertragsmäßig gekündigt. ... Die Kündigung... erfolgte in erster Linie, um zahlreichen deutschen, rassisch wertvollen Volksgenossen mit mehreren Kindern angemessene Wohnungen zu verschaffen, da bei rund 5000 fehlenden Wohnungen keine anderen Räume zu erhalten sind. Der Jude als lediglich geduldeter Gast im deutschen Vaterlande hat hinter diesen Interessen seines Wirtsvolkes zurückzutreten"[15] – womit die Sache für den Oberbürgermeister erledigt war, und die Kanzlei des Regierungspräsidenten stimmte den Ausführungen zu. Es blieb bei den Kündigungen. Vierzehn Familien mußten sich nach einer neuen Bleibe umsehen, vielleicht einmal mehr still hoffend, daß dies nun der Gipfel des Ungeheuerlichen sei.

Ebenfalls 1935 brachte sich der bereits erwähnte, mit einer Jüdin verheiratete Arzt Dr. med. Bartsch, nachdem er seine Familie schon zu Beginn der Nazidiktatur außer Landes geschleust hatte, unter dem zunehmenden Druck um.[16] Er hatte in Harburg Freunde, Bekannte, Patienten und Nachbarn, denen dieser Aufschrei nicht entgangen sein dürfte. Heute ist er in Harburg fast vergessen.

1937 wurde die Harburger Synagogen-Gemeinde im Zusammenhang mit dem Erlaß des Groß-Hamburg-Gesetzes mit den jüdischen Gemeinden von Hamburg und Altona fusioniert. Da die Harburger Gemeinde zur Zeit der Zusammenschlußverhandlungen über keine ordentliche Gemeindevertretung verfügte, mußte der Vorsitzende der Hamburger Gemeinde, Dr. Lippmann, erst einmal bei der Kultusbehörde darauf drängen, daß das gegen die Gemeinde ausgesprochene Versammlungsverbot aufgehoben wurde.[17] Der Rechtsanwalt A., der die Harburger Gemeinde bei den Verhandlungen vertrat, äußerte die Hoffnung, *„daß der Vorstand der Hamburger Gemeinde ebenso für die in Harburg lebenden Juden sorgen werde"*,[18] wie vorher der Preußische Landesverband der jüdischen Gemeinden. Am 30. Dezember 1937 wurde der Zusammenschluß durch eine grundsätzliche staatsaufsichtliche Genehmigung vollzogen.[19]

Damit gab es fortan keine jüdische Gemeinde in Harburg als eigenständige Körperschaft mehr. Die Juden in Harburg, die zuvor der Harburger Gemeinde angehört hatten, wurden automatisch Mitglieder der Hamburger Gemeinde. Ihre kultische Eigenständigkeit war durch das Vertragswerk, das den Zusammenschluß regelte, erheblich eingeschränkt.[20]

Die Zahl der Juden in Harburg hatte seit der Zählung vom April 1933 stark abgenommen. Die Gemeinde zählte am 1. März 1937 nur noch 150 Mitglieder.[21] Wie viele Harburger nach den Rassengesetzen der Nazis als Juden gezählt wurden, ohne daß sie Mitglieder der Gemeinde waren, ist heute unbekannt. Ebenso ist heute nicht mehr herauszufinden, wie vielen der zweihundert in der Zeit zwischen 1933 und 1937 Abgewanderten es gelang, der Vernichtung zu entkommen; und auch die Frage, wie vielen der damals noch Zurückgebliebenen das Entkommen gelang, wird sich nicht mehr mit Sicherheit klären lassen.

1938 war das Jahr des Novemberprogroms. Die Vorgänge der Nacht des 10. Novembers lassen sich hier nicht in angemessener Gründlichkeit darstellen. Das Quellenmaterial hierzu ist sehr umfangreich, da gleich nach dem Einmarsch der Briten erste Ermittlungen durchgeführt wurden, die 1949 schließlich in eine juristische Aufarbeitung des Geschehens mündeten.[22]

Hier das Geschehen in aller Kürze. Die HAN berichteten am 11. November 1938: *„Immer klarer wird der deutsche Standpunkt durch die Erfahrungen unterstrichen, daß für die Angehörigen dieses Parasitenvolkes im Deutschen Reich kein Platz mehr ist. Diese verständliche Empörung machte sich auch gestern noch in spontanen Kundgebungen bemerkbar. ... Auch in*

Hamburg und im Stadtteil Harburg kam die Entrüstung ... deutlich zum Ausdruck. Eine Volksmenge hatte sich zusammengefunden, um in aller Öffentlichkeit die Solidarität aller Deutschen ... zu bekunden. Vor den noch (!) unter jüdischer Führung stehenden Geschäften und der Synagoge sowie der Grabkapelle auf dem Schwarzenberg hatte sich eine größere Menschenmenge eingefunden, die ihrem Abscheu drastischen Ausdruck verlieh. Es ist der dem deutschen Volk im nationalsozialistischen Staate anerzogenenen Disziplin zu danken, daß größere Ausschreitungen vermieden wurden. Immerhin dürften auch die Juden in Hamburg und im Stadtteil Harburg nunmehr erfahren haben, daß es mit der Geduld des deutschen Volkes zu Ende ist. Im übrigen vertraut das deutsche Volk in starker Geschlossenheit seiner Regierung, daß sie, wie Dr. Goebbels gestern nachmittag bereits verkünden ließ, die notwendigen Maßnahmen ergreifen wird, um das deutsche Volk ein für allemal von der jüdischen Weltpest zu befreien" – diese Botschaft erhielten viele Harburger frei Haus, in ihren guten, alten HAN.

Tatsächlich taten sich die Nazis in Harburg mit den „spontanen Kundgebungen" etwas schwer. Hier wurde die Progromnacht mit eintägiger Verspätung durchgeführt. In der Nacht vom 9. zum 10. November wurden lediglich einige Fensterscheiben von Geschäften jüdischer Besitzer zertrümmert.[22)] In der darauffolgenden Nacht zogen SA-Einheiten zur Leichenhalle auf dem Schwarzenberg und zur Synagoge in der Eißendorfer Straße. Die Leichenhalle wurde in jener Nacht unter Gejohle in Brand gesteckt. Aus der Synagoge wurden Gebetbücher, Gebetschals und andere kultische Gegenstände herausgeholt, und einer der an der Aktion beteiligten SA-Männer verkleidete sich als Rabbiner. Der Zug führte schließlich zum Sand, wo ein Teil des Raubgutes auf einen großen Haufen geworfen und verbrannt wurde. Die Ausschreitungen gegen die Synagoge mußten zwei jüdische Frauen aus der Kellerwohnung unter dem Gebäude mitverfolgen. Bevor sie ihr Versteck verließen, hörten sie einen vielstimmigen Chor: „Jude, komm heraus, gleich fliegt die Synagoge hoch!".[22)]

Die Synagoge selbst blieb im wesentlichen zunächst erhalten. Bei einer baupolizeilichen Untersuchung am 1. April 1939 wurde festgestellt, *„daß die Synagoge auf dem Grundstück Eißendorferstraße sich in einem ordnungsgemäßen baulichen Zustand befindet. Es sind lediglich die Fensterscheiben zertrümmert. Die Fensteröffnungen sind jedoch mit Brettern ordnungsgemäß verschalt. Jedenfalls kann der jetzige Zustand nicht als ruinenhaft bezeichnet werden".*[23)]

Zu den Ausschreitungen hatte sich alles eingefunden, was in der NSDAP Rang und Namen hatte. Mit großem Übermut schlugen sie zu, sie, die später zur Verantwortung gezogen, so erbärmlich sich herauszureden versuchten. In dem Prozeß, der 1949 vor dem Landgericht Hamburg abgehalten wurde, gaben die Täter nur noch ein jämmerliches Bild ab. *„Mit berechtigtem Spott faßte ein Zuhörer seine Gerichtseindrücke mit dem Vorschlag zusammen, doch einmal eine Tatortbesichtgung in Harburg durchzuführen. ‚Vielleicht steht die Synagoge noch, die Nazis waren doch alle gegen die Zerstörung. Wer sollte sie sonst zerstört haben?'"*[24)]

Die Synagoge steht nicht mehr, sie wurde 1941 abgerissen. Das Grundstück wurde an eine angrenzende Autoreparaturwerkstatt verkauft. Der Friedhof ging an die Freie und Hansestadt Hamburg über. Nach dem Krieg fielen sie im Zuge der „Wiedergutmachung" an die Jewish Trust Corporation, die das Synagogengrundstück an die uns bekannte Deutsche Wohnungsbau-Gesellschaft verkaufte.[25)]

Das Schicksal der Harburger Juden fand, soweit ihnen die Flucht nicht glückte, ab 1941 sein Ende in den Todeslagern der Nazis. Die Namen der Getöteten lassen sich nicht alle ermitteln, nicht ihre Zahl. Der Namenseintrag auf den Deportationslisten 1941–45 ist von manchen das letzte erhalten gebliebene Lebenszeichen.[26)]

Die Namen derer, die durch ihr Wirken dazu beigetragen haben, sind bekannt. Auch die Namen derer sind bekannt, die durch ihr Verhalten in der Harburger Progromnacht

dazu beitrugen, daß die Harburger Juden erfuhren, *„daß es mit der Geduld der Deutschen am Ende"* war, und die sich durch ihr Tun zu dem Vertrauen bekannten, daß die nationalsozialistische Regierung *„die notwendigen Maßnahmen ergreifen wird, um das deutsche Volk von der jüdischen Weltpest zu befreien"*.[27] Doch es geht nicht darum, die Namen der Täter zu nennen, denen die Verleugnung ihrer Geschichte in weiten Teilen schon unmittelbar nach dem „Zusammenbruch" ihres Regimes glückte. Es soll hier an das Geschehen erinnert werden, an jene, die den Nazis zum Opfer fielen.

Es gab einmal in unserer Stadt eine jüdische Gemeinde von dreihundertfünfzig Seelen. Sie sind nicht mehr unter uns. Es scheint, als wären sie so sang- und klanglos einfach abhanden gekommen, verschwunden. Bliebe es bei der Harburger Amnesie, beim Verschweigen, so brächte man die Gemordeten auf diese Weise ein zweites Mal um; und wenn es nur bedeutete, wir brächten sie um ihren Platz in unserem Gedächtnis. Die Judenverfolgungen der Nazizeit spielten sich nicht „auf jenem fernen Planeten namens Auschwitz"[28] ab, sondern auch hier. In Harburg gibt es einen Ausgangspunkt für die Entwicklung hin nach Auschwitz. Es gibt eine direkte Verbindung zwischen Harburg und Auschwitz: Unter den sechs Millionen Opfern der „Endlösung der Judenfrage" finden sich welche, die einmal hier, in Harburg, zu Hause waren. Das wurde in der Vergangenheit verdrängt, und es scheint, als habe eine Generation von Harburgern, gleichgültig, ob Täter oder Zuschauer, die Zeit der Judenverfolgung für sich amnesiert, hat auf diese Weise aber auch nie ein Gefühl für die Lücke bekommen, die ihre einstigen jüdischen Mitbürger hinterließen.

Es ist offenkundig, daß ein Zusammenhang zwichen Erinnerungs- und Trauerarbeit besteht. Bewältigen läßt sich die Geschichte des Nationalsozialismus sicher nicht. Die „Unfähigkeit zu trauern" mag auch daher rühren, daß wir erst langsam begreifen, was uns verloren ging. Wir nähern uns dem Geschehenen an.

Anmerkungen

1) H. Keilson, Der Tod des Widersachers, Braunschweig 1959, S. 121.
2) Gemeindezählung vom 1. April 1933: StAHbg, Jüdische Gemeinden, 979.
3) Matthias Heyl, Das Schicksal der Juden aus Harburg-Wilhelmsburg, 1933–1942, Hbg. 1981, und: ders. „... ist mit nicht mehr erinnerlich", der Harburger Synagogenprozeß 1949, Hbg. 1985 – beide Arbeiten sind unveröffentlicht, können aber bei Schülerwettbewerb Deutsche Geschichte, Kampchaussee 10, 21033 Hamburg, zur Einsichtnahme angefordert werden. Zum Zustandekommen der Arbeiten vgl.: Heyl, Es war für mich eine neue Erfahrung, S. 242.
4) Sitzungsprotokolle der Gemeinde 1925–1937: StAHbg, Jüdische Gemeinden, 967, Bd. 4, S. 111, 114.
5) Privatbesitz Heyl, Gespräch mit Frau H. am 18.1.1981.
6) Protokolle der Magistratssitzungen 1933: StAHbg, Harburg 2 Stadtbücher, III 1 Bd. IX, S. 54, 14.
7) Sitzungsprotokolle, wie Anm. 4, S. 192, 195, 210ff.
8) Protokolle, wie Anm. 6, S. 68, 135, 176.
9) Ebd., S. 66.
10) Ebd., S. 212.
11) Heyl, Das Schicksal (wie Anm. 3), S. 8.
12) Klaus-Dieter Brügmann u.a., die anderen. Widerstand und Verfolgung in Harburg und Wilhelmsburg. Zeugnisse und Berichte 1933–1945, 2. Aufl. Hamburg 1981, S. 140.
13) Protokolle der Stadtratssitzungen 1935: StAHbg; Harburg 2 Stadtbücher, III 2 Bd. II, Bl. 97.
14) Vermerk des Regierungspräsidenten, 12.10.1935: StAHbg, Harburg 56, Ka 5 Bd. VII.
15) Oberbürgermeister an Regierungspräsidenten, 21.10.1935: ebd.
16) Gespräch mit Frau H., wie Anm. 5. Vgl. Anm. 9.

[17] Eingliederung der außerhamburgischen Gemeinden nach Erlaß des Groß-Hamburg-Gesetzes 1937–41: StAHbg, Jüdische Gemeinden, 384, S. 38.
[18] Ebd., S. 36.
[19] Ebd., S. 74.
[20] Ebd., S. 52ff.
[21] Gemeindezählung wie Anm. 2.
[22] Heyl., „... ist mir nicht mehr erinnerlich", wie Anm. 3 (Strafsache gegen den ehemaligen Kreisleiter Drescher und andere beim Landgericht Hamburg, 1949).
[23] Bauprüfakte Eißendorfer Straße 15, Synagoge: StAHbg; Baupolizei, K 4339, S. 7.
[24] Hamburger Echo, 5.4.1949. Vgl. auch Heyl, „... ist mir nicht mehr erinnerlich", S. 84f.
[25] Bauprüfakte, wie Anm. 23, S. 30f. – StA Hbg, Harburg 62, II c 3 Bd. III, S. 9.
[26] Brügmann u.a., die anderen (wie Anm. 12), S. 143.
[27] HAN, 11.11.1938.
[28] Neustadt, Israels zweite Generation, S. 27 und S. 164 Anm. 13.

Franklin Kopitzsch

Die jüdischen Schüler des Christianeums im Zeitalter der Aufklärung – Ein Kapitel aus der Geschichte der Juden in Altona

Aus: Christianeum, Mitteilungsblatt des Vereins der Freunde des Christianeums in Verbindung mit der Vereinigung ehemaliger Christianeer, 33 (1978), Heft 2, S. 19–28.

Neben dem mit Recht als Sonderfall in der frühneuzeitlichen deutschen Stadtgeschichte gekennzeichneten Hamburg war Altona ein weiterer Sonderfall. Aus einem kleinen Fischer- und Handwerkerdorf entwickelte es sich vom 16. bis zum 18. Jahrhundert zur erfolgreichsten Konkurrenzsiedung im Heiligen Römischen Reich, zu einer in Nordeuropa einzigartigen Freistatt des Glaubens und der Gewerbe, zu einem Freihafen auch der Konfessionen und Weltanschauungen. In Konkurrenz treten sollte es nach dem Willen seiner Landesherren, zunächst der Grafen von Holstein-Schauenburg, seit 1640 der Könige von Dänemark, zu Hamburg der weltoffensten, wohlhabendsten und reichsten deutschen Handelsmetropole jener Epoche. Durch zahlreiche Privilegien suchten die Regenten und Beamten Kaufleute und Gewerbetreibende zur Niederlassung in Altona zu bewegen, vor allem Angehörige konfessioneller Minderheiten, die anderswo verfolgt oder nur eben geduldet wurden. Diese Vergünstigungen wurden nicht primär um der Toleranz willen erteilt, vielmehr aus merkantilistisch-fiskalischen Interessen. Zwar konnte Altona, das im 18. Jahrhundert immerhin zur nach Kopenhagen größten Stadt des damals Norwegen und Schleswig-Holstein einschließenden dänischen Gesamtstaates aufstieg, Hamburgs ökonomische Position nie ernsthaft gefährden, doch trug die bloße Existenz dieses Gemeinwesens wesentlich dazu bei, daß auch die größere Nachbargemeinde religiösen Minderheiten die Aufnahme gewährte und wirtschaftliche Freiheiten, wie sie in Altona galten, ganz oder teilweise einführte. Trotz der bis zum Gottorper Vergleich 1768, mit dem Dänemark Hamburgs Unabhängigkeit als freie Reichsstadt akzeptierte, lebhaften politischen Gegensätze zwischen der Elbmetropole und Kopenhagen ergaben sich von Anfang an zahlreiche Verflechtungen zwischen den beiden Orten. Hamburger Kaufleute nutzten die Vergünstigungen, die Altona dem Handel bot, Altonaer bedienten sich der entfalteteren ökonomischen Infrastruktur Hamburgs mit Bank, Börse und Assekuranzen.

Zu den Glaubengemeinschaften, die um die Wende vom 16. zum 17. Jahrhundert nach Altona kamen, gehörten auch die Juden. In einem Geleitbrief des Grafen Adolf XII. von Holstein-Schauenburg aus dem Jahre 1584 war ihnen die Niederlassung in Altona bzw. dem benachbarten Kirchspielort Ottensen gestattet worden. Graf Ernst III. gestand ihnen in einem Privileg von 1612 ausdrücklich zu, daß sie „ihres Glaubens, wie sie bißhero getan, leben mugen". 1615 wohnten bereits sechzehn, 1622 dreißig jüdische Familien in Altona. Unter den dänischen Königen, die Altona 1664 zur Stadt erhoben, wurden ihre Rechte bestätigt und erweitert. Zwei jüdische Gruppen hatten sich angesiedelt: die aus Mittel- und Ostmitteleuropa stammenden hochdeutschen und die aus Westeuropa einwandernden portugiesischen Juden. Beiden wurde im religiösen und wirtschaftlichen Bereich wesentlich größere Entfaltungsmöglichkeiten als in den meisten anderen Territorien jener Zeit gegeben. Im nahen Hamburg besaßen die Minderheiten aufgrund der seit der Reformation engen Verflechtung der politischen und kirchlichen Verfassung mit der Dominanz der Lutheraner weniger Rechte. Auch der Handelsneid spielte neben religiösen Vorbehalten dort eine größere Rolle als in Altona, in dem der Wille des Regenten

und seiner Beamten den Vorrang hatte vor der gemeindlichen Selbstverwaltung.

Die jüdische Dreigemeinde Altona-Hamburg-Wandsbek wurde im 17. und 18. Jahrhundert zu einem Zentrum des mitteleuropäischen Judentums. Ihr Schwerpunkt lag in Altona. Unter den in Altona vertretenen Glaubensgemeinschaften waren die Juden nach den Lutheranern die größte. Im Jahre 1780 stellten sie mit 2411 Personen fast zehn Prozent der Einwohnerschaft, 1835 mit 2014 noch etwas mehr als siebeneinhalb Prozent. 1895 lebten 2209, 1925 2650 Juden in Altona. Die religiösen und wirtschaftlichen Vorrechte Altonas waren mit der schließlich überall eingeführten Gleichstellung der Konfessionen und der Gewerbefreiheit bedeutungslos geworden. Im Herzogtum Holstein wurde die Gleichberechtigung der Juden übrigens erst 1863 erreicht. 1935 wohnten noch 1667 Juden in Altona, dessen jahrhunderte alte jüdischen Gemeinden von den Nationalsozialisten brutal vernichtet wurden. Bis 1933 war die der Toleranz verpflichtete altonaische Tradition lebendig geblieben, hatte mit der wegweisenden Kommunalpolitik in der Weimarer Republik neue Akzente erhalten, war durch neue stadtgeschichtliche Aktivitäten wieder in den Blick gekommen. Es ist bezeichnend, daß das in Hamburg vernachlässigte, mehrmals besudelte Heine-Denkmal damals in Altona eine Heimstatt fand und während der nationalsozialistischen Zeit von hier nach Frankreich gebracht werden konnte, wo es – in Toulon – noch heute steht. Durch die Eingemeindung Altonas nach Hamburg und die Zerstörung der meisten historischen Zeugnisse im Zweiten Weltkrieg ist seine Vergangenheit unverdientermaßen ziemlich vergessen worden. Es gehört zu den Aufgaben der Wissenschaft wie der historisch-politischen Bildung, die Geschichte dieses einzigartigen Gemeinwesens zu erforschen und zu vermitteln. Die Nationalsozialisten verfolgten und vernichteten die Altonaer Juden und zerstörten ihre Synagogen wie die Reste des Ottenser Judenfriedhofes. Trotz großer Verwüstungen – so demolierten 1939 Jugendliche zweihundert Grabsteine, um sich einen Spielplatz einzurichten – blieb der Friedhof an der Königstraße erhalten, auf dem unter anderen die Frau des Philosophen Moses Mendelssohn, Frommet Mendelssohn, geborene Guggenheim, der Vater des Dichters Heinrich Heine, Samson Heine, und der in Altona wirkende Arzt, Gelehrte und Vorkämpfer für die Gleichberechtigung der Juden, Salomon Ludwig Steinheim – ein Schüler des Christianeums – begraben worden sind. Diese Anlage ist eines der großartigsten Kulturdenkmäler zur Geschichte der Juden in Deutschland. Es ist an der Zeit, daß sich Senat und Bürgerschaft dazu entschließen, an die zerstörten Stätten durch Gedenktafeln zu erinnern, die erhaltenen durch sachkundige Hinweise, Führungen und Publikationen zu erschließen. Diese Forderung gilt für Altona gleichermaßen wie für das althamburgische Gebiet, für Harburg ebenso wie für Wandsbek. Sie zu erfüllen ist nicht nur eine Pflicht gegenüber den Leistungen, die die jüdischen Einwohner und Bürger für Hamburg und die in diesem aufgegangenen Orte erbracht haben, sondern auch eine sinnvolle Gelegenheit, im Stadtbild an unser historisches Erbe aufmerksam zu machen und die Bürger von heute zum Nachdenken anzuregen.

Nach mehreren gescheiterten Ansätzen erhielt Altona 1738 eine Gelehrtenschule – das Christianeum, eine durch vielfältige Privilegien ausgezeichnete Anstalt, die zunächst als Akademisches Gymnasium eine Zwischenstellung zwischen den Lateinschulen und Universitäten einnahm und die bedeutendste höhere Schule im königlich dänischen Teil der Herzogtümer Schleswig und Holstein war. Als mit Holstein-Gottorp dessen Universität Kiel an Dänemark kam, erfuhr das Christianeum von 1768 bis 1773 eine Neuordnung. Es verlor zwar den Status als Akademisches Gymnasium, erhielt jedoch mit der auf die Prima folgenden Klasse der Selekta eine Einrichtung, die auf das Universitätsstudium vorbereitete und an keiner anderen schleswig-holsteinischen Gelehrtenschule bestand. Sie existierte bis 1844. Erst seitdem ist das Christianeum ein Gymnasium wie andere.

Anfangs stark vom Pietismus geprägt, wurde es im Laufe des 18. Jahrhunderts zum Mittelpunkt der Altonaer Aufklärung, jener auf Vernunft und Mündigkeit gegründeten Reformbewegung, die in den achtziger und neunziger Jahren auch in Altona über die Gelehrten hinaus weitere Kreise, so die Kaufleute und Beamten, erfaßte und zu wichtigen Veränderungen in der Erziehung, im Gesundheitswesen, in der Sozialfürsorge und im Armenwesen führte. Zu den Grundforderungen der Aufklärung gehörten Toleranz, Glaubens- und Gewissensfreiheit. Dogmen und konfessionelle Kontroversen verloren für ihre Träger an Bedeutung, entscheidend wurde nicht der Glaube, sondern seine Konseqeunzen für das menschliche Miteinanderleben. Im Zuge der Entfaltung der Altonaer Aufklärung kam es zunehmend zu christlich-jüdischen Begegnungen auf der Basis der Gleichberechtigung und gleicher Ideale und Zielsetzungen.

In den Zusammenhang dieser Begegnungen gehört die Öffnung des Christianeums für jüdische Schüler. Schon in der Frühzeit dieser Anstalt hatte sie zur Debatte gestanden, als 1748 „ein Judenknabe von 15 bis 16 Jahren in die lateinische Claße der Vorbereitungsschule wolle recipiret seyn". Das Lehrerkollegium lehnte diesen Wunsch ab. In der Festschrift zum zweihundertjährigen Bestehen des Christianeums von 1938 wurde nur das Dokument der Abweisung abgedruckt, nicht jedoch die dazugehörenden Zeugnisse vom folgenden Jahr, aus denen hervorgeht, daß Levi Dä(h)n inzwischen vom Kantor Kühlmorgen privat unterrichtet worden war und von den Professoren Meycke und Henrici in einer Prüfung bestätigt erhalten hatte, daß er zur Aufnahme in die dritte Klasse des dem Akademischen Gymnasium vorgeschalteten Pädagogiums geeignet sei. Am 19. April 1749 befürworteten die Lehrer seinen Eintritt in die Tertia. Ob dieser tatsächlich erfolgte, ist nicht überliefert. Schüler des Akademischen Gymnasiums wurde er jedenfalls nicht. Drei Jahrzehnte später begann die im Alten Reich anscheinend einzigartige Öffnung einer staatlichen Gelehrtenschule für Schüler aus einer anderswo reglementierten, zurückgesetzten und mitunter auch noch schikanierten Minderheit. Zwischen 1778 und 1815 – im Zeichen einer lebendigen lokalen Aufklärungsbewegung – besuchten mindestens einhundertzehn Juden das Christianeum. Sechzehn absolvierten die Selekta, siebenundsiebzig die Tertia bis Prima und siebenundvierzig die Vorbereitungsklasse bzw. Teile dieser Stufen. Einige erhielten ihren gesamten Unterricht auf dem Christianeum. Da die Matrikel der Vorbreitungsklassen erst 1795 beginnt, war die Zahl der jüdischen Schüler möglicherweise noch größer. Im benachbarten Hamburg konnten Juden das Johanneum erst unter dem 1802 als Rektor berufenen engagierten Aufklärer und Reformer Johannes Gurlitt besuchen!

Getragen wurde diese ungewöhnliche Toleranzpolitik von einem kleinen Kreis Altonaer Aufklärer; dem Syndicus und späteren Bürgermeister Caspar Siegfried Gähler, der seit 1779 als einer der Gymnasiarchen die Aufsicht über das Christaneum führte, dem Pastor Georg Christian Adler, der seit 1791 als Propst ebenfalls zu den Gymnasiarchen gehörte, dem Arzt, Schriftsteller und zeitweiligen Lehrer der Naturwissenschaften am Christianeum Johann Christoph Unzer, den Direktoren der Schule Paul Christian Henrici und Johann Jacob Dusch und ihrem Nachfolger – seit 1794 – Jacob Struve. Adler war nach den Erinnerungen des in Altona aufgewachsenen Georg Friedrich Schumacher „ein großer Freund der Juden, besonders der Gelehrten unter ihnen, weil er für die Interpretation des Alten Test(aments) von ihnen lernen konnte". Sein Sohn, der spätere Generalsuperintendent der Herzogtümer und bedeutende Schulreformer Jacob Georg Christian Adler, teilte die väterlichen Interessen. Als siebzehnjähriger Schüler veröffentlichte er 1773 eine „Sammlung von gerichtlichen jüdischen Contracten, rabbinisch und deutsch". Dusch gehörte zu Lessings Bekannten- und Freundeskreis während dessen Hamburger Aufenthalte von 1767 bis 1770, Unzer war Lessings Hamburger „Gemeine" um Elise

und Johann Albert Heinrich Reimarus, Dorothea Maria und Joachim Heinrich Campe verbunden. Im „Fragmentenstreit" unterstützte er Lessings Kampf um Meinungsfreiheit und offene Diskussion grundlegender Fragen von Religion und Glauben. Für „Nathan den Weisen" trug er Subskriptionen zusammen. Finanzielle Hilfe für die Herausgabe dieses Schauspiels erhielt Lessing von dem Hamburger Kaufmann und Schriftsteller Moses Wessely, einem gemeinsamen Freund Lessings, Mendelssohns und Unzers. Als durch den „Nathan" und Christian Wilhelm Dohms 1781 erschienene Schrift „Über die bürgerliche Verbesserung der Juden" die Toleranzdebatte innerhalb der Aufklärung intensiviert wurde, fanden die Diskussionen auch in Altona lebhaften Widerhall. Unter den Initialen seines Freundes Unzer (= J. C. U.) ließ Moses Wessely 1782 in Altona „Anmerkungen zu der Schrift des Herrn Dohm, über die bürgerliche Verfassung der Juden" erscheinen – ein Versteckspiel, das Mendelssohn den beiden Altonaer Freunden verübelte. Wessely trat für die Gleichberechtigung ein, wandte sich auch – ganz in Mendelssohns Sinne und anders als Dohm – gegen die Autonomie, d.h. die Sonderrecht der jüdischen Gemeinden in Selbstverwaltung und Gerichtsbarkeit, insbesondere das Bann- und Ausschließungsrecht der Rabbiner. Daß Wessely und Mendelssohn gegen die Autonomie schrieben, war vor allem im Widerstand orthodoxer Rabbiner – zu denen der Altonaer Oberrabbiner Raphael Cohen zählte – gegen die Aufklärung begründet. Mit der Orthodoxie und ihrem durchaus beträchtlichen Anhang mußten sich Aufklärer aller Konfessionen immer wieder auseinandersetzen.

Der erste jüdische Schüler, dessen Besuch des Christianeums sicher überliefert ist, war Josephus Michael Israel, der Sohn eines Kaufmanns, der vom 5. Januar 1778 bis zum April 1780 die Secunda und Prima besuchte. Über Vater und Sohn hat sich ein eindrucksvolles Zeugnis in den Schulakten erhalten. Im Dezember 1779 wandte sich der Vater in einem Brief, bei dessen Abfassung ihm der Sohn gewiß behilflich war, an die Schulleitung:
„Hochedelgebohrne,
Hochgelahrte,
Hochgeehrte Herren!

Mein Sohn Joseph Israel der eine außerordentliche Lust zum Studiren und den Wissenschaften bezeiget, auch wie alle, die ihn kennen, bezeugen, mit vielen natürlichen Fähigkeiten versehen ist, hat bißher das Glück gehabt, den vortrefflichen Unterricht im hiesigen Gymnasio genießen zu können.

Allein meine zeitlichen Umstände sind leider nicht so beschaffen, daß ich dasjenige was zu Bezahlung der Lehrstunden quartaliter nötig ist, aufbringen könne, daher ich denn auf abgewichenen Michaelis 11 rdr (= Reichstaler) schuldig geblieben bin, welche der Hr. Conrector Vogler vorzuschießen die Güte gehabt, und ich erkenne es als eine übergroße Güte, daß Ewr. HochEdelgeb. meinen Sohn wegen des nicht erfolgten Abtrages des Quartal-Geldes noch nicht von den Lehrstunden ausgeschloßen haben.

Es würde äußerst kränkend für mich seyn, wenn ich bei meinem Sohn, der sich seine kleinen Bedürfniße durch einige Informationen verschaffet, und dagegen die nächtlichen Stunden zum Studiren anwendet, die außerordentliche Neigung zum Studiren meines Unvermögens halber unterdrücken müste.

Zu Ew. HochEdelgeb. edler und großmütigen Denkungs-Art hege ich das zuversichtlichste Vertrauen, Ewr. HochEdelgeb. werden in Ansehung meines Sohnes eine Ausnahme von der Regel machen, und denselben meiner dürftigen Umstände halber von Bezahlung der quartaliter zu erlegenden Gelder hochgeneigt dispensiren.

Indem ich nun hierum gantz gehorsamst bitte, so erkläre ich mich zugleich, daß ich die auf abgewichenen Michaelis schuldig gebliebenen 11 Rdr. zwischen hier und künftigen Ostern redlich bezahlen wolle.

Ich sehe woll ein, daß es von mir als einem armen Juden etwas verwegenes sey, diese Bitte zu wagen, wenn ich nicht überzeugt wäre, daß die christliche Moral besonders das Wohlthun gegen alle Menschen empföhle.

Ich und mein Sohn werden die hierunter uns zu erzeugende Wohlthat zeit lebens erkennen, und verharre ich mit schuldigster Hochachtung
Ewr. HochEdelgebohrnen
gantz gehorsamster Diener
Michel Jeremias Israel.
Altona, den 3. Dec. 1779"

Da Israel im April 1780 vom Christianeum abging, ist anzunehmen, daß sein Vater das Schulgeld nicht mehr zurückzuzahlen vermochte. Sein weiterer Lebensweg gehört zu den ungewöhnlichsten einer an merkwürdigen Schicksalen reichen Zeit. Am 29. November 1785 trat Joseph Michael Israel Schwerin zum Christentum über und nannte sich fortan Wilhelm Rudolph Christiani. Damals war er in Hamburg als Privatlehrer für Englisch, Französisch und andere Sprachen tätig. 1786 begann er in Kiel das Studium der Theologie, 1789 bestand er das Pfarrerexamen in Glückstadt, wo er 1792 Zuchthausprediger wurde. 1796 ging er als Diakon nach St. Margarethen, „wo er fortwährend junge Leute in den neueren Sprachen unterrichtete". 1820 wurde er zum Pastor ernannt. Er starb, fast 68 Jahre alt, 1827. Christiani hatte auch Medizin studiert und war zur Ausübung der ärztlichen Praxis berechtigt, wovon er auch Gebrauch machte.

Der zweite jüdische Schüler des Christianeums war Moses Alexander Philipson, der 1761 oder 1762 als Sohn eines Kaufmanns in Altona geboren wurde. Er besuchte von 1779 bis 1784 die Prima und die Selekta. Sein Vater Philipp Alexander, der Sohn des braunschweigischen Kammeragenten Alexander David, war zum Christentum übergetreten und 1753 zum Glauben der Eltern zurückgekehrt. Er führte in Altona „ein namhaftes Handelshaus". Von ihm wurde überliefert, daß er „sich in seinen freien Stunden, wie in seiner frühesten Jugend, in die heilige Wissenschaft vertiefte und zahlreiche Werke des Wohltuns übte". Sein Sohn wurde später Buchhalter in Hannover, wo er auch als Theaterübersetzer arbeitete und den Intendanten Gustav Friedrich Wilhelm Großmann in seinem Einsatz für ein Lessing-Denkmal unterstützte – unter anderem durch eine Kantate zu Ehren Lessings. 1797 wandte er sich mit dem Buch „Über die Verbesserung des Judeneids" gegen die Diskriminierung der Juden vor Gericht. In der an wertvollen Beständen reichen Bibliothek des Christianeums befindet sich ein Exemplar des selten gewordenen Bandes mit der Widmung: „Der koeniglichen Gymnasien-Bibliothek in Altona mit der dankbarsten Erinnerung vom Verfasser". Verschollen sind anscheinend eine kleine Schrift zur Auseinandersetzung um Lessings Spinozismus von 1786 und eine Biographie Spinozas, die er 1790 in Campes Braunschweiger Schulbuchhandlung veröffentlichte. Vor dem 16. Dezember 1802 muß er zum Christentum übergetreten sein. „Briefe über das kaufmännische Rechnungswesen" legte er 1812 unter seinem neuen Namen Johann Jacob Martin Philipson vor. Darin nannte er sich Doktor der Philosophie. Über Ort und Datum der Promotion ist ebensowenig bekannt wie über seinen Lebensweg nach 1812.

Der zweite jüdische Schüler, der mit und nach Philipson erfolgreich die Selekta durchlief, war Naphthaly Wessely, der Sohn von Moses Wessely, der das Christianeum von 1780 bis 1785 besuchte. Er studierte in Göttingen Medizin, promovierte dort 1790 und ließ sich als Arzt in Bleicherode bei Nordhausen nieder. Mit Philipson und Wessely studierte in Altona Salomon Maimon, „a true wandering Jew" (Jacob Katz), der sich als anregender philosophischer und psychologischer Denker einen Platz in der Geistesgeschichte erwarb. Er gehörte vom 23. Juni 1783 bis zum März 1785 dem Christianeum

an und hat über diese Zeit in seinen Erinnerungen einen ausführlichen Bericht gegeben, eine hervorragende Quelle zur Schulwirklichkeit, die in manchem hinter den aufklärerischen Schulordnungen zurückgeblieben war. Seine Aufnahme in die Lehranstalt vermittelten Moses Wessely und Syndicus Gähler, den er einen „wegen der Talente seines Kopfes und Herzens nicht genug zu rühmenden Manne" nannte. Sieben Jahre nach Maimons Abgang wurde der aus Lissa in Polen stammende Salomo Brisk aufgenommen, der das Christianeum von 1792 bis 1795 besuchte. Für ihn hatte sich beim Direktor Struve Heymann Salomon Pappenheimer verbürgt, ein Privatgelehrter, Hauslehrer und Journalist, der mit Gähler und dem Dichter Heinrich Wilhelm von Gerstenberg einem philosophischen Freundeszirkel angehörte. Seine Beziehungen zum revolutionären Frankreich, auf die Walter Grab hingewiesen hatte, werden zur Zeit von dem in Aix-en-Provence tätigen Germanisten Alain Ruiz untersucht. Wie Maimon bekam auch Brisk ein lobendes Abgangszeugnis und ein Zehrgeld für seinen weiteren Weg. Besondere Förderung und Anerkennung durch die Lehrer erhielt auch Salomon Levi, der sich später Salomon Ludwig Steinheim nannte und von 1804 bis 1807 Prima und Selekta absolvierte. Steinheim hat in seinen Erinnerungen ein eindrucksvolles Bild der Lage der Landjuden in Westfalen gegeben und die Hoffnungen überliefert, die sie mit der Französischen Revolution verbanden, die für die Gleichberechtigung der Juden in Europa eine entscheidende Zäsur bedeutete.

Die Matrikeln des Christianeums enthalten wertvolle Angaben zur regionalen und sozialen Herkunft auch der jüdischen Schüler. Die meisten kamen aus Altona und Hamburg. Unter den Geburtsorten finden sich neben Städten und Landgemeinden in Schleswig-Holstein, Dänemark, Niedersachsen, Westfalen, Mecklenburg, Brandenburg-Preußen und Schlesien auch Orte in Polen, Litauen, Kurland und den USA. Bei den Berufen der Väter dominieren die Händler. Es waren keineswegs nur Kinder wohlhabender Kreise, die auf das Christianeum kamen. Den Anschluß an die zeitgenössische Bildung und Kultur suchten und fanden nicht nur diese. Aus mehreren Lebenläufen wird deutlich, daß die Begegnung mit der doch noch immer christlich geprägten Kultur manchen Juden in seinem Glauben unsicher machte und ihn zum Christentum übertreten ließ. Dies gilt vor allem für die erste Phase der Begegnung. Die Judenemanzipation verdient weitere Erforschung gerade unter dem Aspekt der Identitätswahrung, -findung und -krise, der eigenen und fremden Erwartungen und Verhaltensweisen. Wichtig ist in diesem Zusammenhang der Lebensweg des Altonaer Kaufmannssohnes Meyer Isak Schiff, der von 1797 bis 1802 das Christianeum besuchte. Danach brachte er die Behörden mit einem 1803 schließlich mit Vorbehalten genehmigten Gesuch in Verlegenheit, nach dem Studium als Advokat oder in einem anderen juristischen Beruf in den Herzogtümern tätig werden zu dürfen. 1810 wurde er als Sekretär beim Oberpräsidenten in Kiel eingestellt, später war er als angesehener Anwalt tätig. Mit königlicher Erlaubnis konnte er 1818 eine Mischehe eingehen unter der Bedingung, daß die Kinder protestantisch erzogen würden. Ein von ihm und seiner Frau gestellter Antrag auf ein gemeinschaftliches Begräbnis auf einem lutherischen Friedhof wurde 1834 abgelehnt. Der 1847 verstorbene Schiff war kein strenggläubiger Jude, trat aber andererseits nicht zum Christentum über. Es wäre gewiß lohnend, die Geschichte der Juden in Altona und der jüdischen Schüler auf dem Christianeum auch für das 19. und 20. Jahrhundert zu untersuchen.

Die Aufnahme der jüdischen Schüler im Christianeum ist nicht das einzige Beispiel für unvoreingenommene christlich-jüdische Begegnungen in Altona im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert. Im 1799 gegründeten Altonaischen Unterstützungs-Institut, in der 1812 gebildeten Schleswig-Holsteinischen Patriotischen Gesellschaft wirkten Angehörige aller in Altona vertretenen Konfessionen zusammen, um der Humanität und

Gemeinnützigkeit zu dienen. „Diese Pflicht", so schrieb der Schriftsteller Heinrich Wilhelm Lawätz 1799, „ist von allen Religionsverwandten und selbst von denen, die sich zu keinem Glaubenssysteme bekennen, sondern ihren eigenen, selbstgeformten Grundsätzen folgen, mit Bereitwilligkeit anerkannt – und folglich ein, von der ganzen Menschheit sanctioniertes Grundgesetz, dem auch ein jeder, der guter und ädler Empfindungen fähig ist, mit Freuden seine Ehrfurcht bezeigen und der er, ohne Weigerung huldigen wird." Durch die Aufklärung wurden die Grundlagen der modernen Gesellschaft geschaffen, gültige Grundwerte des Zusammenlebens in einer offenen und pluralistischen Sozietät in Theorie und Praxis entwickelt und zu realisieren gesucht. An der Aufklärung führt seither kein Weg vorbei, es sei denn – dies zeigen die Erfahrungen unseres Jahrhunderts nur zu deutlich – der in die Barbarei. Die Toleranzgesinnungen jenes kleinen Altonaer Kreises, der die Aufnahme der jüdischen Schüler durchsetzte, in einer Zeit, da Lessings „Nathan" nur von wenigen wirklich verstanden und ernstgenommen wurde, sollten nicht nur am Christianeum immer wieder wachgehalten werden. Sie gehören in die nicht allzu große Reihe der freiheitlichen Traditionen, die für den zweiten Versuch einer deutschen Demokratie ein wertvolles Kapital darstellen, wenn sie dazu beitragen, die Grundwerte der Vernunft, der Menschlichkeit und der Toleranz im täglichen Leben zu verwirklichen.

Quellen- und Literaturhinweise:

Die größtenteils ungedruckten Quellen im Archiv des Christianeums sind ausgewertet in Franklin Kopitzsch: Grundzüge einer Sozialgeschichte der Aufklärung in Hamburg und Altona. Phil. Diss. Hamburg 1978. Buchform 1982 in den „Beiträgen zur Geschichte Hamburgs". Diese Arbeit enthält detaillierte Hinweise auf Quellen und Literatur über die ersten jüdischen Schüler.

Grundlegende gedruckte Quellen:

Heinz Mosche Graupe (Hg.): Die Statuten der drei Gemeinden Altona, Hamburg und Wandsbek. Quellen zur jüdischen Gemeindeorganisation im 17. und 18. Jahrhundert. 2 Bde. Hamburg 1973. (= Hamburger Beiträge zur Geschichte der deutschen Juden, 3.)

Günter Marwedel (Hg.): Die Privilegien der Juden in Altona. Hamburg 1976. (= Hamburger Beiträge zur Geschichte der deutschen Juden, 5.)

Allgemein zur Geschichte der Konfessionen in Altona:

Johann Adrian Bolten: Historische Kirchen-Nachrichten von der Stadt Altona und deren verschiedenen Religions-Partheyen, von der Herrschaft Pinneberg und von der Grafschaft Ranzau. 2 Bde. Altona 1790–1791.

Erinnerungen von Schülern des Christianeums:

Salomon Maimon: Lebensgeschichte. Von ihm selbst geschrieben und hg. von K(arl) P(hilipp) Moritz. Nachdruck der Ausgabe Berlin 1792–1793. In: Ders.: Gesammelte Werke. Hg. von Valerio Verra. 1. Bd. Hildesheim 1965, S. 1–558.

G(eorg) F(riedrich) Schumacher: Genrebilder aus dem Leben eines siebenzigjährigen Schulmannes, ernsten und humoristischen Inhalts; oder Beiträge zur Geschichte der Sitten und des Geistes seiner Zeit. Schleswig 1841.

Salomon Ludwig Steinheim: Biographische Bruchstücke: Kindheitserinnerungen. In: Hans-Joachim Schoeps in Verb. mit Heinz Mosche Graupe und Gerd-Hesse Goeman (Hg.): Salomon Ludwig Steinheim zum Gedenken. Ein Sammelband. Leiden 1966, S. 179–222.

Literatur:

Zur Stadtgeschichte:

Heinz Ramm: Altona, Wandsbek und die südholsteinischen Randgebiete. In: Heimatchronik der Freien und Hansestadt Hamburg. Von Erich von Lehe, Heinz Ramm, Dietrich Kausche mit einem wirtschaftsgeschichtlichen Teil von Günther Jantzen und Rolf Wiemer. 2. Aufl. Köln 1967. (= Heimatchroniken der Städte und Kreise des Bundesgebietes, 36), S. 263–353.

Renate Klée Gobert unter Mitarbeit von Heinz Ramm: Die Bau- und Kunstdenkmale der Freien und Hansestadt Hamburg. Bd. 2: Altona. Elbvororte. 2. Aufl. Hamburg 1970.

Zur Geschichte der Juden in Altona:

Die Einleitungen von Graupe und Marwedel, Boltens Nachrichten (s. unter Quellen).

Bernhard Brilling: Der Hamburger Rabbinerstreit im 18. Jahrhundert. In: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte 55 (1969), S. 219–244.

Peter Freimark: Zum Verhältnis der Juden und Christen in Altona im 17./18. Jahrhundert. In: Theokratia, Jahrbuch des Institutum Judaicum Delitzschianum, 2 (1970–1972), Leiden 1973, S. 253–272.

Salomon Ludwig Steinheim. 100. Todestag. Gedenkfeier im Christianeum am 23. Mai 1966. Hamburg 1966. (= Christianeum, 22. Jahrgang, Heft 2.)

Zur Geschichte des Christianeums:

Hedwig Sturm: Das Altonaer Schulwesen bis zum Ende der dänischen Herrschaft, seine Entwicklung und seine Persönlichkeiten. In: Altonaische Zeitschrift für Geschichte und Heimatkunde 5 (1936), S. 1–183.

Heinz Schröder (Hg.): 200 Jahre Christianeum zu Altona 1738–1938. Hamburg-Altona 1938.

225 Jahre Christianeum. Hamburg 1963. (= Christianeum, 19. Jahrgang, Heft 2.)

Zum kulturellen Leben Altonas in der Zeit der Aufklärung:

Heinrich Lüdtke: Lessings Beziehungen zur Niederelbe mit Berücksichtigung Altonas 1729–1929. Altona 1920. (= Niederelbingen, 4.)

P(aul) T(heodor) Hoffmann: Politik und Geistesleben in Altona vom 17. bis 19. Jahrhundert. In: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte 39 (1940), S. 41–85.

Peter Freimark

D7 Juden auf dem Johanneum

Aus: 450 Jahre Gelehrtenschule des Johanneums zu Hamburg 1979. Hamburg: Gelehrtenschule des Johanneums 1979. S. 123–129, Anmerkungen S. 224–226.

Es ist vielfach in Vergessenheit geraten bzw. nicht genügend beachtet worden, daß eine Reihe der bedeutendsten Schüler des Johanneums Juden waren, denen seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts die Zulassung zu der Gelehrtenschule gestattet war. In den folgenden Ausführungen sollen – nach einigen allgemeinen Bemerkungen zur Relevanz von Bildung und Erziehung von Juden in der damaligen Zeit – einige dieser Schüler genannt und vorgestellt werden, auch das Problem der Anstellung jüdischer Lehrer am Johanneum ist in der gebotenen Kürze zu erörtern. Aus Platzgründen wird vorrangig die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts behandelt. Dieser Zeitraum ist allerdings nicht zufällig gewählt: Es läßt sich an ihm paradigmatisch aufzeigen, daß Juden nach dem Eintritt in die „bürgerliche Gesellschaft" innerhalb weniger Generationen durch Beteiligung am allgemeinen Bildungsleben bedeutsame und herausragende Leistungen zu vollbringen imstande waren. Diese Leistungen waren wichtige Beiträge zur sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung der Gesamtgesellschaft. Der Kampf um rechtliche Gleichstellung, um Emanzipation, und das Bemühen um soziale Integration standen in enger Korrelation zu besserer und „höherer" Bildung, ja setzten diese oft genug voraus.[1] Dies betraf nicht nur die jüdische Minderheit, sondern auch weite Kreise der Gesamtgesellschaft, die ja ebenfalls nicht emanzipiert waren und deren Forderungen nach Freiheit und Gleichheit gegenüber veralteten Herrschafts- und Ständestrukturen immer vornehmlicher wurden. Politische Emanzipation und soziale Integration – die beherrschenden Themen innerhalb der jüdischen Gemeinschaft in der ersten Jahrhunderthälfte – schienen in den sechziger Jahren erfolgreich zu verlaufen, bevor dann bald nach der Reichsgründung die Schatten drohenden Unheils in Gestalt des modernen Antisemitismus immer deutlicher sichtbar wurden.

Doch zurück zum eigentlichen Gegenstand. Zu Beginn des Jahrhunderts erfuhr das allgemeine Schulwesen – nicht zuletzt unter dem Einfluß der vorherrschenden neuhumanistischen Bildungstheorie – tiefgreifende Veränderungen. Auch das jüdische Schulwesen in Hamburg war hiervon nicht ausgenommen: Direkt und indirekt beeinflußt von den Ideen der Aufklärung – denen auf jüdischer Seite eine jüdische Aufklärung gefolgt war – wurden in der Stadt mit der größten jüdischen Gemeinschaft in Deutschland[2] zusätzlich zu den bestehenden traditionellen Privatschulen mehrere Gemeinschaftsschulen errichtet. Der „Unterrichts-Anstalt für arme israelitische Mädchen" von 1798 folgte die – orthodoxe – „Talmud Thora-Schule 1805".[3] 1815 war das Gründungsjahr der – liberalen – „Israelitischen Freischule",[4] die in enger Beziehung zu dem 1817 in Hamburg gegründeten „Neuen Israelitischen Tempelverein" stand. Die Curricula der Schulen, die überwiegend Freischulen waren, veränderten sich bald, „weltliche" Fächer traten zunehmend neben die traditionellen Disziplinen und verdrängten sie – wie im Falle der Freischule von 1815 – allmählich.[5] Eine Vielzahl von karitativen Vereinen und Stiftungen unterstützten unbemittelte Schüler.[6]

Der Besuch des Johanneums wurde für Juden erst möglich, nachdem Johannes Gurlitt[7] 1802 sein Amt als Rektor angetreten hatte. Hierdurch wurde nachvollzogen, was bereits zuvor auf den beiden anderen akademischen Institutionen im Hamburger Raum durchge-

führt worden war: Die königliche Gelehrtenschule, das Christianeum, im dänischen Altona hatte bereits 1778 den ersten jüdischen Schüler aufgenommen,[8] und in der Matrikel des Akademischen Gymnasiums ist der erste jüdische Schüler 1789 nachgewiesen.[9] Solange das Scholarchat – zur damaligen Zeit bestehend aus 5 Hauptpastoren, 5 Ratsherren und 15 Oberalten – als Aufsichtsgremium für das Johanneum in der Führung der Schule dominierte, war an eine Öffnung für jüdische Schüler nicht zu denken. Erst das energische Vorgehen Gurlitts, der auch in seiner sonstigen pädagogischen Arbeit mutig neue Wege beschritt,[10] die eingeleiteten Reformen und die 1803 erfolgte Einrichtung der Schuldeputation – bestehend aus 2 Pastoren, 2 Ratsherren und 2 Oberalten –, die mit dem Rektor „die geringeren Schulangelegenheiten"[11] zu regeln hatte, ermöglichten Juden den Zugang zum Johanneum.[12] Im Vergleich zu anderen Gymnasien in Deutschland, die Juden noch in den zwanziger Jahren des 19. Jahrhunderts die Aufnahme verweigerten, liegt der Beginn der Zulassung von Juden zum Johanneum noch recht früh, wobei generell zu berücksichtigten ist, daß Juden leichter Zugang zu Universitäten als zu Gymnasien erhielten.[13] Von jüdischer Seite hat man Gurlitt wegen seiner toleranten Grundhaltung und seines Einsatzes wiederholt anerkennend gewürdigt,[14] gelegentlich werden auch persönliche Einzelheiten erwähnt.[15]

Zu den berühmtesten Schülern zählt David Mendel (Album Johannei, Nr. 98), der 1803 aus Göttingen an das Johanneum kam und von Gurlitt vielfältige Förderung erfuhr. Mendel hielt 1805 beim Abgang von der Schule eine Rede mit dem Thema De Judaeis optima conditione in civitatem recipiendis, in der er sich lebhaft für die Gleichstellung seiner Glaubensgenossen einsetzte.[16] Gurlitt hat diese Rede und die von Karl Sieveking im Schulprogramm dieses Jahres veröffentlichen lassen.[17] In einem „Anhange über das Bürgerrecht der Juden" macht er deutlich, daß Mendels Überzeugungen auch seine eigenen waren: „Der Inhalt dieser Rede ist meinen eigenen Grundsätzen über die allen Völkern und Religionsverwandten gleichmäßig zukommenden Menschen- und Bürgerrechte, bei gleicher Erfüllung der dagegen obliegenden Pflichten, gemäß." Und weiter: „Den Juden gebühret das unbeschränkte Bürgerrecht, sobald sie sich anheischig machen, alle Bürgerlasten zu tragen und alle Bürgerpflichten ohne alle von ihren Religionsgesetzen vorgeschriebenen Ausnahmen zu erfüllen."[18] Mendel ließ sich 1806 in der Katharinenkirche taufen und nahm den Namen Johann August Wilhelm Neander an. Er studierte Theologie, erhielt 1813 einen Lehrstuhl in Berlin und gilt als einer der führenden evangelischen Kirchenhistoriker des 19. Jahrhunderts.[19]

Unter Gurlitt besuchten auch Gabriel Riesser (Nr. 1388) und der 1808 getaufte Johann Gustav Wilhelm Moritz Heckscher (Nr. 722) das Johanneum. Beide waren später Mitglieder der Frankfurter Nationalversammlung. Riesser, der Vorkämpfer für die Emanzipation der Juden in Deutschland, gehörte der Kaiserdeputation an und wurde 1860 zum Richter in das Obergericht Hamburg gewählt; er war damit der erste jüdische Richter in Deutschland.[20] Heckscher übernahm 1848 in Frankfurt das Reichsministerium für Justiz, später wurde er noch Außenminister.[21]

Der spätere Bibliothekar der Stadtbibliothek Hamburg, Meyer Isler (Nr. 1491), zählte ebenfalls zu den Schülern Gurlitts.[22]

Auch nach dem Jahre 1827, in dem Gurlitt starb, findet sich eine Vielzahl bekannter Namen in der Matrikel der Gelehrtenschule. Anton Rée (Nr. 2179) war von 1848 bis zu seinem Tode 1891 Direktor der Freischule von 1815, die er zu einer Simultanschule für Juden und Christen machte. Als Mitglied der Konstituante, der Bürgerschaft und des Reichstags setzte er sich in vorbildlichem Einsatz für die Einführung der allgemeinen Volksschule in Hamburg ein.[23] Der Jurist Isaac Wolffson (Nr. 2146), der erste Vorsitzende der hanseatischen Anwaltskammer (1879–1895), war 30 Jahre Mitglied der Bürgerschaft

und vertrat Hamburg 10 Jahre im Deutschen Reichstag. Anzuführen sind weiter der Dermatologe Paul Gerson Unna (Nr. 3846) und der Altphilologe Jacob Bernays (Nr. 2928), der als Oberbibliothekar (Direktor) an der Universitätsbibliothek Bonn tätig war und an der dortigen Universität als Außerordentlicher Professor wirkte. Bernays war der Sohn des „Chacham" Isaac Bernays, des Mitbegründers der jüdischen Neo-Orthodoxie, der als Ephorus der Talmud Thora-Schule seinen Sohn zum Johanneum schickte.[24)]

Aus der Familie Warburg sind im Album Johannei allein 14 Schüler aufgeführt. Hierunter befindet sich auch der berühmte Kunsthistoriker Aby M. Warburg (Nr. 5877), der 1886 auf dem Johanneum das Abitur ablegte.[25)] Carl Melchior (Nr. 5518) war während der Weimarer Republik als Finanzexperte Berater der Reichsregierung auf verschiedenen Reparationskonferenzen.[26)] Schließlich sei zum Abschluß dieser Namensliste noch an den angesehenen Historiker Hans Liebeschütz (Nr. 7578, Abitur 1912) erinnert, der im November 1978 bei Liverpool gestorben ist.

Soviel zu Juden, die als Schüler das Johanneum besuchten. Wie sah das hingegen mit Juden aus, die als Lehrer an dieser Schule tätig sein wollten?

Ein Vorgang, dessen Unterlagen so weit vorhanden sind, daß der Ablauf ziemlich gut rekonstruierbar ist, läßt erkennen, daß in diesem Bereich das Johanneum bzw. die ihm übergeordneten Gremien überaus restriktiv verfuhren.[27)]

Dr. phil. Marcus Maas (Nr. 2471), der von 1833 bis 1840 das Johanneum und das Akademische Gymnasium besucht hatte[28)] und nach Abschluß seines Studiums jahrelang als Privatlehrer tätig gewesen war, stellte nach der 1849 erreichten Emanzipation der Juden in Hamburg Ende 1851 bei der Schuldeputation den Antrag, zum Schulamtskandidaten-Examen für die Gelehrtenschule des Johanneums zugelassen zu werden. Er konnte sich hierbei auf § 1 des „Reglements für die Prüfung der Schulamts-Candidaten" in der vom Nachfolger Gurlitts, Friedrich Karl Kraft, am 20.3.1829 erlassenen Fassung stützen, in der es hieß: „Jeder junge Mann, der nach beendigtem akademischen Cursus an dem Johanneum als Unterlehrer angestellt zu werden wünscht, muß sich zuvor einer Prüfung vor der Hochlöbl. Schuldeputation unterwerfen."[29)] Am 13.12.1851 reicht die Schuldeputation das Gesuch an das Scholarchat weiter. Maas wendet sich Anfang Februar 1852 noch einmal direkt an das Scholarchat und bittet mit Schreiben vom 10.2.1852 Senator Hudtwalcker in seiner Eigenschaft als Mitglied der Deputation um positive Einflußnahme. Am 9.2.1852 lehnt das Scholarchat das Gesuch ab. Daraufhin richtet Maas am 10.3.1852 eine Supplik an „Einen Hochedlen und Hochweisen Rath", in der er auf 19 Seiten noch einmal sein Anliegen ausführlich darlegt. Der Rat übergibt die Supplik dem Protoscholarchen Senator Heinrich Johann Merck, der am 19.3.1852 das Gesuch endgültig abschlägig bescheidet. Maas hatte wiederholt unter Hinweis auf an der Talmud Thora-Schule beschäftigte christliche Lehrer vorgetragen, daß er das Prädikat eines Schulamtskandidaten zunächst nur als „officielle Empfehlung" für seine Tätigkeit als Privatlehrer benutzen wolle. In der abschließenden Stellungnahme von Senator Merck wird betont, daß das Johanneum als eine „evangelisch-lutherische Schule" gestiftet worden sei, „der Vorstand kann daher auch keine andere als christliche Lehrer ohne eine höhere Bestimmung anstellen".

Merck fährt fort und enthüllt damit einen persönlichen Grund, der ihn zur Ablehnung geführt hat: „Ich bin aber überzeugt, wenn er nur erst ein solches Examen gemacht hat, so würde er auch die Behörden bei der ersten Vacanz überlaufen, denn die Juden sind mit dem bereits Erlangten nicht zufrieden, deswegen kann ich mich auch nur wiederholt für die Abweisung erklären." Dem Vorgang ist ein Auszug aus einem Protokoll der Sitzung der Schuldeputation vom 29.8.1833 beigefügt, aus dem hervorgeht, daß seinerzeit „der Dr. Isler, ein Israelit" für das Schulexamen „nicht für zulassungsfähig" erklärt

wurde. Meyer Isler wurde, wie wir bereits wissen, später Bibliothekar an der Stadtbibliothek Hamburg.

Anders als jüdische Schulen, die für bestimmte Fächer christliche Lehrer aufgenommen hatten,[30] und auch als das Akademische Gymnasium, welches Dr. Meyer Isler die Lehrtätigkeit seit 1849 gestattete[31] und Dr. Anton Rée 1850 in einem „wissenschaftlichen Cursus" für 18 angehende Volksschullehrer über deutsche Grammatik lesen ließ,[32] lehnten Scholarchat und Johanneum die Aufnahme jüdischer Lehrer in das Kollegium ab.[33] Erst 20 Jahre später läßt sich der erste jüdische Lehrer am Johanneum nachweisen, dem allerdings kein langes Bleiben beschieden war.

Dr. Adolf Wohlwill (Nr. 3509),[34] der Sohn des jüdischen Pädagogen Immanuel Wohlwill, hatte nach Abschluß seiner Studien in Heidelberg und Göttingen seit 1867 am Akademischen Gymnasium gelehrt. Auf Vorschlag von Direktor Johannes Classen hatte die für das Johanneum nun zuständige Sektion der Oberschulbehörde am 8.2.1873 beschlossen, „den Unterricht Herrn Dr. Wohlwill zu übertragen."[35] Wohlwill tritt sein neues Amt Ostern 1873 an und wird Hilfslehrer für Geschichte. Bereits zu Michaelis 1874 scheidet er wieder aus. Die Gründe hierfür lassen sich an Hand eines Schreibens von Wohlwill an den seit Ostern 1874 amtierenden neuen Direktor Richard Hoche erkennen. Hoche muß in einem Brief – der sich nicht bei den Akten befindet – Wohlwill nahegelegt haben, zusätzlich zur Geschichte andere Fächer zu unterrichten oder die Schule zu verlassen. Wohlwill unterstreicht in seiner Antwort, daß er Historiker bleiben wolle, um „nicht meine Kräfte durch Hinwendung auf das philologische Gebiet in bedenklicher Weise zu zersplittern". Er führt weiter aus: „Die Hoffnung, in welcher befangen ich auf Wunsch des Herrn Dir. Claßen meine Wirksamkeit an der Gelehrtenschule begann, die Aussicht, einen nachhaltigen Einfluß auf die historische Bildung unserer studierenden Jugend auszuüben, würde nach Ihrer Erklärung – selbst wenn ich ein Staatsexamen absolvierte – in dem Sinne, wie ich es mir vor gestellt hatte, schwerlich in Erfüllung gehen. Es liegt daher die Notwendigkeit vor, von der Anstalt, an der ich bisher mit so großer Freude thätig gewesen bin, mich dauernd zu trennen." Wohlwill kehrt an das Akademische Gymnasium zurück, hält auch nach dessen Auflösung 1883 Vorlesungen ab und hat sich in der Erforschung der Geschichte der Stadt Hamburg einen bedeutenden Namen gemacht.[36]

Als Kandidat im Anleitungsjahr ist Dr. Hans Neufeld,[37] geb. 1886 und getauft 1893, Schüler des Wilhelm-Gymnasiums, vom 30.3.1910 bis zum 12.10.1910 als Lehrer am Johanneum tätig gewesen. Im Lehrer-Album findet sich in der Spalte „Bemerkungen" eine mit Bleistift geschriebene Notiz „† im K.Z. Theresienstadt 1944".

Die kurze Zeit der Anstellung Wohlwills als Lehrer und die Tatsache, daß danach kein jüdischer Lehrer im Kollegium nachgewiesen werden kann, ist wohl nur teilweise als Resultat der „Verpreußung" der Anstalt durch Richard Hoche zu erklären. Abgesehen von Dr. A. Fels, der am Realgymnasium des Johanneums von 1873–1884 als Oberlehrer und von 1884–1895 als Professor amtierte,[38] gab es nämlich bis zum Jahre 1912 überhaupt keinen jüdischen – und katholischen – Oberlehrer in Hamburg. Der Oberschulbehörde wurden dieserhalb in der Öffentlichkeit Vorwürfe gemacht, in die sich auch die Ortsgruppe Hamburg-Altona des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens einschaltete. Die Oberschulbehörde verteidigte sich mit dem Argument, es hätten sich keine geeigneten Bewerber gemeldet. Heftig debattiert wurde dieser Sachverhalt in den Sitzungen der Bürgerschaft vom 17. und 24.4.1912. Wenig später verabschiedete der Zentralausschuß Hamburger Bürgervereine eine Entschließung, in der die Oberschulbehörde aufgefordert wurde, katholische und jüdische Bewerber nicht auszuschließen.[39]

Wenn auch in der Frage der Zulassung jüdischer Lehrer am Johanneum bei der Ober-

schulbehörde scholarchale Traditionen weitergewirkt haben mögen, der Zuspruch jüdischer Schüler blieb davon unbelastet. An Hand der von Hoche in den Schulprogrammen eingeführten Rubrik „Statistisches" und der Jahresberichte der Oberschulbehörde lassen sich interessante Feststellungen treffen. Die Zahl der jüdischen Schüler am Johanneum sank seit den siebziger Jahren kontinuierlich, und zwar von 14,5 % 1874/75 auf 12,8 % 1880/81 und von 10,63 % 1890/91 auf 3,2 % 1900/01. Der Grund liegt vor allem darin, daß 1881 das Wilhelm-Gymnasium gegründet wurde, dessen neues Gebäude 1885 an der Moorweide, in unmittelbar Nähe der neuen jüdischen Wohngebiete am Rothenbaum und in Harvestehude, eröffnet wurde. Der Prozentsatz jüdischer Schüler schnellte dort nach oben, er betrug im Jahre 1900/01 29,8 %.

Die in den obigen Ausführungen verschiedentlich in unterschiedlichen Sachzusammenhängen erwähnten Namen bezeugen, daß etliche der jüdischen Schüler des Johanneums – auch wenn sie nicht wie Isler, Maas und Wohlwill (vergeblich) um eine Anstellung als Lehrer nachsuchten – in ihrer pädagogischen und wissenschaftlichen Tätigkeit den Zielen der Schule verbunden geblieben sind. Zumindest in weiten Teilen war im Bildungs- und Erziehungswesen in Hamburg im 19. Jahrhundert die Integration der Juden erreicht. Obwohl ein gutentwickeltes jüdisches Erziehungswesen zur Verfügung stand, das sich institutionell und curricular Neuerungen nicht verschloß, wandten sich Juden verstärkt den öffentlichen Gymnasien zu, da diese in besonderer Weise als Stätten der Bildung angesehen wurden und der erfolgreiche Abschluß einer gymnasialen Ausbildung in den meisten Fällen als Grundlage für den sozialen Aufstieg galt. Die tiefgreifenden Veränderungen in der Sozialstruktur der jüdischen Minderheit in Deutschland sind auch unter diesem Gesichtspunkt zu betrachten und zu bewerten.

Die Leistungen und Verdienste jüdischer Schüler des Johanneums sind beeindruckend und aller Ehren wert. Die Schule und wir alle sollten sie nicht vergessen.

Anmerkungen

[1] Vgl. R. Vierhaus, Bildung, in: Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, hrsg. von O. Brunner, W. Conze und R. Koselleck, Bd. 1, Stuttgart 1972, S. 532.

[2] H. Krohn, Die Juden in Hamburg 1800-1850. Ihre soziale, kulturelle und politische Entwicklung während der Emanzipationszeit (Hamburger Studien zur neueren Geschichte, Bd. 9), Frankfurt a.M., 1967, S. 9.

[3] Vgl. J. Goldschmidt, Geschichte der Talmud Thora-Realschule in Hamburg. Festschrift zur Hundertjahrfeier der Anstalt. 1805–1905, Hamburg 1905.

[4] Vgl. E. Müller, Geschichte der Stiftungsschule von 1815 zu Hamburg. Festschrift zum 100jährigen Bestehen der Schule, Hamburg 1915.

[5] Einen ersten Überblick über das jüdische Schulwesen in Hamburg im 19. Jahrhundert gibt H. Krohn, a.a.O. (Anm. 2), S. 28–31, und dies., in: Die Juden in Hamburg. Die politische, soziale und kulturelle Entwicklung einer jüdischen Großstadtgemeinde nach der Emanzipation. 1848–1918 (Hamburger Beiträge zur Geschichte der deutschen Juden, Bd. 4) Hamburg 1974, S. 142–162.

[6] Vgl. L. Dukes, Übersicht aller wohltätigen Anstalten und Vereine so wie auch aller milden Stiftungen der deutsch- und der portugiesisch-israelitischen Gemeinde in Hamburg, nebst Tabellen, Hamburg 1841.

[7] Zu Gurlitt vgl. H. Oppermann, Johannes Gurlitt (1754–1827), Hamburg 1962; zur allgemeinen Situation vgl. K. D. Möller, Beiträge zur Geschichte des kirchlichen und religiösen Lebens in Hamburg in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts, in: ZHG 27 (1926), S. 1–129.

[8] Vgl. F. Kopitzsch, Die Sozialgeschichte der deutschen Aufklärung als Forschungsaufgabe, in: ders. (Hrsg.), Aufklärung, Absolutismus und Bürgertum in Deutschland, München 1976, S. 92f.; ders. Die jüdischen Schüler des Christianeums im Zeitalter der Aufklärung – ein Kapitel aus der Geschichte der Juden in Altona, in: Christianeum 33 (1978), H. 2, S. 19–28. Zwischen 1778 und 1815 besuchten 110 jüdische Schüler das Christianeum, darunter Salomon Maimon und Salomon Ludwig Steinheim.

[9] C. H. W. Sillem, Die Matrikel des Akademischen Gymnasiums in Hamburg 1613–1883, Hamburg 1891, Nr. 3039 Joseph Samuel Heckscher. Von 1800 bis 1810 studierten dort 6 andere Juden. – Als Nr. 59 und 60 sind unter dem 28.6.1615 die beiden sephardischen Juden Andreas und Benedictus de Castro eingetragen.

[10] Das von ihm eingeführte System der Fach- und Leistungsklassen entsprach weitgehend der heute in der Gesamtschule geübten Praxis. Vgl. hierzu H. Oppermann, Reformfreudiges Johanneum. Schulreform schon vor 160 Jahren, in: Das Johanneum, Neue Folge Heft 75 (Januar 1969), S. 6–7. Gurlitts Nachfolger Friedrich Karl Kraft führte das alte Klassensystem wieder ein.

[11] Vgl. E. Ph. L. Calmberg, Geschichte des Johanneums zu Hamburg, Hamburg 1829, S. 283.

[12] Der Besuch des Johanneums in der Zeit davor setzte die Taufe voraus. Bekannt geworden ist der Fall des Jacob Heinrich Breckwold, der, aus Ungarn stammend, sich 1769 in der Jacobi-Kirche taufen ließ und dann bis 1772 am Johanneum studierte. Beim Abgang hielt er eine „Rede von seinen Schicksalen vor dem Bekenntnisse der christlichen Religion", die auch gedruckt wurde (o.O.o.J., [Hamburg 1772]). Über Breckwold berichtet ausführlich der Rektor J. M. Müller, Historischer Beweis, daß das Johanneum in Hamburgs Wohl und Ruhm einen großen Einfluß gehabt habe und noch habe, Hamburg 1781, S. 45. Seine Angaben finden sich auch großenteils bei H. Schröder, Lexikon der hamburgischen Schriftsteller, Bd. 1, Hamburg 1851, S. 384f., Nr. 445. – Den Hinweis auf Breckwold verdanke ich Franklin Kopitzsch. – H. Harms ist in seinem Werk Hamburg und die Mission zu Beginn des 19. Jahrhunderts, Kirchlich-missionarische Vereine 1814 bis 1836 (Arbeiten zur Kirchengeschichte Hamburgs, Bd. 12), Hamburg 1973, zu dem Urteil gekommen, daß es in dem damaligen Zeitraum eine einheimische Judenmission nicht gegeben habe, daß aber ausländische Gesellschaften missionierten (S. 184–190).

[13] J. Toury, Der Eintritt der Juden ins deutsche Bürgertum, in: H. Liebeschütz/A. Paucker (Hrsg.), Das Judentum in der Deutschen Umwelt (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts, Bd. 35), Tübingen 1977, S. 180. Vgl. auch M. Richarz, Der Eintritt der Juden in die akademischen Berufe. Jüdische Studenten und Akademiker in Deutschland 1678–1848 (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts, Bd. 28), Tübingen 1974.

[14] Vgl. M. M. Haarbleicher, Zwei Epochen aus der Geschichte der Deutsch-Israelitischen Gemeinde in Hamburg, Hamburg 1867, 2. Ausgabe unter dem Titel: Aus der Geschichte der Deutsch-Israelitischen Gemeinde in Hamburg, Hamburg 1886, S. 37: „Den Widerstand der christlichen Geistlichkeit gegen die Aufnahme jüdischer Knaben in das Johanneum hatte schon früher der berühmte Gurlitt völlig gebrochen."

[15] Vgl. etwa den Prediger am Tempel Gotthold Salomon (in: Mose, der Mann Gottes. Ein heiliges Lebensgemählde. In Ein und zwanzig Kanzelvorträgen gehalten im Neuen Israelitischen Tempel zu Hamburg, Hamburg 1835, S. IX, Anm.:): „Der selige Dr. Gurlitt steht mir hier vor Auge, der, so oft er einen Prediger hörte, der viel nichtssagende Worte und Declamationen und O! und Ach! für hohe Salbung hielt, ironisch-lächend ausrief: ‚Herr Gott!! der hat – Schmiere!'."

[16] Vgl. hierzu die Ausführungen von H. Liebeschütz, Das Judentum im deutschen Geschichtsbild von Hegel bis Max Weber (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts, Bd. 17), Tübingen 1967, S. 92–96.

[17] Zu der Reaktion in der Öffentlichkeit, die sich in öffentlichen Angriffen und anonymen Zuschriften niederschlug, vgl. R. Hoche, Beiträge zur Geschichte der St. Johannis-Schule in Hamburg, II. Die Reformverhandlungen und die Direction Johannes Gurlitt's, Hamburg 1878, S. 43f.

[18] Zu dem tiefen Einschnitt, den die Aufnahme jüdischer Schüler für die Konzeption des Johanneums bedeutete, vgl. D. Klemenz, Der Religionsunterricht in Hamburg von der Kirchenordnung von 1529 bis zum staatlichen Unterrichtsgesetz von 1870 (Beiträge zur Geschichte Hamburgs, hrsg. vom Verein für Hamburgische Geschichte, Bd. 5), Hamburg 1971, S. 145.

[19] Vgl. E. Kelter, Hamburg und sein Johanneum im Wandel der Jahrhunderte 1529–1929, Hamburg 1928, S. 120 ff. u. [3]RGG, Bd. IV, Sp. 1388 f. – Wichtig aus der älteren Literatur: A. von Harnack, Reden und Aufsätze. Bd., 1, [2]Gieszen 1906, S. 193–218. (Rede bei der Feier zum hundertjährigen Gedächtnis der Geburt August Neanders, gehalten in der Aula der Königlichen Friedrich-Wilhelms-Universität in Berlin am 17. Januar 1889); K. Th. Schneider, August Neander. Beiträge zu seinem Leben und Wirken, Schleswig 1894; Realencyclopädie für protestantische Theologie und Kirche, Bd. 13, [3]Leipzig 1903, S. 679–687.

[20] Gabriel Riesser's Gesammelte Schriften, hrsg. im Auftrage des Comité der Riesser-Stiftung von M. Isler, 4 Bde., Frankfurt a.M. – Leipzig 1867–1868; Bd. 1 enthält Gabriel Riesser's Leben nebst Mitteilungen aus seinen Briefen, verfaßt von M. Isler. Vgl. auch zuletzt M. Zimmermann, Hamburgischer Patriotismus und deutscher Nationalismus. Die Emanzipation der Juden in Hamburg 1830–1865 (Hamburger Beiträge zur Geschichte der deutschen Juden, Bd. 6), Hamburg 1979, Reg. s.v.

[21] Vgl. J. Toury, Die politischen Orientierungen der Juden in Deutschland von Jena bis Weimar (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts, Bd. 15), Tübingen 1966, S. 62–65.

[22] Vgl. Erinnerungen des Hamburger Bibliothekars Meyer Isler (1807–1888), hrsg. von Erich Zimmermann, in: ZHG 47 (1961), S. 45–86.

[23] J. Feiner, Dr. Anton Rée, ein Kämpfer für Fortschritt und Recht, Hamburg 1916. Zu Rées Eintreten für die allgemeine Volksschule vgl. Th. Blinckmann, Die öffentliche Volksschule in Hamburg in ihrer geschichtlichen Entwicklung, Hamburg 1930, S. 40–75. Vgl. auch H. Oppermann, Vergessene Johanniter, Anton Rée (abit. Joh. 1835), in: Das Johanneum, Jahrgang 1971, Heft 2, S. 28–30.

[24] Vgl. H. I. Bach, Jacoby Bernays. Ein Beitrag zur Emanzipationsgeschichte der Juden und zur Geschichte des deutschen Geistes im neunzehnten Jahrhundert (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts, Bd. 30), Tübingen 1974.

[25] Vgl. E. H. Gombrich, Aby Warburg. An Intellectual Biography, London 1970.

[26] Vgl. E. Rosenbaum/A. J. Sherman, Das Bankhaus M. M. Warburg & Co. 1798–1938, Hamburg 1976, Rg. s. v.

[27] Staatsarchiv Hamburg SA CI VII Lit. Lb. No. 18, Vol. 7a Fasc. 13, Beilagen.

[28] Sillem a.a.O. (Anm. 9), Nr. 3549. – Aus dem Verzeichnis der im Wissenschaftlichen Verein von 1817 gelieferten Aufsätze und ihrer Beurteiler nebst einem Mitgliederverzeichnis 1817–1903, Hamburg (1903), geht hervor, daß Maas zwischen 1839 und 1841 9 Aufsätze verfaßt hat.

[29] Archiv Johannei, Acta betr. die Prüfungen der Schulamtcandidaten D VIII.

[30] Vgl. M. Eliav, Jewish Education in Germany in the Period of Enlightenment and Emancipation (hebr.), Jerusalem 1960, S. 232–235 und J. Bleich, Jacob Ettlinger, His Life and Works: the Emergence of Modern Orthodoxy in Germany, New York University, Ph. D., 1974, S. 263 f.

[31] Verzeichnis der öffentlichen und Privat-Vorlesungen, welche am Hamburgischen akademischen Gymnasium von Ostern 1849 bis Ostern 1850 gehalten wurden, Hamburg 1849, S. 54.

[32] Verzeichnis ..., Hamburg 1850, S. II.

[33] Das Johanneum stand in seiner ablehnenden Haltung nicht allein. 1859/60 entzündete sich ein heftiger öffentlicher Streit, als ein jüdischer Lehrer in die „Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesen" aufgenommen werden wollte. Der Vorstand änderte die Satzung ab und verhinderte die Aufnahme. Vgl. H. Stoll, Geschichte der Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesen in Hamburg. Festschrift zur Hundertjahrfeier 1805–1905, Hamburg (1905), S. 102–111 und E. H. Wichmann, Die Aufnahme jüdischer Lehrer in christlichen Lehrervereinen, Altona 1860.

[34] Archiv Johannei, Lehrer-Album von 1802 an, Nr. 143.

[35] Archiv Johannei, Acta der wissenschaftlichen Hilfslehrer und Probecandidaten D XVIa.

[36] In der Personalakte des Professors Dr. Adolph Benjamin Wohlwill, Staatsarchiv Hamburg, Hochschulwesen – Dozenten – und Personalakten I 93, Oberschulbehörde, Sektion I, finden sich leider keine weiteren Unterlagen zum Ausscheiden Wohlwills.

[37] Archiv Johannei, Lehrer-Album von 1802 an, Nr. 291.

[38] Realgymnasium des Johanneums Hamburg. Festschrift zur Einweihung des neues Schulgeländes an der Armgartstraße am 13. Oktober 1905, Hamburg 1905, Lehrerverzeichnis Nr. 8.

[39] Staatsarchiv Hamburg, Oberschulbehörde V, Nr. 811 d.

Allen DESERTEURS, Bettel-Juden / Bettlern / und Landstreichern / so sich über Verhoffen in der Stadt HAMBURG Ländereyen befinden / oder hinkünfftig selbe berühren möchten / wird hiemit bedeutet / ohngesäumt sich fortzupacken / massen dieselbe / falls sie sich betreten lassen solten / mit Staupenschlag gestraffet werden sollen. Und wird denen Voigten und Haupt-Leuten dergleichen Gesindel so fort beym Kopff nehmen zu lassen anbefohlen. Actum & Decretum in Senatu publicatumque sub Signeto d. 23. Aug. Anno 1715.

L S

(Institut für die Geschichte der Juden)



Boykottposten in der Grindelallee am 1.4.1933, Original bei Werner Skrentny

Peter Freimark

D8 Die Aufnahme jüdischer Lehrer in die „Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens"

Aus: GEW Landesverband Hamburg (Hg.): 175 Jahre Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens. Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Landesverband Hamburg. Hamburg: Verlag Erziehung und Wissenschaft (1981), S. 49–67.

Im Herbst des Jahres 1859, in einer Zeit, in der in Hamburg die Vorbereitungen zur Wahl der ersten repräsentativen Bürgerschaft anliefen[1] und die Stadt im Verlauf der Schiller-Feiern am 10. November von einer Woge der nationalen Begeisterung erfaßt wurde, beschäftigte die Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens eine Auseinandersetzung, deren Ablauf und Ergebnisse auch in einer breiteren Öffentlichkeit mit Spannung verfolgt wurden. Nicht nur in den Gremien der Gesellschaft, auch in vielen Einzelveröffentlichungen, in Berichten in der Tagespresse und in Leserbriefen wurde die Aufnahme des ersten Juden als aktives Mitglied diskutiert, wobei die Leidenschaften in den ersten Monaten des Jahres 1860 eher noch zunahmen. Die Wichtigkeit dieses Ereignisses zeigt sich auch darin, daß in keiner der nach 1860 erschienenen Festschriften eine – zumeist kurze – Behandlung dieser Thematik gefehlt hat.[2] Es erscheint deshalb angebracht, in der Festschrift zum 175-jährigen Bestehen der Gesellschaft eine ausführliche Darstellung der Geschehnisse folgen zu lassen. Diese Geschehnisse verdeutlichen nicht nur das Eigenverständnis der Gesellschaft in einer konkreten Situation, sie bieten ebenfalls ein nachdenklich stimmendes Lehrstück für den Umgang mit Minderheiten und Andersdenkenden, legen zugleich aber auch Zeugnis ab für den mutigen Einsatz etlicher Mitglieder, die sich den Prinzipien der Toleranz und Kollegialität verpflichtet wußten. Einsatz und Engagement dieser Männer verdienen noch heute unseren Respekt.[3]

Mit der im Januar 1857 durchgeführten Wahl von Peter Otto Heinrich Pepper zum Proponenten (Vorsitzenden) der Gesellschaft hatte sich in überzeugender Weise der konservative Flügel durchgesetzt. Die Liberalen um Theodor Hoffmann, Johannes Halben, Dr. Wichard Lange und Ernst Heinrich Wichmann hatten die Niederlage hingenommen, sie besaßen jedoch im 1825 gegründeten Schulwissenschaftlichen Bildungsverein eine feste Bastion und verfügten mit dem 1850 gegründeten Hamburger Schulblatt über ein wichtiges Organ zur Propagierung von schulischen Reformen.[4]

Versuche einer engeren Zusammenarbeit zwischen beiden Vereinen führten 1858 zur Einsetzung einer Kommission, deren Vorschläge später allerdings von der Gesellschaft abgelehnt wurden. Nicht von ungefähr hatte der Schulwissenschaftliche Bildungsverein als einen seiner 4 Vertreter einen Juden in die gemischte Kommission delegiert, nämlich Dr. Anton Rée, den Direktor der Israelitischen Stiftungsschule von 1815, einen überzeugten Liberalen, Mitglied der Konstituante und später der Bürgerschaft und des Reichstags.[5] Die Spannungen hielten auch in den folgenden Monaten an, in ihrem Mittelpunkt standen Fragen der gleichzeitigen Übernahme von Vorstandsposten in den beiden Lehrervereinen.

Im April 1859 schlägt Johannes Halben dem Proponenten Pepper die Aufnahme der Herren Lemmel und Martin Meyer[6] als aktive Mitglieder der Gesellschaft vor. Pepper

antwortet in einem Schreiben: „Bevor jedoch in der Johannis Deliberations-Versammlung die Wahl vor sich gehen kann, muß ich, den Gesetzen zufolge, den Beamten die Bestallung oder Concession jener Herren Lemmel und M. Meyer vorlegen; – es geht daher meine Bitte an Sie, es gefälligst vermitteln zu wollen, daß mir jene Dokumente kurz vor Johannis auf einige Tage zu Händen kommen".[7)]

In der Beamten-Conferenz vom 23.6.1859 wird festgestellt, daß Lemmel und einige neue Mitgliedswillige „ohne Weiteres zur Ballotage" (Auskugelung, Wahl) kommen können, zu Martin Meyer heißt es im Protokoll: „Herr Meyer, Lehrer der Armenanstalt muß, den Gesetzen zufolge, noch bis Michaelis d.J. warten, und über die Zulassung der Herren Schmidt und M. Meyer erhoben sich Bedenken ... Herr M. Meyer ist *Jude*; zwar untersagt das Gesetz die Aufnahme von Juden *nicht*, aber viele Mitglieder der Beamten-Conferenz hielten und halten die Aufnahme von jüdischen Lehrern *bedenklich*, wenn nicht selbst *gefährlich*. Nach stattgefundener Discussion wurde durch große Stimmenmehrheit (12 gegen 3) beschlossen, vor Abstimmung über obige 6 Angemeldeten eine *Änderung* des § 7 unserer Gesetze zu beantragen, dahin lautend „zu activen Mitgliedern können aufgenommen werden: alle bestallten oder concessionierten christlichen (Zusatz) Schullehrer Hamburg's, und Wort *Altona* weglassen. (Zusatz). Es können Lehrer Hamburgs u.a.O. jeder Confession als Mitglieder der literarischen Versammlungen aufgenommen werden, gegen Erlegung der § 86 bestimmten Beiträge; – jedoch *ohne Stimmberechtigung* in den Deliberationsversammlungen".[8)]

Die vorgeschlagene Satzungsänderung und die Aufnahme des jüdischen Lehrers Martin Meyer stehen auf der Deliberationsversammlung vom 29.6.1859 im Mittelpunkt der Diskussion. Nach dem Protokoll führt Pepper hierzu aus: „Ein anderer der vorgeschlagenen Herren Martin Meyer sei jüdischer Religion. Seine Aufnahme in die Gesellschaft sei im Interesse der Gesellschaft noch auf das Ernstlichste zu überlegen. Nach dem Wortlaute dürfe derselbe allerdings in die Gesellschaft eintreten, indeß sei bei der Gründung der Gesellschaft sicher nur an christliche Lehrer gedacht worden. Die Gesellschaft müsse sich über Natur nach auch mitunter mit religiösen Gegenständen beschäftigen, ein jüdisches Mitglied könne bei solchen Gelegenheiten leicht dem Frieden in der Gesellschaft höchst nachtheilig werden. Es gebe überdies wohl schwerlich Vereine ähnlicher Art wie unsere Gesellschaft, wo Juden und Christen ganz pari ständen. Manche der unterstützenden Mitglieder möchten vielleicht der Aufnahme von Israeliten nicht entgegen sein, es sei aber doch noch ernstlich zu bedenken, ob im Ganzen das Ansehen der Gesellschaft und die Theilnahme der Bürger Hamburgs für dieselbe durch die Aufnahme von Israeliten nicht gefährdet werden." Halben antwortet: „Die Statuten in ihrer jetzigen Gestalt verböten eine Aufnahme jüdischer Lehrer nicht, nun solle durch eine Veränderung der Statuten diesen Lehrern der Eintritt unmöglich gemacht werden. Er spreche kein Urteil über die Absicht, welche den vorgeschlagenen Veränderungen zum Grunde liegen möge, er wolle nur darthun, was sich aus dem einfachen Wortlaut des Antrags herauslesen lasse. Da auch Israeliten zu unterstützenden Mitgliedern aufgenommen würden und als solche alle Rechte activer Mitglieder besäßen, so halte er es nicht für gerecht, jüdische Lehrer von der Gesellschaft auszuschließen. Er finde das uncollegialisch. Wenn man von den Beförderern israelitischen Glaubens, die auch in die Deliberationsversammlungen kommen, mitreden und mitbestimmen dürfen, nichts befürchte, warum denn gerade von den jüdischen Lehrern. Man wollte dieselben unter gewissen Bedingungen in den literarischen Versammlungen zulassen, gerade da aber kämen ja die religiösen Fragen zur Sprache, bei welchen, wie man befürchte, die Anwesenheit jüdischer Mitglieder Unfrieden hervorrufen könnte, während in den Deliberationsversammlungen nur selten die Discussion auf ein religiöses Gebiet komme. Indeß sei die angedeutete Befürchtung

gewiß eine grundlose. So viel Takt dürfe man jüdischen Lehrern wohl zutrauen, daß sie sich bei Fragen der christlichen Religion der großen Majorität christlicher Mitglieder gegenüber wohl passiv verhalten würden. Ja und in Lehrerkreisen, die seit Jahren schon Juden zu Mitgliedern hätten, sei wenigstens nie ein Streit durch diese veranlaßt worden, einer religiösen Fragen wegen. Sie von den Cassen auszuschließen sei gewiß nicht recht, sie seien auch unsere Collegen, würden auch einmal alt und hinterließen bei ihrem Ableben ebenfalls Witwen, auch sei die Zahl der hiesigen angestellten jüdischen Lehrer eine so kleine, daß durch ihre Theilnahme die Cassen der Gesellschaft durchaus nicht in gefahrdrohender Weise belästigt werden könnten. Wolle man jüdische Lehrer besonders ihres Glaubens wegen ausschließen, so sei das nicht allein uncollegialisch sondern auch intolerant. Der Grundsatz der Toleranz, die der Lehrer überhaupt und besonders seine Standesgenossen üben müsse, habe in unserer Gesellschaft früherhin eine solche Anerkennung gefunden, daß die Gesellschaft selbst einen Vortrag durch den Druck veröffentlicht habe, der diese Toleranz aufs Wärmste empfehle, gewiß gereiche es nicht zum Heile der Gesellschaft, jetzt diesem ihrem ausgesprochenen Grundsatz durch die That entgegenzutreten."

Die unterschiedlichsten Standpunkte waren deutlich geworden; Pepper und seine Anhänger faßten die Gesellschaft als dezidiert christlichen Lehrerverein auf und waren bereit, § 7 der Satzung in diesem Sinne abzuändern, obwohl zu den unterstützenden Mitgliedern eine Reihe von Juden zählte, die über Jahre hinaus finanzielle Beiträge geleistet hatten. Halben und seine Freunde vertraten eine liberale Position und setzten sich aus Gründen der Kollegialität und Toleranz für die aktive Mitgliedschaft von jüdischen Lehrern ein. Zum Schluß der Diskussion auf dieser Versammlung führte Ernst Heinrich Wichmann aus: „Er sei Mitglied im Vorstande des Vereins für sociale und politische Gleichstellung der Juden. Die Zeitumstände hätten es gestattet, daß dieser Verein gegenwärtig seine Thätigkeit habe suspendieren dürfen. Er würde es sehr beklagen, wenn ein Beschluß der Gesellschaft diese Thätigkeit wieder nöthig machen sollte. 50 Jahre hindurch habe der § der Statuten von dem die Rede sei, unverändert bestanden, ihn jetzt, in unserer Zeit, auf die vorgeschlagene Weise zu ändern sei eine große Härte. Er habe von der Gesellschaft eine zu hohe Meinung, um annehmen zu können, daß der materielle Gesichtspunkt in dieser Sache der entscheidende sein werde. Er bitte die Mitglieder dringend in einer so wichtigen Sache doch ja keinen übereilten Beschluß zu fassen."[9] Die Versammlung faßte den Beschluß, die Diskussion auf der Michaelis-Versammlung fortzusetzen.

Vor dieser Zusammenkunft trat erneut die Beamten-Conferenz zusammen. Am 27.9.1859 wurde durch Stimmenmehrheit beschlossen „von der Gesellschaft durch Ballottement (Auskugelung, Abstimmung durch Abgabe verschiedenfarbiger Kugeln) abstimmen zu lassen, ob dieselbe eine Vereinigung *christlicher* Lehrer sei und sie zu dem Ende den ersten Theil des Antrags zum Gesetz erheben wollen".[10] Auf der Deliberationsversammlung vom 5.10.1859 prallen erneut die Gegensätze der beiden Lager aufeinander. Ein Kompromißvorschlag, nach welchem Beamten-Kollegium und Halben ihren Antrag bzw. Vorschlag zurückziehen sollen, wird abgelehnt. Pepper wird nun deutlich: „Herr Halben zeige sich nicht von dem Geiste durchdrungen, der die Mitglieder der Gesellschaft beseelen solle. Er habe die Pflicht, Friede in der Gesellschaft zu erhalten, welche er bei seinem Eintritte gelobt habe, nicht beachtet. Auch heiße es nicht das Wohl der Gesellschaft im Auge behalten, wenn man Veranlassung zu Beschlüssen gebe, die wie sie auch ausfallen mögen, jedenfalls der Gesellschaft zum Nachtheil gereichen werden." Im Verlauf eines heftigen Disputes mit Pepper führt Theodor Hoffmann aus: „Die Christlichkeit bestehe doch gewiß nicht in der Absonderung von Andersglaubenden und darin, daß

man ihnen Vortheil verweigere. Er habe nicht geglaubt, daß die in Rede stehende Sache noch im 19. Jahrhundert und in einem Kreise von Lehrern zu so erbitterten Controversen Veranlassung geben könne ... Was nun die durch die Aufnahme eines Juden zu befürchtenden Nachtheile betreffe, so erkläre er frei heraus, daß wenn ihm irgendein unterstützendes Mitglied sagen würde, daß die Gesellschaft durch die Aufnahme eines Juden etwas Unchristliches begangen habe und daß er deshalb seinen Beitrag zurückhalten müsse, so werde er demselben erwidern: „Sie verleugnen den Geist des Christentums, Schämen Sie sich, und wenn es ein Pastor oder ein Senator sein sollte, er werde ihm sagen: Schämen sie (sic) sich." Dr. Wichard Lange bemerkt, „auch dürfe man nicht vergessen, daß wir jetzt im 19. Jahrhundert lebten, in England, in Frankreich, neuerdings auch in Preußen räume man den Juden ja mehr und mehr die Rechte jedes Staatsbürgers ein, zeitgemäß sei die vorgeschlagene Gesetzesänderung gewiß nicht".

Nach etlichen weiteren Diskussionsbeiträgen wird der Antrag auf Abstimmung gestellt. Sie ergibt „39 weiße Kugeln für den Antrag des Beamtencollegiums gegen 20 schwarze Kugeln". Im Zuge eines vorzeitigen Aufbruchs mehrerer Teilnehmer erklärt Theodor Hoffmann, „er wolle noch in eine Wählerversammlung, um dort einen Juden zur Bürgerschaft zu wählen".[11] Nach fast 3 Stunden wird die Sitzung geschlossen, der Antrag auf Änderung des § 7 der Satzung ist angenommen.

Wer geglaubt hatte, die Angelegenheit sei nun erledigt, sah sich bald getäuscht. In der Öffentlichkeit wurden Stimmen laut, die im Anschluß an die Berichte in der Presse nach den Gründen für die getroffene Entscheidung fragten. Dr. Daniel Rudolph Warburg[12] wandte sich an Pepper, der ihm mit Schreiben vom 13.10.1859 den Sachverhalt aus seiner Sicht schilderte.[13] In seinem Jahresbericht anläßlich der 54. Stiftungs-Feier der Gesellschaft am 19.11.1859 geht der Assistent Gustav Heinrich Schlüter auf die Situation ein und beendet seine Ausführungen mit den folgenden Sätzen: „Der Vorstand glaubte daher in seiner Majorität, erst eine Entscheidung der Gesellschaft veranlassen zu müssen, – ob dieselbe als eine Vereinigung christlicher Lehrer oder als eine ausschließlich pädagogische gelte und ferner gelten solle. Die Gesellschaft bestimmte sich für die erste Ansicht und nahm daher in die Fassung des betreffenden Gesetzes-Paragraphen das Wort ‚christlich' auf, um jeder fernern Ungewißheit in dieser Beziehung vorzubeugen. Selbstverständlich mußte nun die Aufnahme des vorgeschlagenen Herrn unterbleiben. Als Berichterstatter liegt es mir ob, die Gründe für und gegen den gefaßten Beschluß der Gesellschaft vor Ihnen abzuwägen. Den Vorwurf der Intoleranz, der gegen die Gesellschaft erhoben worden, glaube ich aber mit aller Entschiedenheit zurückweisen zu dürfen. Ich beklage lebhaft die Störung des guten Einvernehmens und spreche den Wunsch aus, daß ‚holder Friede, süße Eintracht' bald wieder auch in unserer Gesellschaft ‚freundlich weilen' mögen!"[14]

Dieser Wunsch, rhetorisch aufgeputzt durch in jenen Tagen des November 1859 so aktuelle Schiller-Verse, ging nicht in Erfüllung. Im Gegenteil, mit dem Dezember dieses Jahres begann eine neue Phase der Auseinandersetzungen, die durch einen Artikel von Dr. Wichard Lange im Hamburger Schulblatt, der Zeitschrift des Schulwissenschaftlichen Vereins, eingeleitet wurde.[15] Der Artikel ist in einem scharfen Ton gehalten, Lange schreibt: „Wollen Sie wirklich keine allgemeine Pädagogik, sondern eine christliche, und nicht einmal eine christliche, sondern consequenter Weise ein lutherische, reformierte, herrenhuterische, quäkerische u. dgl. Pädagogik? Sehen Sie wirklich eine besondere Erziehungskunst für Christen, Juden, Botocuden und Kakerlaken? Besinnen Sie sich, m.H.; Sie können – dazu scheinen Sie mir zu vernünftig – solchem Unsinn unmöglich huldigen!" Und: „Ihre Gesellschaft aber ist eine vom Staate anerkannte moralische Person, die sich die Förderung nicht nur des innern, sondern auch des äußern Wohles der Lehrer

zur Aufgabe gestellt hat und über bedeutende, durch den Wohltätigkeitssinn unserer Mitbürger zusammengebrachte Mittel gebietet. Ein Mitglied Ihrer Cassen kann nicht so ohne Weiteres austreten, wenn ihm das Treiben bei Ihnen zu bunt wird; ja die äußerlich mißliche Lage vieler Lehrer macht es nothwendig, daß sie vernünftigerweise Ihre Vereinigung suchen. Wenn also jemals eine Gesellschaft von Lehrern alle Ursache, ja die Pflicht hat, sich auf neutralen pädagogischen Boden zu stellen und jede religiöse Ansicht zu ehren, so ist es die Ihrige. Sie aber bereiten dem Lehrer, der durch seine Verhältnisse gezwungen ist, in Ihrer Gesellschaft zu bleiben, durch Ihre Beschlüsse allerlei Ärger und Qual; Sie nehmen von wohltätigen Juden Beiträge für Ihre Cassen und schließen die Juden aus."

Theodor Hoffmann referiert in der gleichen Nummer des Schulblatts über die Stiftungsfeier vom 19.11.1859 und rät: „Die Gefahr einer Spaltung im Innern der Gesellschaft und die Aussicht, nie und nimmer den Beschluß vor der öffentlichen Meinung auch nur im Allergeringsten rechtfertigen zu können, sollte nun nach unserer Meinung den Vorstand veranlassen, den betreffenden Beschluß einer abermaligen Berathung und Abstimmung zu unterziehen und sich selbst für eine Rücknahme zu erklären. Wir raten zu diesem Schritt aufs freundlichste und sind der Meinung, daß derselbe dem Vorstande wie auch der ganzen Gesellschaft zu großer Ehre gereichen würde."

Ebenfalls am 1. Dezember 1859 gibt der Vorstand der Gesellschaft eine Stellungnahme an die unterstützenden Mitglieder heraus, in der er seine Haltung rechtfertigt.[16)]

Erneut wird der christliche Charakter des Vereins hervorgehoben und angeführt, „daß Lehrer deren Concession oder Bestallung ihnen die Pflicht auferlegt, die Kinder zum Glauben an Jesum Christum hinzuführen, unmöglich Solche als Mitglieder ihrer Vereinigung aufnehmen können, deren Religion, wenn sie es anders ehrlich mit derselben meinen, es ihnen nimmer zuläßt, dieser Verpflichtung nachzukommen oder sich an dem Streben zu betheiligen, zu einer solchen Lebensaufgabe sich immer tüchtiger zu machen. – Wäre die Gesellschaft bloß ein Verein von Schreib- und Rechnenlehrern, oder eine reine Wohlthätigkeitsanstalt, so würde der Zulassung achtbarer Israeliten nichts im Wege stehen; da aber jedermann weiß, daß die hiesigen Schullehrer auch *Religionslehrer* sind, und da es keinem Pädagogen unbekannt sein kann, daß aller Unterricht und alle Erziehung in christlichen Schulen auch vom christlichen Standpunkte ausgehen, und vom Geiste des Christentums muß durchweht und getragen sein: so liegt es in der Natur der Sache, daß ein rechtschaffener Israelit in diesem Geiste mit seinen christlichen Collegen nicht zu wirken vermag, und eine Aufnahme in ihren Kreis auch selbst nicht wünschen wird."[17)] Ein zweiter Grund, der vorgebracht wird, weist auf konkrete (partei)politische Befürchtungen hin. Es bestehe der Verdacht, „daß in Folge der Aufnahme jenes vorgeschlagenen Herrn möglicherweise auch bald solche Männer in die Gesellschaft kommen würden, welche bei aller sonstigen Intelligenz und Respectabilität, ihrer religiösen Überzeugung nach doch gar keiner positiven Religion angehören, von deren Beitritt folglich mancherlei Zerwürfnisse und selbst Conflicte mit unseren Mitbürgern und den Vorgesetzten unserer Schulen zu befürchten ständen". Wenn in diesem Zusammenhang dann noch von „Hinneigung zum Radicalismus", von „extremen Richtungen nach Rechts und Links" und von „destructiven Bestrebungen" gesprochen wird, vermag man hinter derartigen Befürchtungen unschwer die radikal-liberale Position eines Anton Rée zu erkennen.[18)]

Hart reagiert Theodor Hoffmann auf dieses an die unterstützenden Mitglieder der Gesellschaft verschickte Schreiben. Im Hamburger Schulblatt vom 15.12.1859 weist er den vorgebrachten Vorwurf der „Unwahrheit" in der Darstellung zurück und schreibt, „daß der Vorwurf der Unwahrheit nicht uns, sondern den Vorstand der Gesellschaft

trifft, und daß uns, obgleich wir unter allen deutschen Lehrern vielleicht am meisten in Vereinen verkehrt haben, nie eine unfähigere und unwürdigere Leitung eines Lehrervereins vorgekommen ist, als diejenige, durch welche diese Gesellschaft jetzt gemißhandelt wird".

In einer „Erklärung in Sachen der Ausschließung jüdischer Lehrer von der Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungs-Wesens in Hamburg", die zum Jahresabschluß 1859 veröffentlicht wird und die Halben, Hoffmann, Dr. Lange und Wichmann unterzeichnen, wird – kurz vor der Deliberationsversammlung vom 4.1.1860 – die Position der Gegenpartei noch einmal verdeutlicht. Als „unläugbare Thatsache" wird festgestellt, „1. daß der Aufnahme jüdische Lehrer nach den Statuten nichts im Wege stand; 2. daß bisher in dieser Hinsicht nie ein Zweifel obwaltete; 3. daß den jüdischen Contribuenten in den meisten Fällen die ausdrückliche Zusage gegeben wurde, daß die wohltätigen Institute der Gesellschaft allen Lehrern, ohne Rücksicht auf den Glauben, zu Nutzen kämen; ja 4. daß in mehreren Fällen, gerade in Folge dieser Zusage, ganz erhebliche Beiträge von jüdischen Beförderern gegeben worden sind. Die von dem früheren Proponenten, Herrn J. A. Schlüter in größerer Zahl zum Beitritt aufgeforderten jüdischen Beförderer der Gesellschaft brauchten nicht die Gleichberechtigung ihrer Glaubensgenossen erst zur Bedingung ihres Eintritts zu machen; unaufgefordert setzte man sie von dieser Voraussetzung in Kenntniß. Wenn trotzdem die Zuschrift des Vorstandes das Gegentheil bezeichnet, so muß diese Behauptung als eine wissentliche Unwahrheit bezeichnet werden, indem der Proponent, Herr P. O. H. Pepper, bereits einige Wochen vor Veröffentlichung der gedachten Zuschrift von mehreren unserer achtbarsten jüdischen Mitbürger, namentlich von Herrn Dr. Frankfurter, Herrn Dr. Warburg und Herrn Jacoby, auf das Vorhandensein dieser Bedingung aufmerksam gemacht wurde. Es ist ferner Thatsache, daß auch jetzt noch jüdische Beförderer, Lehrer wie Nichtlehrer, nach dem Wortlaut der Statuten im Besitz aller Rechte der christlichen Beförderer sind: daß sie also alle Versammlungen besuchen, in diesen das Wort nehmen, ja sogar Vorträge halten dürfen (und früher wiederholt gehalten haben), – daß sie gleich den activen Mitgliedern Stimmrecht haben und in gleichem Maße wie die christlichen Beförderer mit in den Vorstand gewählt werden können."[19] Der Aufruf verlangt die Aufhebung des Beschlusses vom 5.10.1859 „zu Ehren der Gerechtigkeit, der Humanität und unseres freien Staates"![20]

Der Briefwechsel zwischen Pepper und Dr. Daniel Rudolph Warburg ist bereits erwähnt worden, der zwischen Pepper und Dr. Frankfurter[21] wird in der Zeitung „Freischütz" am 29.12.1859 abgedruckt. Pepper erklärt „in eine Gesellschaft von Lehrern, die berufen sind, die Kinder dem Heiland zuzuführen, der gekommen ist, die Menschen mit Gott zu einen, dahin gehört kein Jude. Ist das ein Mangel an Humanität?"

Johannes Halben unternimmt es, in jenen Tagen in der „Reform" in einem ausführlichen, vierteiligen Artikel unter der Überschrift „Die Ausschließung der Juden von der Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungs-Wesens" eine breitere Öffentlichkeit zu informieren.[22] Er wird dabei von Theodor Hoffmann unterstützt, der am 1.1.1860 einen programmatischen Artikel im Hamburger Schulblatt unter der Überschrift „Concordia soll ihr Name sein!" vorlegt und diesem die oben vorgestellte „Erklärung" folgen läßt. Aus der Vielzahl der Stellungnahmen in dieser Angelegenheiten in der zweiten Dezemberhälfte gewinnt man den Eindruck, als hoffe die Gegenpartei doch noch, auf der Deliberationsversammlung am 4.1.1860 eine Aufhebung des Beschlusses vom 5.10.1859 zu erreichen.

Die Versammlung wurde von 84 aktiven und 96 unterstützten Mitgliedern besucht, einer ungewöhnlich großen Anzahl. Sie erhielt ihre besondere Brisanz durch die Tatsache,

daß die Amtszeit von Pepper als Proponent abgelaufen war und er sich einer Wiederwahl stellte. Als Gegenkandidat wurde von Halben Conrad Daniel Jakob Wallenstein vorgeschlagen. Nach einer Wahl durch Stimmzettel erhielt Pepper 121, Wallenstein 47 Stimmen, 3 Stimmen fielen auf einen anderen Kandidaten, 1 Stimme war ungültig.

Im Gefühl, eine sichere Mehrheit hinter sich zu wissen, beginnt Pepper nun die Abrechnung mit der unterlegenen Gegenpartei. Er setzt sich mit den Äußerungen von Theodor Hoffmann im Schulbatt vom 15.12.1859 auseinander und stellt den Antrag, „die Versammlung möge beschließen: Herr Th. Hoffmann sei zum Widerrufe aufzufordern und im Falle derselbe sich weigere, diesen Widerruf zu thun, aus der Gesellschaft auszuschließen".

Was nun folgte, war eine Debatte, von der der verdiente Historiker der Gesellschaft, Hermann Stoll, feststellte, sie sei so erregt gewesen, „wie es die Gesellschaft bis dahin noch nicht erlebt hatte".[23] Auch der „Freischütz" stellt seinen Bericht über die Auseinandersetzungen in der Ausgabe vom 10.1.1860 unter die Überschrift „Eine stürmische Versammlung". Nach einem heftigen Wortgefecht zwischen Pepper und Hoffmann verläßt der letztere demonstrativ die Versammlung. Dr. Lange rät, „man möge doch endlich von dem persönlichen Gezänk absehen und zu der so wichtigen Frage kommen, über welche der ganze Streit entbrannt sei". Samuel Israel[24] meldet sich zu Wort, „er bitte die Versammlung um Entschuldigung, daß er ein Jude gewesen sei, daß er auch der deutschen Sprache nicht so mächtig sei, als er im Augenblick wohl wünsche ... Die Art und Weise, wie heute hier die Diskussion geleitet und theilweise geführt werde, scheine ihm allerdings eine unwürdige zu sein. Herr Pepper wolle die Juden ausgeschlossen haben, wie lasse sich das mit seinen Reden und seinem Benehmen in Freimaurerkreisen vereinigen". Als Israel den Ausdruck „Jesuitismus" benutzt, droht die Versammlung in Tumult unterzugehen. Da meldet sich Joachim Friedrich Martens[25] zu Wort und erklärt, „er sei seit kaum 12 Stunden unterstützendes Mitglied der Gesellschaft und hierhergekommen, um für das, was er für recht und gut halte, seine Stimme mit einzusetzen. Die Art einiger gefallener Aeußerungen und der Grad von Aufregung, welcher sich der Versammlung bemächtigt zu haben scheine nöthigten ihn zu der Bitte, alle Anwesenden mögten doch beständig eingedenk bleiben, daß diese Versammlung eine Zusammenkunft gebildeter Männer sei. Die Zwecke, welche durch die Gesellschaft befördert werden sollten, seien höchst ehrenwerthe und er unterstützte dieselben gern, wie er jedes gemeinnützige Unternehmen gern nach Kräften fördere. Er habe den Verein für Arbeiter mitbegründet und sich viele Jahre hindurch in demselben bewegt, auch da seien Meinungsverschiedenheiten zu Tage getreten und Streitigkeiten entstanden, die leicht zu gegenseitiger Erbitterung hätten führen können. Da sei das dann stets sein Bestreben gewesen, dahin zu wirken, daß keine Sache übers Knie gebrochen werde. Er rathe dringlichst, die heutige Versammlung möge ein Gleiches in Bezug auf die in Rede stehende Sache thun. Fehlbar seien wir alle, darum möge man die gegenseitige Bitterkeit doch fahren lassen und sich nicht in der Aufregung des Augenblicks zu Worten und noch weniger zu Beschlüssen hinreißen lassen, die wenn sie im Kreise einfacher Arbeiter vorkämen, nicht zu billigen sein würden und welche sicherlich von der gesammten Bevölkerung unserer Vaterstadt nicht gut geheißen werden könnten."

Als nächster Redner meldet sich ein Herr Götze zu Wort, der den von Martens angestimmten versöhnlichen Ton aufnimmt und feststellt, „er sei heute nicht als Jude, sondern als Hamburgischer Bürger hierher gekommen. Als solcher übersehe er die Glaubensunterschiede, unterstütze z.B. den St. Nicolaikirchenbau, so wie jedes andere gut gemeinnützige Unternehmen und als solches betrachte er auch die Gesellschaft. Heute scheine es ihm durchaus nicht gerathen, entscheidende Beschlüsse zu fassen,man möge die Aufre-

gung erst vorüber gehen lassen, späterhin gelange man vielleicht bei einer besänftigten Stimmung dazu, den neulich gefaßten Beschluß wieder aufzuheben oder ihn doch zu mildern. Denn durch diesen Beschluß sei nicht nur ein Zerwürfnis in die Kreise der Lehrer hinein gekommen, die Saat der Zwietracht werde dadurch sogar in die Jugend hinein getragen; von der Art und Weise, wie die Kinder durch die Worte und das Beispiel des Lehrers angeregt, Andersglaubende betrachten und behandeln lernten, hänge es doch mit ab, ob sie künftig friedlich und freundlich mit – und beieinander leben oder einander in feindlicher Erbitterung gegenüberstehen würden. Die gegenseitigen harten Worte möge man einander vergeben und sich versöhnen, wenigstens aber die weitere Debatte und die Abstimmung über den von dem Herrn Proponenten gestellten Antrag bis zu einer anderen Versammlung aussetzen." Pepper antwortet: „Um der freudlichen, beruhigenden Worte des Herrn Götze willen wolle er den Antrag auf Ehrenerklärung oder Ausschluß des Herrn Theodor Hoffmann nicht stellen, sondern die Sache ganz der Versammlung überlassen. "Nach einigen weiteren Wortmeldungen äußert sich Götze noch einmal: „Er möge sein, daß Herr Theodor Hoffmann in seinem Glauben, die Sache des Rechts zu vertreten, sich zu leidenschaftlich geäußert habe, damit habe er doch eigentlich nichts Böses thun wollen. Man möge darum doch die erhobene Anklage fallen lassen. Es wolle ihm überhaupt so vorkommen, als werde in der Gesellschaft ein ziemlich strenges Regiment geführt und als ob die Majorität die Minorität ein Bischen zu sehr dominiere. Da stelle sich dann bei Letzterer, namentlich wenn sie die lebhafte Ueberzeugung in sich trage, sie sei im vollen Rechte, gar leicht etwas Leidenschaftlichkeit ein, das möge man auch in Berücksichtigung ziehen und jetzt kein Vehmgericht [Femegericht] in der Gesellschaft stattfinden lassen." Das Mitglied Lüders stellt folgenden Antrag: „Die Gesellschaft giebt zu erkennen, daß sie, den ungehörigen Angriffen gegenüber, die auf den Vorstand gemacht sind, diesen nach wie vor ihres Vertrauens würdig hält." Dieser Antrag wird bei einigen Stimmenthaltungen von der Mehrheit der anwesenden Mitglieder angenommen.

Ein Antrag den Halben eingereicht hatte und in dem gefordert wurde, den Beschluß vom 5.10.1859 aufzuheben, konnte aus formalen Gründen nicht behandelt werden. Der Antrag war unterschrieben von 25 aktiven und 45 unterstützenden Mitgliedern.[26)] Pepper schließt die Versammlung: „Die geehrten unterstützenden Mitglieder, welche zu dieser Versammlung in so bedeutender Anzahl erschienen seien, hätten nun gesehen, welcher Geist in der Gesellschaft herrsche. Ungebühr sei zurückgewiesen, das in der Leidenschaft ausgesprochene Wort verziehen worden. Der Vorstand könne sich, wie er glaube, auch von ihnen der guten Meinung getrösten, daß er weder etwas Ungesetzliches gethan habe noch zu thun beabsichtige"[27)]

Auf der Deliberationsversammlung vom 18.1.1860 wir die Aufnahne von Juden in die Gesellschaft erneut debattiert. Die Herren Berlin und Dr. Gabriel Riesser[28)] hatten sich an den ersten Vorsteher Rebeling mit der Bitte um Aufnahme als unterstützende Mitglieder gewandt und einen finanziellen Beitrag überreicht. Aus Formgründen wird dieses Begehren abgelehnt, und Pepper führt hierzu aus: „Durch Aufnahme jüdischer Beförderer würde der Vorstand den Vorwurf nur noch vergrößert haben, der ihm wegen der bisherigen Aufnahme derselben gemacht worden sei"[29)]

Schließlich wird der Antrag Halbens auf Aufhebung des Beschlusses vom 5.10.1860 in der Versammlung vom 15.4.1860 mit 58 zu 31 Stimmen abgelehnt. In einer Erklärung vom 18.4.1860, die im Hamburger Schulblatt vom 1.5.1860 erscheint, protestieren 29 Mitglieder „aufs Entschiedenste gegen die Rechtsgültigkeit der durch die Majorität beschlossenen Abänderung des § 7. – Wir verwahren uns auch ausdrücklich gegen alle Consequenzen dieses Beschlusses und insbesondere dagegen, daß durch die heutige

Meinungsäußerung der gegenwärtigen Majorität der auf den § 1 sich gründende allgemeine Charakter unserer finanziellen Institute dauernd beeinträchtigt worden sei."[30]

Vereinsintern war spätestens mit der Deliberationsversammlung vom 4.1.1860 und ihrem Ergebnis die endgültige Entscheidung gefallen: Pepper war erneut zum Proponenten gewählt worden, und eine Aufhebung des Schlusses vom 5.10.1859 war nicht zu erreichen gewesen. Stärker als zuvor gingen aber die Kämpfe auf der publizistischen Ebene im Fortgang des Jahres 1860 weiter. In einer äußerst scharf gehaltenen Schrift mit dem Titel „Abweis der Verunglimpfungen des Hamb. Schulblattes",[31] die auch vor persönlichen Invektiven nicht zurückschreckt, unternehmen es 6 Anhänger Peppers, den Standpunkt der Mehrheit zu verteidigen: „Durch den Herrn Halben wurde der Antrag gestellt, auch jüdische Lehrer zu activen, d.h. nicht blos unterstützenden Mitgliedern der Gesellschaft aufzunehmen. Man hoffte wahrscheinlich dadurch eine größere Stimmenzahl zu gewinnen, als Vertheidiger der Toleranz und Humanität zu geriren, und in einem Streite, dem man fast eine „weltgeschichtliche Bedeutung" beilegte, als Vorturner zu glänzen. Die Stimmen von 39 gegen 20 entschieden jedoch für die Ablehnung des Antrags, der zur Unzeit auf verkehrte Weise gemacht worden war, so daß es auch hier heißen könnte: Herr, behüte mich vor meinen Freunden."[32] Die Stellungnahme schließt mit dem Satz: „Wir können nach dieser einfachen Darstellung der Sachlage unsern geehrten unterstützenden Mitgliedern ruhig das Urtheil überlassen, ob dieses Blatt, oder die Gesellschaftsbeschlüsse ein ‚Schandfleck für Hamburg'; ob die Leitung der Gesellschaft eine ‚unfähige oder unwürdige' ist, oder die Redaction eines Blattes, welches sich ‚Schulblatt' nennt und der Schule und ihren Lehrern solchen Schmutz zur Belehrung und Erbauung darbietet."[33]

Das Schulblatt seinerseits setzt unbeirrt durch derartige Vorwürfe seinen Kurs fort. Auch in den folgenden Wochen und Monaten finden sich immer wieder Aktikel, in denen die Problematik aufgegriffen wird. Am 1.2.1860 wird über den Pädagogischen Verein in Altona berichtet, in dem Dr. Enoch[34] „als streng orthodoxer Jude" viele Jahre Mitglied gewesen sei, gegenwärtig sei ein anderer jüdischer Lehrer, Herr Munck[35] dort Mitglied." Die oben erwähnte Stellungnahme der 6 Vertreter der Majorität wird von Theodor Hoffmann in der Ausgabe vom 1.4.1860 zurückgewiesen. Er schließt seinen Artikel mit den Worten: „Man hat mir von vielen Seiten gesagt, die Schmähschrift verdiene keine Widerlegung; sie sei zu gemein. Ich stimme dem zur Hälfte bei, ich werde die Urtheile über meinen Charakter, meine Motive und Gesinnungen nicht beachten, niemand wird das erwarten; ich werde einfach die einzelnen lügenhaften Behauptungen besprechen und entweder den Beweis oder Widerruf verlangen, und diesen, wenn nöthig, durch die Gerichte erzwingen."

Johannes Halben legt in der Ausgabe vom 1.6.1860 eine Würdigung Johann Carl Daniel Curios vor und führt eine Reihe von Auszügen aus den Schriften des Stifters der Gesellschaft an, um „darzulegen, wes Geistes Kind er gewesen". Von besonderer Bedeutung seien für ihn, Halben, die beiden Gesichtspunkte, „welche in dem Streit über die Aufnahme jüdischer Lehrer in die Gesellschaft maßgebend gewesen sind", nämlich „die Idee des religiösen Rückschritts und das Nützlichkeitsprincip". Die Auszüge entstammen der von Curio zu Beginn des Jahrhunderts herausgegebenen Zeitschrift „Hamburg und Altona". Halben zitiert Curio aus der Ausgabe vom October 1805: „Auch unter die Juden verbreitet die Aufklärung ihre milden Strahlen; auch sie werden von ihrem Ceremonienwesen, Meinungssystem so viel nachlassen, als dies für gebrechliche Menschen möglich ist und sich eben dadurch des Bürgerrechts immer würdiger machen. Ich muß Herrn Gurlitt meinen herzlichen Beifall darüber bezeugen, daß er sich einer Nation annimmt, die den Druck nicht verschuldet hat, unter dem sie hie und da leiden muß"[36]

Sicher war es sinnvoll, Curio als Gewährsmann und Kronzeugen für eine verständnisvolle und tolerante Haltung den Juden gegenüber anzuführen – er behandelt diese Thematik mehrfach in seiner Zeitschrift[37] –, es darf aber nicht verkannt werden, daß Gurlitt und Curio in dieser Frage unterschiedliche Akzente setzen. Johannes Gurlitt hatte nach der Übernahme des Amtes des Rektors der Gelehrtenschule des Johanneums im Jahre 1802 Juden den Eintritt in die Schule ermöglicht.[38] Im Schulprogramm von 1805, in dem 2 Reden veröffentlicht werden, die David Mendel und Karl Sieveking zum Schulabgang gehalten hatten, forderte Gurlitt: „Den Juden gebühret das unbeschränkte Bürgerrecht, sobald sie sich anheischig machen, alle Bürgerlasten zu tragen und alle Bürgerpflichten ohne alle von ihren Religionsgesetzen vorgeschriebenen Ausnahmen zu erfüllen." Dieses Schulprogramm wird von Curio in der Oktober-Ausgabe seiner Zeitschrift besprochen. Im Unterschied zu der Position des Rationalisten und radikalen Aufklärers Gurlitt macht Curio bestimmt Vorbehalte geltend: „Was versteht Herr Gurlitt unter dem unbeschränkten Bürgerrechte, welches den Juden gebührt? Sollen sie in Hamburg active Bürger im eigentliche, vollen Verstande dieses Wortes seyn? Ich halte dies für unmöglich. In monarchischen Staaten, wo Schranken um die Bürger gezogen sind, aus welchen sie nur durch den Machtanspruch vom Throne herausgehen können, mögen die Juden immer das unbeschränkte Bürgerrecht erhalten; dieses Verhältnis ist dort schon durch die Abtheilungen der Stände beschränkt. Aber in Hamburg?"[39]

Es ist verständlich, daß Halben in seinem Artikel, der ja apologetische Zwecke verfolgte, derartige Äußerungen Curios nicht anführte. Juden konnten seit dem 21.2.1849 in Hamburg das Bürgerrecht erlangen, sie waren seit diesem Zeitpunkt rechtlich gleichgestellt. Für die rege Beteiligung von Juden am öffentlichen Leben spricht die Tatsache, daß in die neue Bürgerschaft, die am 6.12.1859 erstmals zusammentrat, 9 jüdische Abgeordnete gewählt wurden.[40]

Auch in den folgenden Monaten finden sich im Schulblatt noch Stellungnahmen zur Aufnahme von Juden in die Gesellschaft.[41] Eine Art Schlußpunkt setzt dann in der 2. Jahreshälfte eine Schrift von 16 Seiten, die Ernst Heinrich Wichmann unter dem Titel „Die Aufnahme jüdischer Lehrer in christlichen Lehrervereinen. Beitrag zur Lösung der augenblicklichen Streitfrage in der Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesen in Hamburg" erscheinen läßt.[42] Wichmann geht noch einmal ausführlich auf die Vorgeschichte der Auseinandersetzungen ein und teilt die für die Binnenstruktur des Vereins interessante Beobachtung mit, „daß die Partei der Majorität größtenteil aus Oberlehrern hiesiger Armenschulen und Landschullehrern, (von denen viele entschiedene Anhänger der innern Mission sind), die der Minorität dagegen größtenteils aus Vorstehern von Privatschulen besteht, und daß der Beschluß über die Unterrichtsanstalt, welcher den Parteikampf hervorrief, gleich nach Beendigung des Hamburger Kirchentages gefaßt wurde".[43] Hart geht Wichmann mit der vermeintlichen Christlichkeit der Entscheidung ins Gericht: „Wie ist es überhaupt möglich, daß der Vorstand eines Lehrervereins, der den Ton auf christlich legt, im Jahre 1859 so lieblose, hartherzige Worte drucken läßt? Also die Gesellschaft sammelt von den wohlhabenden Bürgern Hamburgs Gelder ein, um den Wittwen eine Pension und den ergrauten Schulmännern eine Erleichterung zu schaffen, und der Jude? O bewahre, der ist nicht unser Nächster, der gehört nicht zu uns, er ist nicht von unserer Behörde concessioniert oder bestallt, er mag zu seinen Glaubensgenossen gehen und sich auch eine so herrliche Anstalt schaffen. Und dann schlagen wir an unsere Brust und sprechen: Ich danke Dir, Gott, daß ich nicht bin wie der eigennützige Jude, der stets an sich selber zuerst denkt! Wie traurig, wie häßlich ist doch die Intoleranz! ... Was wollen sie einem Schüler antworten, wenn er fragt: Ist auch der Jude mein Nächster? Schiller und Lessing haben für

diese Herren vergebens gelebt und geschrieben!"[44] Wichmann weist darauf hin, daß der Schulwissenschaftliche Bildungsverein Juden seit 1848 aufgenommen hat und daß Juden auf Einladung wiederholt Vorträge vor der Gesellschaft gehalten haben.[45] Er setzt sich mit dem „Abweis", der Unterstützungsschrift von Anhängern des Vorstands, auseinander und geht auf den oben zitierten Passus ein: „Also die Furcht, daß die Juden die liberale Partei verstärken könnten, die Animosität gegen ein Mitglied, damit dasselbe nicht als Vorturner auf dem Felde der Humanität glänzen sollte, war die Ursache, daß man das Prinzip des Vereins geopfert und doch wurde der Antrag von dem Vorstande der Gesellschaft gestellt. Von dem Vorstande muß man aber doch erwarten, daß ihm vor allen Dingen die Statuten zur Richtschnur dienen, und daß er durch jeden Schritt das Wohl der Gesellschaft zu befördern sucht."[46] Die Schrift schließt mit einem hoffnungsfrohen Blick in die Zukunft: „Wie in Preußen und Baden sich die Lage täglich freundlicher gestaltet, so wird auch für Hessen und Hannover die Sonne bald freundlicher leuchten und dann wird auch die Gesellschaft nicht länger dem Fortschritt ihre Thüren verschließen."[47]

Die Hoffnungen Wichmanns sollten überraschend schnell in Erfüllung gehen. – Zunächst jedoch konnte Pepper in seinem Jahresbericht anläßlich der 55. Stiftungs-Feier der Gesellschaft am 10.11.1860 eine Bilanz der Ereignisse des vergangenen Jahres ziehen. Pepper schrieb: „Mit aufrichtigem Bedauern muß ich anzeigen, daß seit dem vorjährigen Bericht 31 unterstützende Mitglieder ihren Austritt aus der Gesellschaft anzeigten, von der Mehrzahl derselben ist wohl anzunehmen, daß sie mit der jetzigen Fassung des § 7 nicht übereinstimmen; hingegen sind 29 geehrte Mitbürger als unterstützende Mitglieder wieder eingetreten, und zwar die meisten derselben gerade, weil sie den Verein als einen Verein ‚christlicher' Lehrer betrachten."[48] 2 aktive Mitglieder, Johann Friedrich Kruse und Dr. Wichard Lange hatten ebenfalls die Gesellschaft verlassen.[49]

Die in den Jahren 1859 und 1860 getroffenen Entscheidungen waren nur von temporärer Bedeutung: Schon bald zeigte es sich, daß die anstehenden Probleme – Aufnahme jüdischer Lehrer, Öffnung der Gesellschaft für Privatlehrer und Schulgehilfen und die „Cassenlage" – nur durch eine Revision der Statuten zu lösen war. Überraschenderweise spielte die Aufnahme nicht-christlicher Lehrer bei diesen neuen Debatten nur eine untergeordnete Rolle, „die Majoritätsansicht hatte sich eben geändert",[50] und die Argumente der Minorität von damals wurden nun akzeptiert. Im April 1863 wurde eine Kommission eingesetzt, die Entwürfe vorlegte, im Sommer 1865 nahm eine zweite Kommission ihre Arbeit auf. Proponent Pepper stellte sich 1866 nach 9jähriger Tätigkeit aus Altersgründen nicht zur Wiederwahl, sein Nachfolger wurde Carl Heinrich Ferdinand Diesel, der als seinen Assistenten den bisherigen Sekretär Heinrich Hahn benannte; beide gehörten zu den Unterzeichnern der Protesterklärung vom 18.4.1859 und zur damaligen Minorität. In seinem Jahresbericht, den er im Verlaufe der 62. Stiftungsfeier der Gesellschaft am 9.11.1867 erstattete, führte Diesel aus: „Das verflossene Jahr ist für die Gesellschaft auch insofern von einer besonderen Bedeutung gewesen, weil in demselben die Revision der Gesetze, im Jahre 1863 begonnen, zu Ende geführt wurde, so daß mit dem morgenden Tage die neuen Statuten in Kraft treten werden. Bei der ausgebreiteten Thätigkeit, welche die Gesellschaft zur Erreichung ihrer Zwecke zu äußern hat, bei den vielfachen Instituten, die mit ihr zusammenhängen, war die Arbeit keine geringe. Es ist leicht erklärlich, daß in manchen, oft hochwichtigen Fragen die Meinungen auseinandergingen und einer Vereinigung der Ansichten sich große Schwierigkeiten entgegenstellten. Doch ist zu unserer Freude der Friede im Innern der Gesellschaft dadurch nicht im mindesten getrübt worden. Die Zwecke der Gesellschaft, welche einst von den Stiftern ausgesprochen wurden: in geistiger Hinsicht, die Veredlung des hamburgischen Lehrerstandes, und in

materieller Hinsicht, die Verbesserung der bürgerlichen Lage der Lehrer und die Unterstützung der nachbleibenden Familien – sind in keiner Weise verändert worden. Hoffen wir nun, daß die zum Theil neuen Formen sich für das fernere Gedeihen der Gesellschaft recht förderlich beweisen mögen."[51]

Die unsere Thematik betreffenden Paragraphen lauteten nunmehr: „§ 1) Die Zwecke der Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens sind: A. in geistiger Hinsicht: die Veredlung des hamburgischen Lehrerstandes; B. in materieller Hinsicht: die Verbesserung der bürgerlichen Lage der Lehrer und die Unterstützung ihrer nachbleibenden Familien. § 6) Jeder, der die in § 1 genannten Zwecke dieser Gesellschaft zu befördern wünscht, kann Mitglied derselben werden."[52]

Versöhnlich mußte auch stimmen, daß Martin Meyer, der Stein des Anstoßes im Jahre 1859, Lehrer an der Israelitischen Stiftungsschule von 1815, nunmehr in die Gesellschaft eintrat. Er tat dies 1868 und wurde unter der laufenden Nummer 276 als aktives Mitglied aufgenommen.[53]

Die Auseinandersetzungen um die Aufnahme von Juden in die Gesellschaft vor 120 Jahren waren keine zwischen Christen und Juden, sondern solche zwischen konservativen und liberalen Mitgliedern der Gesellschaft. Trotz der polemischen Schärfe sind nur ganz vereinzelt antijüdische Ressentiments in den Stellungnahmen nachzuweisen, die bei den Entscheidungen in keiner Weise ins Gewicht fielen. Ein Grund hierfür liegt vielleicht darin, daß es in Hamburg in jener Zeit schon keine feste Abschottung des christlichen und jüdischen Schulsystems und der Lehrerschaften mehr gab: jüdische Schüler besuchten christliche Schulen und christliche Schüler jüdische, wie etwa seit den fünfziger Jahren die Rée'sche Stiftungsschule; jüdische Lehrer unterrichteten an christlichen Schulen und Bildungsstätten[54] und christliche Lehrer an jüdischen Schulen.[55] Dennoch kam es nicht zur Verwischung des jeweiligen Charakters der Schulen, mit Ausnahme der Stiftungsschule, die allmählich zu einer Simultanschule wurde und später von mehr christlichen als jüdischen Schülern besucht wurde.

Die innerhalb kurzer Zeit durchgeführte Korrektur eines als falsch erkannten Weges und die damit vollzogene Rückkehr zu den ursprünglich Intentionen und Prinzipien der Gründer der Gesellschaft beeindrucken noch heute, wenn auch materielle Gründe hierbei eine Rolle gespielt haben. Trotz heftigen Widerstands konservativer Kreise und trotz hochgepeitschter Emotionen kam es zu einer einvernehmlichen Lösung der anstehenden Fragen, die Gesellschaft verschloß sich gesellschaftlichen Neuerungen nicht. Daran sollte sich auch in der Folgezeit nichts ändern.[56] Die Einsicht in notwendige politische, soziale und pädagogische Reformen unterschied die Gesellschaft von anderen Lehrervereinigungen im Reich,[57] wie ja auch der Grad der „Professionalisierung" der Lehrerschaft – nicht zuletzt wegen des Bestehens der Gesellschaft – in Hamburg höher lag als anderswo.[58]

Anmerkungen

[1] Vgl. hierzu zuletzt Hans Wilhelm Eckardt, Privilegien und Parlament. Die Auseinandersetzungen um das allgemeine und gleiche Wahlrecht in Hamburg, Hamburg 1980, S. 26f.

[2] Vgl. Denkschrift zur 75jährigen Jubelfeier des Bestehens der Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens in Hamburg am 3. November 1880, o.O. o.J. [Hamburg 1880], S. 8–9; Hermann Stoll, Geschichte der Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens in Hamburg. Festschrift zur Hundertjahrfeier 1805–1905, Hamburg o.J. [1905], S. 102–111; (Friedrich Kraus), 150 Jahre Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens, Hamburg o.J. [1955], S. 17–19; Jürgen Bolland, Die „Gesellschaft der Freunde" im Wandel des hamburgischen Schul- und Erziehungswesens, Hamburg o.J. [1955], S. 26. – Die Festschrift zum 125jährigen Jubiläum behandelt nur den Zeitraum von 1905–1930 (angefangen von Hermann Stoll, fortgesetzt und beendet von H. Kurtzweil), Hamburg o.J. [1930].

[3] Ausgewertet wurden neben anderen zeitgenössischen Quellen vor allem die Protokolle der Beamten-Conferenzen (des Vorstands) und der Deliberationsversammlung (der Mitgliederversammlungen).

[4] Vgl. Jürgen Bolland, a.a.O., S. 26. – Ein wichtiges Thema war und blieb die Lehrerfortbildung, vgl. Renate Hauschild-Thiessen, Lehrerfortbildung in Hamburg, in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte 61 (1975), S. 91–93.

[5] Vgl. J. Feiner, Dr. Anton Rée. Ein Kämpfer für Fortschritt und Recht, Hamburg 1916; Mosche Zimmermann, Hamburgischer Patriotismus und deutscher Nationalismus. Die Emanzipation der Juden in Hamburg 1830–1865 (Hamburger Beiträge zur Geschichte der deutschen Juden, Bd. 6), Hamburg 1979, S. 109–120; Peter Freimark, Language Behaviour and Assimilation. The Situation of the Jews in Northern Germany in the First Half of the Nineteenth Century, in: Leo Baeck Institute Yearbook XXIV (1979), S. 166-172. – Rée wird in der Deliberationsversammlung wie folgt charakterisiert: „Der Schulwissenschaftliche Bildungsverein hat in die Kommission einen Juden gewählt, einen Mann, der als Radikaler bekannt ist, einen Mann, von dem man nicht weiß, ob er überhaupt irgend welchen religiösen Glauben hat, einen Mann, der eine solche Suade besitzt, daß in der Kommission vielleicht niemand gegen ihn aufkommen konnte." (Vgl. Hermann Stoll, a.a.O., S. 96.)

[6] Martin Meyer, geb. 28.10.1828 in Hamburg, besuchte die Israelitische Stiftungsschule von 1815, ging später nach Leipzig, um dort Buchhandel zu erlernen. Er kehrte nach 2 Jahren nach Hamburg zurück, unterrichtete von 1849–1851 an einer Privatschule und war ab Ostern 1851 Lehrer an der Israelitischen Stiftungsschule. Vgl. Stiftungsschule von 1815 in Hamburg. Schuljahr 1889/90, Hamburg 1890, S. 14; Ernst Müller, Geschichte der Stiftungsschule von 1815 zu Hamburg. Festschrift zum 100jährigen Bestehen der Schule, Hamburg o.J. [1915], S. 94.

[7] Staatsarchiv Hamburg, Gesellschaft der Freunde, Protokolle der Beamtenkonferenzen, Bd. 1: 1856–1861, Anhang Briefe (Arbeitssignatur 46). – Die zumeist kurzen Protokolle sind vom Proponenten Pepper angefertigt. Bei den Zitaten wurde die äußere Form der indirekten Rede und die zeitgenössische Orthographie beibehalten, desgleichen Zeichensetzung und Sperrungen. Einige wenige Abkürzungen wurden aufgelöst. – Soweit wie möglich wurden persönliche Angaben von den in der Angelegenheit befaßten Juden und Nichtjuden zusammengestellt; Mitglieder der Gesellschaft sind auf diese Weise nicht charakterisiert worden, da deren persönliche Daten an Hand der Jahresberichte und anderer Literatur leicht greifbar sind. Zu verweisen ist in diesem Zusammenhang auf die Denkschrift zur 75jährigen Jubelfeier, in der sich reichhaltige Angaben zu den Proponenten, Assistenten etc. finden.

[8] A.a.O. (Anm. 7), Protokoll vom 23.6.1859.

[9] Staatsarchiv Hamburg, Gesellschaft der Freunde, Protokolle der Deliberationsversammlungen, Bd. 4: 1850–1860 (Arbeitssignatur 43), Protokoll vom 29.6.1859. Die sehr ausführlichen Protokolle der Deliberationsversammlungen sind vom „protokollführenden Secretair" Heinrich Hahn angefertigt.

[10] A.a.O. (Anm. 7), Protokoll vom 27.9.1859.

[11] A.a.O. (Anm. 9), Protokoll vom 5.10.1859.

[12] Dr. med. Daniel Rudolph Warburg (1804–1883), seit 1829 praktischer Arzt und Geburtshelfer in Hamburg, Vorsitzender und Ehrenmitglied der Ärztlichen Vereins zu Hamburg (vgl. Stamm- und Nachfahrentafeln der Familie Warburg Hamburg-Altona, Hamburg 1937, 27 X).

[13] A.a.O. (Anm. 7).

[14] S. 26f.

[15] Ausgabe vom 1.12.1859.

[16] An die geehrten unterstützenden Mitglieder der Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungs-Wesens.

[17] S. 5f.

[18] S. 7.

[19] S. 2.

[20] S. 4.

[21] Dr. Naphtali Frankfurter, geb. 1810 in Oberdorf/Württemberg, war Prediger am Hamburger Tempel von 1840 bis zu seinem Tode 1866, er wurde 1848 in die Konstituante gewählt. Vgl. David Leimdörfer (Hrg.), Festschrift zum hundertjährigen Bestehen des Israelitischen Tempels in Hamburg 1818–1918, Hamburg 1918, S. 48-49.

[22] Die Reform, 14. 12., 17. 12., 21. 12., 24.12.1859.

[23] Hermann Stoll, a.a.O. (Anm. 2), S. 107.

[24] Samuel Israel (1803–1870), Kaufmann, Mitglied der Konstituante und der Hamburger Bürgerschaft von 1859–1865. Vgl. Helga Krohn, Die Juden in Hamburg. Die politische, soziale und kulturelle Entwicklung einer jüdischen Großstadtgemeinde nach der Emanzipation 1848–1918 (Hamburger Beiträge zur Geschichte der deutschen Juden, Bd. 4), Hamburg 1974, S. 50f.

[25] Joachim Friedrich Martens (1806–1877), Tischler und später Holzhändler, gründete 1845 den Bildungsverein für Arbeiter, Mitglied der Konstituante und der Bürgerschaft von 1859 bis zu seinem Tode. Vgl. Wilhelm Heyden, Die Mitglieder der Hamburger Bürgerschaft 1859–1862, Hamburg 1909, S. 75–79; Heinrich Laufenberg, Geschichte der Arbeiterbewegung in Hamburg, Altona und Umgebung, Bd. 1. Hamburg 1911 (Nachdruck Berlin–Bonn 1977), S. 90–104; Emil Wohlwill, J. F. Martens zum Gedächtnis. Rede, gehalten am 25. Februar 1877 im Bildungs-Verein für Arbeiter, Hamburg 1877.

[26] Der Antrag ist abgedruckt in Hermann Stoll, a.a.O. (Anm. 2), S. 109-110. Zu den Unterzeichnern gehörten u.a. Theodor Hoffmann, Dr. Wichard Lange, Senator Godeffroy, Konsul Schön, Hauptpastor Dr. Alt, Theodor Dill und Robert Slomann.

[27] A.a.O. (Anm. 9), Protokoll vom 4.1.1860.

[28] Gabriel Riesser 1803–1863), Vorkämpfer für die Emanzipation der Juden in Deutschland und Mitglied des Frankfurter Parlaments, von 1859—1862 Mitglied der Bürgerschaft. Riesser wurde 1860 zum Mitglied des Obergerichts ernannt, er war damit der erste jüdische Richter in Deutschlandd, Vgl. Wilhelm Heyden, a.a.O. (Anm. 5), Register.

[29] A.a.O., (Anm. 9), Protokoll vom 18.1.1860.

[30] Vgl. Denkschrift zur 75jährigen Jubelfeier, a.a.O. (Anm. 2), S. 9.

[31] Hamburg 1860.

[32] S. 6 f.

[33] S. 15.

[34] Rabbiner Dr. Samuel Enoch (1814–1876), Direktor der am 1.1.1839 eröffneten Israelitischen Volksschule in Altona, ab 1855 bis zu seinem Tode Provinzrabbiner in Fulda. Mitbegründer – neben Oberrabbiner Jacob Ettlinger – und Herausgeber des orthodoxen Wochenblattes „Der treue Zionswächter" in Hamburg/Altona (1845–1850; 1851–1854) und des hebräischen Supplements „Schomer Zion ha-Ne'eman" in Altona (1846–1850; 1851–1856). Vgl. S. Wininger, Große Jüdische Nationalbiographie, Bd. 2, Czernowitz 1927 (Nachdruck Nendeln 1979), S. 178; J. Bleich, The Emergence of an Orthodox Press in Nineteenth-Century Germany, in: Jewish Social Studies 42 (1980), S. 326.

[35] Elia Munk (1815–1899), Lehrer an der Enoch'schen Schule in Altona, von 1852–1874 zugleich Lehrer an der Talmud Tora-Schule in Hamburg, später Klausrabbiner in Altona. Vgl. Eduard Duckesz, Chachme AHW (hebr.), Hamburg 1908, S. 140–141.

[36] S. 146.

[37] Vgl. etwa: Über den Zustand unserer Judenschaft, 3 (1804), Nr. 6, S. S. 291–308; Nr. 8, S. 129–142.

[38] Vgl. hierzu Peter Freimark, Juden auf dem Johanneum, in: 450 Jahre Gelehrtenschule des Johanneums zu Hamburg 1979, Hamburg 1979, S. 124. Im vorliegenden Werk abgedruckt als: D 7, S. 101–107.

[39] A.a.O., S. 145.

[40] Es waren Adolph Alexander, Siegmund Robinow, August Sanders, Samuel Israel, Hartwig Samson Hertz, Dr. Daniel Hertz, Dr. Isaac Wolffson, Dr. Gabriel Riesser, Dr. Anton Rée. Außerdem kam Ferdinand Jacobsen als Kommerzdeputierter in die Bürgerschaft, vgl. Helga Krohn, a.a.O. (Anm. 24), S. 28.

[41] Ausgaben vom 15.7. und 15.9.1860.

[42] Altona 1860.

[43] S. 7.

[44] S. 9.

[45] Im Hamburger Schulblatt vom 15.9.1860 wird in dem Artikel von Johannes Halben als Referent der pädagogisch-literarischen Versammlungen Dr. Maaß genannt. Zu diesem vgl. Peter Freimark, a.a.O. (Anm. 38), S. 126–128.

[46] S. 14.

[47] S. 16.

[48] S. 38.

[49] Hermann Stoll, a.a.O. (Anm. 2), S. 114.

[50] Hermann Stoll, a.a.O. (Anm. 2), S. 114.

[51] S. 20.

[52] Hamburg 1867. Otto Rüdiger übergeht in seiner Geschichte des Hamburgischen Unterrichtswesens Festschrift für die Deutsche Lehrer-Versammlung Pfingsten 1896, Hamburg 1896, das etwas peinliche Intermezzo. Es heißt beim Abschluß des Abschnitts über die Gesellschaft: „Die ‚Gesellschaft' ist sehr wohlhabend, fast reich zu nennen. Sie nahm früh einen gewissen vornehmen, etwas abgeschlossenen Charakter an. Aber das hat nicht gehindert, daß nach und nach alle Schranken fielen, die vielen den Eintritt wehrten. Seit 1866 können alle hamburgischen Lehrer eintreten, ganz gleich, in welcher Stellung, oder von welcher Konfession sie sind." (S. 109)

[53] Vgl. Jahresbericht anläßlich der 63. Stiftungs-Feier der Gesellschaft am 7.11.1868, erstattet durch Heinrich Hahn, S. 21; Denkschrift zur 75jährigen Jubelfeier (Anm. 2), S. 109. – Meyer unterrichtete an der Stiftungsschule bis Ostern 1894, er starb am 14.11.1908, Vgl. Stiftungsschule von 1815 (Realschule) zu Hamburg, Bericht über das Schuljahr 1907/08, S. 4.

[54] Vgl. Peter Freimark, a.a.O. (Anm. 38), S. 128.

[55] Johann Friedrich Ernst Schuster, Unterzeichner des Abweises, unterrichtete zu Beginn der vierziger Jahre an der Stiftungsschule von 1815 (vgl Eduard Kley, Geschichtliche Darstellung der Israelitischen Freischule zu Hamburg; bei Gelegenheit der Feier ihres 25jährigen Bestehens (am 31. October 1841), Hamburg 1841, S. 40; Ernst Müller, a.a.O. (Anm. 6), S. 40); Johannes Halben von 1851–1852 an der Talmud-Tora-Schule (Vgl. Josef Goldschmidt, Geschichte der Talmud Tora-Realschule. Festschrift zur Hundertjahrfeier der Anstalt 1805–1905, Hamburg o.J. [1905], S. 99).

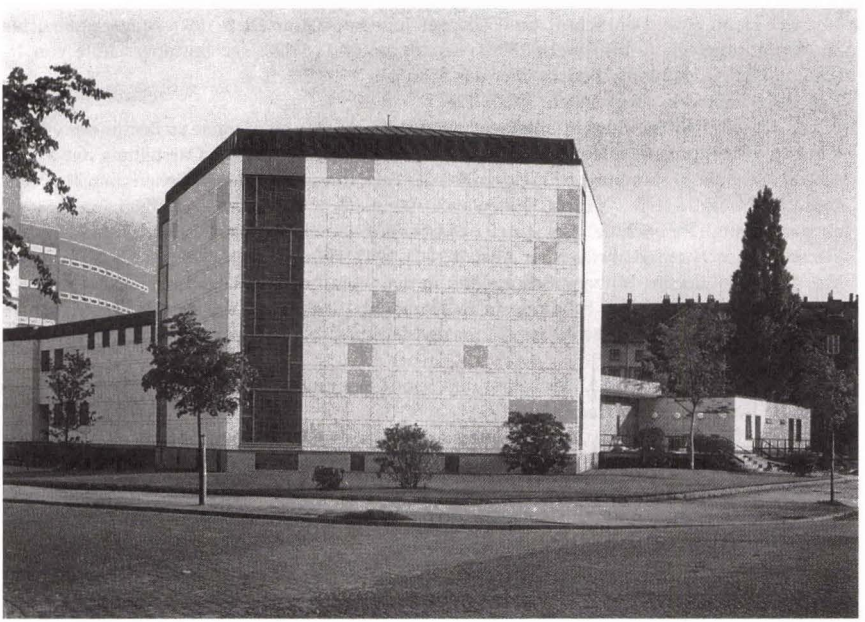
[56] Vgl. hierzu Hildegard Milberg, Schulpolitik in der pluralistischen Gesellschaft. Die politischen und sozialen Aspekte der Schulreform in Hamburg, 1890–1935 (Veröffentlichungen der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg, Bd. 7), Hamburg 1970, S. 17–21; 82–83.

[57] Manfred Heinemann (Hrsg.), Der Lehrer und seine Organisation, Stuttgart 1977, behandelt leider nicht die Entwicklung in Hamburg.

[58] Vgl. hierzu Douglas R. Skopp, Auf der untersten Sprosse: Der Volksschullehrer als „Semi-Professional" im Deutschland des 19. Jahrhunderts, in: Geschichte und Gesellschaft 6 (1980), S. 383–402. Im Mittelpunkt der Ausführungen stehen die Verhältnisse in Preußen und Württemberg, eine Analyse der Gegebenheiten in Hamburg, die die Wertung sicher in einigen Punkten modifiziert hätte, fehlt.



Ehrenmal auf dem jüdischen Friedhof in Ohlsdorf



Synagoge Hohe Weide, eingeweiht am 4.9.1960